Das Ende des Liberalismus in der Wirtschaft

Herbert Backe

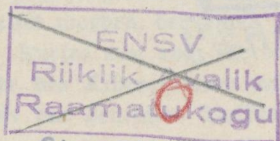
Reichsnährstand Verlags-Ges. m. b. H. Berlin N

Das Ende des Liberalismus in der Wirtschaft

Von

Herbert Backe

Staatssekretär im Reichs- und Preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung beim Beauftragten für den Vierjahresplan





Reichsnährstand Verlags-Ges.m.b.H., Berlin N 4

Druck: Reichsnährstand Verlags-Ges. m. b. H., Berlin N 4.

Umschlagzeichnung: Hermann Jörg Kusch, Berlin-Wilmersdorf.

Zum Geleit.

Zwei Tatsachen kennzeichnen die liberale Wirtschaft: ihre Ungebundenheit und Unverantwortlichkeit gegenüber allen nationalen Interessen eines Volkes und ihre Nichtachtung und Gleichgültigkeit gegenüber allen sozialen Problemen. Das eine führt zum politischen Verfall und politischen Abstieg derjenigen Nation, welche dem Liberalismus Tor und Tür geöffnet hat, das andere muß den Marxismus hochzüchten, welcher sich dann folgerichtigerweise über den Kommunismus und Bolschewismus in ein Chaos hinein überschlägt.

Am 30. Januar 1933 übernahm der Nationalsozialismus in Deutschland die Macht. Die Durchdringung aller Lebensgebiete des Deutschen Volkes mit nationalsozialistischem Geist hat seitdem ungeheure Fortschritte gemacht. Sieghaft setzte sich die neue Weltanschauung überall dort durch, wo sie von dem Grundsätzlichen ausging und sich nicht in den Tagesfragen verlor. Dieses Geheimnis des Sieges der nationalsozialistischen Idee darf nie vergessen werden. Ganz besonders gilt dies für das Gebiet der Wirtschaft, wo die Gefahr, durch Tagesfragen und Tageserfolge von dem Grundsätzlichen abgelenkt zu werden, vielleicht besonders groß ist. Durch den vom Führer verkündeten Vierjahresplan ist ein grundsätzlicher Umschmelzungsprozeß unserer Wirtschaft eingeleitet worden, der durch „Das Ende des Liberalismus" bedingt ist. Dieses nun auch für die Wirtschaft nicht mehr zu leugnende Ende des Liberalismus und der Wille, das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes zu sichern, wird und muß zur Entstehung der von dem Volk zutiefst ersehnten nationalsozialistischen, d. h. volksgebundenen Wirtschaft, einer wahren deutschen Volkswirtschaft führen. In dieser Lage erscheint es mir unumgänglich notwendig

1. die Grundsätze herauszustellen, die nach nationalsozialistischer Auffassung für die Wirtschaft maßgebend sein müssen und
2. einen Überblick über die Arbeit und die Entwicklung in dem Teil unserer Wirtschaft zu geben, der seit 1933 als einziger unter rein nationalsozialistischer Führung steht, nämlich in der Ernährungswirtschaft.

Die Ernährungswirtschaft kann deshalb als sinngemäß, nicht schematisch zu wertendes Beispiel für die zukünftige Formung

unserer Wirtschaft angesehen werden, zumal Ministerpräsident Generalfeldmarschall Hermann Göring auf dem Reichsbauerntag 1936 in Goslar die Landwirtschaft das erste Sturmbataillon des Vierjahresplanes nannte. Das sind die Gesichtspunkte, die zur Herausgabe dieses Sammelwerkes von Reden und Aufsätzen meines Staatssekretärs Herbert Backe führten und bei der Wertung des Buches berücksichtigt werden müssen.

R. Walther Darré

Reichsminister, Reichsbauernführer
und Reichsleiter der NSDAP.

Inhalt

Teil II

Die Mobilmachung der Kräfte

Teil III

Erfolge und neue Aufgaben

Teil I

Die Grundlagen

Die neuen Maßstäbe

Die 1. Wiederkehr des Tages der Eroberung der Macht durch Adolf Hitler, dieses denkwürdigen 30. Januar, zwingt jeden einzelnen zu einer Rückschau. Unwillkürlich setzt der einzelne das, was in diesem Jahre auf allen Gebieten der Politik und des Volkslebens erreicht wurde, in Beziehung und Vergleich zu jenen Zuständen, die vor dem 30. Januar — dem Höhepunkt des Niederganges des deutschen Volkes seit 1918 — lagen. Je nach dem Temperament des Betrachtenden oder je nach dem jeweiligen Gebiet, das er betrachtet, erscheint dem einen das Vollbrachte als gewaltig, ein anderer bleibt zurückhaltender und wägt die in dem einen Aufbaujahr noch nicht beseitigten Schattenseiten der Vergangenheit, ein dritter wieder mißt den Umbruch nur an seinem kleinen Leben und gibt seinem Zweifel oder seinem Unmut über das Erreichte Ausdruck.

Durch diese Betrachtungsweise — durch das Inbeziehungsetzen der nationalsozialistischen Revolution und ihrer Auswirkungen zu den vergangenen fünfzehn Jahren des Niederganges — kann man dieser Revolution nicht gerecht werden. Denn diese Revolution ist nicht allein die Liquidierung der fünfzehn Jahre nach dem 9. November 1918, sondern sie ist der Aufbruch aus einer jahrhundertealten Entwicklung. Und nur wenn man den Bogen so weit spannt, kann man es überhaupt als Miterlebender und den Ereignissen so Nahestehender unternehmen, nicht nur Rückschau zu halten, sondern auch das Ziel des Kampfes zu erkennen. Am Ziele soll man aber das Erreichte messen nicht an der Überwindung dieser oder jener Schwierigkeit der Vergangenheit, wenn auch die Erkenntnis solcher Überwindung des Systems notwendig ist und neue Kraft und Ansporn zum weiteren Kampfe gibt.

Auch der Marxismus in allen seinen Abarten, auch die Reaktion verschiedenster Färbung gaben vor, das liberale Zeitalter überwinden zu wollen; sie waren und sind jedoch nur letzte Auswirkungsform oder vorübergehendes Zwischenstadium dieser liberalen Entwicklung. Sie sind Ende einer Entwicklung, letzte Zersetzungsform des Liberalismus, denn sie bejahen ja die vorangegangene Entwicklung als Voraussetzung, sie sind evolutionär. Im Gegensatz hierzu ist

der Nationalsozialismus ein Anfang,

denn er verneint und bekämpft die liberale Anschauung, die allem jenem zugrunde lag, und stellte bewußt eine neue Weltanschauung auf rassischer Grundlage jener entgegen. Seine Kraft schöpft er aus einer neuen Wurzel. Deshalb war die Erhebung 1933 eine Revolution, deshalb mußte der Nationalsozialismus vierzehn Jahre kämpfen nicht im Staate als irgendeine Partei, sondern im Volke um die Gewinnung des

Volkes für diese neue Weltanschauung. Und gerade deshalb ist diese Erhebung nicht ein vorübergehendes geschichtliches Ereignis, sondern der Auftakt zu der Erneuerung und Umgestaltung des deutschen Volkes auf rassischer Grundlage.

Wenn dieses an sich Bekannte an die Spitze der Ausführungen gestellt wird, so deshalb, weil der Kleinkampf im Alltag dazu führt, daß man Gegenwärtiges — irgendwelche Schwierigkeiten, die sich aus dieser oder jener grundsätzlichen Maßnahme ergeben — überschätzt und sich erst wieder zur grundsätzlichen Linie durchsetzen muß. Es ist ganz klar, daß bei der Ablösung einer Weltanschauung durch eine andere auch alle Lebensformen eines Volkes teilweise plötzlich, teilweise nach und nach grundsätzlich neugeordnet werden oder, um mit Nietzsche zu sprechen, eine Umwertung aller Werte stattfindet. Ist es verwunderlich, daß sich hierbei Spannungen, ja auch Härten für einzelne oder auch Volksgruppen ergeben? Sind nicht vielmehr diese Spannungen gerade das Kennzeichen dafür, daß eine Umwertung, eine Neuordnung auf einer anderen Weltanschauungsgrundlage stattfindet? Würde nicht umgekehrt viel eher ein reibungsloses Anpassen einer Maßnahme der Beweis gerade dafür sein, daß diese Maßnahme nicht aus einer neuen Weltanschauung heraus geboren wurde, daß sie am alten Grundsatz, an der alten Weltanschauung festhält?

An den Berührungspunkten des neu Durchbrechenden mit dem früher Bestehenden müssen sich ja Spannungen ergeben; sie sind nicht etwa etwas Unvorhergesehenes. Es ist nicht so, wie im liberalen Zeitalter, daß jede Maßnahme nur für den Tag oder gar für die Stunde berechnet war, weil irgendeine Interessentengruppe oder ein scheinbares Staatsinteresse die Maßnahme erforderte, und nun plötzlich und folgerichtig sich auf der anderen Seite unvorhergesehen geschädigte Interessen meldeten und nun ihrerseits Schutz, Hilfe und Subvention verlangten. Das Kennzeichen des Liberalismus mit seiner Parole „Laisser faire, laisser aller" ist ja der völlige Mangel jeder Voraussicht und jeder zielbewußten Zusammenschau, jedes Zukunftssinnes schlechthin. Man handelte nur für die Gegenwart, die Zukunft wurde einfach grundsätzlich optimistisch betrachtet. Irgendwo sah man immer den Silberstreifen einer Hochkonjunktur. Härten, die sich für den einzelnen oder ganze Berufsgruppen ergaben, wurden auf die leichte Schulter genommen, gleich, ob es sich um unwesentliche oder um solche handelte, die die Grundlagen des gesamten Volkes und Staates zu erschüttern in der Lage waren. Denn im Zeitalter der Freizügigkeit, der Beweglichkeit, der Ablehnung jeder Stetigkeit und Verwurzelung aus Prinzip hatte sich eben jeder den jeweilig und willkürlich geänderten Lebensgrundlagen anzupassen, sich umzustellen. Keiner und keine Berufsgruppe wußte, wann die nächste Umstellung fällig war.

Im Gegensatz zu dieser Beziehungslosigkeit und Beweglichkeit als Folge der liberalen (man kann sagen) Weltanschauungslosigkeit tritt nun der Nationalsozialismus mit einer festen, auf ewigen Grundlagen und Lebensgesetzen beruhenden Weltanschauung in den bisherigen Kampf aller gegen alle. Zum ersten Male tritt der Grundsatz der Stetigkeit gegenüber dem bisherigen Grundsatz der Beweglichkeit auf. Hieraus erklären sich die Spannungen, die auch erst durch eine Umstellung gelöst werden können, aber durch eine

Umstellung auf ein festumrissenes absolutes Ziel.

Statt beziehungsloser Umstellerei: eine einmalige, nach und nach sich vollziehende Umstellung auf die lebensgesetzliche Grundlage unseres Volkes. Deshalb kann und muß diese Wandlung trotz Auftretens von Härten für den einzelnen verlangt werden. Sie kann verlangt werden, weil es niemals Aufgabe eines Staates sein kann, diejenigen Formen zu konservieren, die aus einer anderen und durch die nationalsozialistische Revolution abgelösten Weltanschauung entstanden sind und keine Lebensgrundlage im neuen Staate haben. Und sie muß verlangt werden, weil jede Weltanschauung für sich die Totalität beanspruchen muß, wenn sie sich nicht bereits in ihrer Geburtsstunde preisgeben will; mit anderen Worten, weil man keinen Fremdkörper unbeschadet im eigenen Fleische stecken lassen darf.

Hier liegt der grundsätzliche Unterschied zwischen heute und gestern. Aus der Parole „Gemeinnutz vor Eigennutz", die das urewige, unabänderliche Lebensrecht eines Volkes ausdrückt, folgt die Rechtfertigung, den einzelnen und auch Volksgruppen dem höheren Lebensrecht des Gesamtvolkes unterzuordnen, auch dann, wenn sich hierbei Härten ergeben. Hier tritt mit voller Deutlichkeit die Umkehr des Liberalismus zutage: Zukunftssinn, also Vorausschau und Zusammenschau statt Gegenwartssinn. Und so sind die Spannungen, die sich aus den neuen Gesetzen ergeben, nicht etwa unvorhergesehen, sondern sie werden bewußt in dem Maße in Kauf genommen, wie diese neuen Gesetze bewußt aus einer neuen und zugleich uralten Weltanschauung herausgestaltet sind.

Und es ist auch jetzt klar, daß diejenigen, die diese nationalsozialistischen Gesetze oder Maßnahmen angreifen, niemals vom Volke, von der Zukunft, vom Lebensgesetz aus ausgehen, also niemals vom Standpunkte des Nutzens oder Schadens des Gesamtvolkes, sondern aus der vermeintlichen oder tatsächlichen Beschneidung ihres eigenen Lebenstriebes. In voller Würdigung der Spannungen und Schwierigkeiten, die sich naturnotwendig beim Aufeinanderprall von nationalsozialistischer Weltanschauung auf die liberale Weltanschauungslosigkeit ergeben, in klarer Erkenntnis, daß dem Umbruch durch das Gesetz erst der Umbruch in der Gesinnung folgen muß und erst nach und nach folgen wird, und schließlich bei festem Willen, sich ergebende Härten

pfleglich auszuräumen, soweit diese Ausräumung nicht grundsätzlich der neuen Maßnahme entgegensteht, muß dieses jenen Unbelehrbaren gegenüber offen und klar ausgesprochen werden, die trotz fünfzehnjährigen Kampfes des Nationalsozialismus noch nicht erkannt haben, daß vor der Geschichte und der Nachwelt nur das bestehen kann, was allein und unerbittlich dem Gesamtvolk als biologische Einheit und Ganzheit dient.

Mit diesen Ausführungen ist bereits der Gesichtspunkt angedeutet, unter dem die agrarpolitischen und agrarwirtschaftlichen Gesetze des letzten halben Jahres betrachtet werden müssen. Die Formel ist kurz zusammengefaßt: Stabilität statt Labilität — Verwurzelung und Stetigkeit statt beziehungsloser Freizügigkeit und geschäftiger Beweglichkeit — Blut und Boden statt sogenannter Geist und Asphalt — Volk und Heimat statt Weltbürgertum und Paneuropa.

Pg. Darré hat die Bedeutung des Bauerntums als Lebensquell des Volkes in seinen Werken scharf und klar herausgestellt. Die „Grüne Woche" hat zum erstenmal dieser neuen Betrachtungsweise Ausdruck gegeben; der Film „Blut und Boden" ist sein erster Versuch, die Zusammenhänge zwischen Bauerntum und Volk aufzudecken. Damit beginnt die Erkenntnis, daß das Bauerntum Blutsquell eines Volkes ist, auch dem bisher Fernerstehenden ins Bewußtsein zu treten. Ist aber das Bauerntum Blutsquell unseres Volkes, so muß zwangsläufig jede Sorge um den Bestand dieses Volkes seinen Ausgang beim Bauerntum nehmen. Das ist der Sinn der Worte unseres Führers: „Das Dritte Reich wird ein Bauernreich oder es wird nicht sein."

Hiermit soll keiner Bauernromantik zu Worte geredet werden, noch weniger das Bauerntum als „Interessengruppe" zur Geltung gebracht werden: Bauer sein ist eine sehr reale, nüchterne und harte Angelegenheit, die keinen Raum für Schwärmerei bietet. Bauer sein ist auch nicht Gewerbe, sondern ist Verpflichtung gegenüber dem Gesamtvolke im weitesten Sinne dieses Wortes. Und wenn demgegenüber eingewandt wird, daß dieses echte Bauerntum und Bauersein erst eben hier und dort in Erscheinung tritt, so wollen wir an die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung denken und ihren endlichen Sieg als Bewegung einzig und allein durch ihren Führer, auf Grund seiner Klarheit im Grundsätzlichen und Beharrlichkeit im Kampf. Und wie das Volk nicht in Tagen, sondern erst in langen Kampfesjahren zur Idee Hitlers fand, so ist auch der Aufbruch des Bauerntums kein plötzlicher Vorgang. Wer aber sehen will, der sieht, wie die Quellen ewigen Bauerntums mächtig und überall schlagen, wie dieser an sich vorkapitalistische und dem Liberalismus aus Artgemäßheit gegensätzliche Stand aufgebrochen ist und bereit ist, seine ihm vom Führer auferlegte Mission zu erfüllen. Wer den 1. Reichsbauerntag in Weimar erlebt hat, der wird die Tiefe dieser angebrochenen Bauernbewegung ermessen können und erfühlt

haben, daß hier eine jahrtausendalte Sehnsucht gestaltet sein will; gestaltet nicht in Interessenverbänden — diese warf ja das Bauerntum im letzten Jahre leichten und frohen Herzens über Bord —, sondern gestaltet von seinem Führer Adolf Hitler als ewig lebendige Grundlage des Volkes.

Die Voraussetzung für das Gedeihen unseres Volkes und seiner Zukunft ist die Sicherung seines biologischen Lebensquelles — ist ein lebensfähiges Bauerntum. Wer den Bestand des Volkes und seine Zukunft will, muß das Bauerntum wollen. Um aber das Bauerntum erhalten zu können, muß diesem Bauerntum die *Voraussetzung* seiner Lebensmöglichkeit gegeben werden. Welches ist nun diese entscheidende Voraussetzung?

Es ist die *Beständigkeit*, *Stetigkeit*, *Verwurzelungsmöglichkeit*.

Nicht Labilität, sondern Stabilität

der Lebensgrundlage. Das wird entscheidend klar, wenn man sich eines vor Augen hält: Der Bauer ist unlösbar verknüpft mit der Scholle. Die Scholle — der *Grund und Boden* — ist die *einzige Grundlage* seiner Existenz. Und dieser Grund und Boden hat drei Eigenschaften: *Unbeweglichkeit*, *Unzerstörbarkeit* und *Unvermehrbarkeit*. Um die Bedeutung dieser Tatsache plastisch zu erkennen, stelle man diesem Produktionsfaktor Grund und Boden den anderen Produktionsfaktor — *das Kapital* — gegenüber. Die Eigenschaften des Kapitals sind: *Beweglichkeit* gegenüber *Unbeweglichkeit* des Grund und Bodens, *Zerstörbarkeit* gegenüber *Unzerstörbarkeit* und *Vermehrbarkeit* des Kapitals gegenüber der *Unvermehrbarkeit* des Bodens. Aus dieser Gegenüberstellung erkennt man erst mit voller Deutlichkeit, warum der *Beweglichkeit* als Kennzeichen und Grundlage des liberalistischen Auflösungszeitalters die *Stetigkeit* unserer Agrargesetzgebung entgegengesetzt werden mußte. Der Liberalismus forderte die *Beweglichkeit*; diese Beweglichkeit war sein charakteristisches *gewolltes und erstrebtes* Prinzip. Und deshalb ist es kein Zufall, sondern eine logische Folge der liberalen Idee, daß der Typus des liberalen Menschen sich in der *beweglichsten Form* menschlicher Tätigkeit ausdrücken mußte: im Händler, letzten Endes dem Händler der liberalsten Ware: des Geldes, also im Bankier. Dieser beziehungslose Händler war ja die notwendige Voraussetzung des liberalen *wirtschaftlichen* Gleichgewichts, wie es im *politischen* der labile Parlamentarier war. Er allein bewirkte, oder besser, sollte bewirken, daß im sogenannten freien Spiel der Kräfte (unter der Peitsche und dem Zuckerbrot des Eigennutzes als allein anerkannter Triebfeder menschlicher Tätigkeit) die Wirtschaft sich nicht in ihre Einzelbestandteile auflöste.

Als labilster und beziehungslosester Typus menschlicher Tätigkeit war gerade seine Aufgabe, die auseinanderstrebende labile Wirtschaft als Zünglein an der Waage ins Gleichgewicht zu bringen, indem er durch das Spiel von Angebot und Nachfrage die Erzeugung und den Bedarf auf eine Ausgeglichenheit hinsteuerte. Das Schwanken der Preise war eine Grundvoraussetzung dieser labilen, einem höheren Ziele nicht untergeordneten Wirtschaft.

Und es ist somit auch kein Zufall, daß diesem beweglichsten Typus, des Händlers, der Nationalsozialismus durch den Mund seines Führers den unbeweglichsten und stetigsten Typus, des Bauern, entgegensetzte. „Das Dritte Reich wird ein Bauernreich oder es wird nicht sein." Weil die Grundlage des Bauerntums der unbewegliche Boden ist, deshalb mußte zwangsläufig und folgerichtig die Bejahung des Bauerntums als Lebensquell des Volkes zu der Ablösung des Prinzips der Beweglichkeit durch das Prinzip der Stetigkeit führen, mußte der ausschlaggebende Mensch der Beweglichkeit — der Händler — dem für die Zukunft des Volkes ausschlaggebenden **Typus des Bauern** weichen. Die liberale Labilität hat durch Außerachtlassung der schöpferischen Erzeugung wirtschaftlicher Güter und Außerachtlassung der Lebensbedürfnisse des Menschen als Verbraucher im letzten dazu führen müssen, daß die Lebensgesetze des Volkes den Gesetzen und dem Interesse der Wirtschaft weichen mußten. Die vom Menschen losgelöste, beziehungslose Wirtschaft wurde „Schicksal".

Der Mensch aber — nicht nur der Bauer — braucht Stabilität seiner Lebensgrundlage, wenn er seine Aufgaben gegenüber Volk und Staat erfüllen soll. Er kann ja erst vollwertiges Glied seines Volkes werden, wenn er eine Familie — die Keimzelle des Volkes — gründet. Und hierzu bedarf es einer irgendwie gearteten Verwurzelung. Um das Primat des Menschen gegenüber der Wirtschaft durchzusetzen, bedarf es einer stabilen, unzerstörbaren, keiner Konjunkturschwankung unterworfenen Wirtschaftsgrundlage sowohl für den einzelnen als auch für das gesamte Volk.

Unter dieser Parole der Ablösung des Liberalismus durch den Nationalismus, d. h. der Ablösung des beweglichen Wirtschaftsprinzips durch das stetige Wirtschaftsprinzip, der Ablösung des Primats des Händlers durch den Bauer, werden erst die agrarpolitischen und agrarwirtschaftlichen Gesetze der nationalsozialistischen Regierung verständlich.

Das grundlegende Gesetz ist das Reichserbhofgesetz vom 29. September 1933. Warum war es notwendig? — Das Prinzip der beziehungslosen Beweglichkeit mußte im Liberalismus zwangsläufig zu

einer Beweglichmachung auch der unbeweglichsten Dinge führen. So wurde die Unbeweglichkeit des Bodens zunächst durch Freizügigkeit auf dem Gebiete des Grundstückskaufes beweglicher gestaltet, bis die Scholle über die Hypothek und den Pfandbrief zu einer genau so beweglichen Ware wurde wie jede andere. Übrigens fiel außer der Unbeweglichkeit des Bodens auch die zweite Eigenschaft des Bodens — seine Unvermehrbarkeit — dem Liberalismus zum Opfer, indem er durch die Erschließung der Welt und Ausbildung der liberalen Weltwirtschaft — das typische Eldorado des ungebundenen Händlers — den alten, unvermehrbaren Kulturboden der alten Welt durch jungfräuliche Steppen in den Kolonialländern vermehrte. Darauf wird noch zurückzukommen sein. Nur die dritte Eigenschaft, die Unzerstörbarkeit, konnte der Liberalismus dem Boden nicht nehmen, und hier liegt der Grund, daß das Bauerntum als Ganzes die 150 Jahre liberaler Beweglichmachung überhaupt überstehen konnte.

Die Beleihbarkeit des Bodens, aus artfremdem Recht entstanden, machte den Boden zur Verkehrsware. Gleich, ob über die Erbauseinandersetzung mit der üblichen Hypothekeintragung für die weichenden Erben oder über die Kreditnahme zum Ausbau der neu entstehenden Wirtschaften bei der Realteilung oder durch Kreditnahme zu all den Betriebsumstellungen während der letzten Jahre — durch die Verschuldung der Höfe — wurde dem Grund und Boden sein Unbeweglichkeitsmoment genommen. Die Stetigkeit der wirtschaftlichen Grundlage der Bauernfamilie war zerstört, die Loslösung des Blutes vom Boden durchgeführt. Damit war die Axt an die Lebensgrundlage des Bauerntums gelegt. All das Elend, das das Bauerntum in den letzten Jahrzehnten — ob in den letzten 15 Jahren oder zur Zeit Caprivis oder schließlich unter Hardenberg — durchmachen mußte, hat seine vornehmste, ja ausschließliche Ursache in der Verschuldung des Grund und Bodens. Nicht Mißernten, nicht Naturkatastrophen oder Völkerkriege, auch nicht die sogenannten schlechten Preise haben auch nur im entferntesten so verheerend gewirkt wie Bodenleihe und Verschuldung. In jenen Fällen darbte der Bauer oder er wurde erschlagen, aber die Scholle, wenn auch verwüstet und kärglichen Ertrag bringend, blieb ihm oder seiner Sippe erhalten. Es blieb bei härtester Arbeit und anspruchslosestem Leben sein Blut dem Volke erhalten, denn der Boden war unbeweglich und nicht zerstörbar. Gegen den Rechtstitel aber, aus jüdisch-römischem Recht, war er schutzlos. Sein Boden wurde beweglich, er wurde ihm entzogen, auch wenn er selbst unzerstörbar, ja in hoher Kultur war. Nicht die schlechten Getreidepreise in der Caprivizeit an sich hatten Zehntausende von Bauerngeschlechtern mit dem weißen Stock vom Hofe als Kolonisationsdünger in die Neue Welt getrieben, wie später und namentlich im verflossenen Jahrzehnt in die Großstadt, wo sie der Wohl-

fahrt zur Last fielen. Erst die Unmöglichkeit, aus dem gesunkenen Erlös infolge gefallener Preise die überhöhten und gleichbleibenden, ja sogar gestiegenen Zinsen des Leihkapitals aufzubringen, ist die Ursache dieses modernen kapitalistischen Bauernlegens gewesen.

Wollte der Nationalsozialismus diesem Bauernsterben Einhalt gebieten, wollte er nicht nur vorübergehend durch einen Vollstreckungsschutz das Schlimmste verhüten, sondern grundsätzlich dem Bauerntum seine Lebensgrundlage zurückgeben, so mußte diese

liberale Beweglichkeit des Bodens,

die Möglichkeit einer zukünftigen Verschuldung der Höfe ausgemerzt werden. Damit wurde dem Boden seine ursprüngliche Eigenschaft — die Unbeweglichkeit — zurückgegeben, er wurde seines Warencharakters entkleidet und wieder unveräußerliche und unbeleihbare Grundlage des Blutes. Nicht auf eine Herabminderung der Schuldenlast — wie es das Hugenbergsche Schuldenregelungsgesetz vom 1. 6. 1933 vorsah — kam es an: Dieses war ja nur eine vorübergehende Erleichterung der Lasten; jede neue Verschuldung war nicht nur möglich, sondern wurde sogar angereizt. Vielmehr kam es darauf an, nicht aus Gegenwartsnot eine Aushilfe zu suchen, die keine Lösung war, sondern grundsätzlich die dauernde Ursache der Not für alle Zukunft abzustellen. Kurz: die liberale Labilität, die sich als bauern- und somit volksfeindlich erwiesen hatte, durch eine völkische Ordnung der Stetigkeit zu ersetzen. Den gesetzlichen Niederschlag fand diese agrarpolitische Maßnahme im Erbhofgesetz. Grundsätzlich wurde hier die Unbeleihbarkeit des Bodens festgelegt, jede Neuverschuldung, sei es aus Erbauseinandersetzung — als der häufigsten Ursache bäuerlicher Verschuldung —, sei es als Realkreditnahme, unterbunden. Von den Ausnahmen und ihrer Zulässigkeit nur durch das Anerbengericht kann in diesem Zusammenhange abgesehen werden.

Die Grundgedanken dieses Gesetzes sind:

„Die Reichsregierung will unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutsquell des deutschen Volkes erhalten. Die Bauernhöfe sollen vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden, damit sie dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben.

Es soll auf eine gesunde Verteilung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen hingewirkt werden, da eine große Anzahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernhöfe, möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilt, die beste Gewähr für die Gesunderhaltung von Volk und Staat bildet.

Land- und forstwirtschaftlicher Besitz in der Größe von mindestens einer Ackernahrung und von höchstens 125 ha ist kraft Gesetzes Erbhof, wenn er einer bauernfähigen Person gehört.

Der Eigentümer des Erbhofes heißt Bauer.

Bauer kann nur sein, wer deutscher Staatsbürger, deutschen oder stammesgleichen Blutes und ehrbar ist. Der Erbhof geht ungeteilt auf den Anerben über. Die Rechte der Miterben beschränken sich auf das übrige Vermögen des Bauern. Nicht als Anerben berufene Abkömmlinge erhalten eine den Kräften des Hofes entsprechende Berufsausbildung und Ausstattung; geraten sie unverschuldet in Not, so wird ihnen die Heimatzuflucht gewährt.

Das Anerbenrecht kann durch Verfügung von Todes wegen nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden. Der Erbhof ist grundsätzlich unveräußerlich und unbelastbar."

Das Erbhofgesetz will somit — von Ausnahmen muß in diesem Zusammenhange abgesehen werden — das Bauerntum auf eine feste Grundlage stellen, deshalb die Begrenzung der Erbhöfe auf die Größe zwischen Ackernahrung als unterste und 125 ha als oberste Grenze. Alle innerhalb dieser Grenzen befindlichen Bauernhöfe werden für alle Zukunft stabilisiert und können weder durch Zersplitterung in nicht lebensfähige Betriebe zerschlagen, noch durch Zusammenlegung ihres bäuerlichen Charakters entkleidet werden. Dieses Gesetz ist also eine Festlegung der Struktur dieser bäuerlichen Höfe. Die erste und wesentlichste Grundlage für die Erhaltung des Bauerntums ist gesetzlich festgelegt.

Übrig bleibt auf agrarpolitischem Gebiet nunmehr, Höfe und Stellen unter einer Ackernahrung durch pflegliche Maßnahmen — nicht Gesetze —, so durch die Anliegersiedlung, durch hier und dort mögliche Zusammenlegung lebensunfähiger Stellen, durch Aussiedlung, nach Möglichkeit im Laufe von Jahren zu Erbhöfen zu machen, um auch diesen Höfen die notwendige Stetigkeit als Lebensgrundlage zu geben. Übrig bleibt ferner die entscheidende Frage der Neubildung deutschen Bauerntums durch allmähliche und zielbewußte Überleitung der überschuldeten Güter namentlich des Ostens, der fiskalischen Domänen und anderer nur als Kapitalsanlage dienender Ländereien in die Hand der Bauern, um jene biologische wie nationalpolitisch notwendige Bauernstruktur auch im Osten zu erreichen, wie sie sich in westlichen und südwestlichen Bauernprovinzen und Bauernländern bewährt hat. Durch die Aufhebung des Vollstreckungsschutzes und die Anerkennung der Notwendigkeit einer Domänenlandhergabe durch die Länder ist hier nunmehr die Voraussetzung für die Entstehung von neuen Erbhofbauern gegeben. Hierbei sei nur nebenbei erwähnt, daß ausschlaggebend für die anzusetzenden Neubauern entsprechend der rassischen Grundlage des Nationalsozialismus die Erbmasse sein muß und sein wird, und daß

daher der bäuerlichen West-Ost-Siedlung erhöhte Bedeutung zukommen muß.

Diese eigentliche große Siedlungsaufgabe, die volkspolitische Aufgabe der Neuschaffung deutschen Bauerntums, ist vom Reichsbauernführer bereits in Angriff genommen. Ziel all dieser Maßnahmen ist immer und immer wieder die Schaffung neuer Erbhöfe als stetige Grundlage eines gesunden Bauerntums. Es ist hierbei klar, daß auch der noch außerhalb des Erbhofes bestehende freie Grundstücksverkehr einer gesetzlichen Regelung unterworfen werden muß, um das erstrebte nationalpolitische Ziel zu erreichen. Es ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit auch dieses Gesetz vom Kabinett verabschiedet werden wird.

Das, was das Erbhofgesetz für das agrar*politische* Gebiet ist, ist das Reichsnährstandsgesetz vom 14. September 1933 nebst einigen anderen zugehörigen Gesetzen, wie das Gesetz über den Zusammenschluß der Mühlen, über den Verkehr mit Milcherzeugnissen und Eiern usw., für das agrar*wirtschaftliche* Gebiet. Auch hier ist das Grundprinzip Stabilität statt liberaler Labilität. Es ist bereits angedeutet, daß das Charakteristische für die liberale Wirtschaft ihre Beziehungslosigkeit und Ungebundenheit ist. Das Gesetz des wirtschaftlichen Handelns bestimmt der *Eigennutz* als ausschlaggebende Triebfeder. Die Wirtschaft wurde nicht den *Lebensgesetzen* des Volkes untergeordnet, an *Staatsnotwendigkeiten* ausgerichtet, sondern *bewußt* jede Ordnung und Regelung zwischen Erzeugung und Bedarf verneint und letztere dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Der *Exponent* dieser labilen, ungeordneten, ungebundenen und daher chaotischen Wirtschaft

— der Händler — war der ausschlaggebende Faktor

dieser Wirtschaft *dadurch*, daß er durch das Spiel von Angebot und Nachfrage den *Preis* für die Waren bestimmte und dadurch *erst* — es klingt paradox — der *Wirtschaft das unentbehrliche Element der Stabilität* durch den Preis gab. Denn der durch Angebot und Nachfrage entstandene Preis regelte *rückwirkend* die Erzeugung und Nachfrage, brachte sie auf der Basis des jeweilig schwankenden Preises zum Ausgleich. Steigende Preise regten die Erzeugung an und drosselten die Nachfrage, bis aus der gesteigerten, angereizten Produktion und aus der gedrosselten Nachfrage sich für einen Augenblick eine Gleichgewichtslage ergab, die für eine kurze Zeit maßgebend blieb. Da aber Erzeugung und Bedarf ihrem Charakter nach auf Stetigkeit angewiesen sind, ließ sich weder die Erhöhung der Erzeugung, noch das Fallen des Bedarfs bei Erreichung der Gleichgewichtslage stoppen. Der Prozeß ging weiter und wirkte sich im Spiel von Angebot und Nachfrage nunmehr durch sinkende Preise aus. Dieses Pendeln der Preise mit seinen Rückwirkungen auf Erzeugung und Nachfrage ist

das Charakteristische der liberalen Wirtschaft. Das Element der Labilität ist hier zum Grundsatz gemacht. Auf das Abbiegen dieses an sich labilen Prinzips durch die Spekulation, durch Terminhandel, Leerverkäufe usw. sei nur nebenbei hingewiesen. Denn nicht auf die Auswüchse kommt es an — diese könnten ja abgestellt werden —, sondern darauf, daß das Prinzip an sich der Forderung nach Stetigkeit nicht entspricht und daher gegen das Lebensgesetz des Volkes verstößt. Es liegt auf der Hand, daß jeglicher Kalkulation und Stetigkeit der Erzeugung und jeder notwendigen Bedürfnisbefriedigung hiermit die Grundlage entzogen wurde.

In diesem sogenannten Spiel der freien Kräfte, aus dem sich die national ungebundene Weltwirtschaft ergab, liegt die Ursache der letzten Endes mit absoluter Notwendigkeit entstandenen Weltwirtschaftskrise eingeschlossen. Der steigende Bedarf an industriellen Gebrauchsgütern infolge der Industrialisierung der ganzen Welt mußte einmal nach erfolgter Industrialisierung der bisherigen kolonialen Absatzländer zu einer Überproduktionskrise ausarten, da die Nachfrage sank, die Erzeugung sich aber in Rekordziffern überschlug.

Der nachfolgende Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte mußte zur Senkung der Weltmarktpreise und zur Rationalisierung, d. h. Aussparung von Arbeitskräften — den Millionen Erwerbsloser — führen. Das labile Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Nachfrage war endgültig erschüttert; der liberale Preismechanismus funktionierte nicht mehr. Die fallenden Preise richteten sich aus dem Zwang der Unkostensenkung gegen den Arbeiter. Der Weltmarkt schrumpfte, mußte schrumpfen, da er nur in der Zeit der industriellen Aufrüstung — die nunmehr beendet war — die Vorkriegsaufnahmefähigkeit aufweisen konnte. Er wurde schließlich auf dem Gebiet der Verbrauchsgüter durch die Konkurrenz neuerstandener Industriestaaten (Amerika, Sowjetrußland, Japan) noch weiter eingeengt. Das Ergebnis für Deutschland war die restlose Erschütterung der Gleichgewichtslage der Berufsschichtung: über 6 Millionen Arbeitslose in den Städten, Mangel an Arbeitern auf dem Lande, und hier trotz dieses Mangels — weitere Aussparung von Arbeitskräften durch preis- und zinspolitisch erzwungene Rationalisierung.

In diesem

Kampf aller gegen alle

auf der labilen liberalen Wirtschaftsgrundlage nutzte es weder dem Industriellen noch dem Arbeiter, daß jene durch Preiskartelle, diese durch Tarife eine feste Basis in die dauernden Schwankungen hineinbringen wollten. Denn man kann nicht unter grundsätzlicher Anerkennung des freien Spiels der Kräfte

irgendeinen Teil in diesem Bewegungsspiel stabilisieren. Die Preisabreden wurden, sei es aus Gewinnrücksichten, sei es aus Not (Schleuderangebote), unterboten, die durch den Zusammenbruch steigenden Lasten für Arbeitslosigkeit, Steuern usw. zehrten den Wert einer Preisstabilisierung auf. Die gebundenen Löhne sicherten wohl die Existenz des Arbeiters, aber nur soweit er noch Arbeit hatte. Millionen waren schon Opfer der Beziehungslosigkeit dieser schwankenden Wirtschaft. Sicher ist der Vorgang des Zusammenbruchs der liberal-kapitalistischen Wirtschaft komplizierter, als er hier dargestellt werden kann. Es kommt hier nur darauf an, auf das liberale Prinzip der Labilität als Grundursache hinzuweisen.

Dieselbe auch auf agrarwirtschaftlichem Gebiet: Auseinanderfallen von Produktion und Verbrauch, das in untragbaren Weltmarktpreisen seinen Ausgleich suchte. Dieser wiederum zerstörte die Kaufkraft der inneren Märkte und löste schließlich die Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land weitgehend auf. Und in diesem Fluß der Ereignisse als zeitweilige, stets umkämpfte ruhende Pole: Industrielle Kartellpreise, Lohntarife, Zollmaßnahmen zur Preisstabilisierung. — Hoffnungslose Inseln im Strudel des Preisschwankens und Preisverfalls. —

Das Reichsnährstandsgesetz und seine Ergänzungsgesetze brechen grundsätzlich mit dem labilen, schwankenden Preis als Ergebnis des freien Spiels der Kräfte. Grundsätzlich wird hier nicht die schwankende, liberale Preismechanik, sondern

das Prinzip fester, volkswirtschaftlich gerechter Preise

für das Gebiet der Agrarwirtschaft proklamiert. Nicht um feste Kartellpreise zur Sicherung von Gewinnen und ohne Beziehung zu der Kaufkraft der Verbraucher handelt es sich hier, sondern um den volkswirtschaftlich gerechten Preis, d. h. um einen Preis, der bei Festlegung des notwendigen Erzeugerpreises und der Spannen für Be- und Verarbeitung und Handel trotzdem für den Verbraucher tragbar ist. Eine solche Einführung von festen Preisen setzt aber eine Marktregelung und Marktordnung voraus, die hier auf ständischer Grundlage unter Aufsicht des Reiches durchgeführt wird bzw. werden soll. Der Handel wird nunmehr zum volkswirtschaftlich nützlichen Verteiler der Güter, und damit fällt das bisherige Risiko des Handels fort. Selbstverständlich müssen dadurch auch die Spannen des Handels usw. auf ihr volkswirtschaftlich berechtigtes Maß zurückgeführt werden. Gerade hierdurch ist bei den meisten Erzeugnissen ohne Erhöhung des Konsumentenpreises der Erzeugerpreis soweit heraufgesetzt worden, daß die Landwirtschaft eine Existenzmöglichkeit findet. Wie sehr bei der Preisfestsetzung der Verbraucherstandpunkt gewahrt wurde, erhellt z. B. aus den Getreidepreisen, die um

etwa 1,— RM je Zentner für den Erzeuger niedriger festgelegt wurden als selbst im Vorjahre. Der liberale Preismechanismus ist somit ersetzt worden durch den Festpreis, wobei einer Überproduktion zu Lasten des Volksganzen bzw. der Reichskasse dadurch vorgebeugt ist, daß dieser Festpreis nur für diejenigen Mengen des Erzeugnisses gilt, für die die Volkswirtschaft Bedarf hat. Grundsätzlich ist damit die Verantwortung für eine Übererzeugung dem Erzeugenden selbst zugeschoben, indem er in Zukunft Gefahr läuft, auf seinen Übermengen sitzenzubleiben und dadurch gezwungen wird, das anzubauen, was der Bedarf braucht. Wer die Verhältnisse auf dem Getreidemarkt der letzten Jahre und insbesondere im letzten Jahre kannte, weiß, von welch durchschlagendem Erfolg diese Regelung war. Früher wurden — selbst bei einer ausgeglichenen Jahresgetreidebilanz — durch das Spiel von Angebot und Nachfrage mit seinen Termin- und Leerverkäufen und unter dem Druck der landwirtschaftlichen Verschuldung die Preise gleich nach der Ernte durch zu starkes tatsächliches oder rein spekulatives Angebot heruntergerissen. Das Fallen der Preise bewirkte ein steigendes Angstangebot seitens der Landwirtschaft, das zu weiterem Zusammenbruch und Katastrophen führte, ohne daß eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit hierfür vorlag. Der spekulative Handel spielte à la Baisse und gab leer ab, in der Hoffnung, durch weitere Preiskatastrophen sich später noch billiger einzudecken. Und einziger Käufer dieser sinnlos auf den Markt — der ja stetig beliefert sein will — geworfenen Getreidemengen war das Reich, das Hunderte von Millionen zur Marktstützung herauswerfen mußte und immer unter dem Druck einer Marktkatastrophe stand. Die Zustände auf dem Brotgetreidemarkt der letzten Ernte waren — verschärft durch die Rekordernte — so katastrophal, daß das Reich wahrscheinlich außerstande gewesen wäre, seine Interventionen durchzuführen. Haben wir doch in den Septembertagen täglich die zehn- und zwanzigfachen Getreidemengen aus dem Markt nehmen müssen wie im Vorjahr, obgleich schon damals die Dinge kaum noch zu meistern waren. Erst durch die Festpreise und das Mühlensyndikatsgesetz bekamen wir den Markt nicht nur in die Hand, sondern können mit absoluter Sicherheit die Festpreise gewährleisten. Sicher ist das Festpreissystem namentlich in dem letzten Rekorderntejahr noch mit Unebenheiten und Spannungen belastet. Diese Spannungen sind aber nicht auf das neue Prinzip zurückzuführen, sondern auf den Druck der übrigen liberalen Wirtschaft.

Das Entscheidende der neuen Maßnahmen und Gesetze ist die Ablösung der schwankenden, die Wirtschaft zerstörenden Preise durch Festpreise und damit die Herstellung fester Austauschbeziehungen zwischen den einzelnen Gütern. Man muß sich über die Tragweite dieser Gesetze nicht nur für das Gebiet der Landwirtschaft im klaren sein, sondern in ihnen die Grundlage einer festen Beziehung

zum Lohn und Gehalt sehen. Erst durch die Festpreise der lebensnotwendigen Agrarerzeugnisse wird die Sicherung stetiger Löhne und damit die

Sicherung des Lebens des Arbeiters

gewährleistet. Auch hier statt Labilität, Beweglichkeit und Beziehungslosigkeit — Stabilität, Stetigkeit und dienende Gebundenheit der Wirtschaft gegenüber dem Volke.

Ist es ein Wunder, daß dieses Prinzip der Stabilität durch die feste Ordnung des Marktes sich auch außenpolitisch auswirken mußte? — Der labile, auf Meistbegünstigung beruhende Handelsvertrag konnte nunmehr ohne Befürchtung eines Preiszusammenbruches auf dem inneren Markte durch einen, die politischen und außenpolitischen Belange der beiden vertragschließenden Staaten Rechnung tragenden Handelsvertrag abgelöst werden. Die Zölle, die zu einem entscheidenden Teil zu unserer politischen und handelspolitischen Isolierung geführt hatten, verlieren hierbei ihre bisher ausschlaggebende Rolle. War bisher ein Entgegenkommen unsererseits einem Staate gegenüber, der für unsere Industrieausfuhr wichtig war, nicht möglich, weil die ihm gewährten Vorteile durch die Meistbegünstigung allen anderen meistbegünstigten, für unsere Industrieausfuhr aber unwichtigen Staaten zugute kam, und damit ein solches Entgegenkommen sich in der Auswirkung auf dem Agrarmarkt so vervielfachte, daß es nicht tragbar war, so ist jetzt, weil die Einfuhr dieser Agrarerzeugnisse zentral geregelt wird, die Möglichkeit einer Sonderregelung gegeben. Der Abschluß des Handelsvertrages mit dem für unsere Industrieausfuhr so wichtigen Holland ist nur möglich gewesen, weil dieser neue Grundsatz der Stetigkeit und Ordnung auf marktpolitischem Gebiet auch zu einer Stetigkeit in den Handelsbeziehungen führen konnte an Stelle des bisherigen labilen, durch Zoll- und Kontingentskämpfe bis zur Unerträglichkeit gespannten Verhältnisses. Zum ersten Male seit Entstehung von Handelsverträgen sind nicht wie sonst die Interessen der Landwirtschaft gegen diejenigen der Ausfuhrindustrie ausgespielt worden, sondern die Sicherung der Lebensnotwendigkeiten beider Berufsgruppen in die Waagschale geworfen worden.

Und auch hier wird dieser verheißungsvolle Anfang gekennzeichnet durch die Ablösung des labilen Zustandes durch das Prinzip der Stabilität.

Faßt man das Ausgeführte zusammen, so ist festzustellen, daß es nicht Aufgabe dieses begrenzten Aufsatzes sein konnte, auch nur annähernd erschöpfend die Gesamtheit der Probleme zu behandeln. Die über zwei Arbeitstage reichende Tagung des Ersten Reichsbauerntages

in Weimar hat dieselben Probleme in zehn Vorträgen behandeln müssen, und selbst da mußte auf sehr viel Wesentliches in der Darstellung verzichtet werden. Es sei daher jeder, der sich für diese Probleme interessiert, auf die Sammlung der Weimarer Referate im „Archiv des Reichsnährstandes" hingewiesen. Hier jedoch kam es darauf an, die große Linie der nationalsozialistischen Agrargesetzgebung aufzuzeigen. Es kam darauf an, das einheitliche und charakteristische Grundprinzip, das wie ein roter Faden durch alle diese Gesetze läuft, in den Vordergrund zu stellen und bewußt auf weniger wichtige Zusammenhänge und Einzelheiten zu verzichten. Dabei war es z. B. noch nicht einmal möglich, auf die Überwindung des früheren Organisationschaos in der Landwirtschaft mit ihren Hunderten von Interessenverbänden durch den Agrarpolitischen Apparat hinzuweisen — eine Überwindung wiederum des liberalen und labilen, nur auf Interessen beruhenden Prinzips durch das stetige, einheitliche, dem großen Ziele untergeordnete und ihm dienende Prinzip der Stabilität —, eine Überwindung, die nur durch die geniale Schau unseres Führers möglich war, und die auf organisatorischem Gebiet vielleicht die großartigste und einzig dastehende Leistung des Agrarpolitischen Apparates darstellt und ihre Krönung im Reichsnährstand gefunden hat.

Es kam hier darauf an, aufzuzeigen, daß hier, auf agrarpolitischem Gebiet, erstmalig in der Wirtschaft das neue nationalsozialistische Prinzip geschlossen und einheitlich

das liberale Wirtschaftsprinzip durchbrochen

hat mit dem Ziel, zunächst für den Bauern und die mit ihm eng verbundenen, im Reichsnährstand zusammengeschlossenen Berufsgruppen die Stetigkeit und Ordnung zu geben, die sie brauchen, um ihre stetigen lebensgesetzlichen Aufgaben gegenüber Volk und Staat zu erfüllen. Die Geschlossenheit des Reichsnährstandes und seine zielbewußte Führung in der Richtung unseres Parteiprogrammes ist Gewähr dafür, daß der Wandlung auf gesetzgeberischem Gebiete auch die schwere Wandlung einer neuen Wirtschaftsgesinnung nicht nur folgen wird, sondern bereits weitgehend gefolgt ist. Ich bin der letzte, der die zukünftigen Kämpfe, die auftauchenden Schwierigkeiten, die vielen Spannungen und das Übermaß der auf den Reichsnährstand und sein Führertum hereinbrechenden Arbeit unterschätzt. Eines möchte ich aber nach diesen monatelangen Kämpfen und Arbeiten herausstellen: Keine Frage und kein Problem ist zu schwer, um nicht aus dem Grundsätzlichen heraus gelöst zu werden. Denn es sind ja Schwierigkeiten, die auf dem Vergangenen entstanden sind, nicht aber aus dem Zukünftigen entstehen. Und jede neue grundsätzliche Maßnahme und Entscheidung bereinigt einen ganzen Wust von Schwierigkeiten, eben weil in dem Neuen, aus der national-

sozialistischen Idee Geborenen, stets der Keim der Lösung schon enthalten ist. Und wenn auch in der Gegenwart nicht alle Härten und Nöte behoben werden können oder durch den grundsätzlichen Wandel neue Spannungen entstehen — am Zukunftsziel gemessen —, ist alles das gering. Der liberale Wahn, daß man das Leben eines Volkes auf einer sich dauernd und willkürlich ändernden Grundlage aufbauen kann, ist ausgeträumt. Diese liberale Beweglichkeit und Beziehungslosigkeit stand grundsätzlich gegen jedes organische Leben, indem es ihm die Voraussetzung nahm, nicht nur auf dem Gebiete der Politik, nicht nur auf dem Gebiete der Wirtschaft, sondern ebenso auch auf dem Gebiete der Kultur. Auch hier wurde in Verkennung der rassischen Wurzel jeder Kultur von jenem Typus beweglichster und wendigster jüdischer Makler dem deutschen Volke eingeredet, daß seine Kulturmission in seiner Mittlerrolle zwischen Ost und West liege. Überall Auflösung des Prinzips der Stetigkeit durch Beweglichkeit, Mischung, Bastardierung.

Über die Verwurzelung des Bauerntums wollen wir dem gesamten Volke die stetige Lebensgrundlage wiedergeben. Kein Zufall, daß der Nationalsozialismus auf dem Gebiete der Agrarwirtschaft zuerst durchgebrochen ist. Hier ist ja das tragende Fundament des gesamten späteren wirtschaftlichen Aufbaues. Erst nachdem diese Grundlage geschaffen ist, wird auch der Aufbau und Ausbau der Gesamtwirtschaft gelingen.

(Aus Deutsche Agrarpolitik [jetzt „Odal"] Heft 8, 1934)

Leistung für das Volk

Der Nationalsozialismus traf bei der Machtübernahme eine völlig zerrüttete Wirtschaft an: Sterbendes Bauerntum, Millionen von Erwerbslosen. Gemäß der Parole des Führers wurden diese beiden Probleme — als die wichtigsten — zunächst angepackt. Das, was hier erreicht wurde, ist so bekannt, daß ein Eingehen darauf sich erübrigt. Im Verfolg der Lösung dieser Aufgaben, namentlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, stellten sich jedoch Schwierigkeiten in den Weg, die wir heute als Devisenschwierigkeiten, Rohstoffschwierigkeiten, Schwierigkeiten in der Beschaffung mancher Nahrungs- und Futtermittel kennen.

Die Feinde des Nationalsozialismus schieben nun dem Systemwechsel die Schuld an diesen Schwierigkeiten zu. Demgegenüber muß einmal mit aller Klarheit und Deutlichkeit festgestellt werden, daß diese Schwierigkeiten nicht durch den Nationalsozialismus hervorgerufen und nicht durch ihn bedingt sind, sondern Folgen des Zusammenbruchs der liberalen Weltwirtschaft und ihres Wirtschaftsprinzips — des freien Spiels der Kräfte — darstellten.

Um das zu verstehen, müssen wir untersuchen, vor welchen größeren Hintergründen sich die ganze weltwirtschaftliche Entwicklung abgespielt hat.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung

des vergangenen Jahrhunderts stellt nichts anderes dar als eine gewaltige industrielle Revolution, und die Form, in der sie sich abspielte, nannte man, im engeren Sinne, den Kapitalismus. Vorher waren die einzelnen Völker oder Volkswirtschaften wie von selbstverständlich sich selbst genug, sie ruhten in sich und auf ihren eigenen Kräften, also in erster Linie auf dem ihnen von Gott zugewiesenen Boden und der Arbeitskraft der darauf lebenden Menschen. Auch für Deutschland ist die Zeit noch gar nicht so lange her, daß wir aus unserem eigenen Boden uns nicht nur selbst ernährten, sondern auch selbst bekleideten mit deutscher Wolle und deutschem Leinen, ja, daß wir sogar Korn und Wolle als wichtigste Erzeugnisse unserer Ausfuhr nach England lieferten, weil dieses Land schon in einem vorgeschrittenen Abschnitt der industriellen Revolution stand. Sie sehen daraus sogleich die weiteren Folgen der industriellen Revolutionierung eines Landes, wie sie dann auch für Deutschland eintrafen: allmähliche Verlagerung der Wirtschaftskräfte vom Boden und vom Menschen auf die Maschine. Der Mensch löst zunehmend sein überliefertes Verhältnis zum Boden und tritt in ein neues Verhältnis zur Maschine, freilich zunächst in das Verhältnis geistiger Abhängigkeit. Die Maschine tritt die Herrschaft an, der Schöpfer wird

zum Knecht seines Geschöpfes (der Zauberlehrling kann die Geister, die er rief, nicht mehr bannen, sie drohen ihn zu vernichten). Mit dem neuen Verhältnis des Menschen zur Maschine entsteht der Arbeiter, der die Maschine bedient, entsteht der Unternehmer, der die Maschine besitzt — alles ganz neue Begriffe und Gebilde, die es vorher nicht gab.

Die wirtschaftliche Anschauung oder Gedankenarbeit, die mit dieser Entwicklung verbunden war und durch die diese Entwicklung erst möglich wurde, war kapitalistisch. Das bedeutet: ebenso wie in der Wirklichkeit zwischen dem Boden und dem arbeitenden Menschen die Maschine trat, so trat gedanklich zu beiden, eigentlich über beide, das Kapital. Es entstanden die drei sogenannten Produktionsfaktoren der Nationalökonomie: Boden, Arbeit und Kapital — das Kapital aber war der größte unter ihnen. Das Kapital bedeutete eine Umstellung des gesamten wirtschaftlichen Denkens, eine Umwandlung aller wirtschaftlichen Werte auf feste Geldsummen, die nicht nur an sich feststanden, auch wenn die Werte darunter hinwegschmolzen, sondern die auch dauernd Zinsen heischten. Alle wirtschaftlichen Werte wurden so in zinsenheischendes Kapital umgedacht, auch die beiden anderen Produktionsfaktoren der Nationalökonomie: Boden und Arbeit. Die natürliche Arbeitskraft des Menschen wurde zu einer Ware „Arbeit", die sich nach Angebot und Nachfrage regelte und die ihren Preis danach hatte. Der natürliche feste Boden unter unseren Füßen und seine Erzeugungskraft — die Erde und ihr Segen — wurden ebenfalls zu einer kapitalistischen Summe, zu einer beweglichen Ware. Aus dieser Umwandlung aller Werte zu Kapital, das eine Verzinsung verlangte, entstand für die gesamte Wirtschaft der Begriff der Rentabilität.

Die Rentabilität

oder Rente ist eine notwendige Funktion des Kapitalbegriffs. Ohne Kapital keine Rente, ohne Rente kein Kapital. Die Rentabilität bedeutet also die feste, laufende und normale Verzinsung der auf feste Kapitalsummen umgedachten wirtschaftlichen Werte, also etwa auch des Bodens, der Gebäude, der Werkzeuge usw. Rentabilität hat weder etwas zu tun mit natürlicher Erzeugungskraft, noch etwa mit dem einfachen Einnahmeüberschuß eines Betriebes, mit dem Auskommen des Menschen. Ein Betrieb kann an sich seinen Mann vielleicht gut ernähren, aber er kann im kapitalistischen Sinne unrentabel sein und müßte zugrunde gehen, solange die kapitalistischen Spielregeln allein anerkannt werden. Sie sehen das ja am handgreiflichsten an dem gigantischen Beispiel der ganzen deutschen Landwirtschaft. Niemand wird mir bestreiten wollen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht nur sich selbst ernährt, sondern beinahe schon das

ganze Volk; und dennoch war die ganze deutsche Landwirtschaft nach den Gesetzen und Anschauungen des Kapitalismus unrentabel und hätte infolgedessen zusammenbrechen, einfach abgeschrieben werden müssen. Das wäre auch zweifellos geschehen, wenn die Entwicklung bis zur letzten Neige hätte durchgekostet werden müssen und wenn sich nicht vorher, nachdem es schon weit genug gekommen war, die natürlichen Gegenkräfte geregt hätten, die im Nationalsozialismus Gestalt gewonnen haben. Tatsächlich aber war — das muß hier festgehalten werden — mit der Einführung des Kapitalbegriffs in der Wirtschaft der Grundsatz und die allgemeine Anerkennung der Rentabilität zum Motor der gesamten kapitalistischen Entwicklung geworden und damit gleichsam auch zur unerbittlichen und harten Peitsche der industriellen Revolution. Es soll hier über diese Entwicklung kein geschichtliches Werturteil gefällt werden, wahrscheinlich ist sie geschichtlich notwendig gewesen. Es kommt nur darauf an, diesen eigentümlichen Abschnitt in der Weltgeschichte zu erkennen und zu verstehen, nicht wie bisher von einem Standpunkt innerhalb dieses Systems aus, nicht mit den darin enthaltenen Denkbegriffen, sondern ihn aus einem weiteren Gesichtsfeld, von einem höheren Blickpunkt aus zu sehen. Wenn man in einer Revolution steht, neigt man dazu, diese Revolution in Permanenz zu erklären, während wir doch wissen sollten, daß Revolutionen keine weltgeschichtlichen Dauerzustände sind, auch nicht die kapitalistische Entfaltung der Weltwirtschaft und die industrielle Revolution!

Die Erschließung der Welt

durch die industrielle Revolution war ein einmaliger geschichtlicher Vorgang. Um diese Leistung in knapp hundert Jahren zu vollbringen, mußte auch das vordem geltende Wirtschaftsprinzip durch ein neues ersetzt werden, durch das Prinzip der „freien Wirtschaft". Denn Voraussetzung der Erschließung der Welt — wie sie geschah — war die Loslösung des Menschen aus allen einengenden Bindungen wirtschaftlicher, sozialer und nationaler Art, die Loslösung des Menschen von Blut und Boden. In der Einmaligkeit dieses geschichtlichen Vorgangs lag aber auch seine Begrenzung und sein Ende. Solange diese Erschließung der Welt andauerte, solange war auch das Prinzip des „freien Spiels der Kräfte" nicht nur notwendig, sondern zwangsläufig. Mit der Beendigung dieses Prozesses jedoch verlor auch der ihm dienende Wirtschaftsgrundsatz seine Daseinsberechtigung. Denn auch er war einmalig, auf ein einmaliges Ziel und eine einmalige Aufgabe abgestellt und mußte mit dem Fallen seiner Voraussetzung selbst fallen.

Denken Sie zurück an den Zustand vorher, wie ich ihn bereits kurz angedeutet habe: Jede Volkswirtschaft trug sich selbst und ruhte in sich selbst. Mit der Einführung der Rentabilität auf der Grundlage der freien Wirtschaft wurde aber dieser Zustand der Ausgeglichenheit rücksichtslos gesprengt, gesprengt wie alle anderen Fesseln, Bindungen oder Grenzen. An die Stelle der Ausgeglichenheit innerhalb der Nationalwirtschaft, der nationalen Gleichgewichtslage der Wirtschaft, trat eine neue Gleichgewichtslage nach der Rentabilität, das Streben nach einem Ausgleich zwischen der billigsten Erzeugung und dem teuersten Verkauf, ohne Rücksicht auf nationale Grenzen oder sonstige Zusammenhänge. Der bisher jedem Volk zugewiesene Raum wurde gesprengt durch den Begriff der überstaatlichen Weltwirtschaft. Der einzelne Mensch fühlte sich nicht mehr so sehr dem Volke verbunden, dem er blutsmäßig angehört, fühlte sich nicht seinem heimatlichen Boden verwurzelt, sondern gehörte in erster Linie einer Produktionsgemeinschaft „Weltwirtschaft" an.

Die Gleichgewichtslage zwischen billigster Erzeugung und bestmöglichem Absatz, die das Rentabilitätsprinzip verlangte, bestimmte aber auch einen allmählichen Fortgang der Entwicklung und bedingte eine dauernde Verschiebung je nach dem Fortschritt der industriellen Revolution. Auf der einen Seite wurden auf der weiten Welt, die jedem offen stand, immer neue und billigere Erzeugungsmöglichkeiten erschlossen, auf der andern Seite wuchsen die volkreichen industriellen Werkstätten und mit ihnen immer größere, ungeahnte Absatzmöglichkeiten. Je nachdem, wie diese Entwicklung nun fortschreitet, bilden sich gewissermaßen Wachstumsringe der Weltwirtschaft.

Im ersten Abschnitt dieser Entwicklung gehen die sogenannten extensiven landwirtschaftlichen Erzeugungszweige über die Grenzen des wachsenden Industrielandes; die wachsende Bevölkerung verdrängt sie; sie wandern gleichsam aus; aber nahe genug, um den kürzesten Absatzweg zu behalten, und legen sich als erster Ring um das Gebiet. So geht uns beispielsweise die Schafzucht allmählich völlig verloren; die Wollerzeugung wird von anderen umherliegenden Ländern übernommen. Dann wird der nächste Erzeugungszweig unrentabel, wie beispielsweise der Anbau von Flachs, und wandert ebenfalls über die Grenzen nach dem billigeren Arbeitslohn oder nach der anspruchslosen Familienwirtschaft im Osten. Gleichzeitig wird damit die Wollerzeugung noch weiter herausgedrängt. Sie muß nämlich, um nun noch mit dem billigeren Flachs in Wettbewerb treten zu können, ihrerseits noch billigere Erzeugungsstätten aufsuchen. Also wird der Ring abermals weiter hinausgeschoben in bisher noch jungfräuliches Land. Die Baumwolle, die bisher im vorderen Orient ein kümmerliches Dasein fristete, wandert in die unerschlossenen Prärien Nordamerikas, eröffnet den entscheidenden Wettbewerb gegen Wolle und Flachs und zieht, ihrerseits in eine harte Wett-

bewerbslage gedrängt, schwarze Negersklaven nach Nordamerika — ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie sehr völkische oder rassische Belange hinter den Gesichtspunkten reiner Rentabilität zurücktreten. Die Schafe wurden nun, um noch die Rentabilität der Wollerzeugung zu halten, in die äußersten Winkel der südlichen Erdhälfte abgeschoben: nach Südamerika, Südafrika und Australien.

Ähnlich wuchsen die Ringe beim Korn, bis der kanadische oder La Plata-Weizen den Weltmarkt beherrschte. Dabei setzte sich die Entwicklung bei den Futtermitteln noch weiter fort. Nachdem ein weiteres räumliches Ausweichen von Futtergetreide nicht mehr möglich war, erfolgte ein Ausweichen in andere Erzeugnisse, von der argentinischen Leinsaat über die afrikanische Ölpalme zur chinesischen Ölfrucht oder zur mandschurischen Sojabohne.

Auf diese Weise wurden auch

die einzelnen Volkswirtschaften völlig aufgespalten;

die Schafe, die Rinder, der Getreidebau, die Faserpflanzen, die Ölpflanzen — schließlich ja auch die Menschen selbst wanderten über die Grenzen zu den Stätten billigerer Erzeugung, die sich aber immer weiter hinausschoben. Ursprüngliche lebensgesetzliche Zusammenhänge gingen darüber immer mehr verloren. Die Produktionsgemeinschaft „Weltwirtschaft", die nur in Zahlen dachte, ahnte nichts von der ursprünglichen Lebensgemeinschaft eines Bauernhofes, wie sie seit Jahrtausenden herangewachsen war. Rücksichtslos wurde durch die Rentabilität ein wichtiges Glied nach dem andern herausgenommen, und das, was jeweils übrigblieb, wurde dadurch noch eher unrentabel. Dort blieb der bloße Kartoffelbau, der nach Schweinen für den Absatz suchte, dort hingegen blieb die Schweinezucht, die sich heute vielleicht Kartoffeln, morgen russische Gerste, übermorgen argentinischen Mais aus dem Auslande suchte. Nicht nur ursprüngliche Lebensgemeinschaften wurden dabei aufgelöst, sondern auch die einzelnen Bestandteile selbst aufgespalten. Aus dem Flachs wurde eine Gespinstpflanze in Osteuropa, eine Ölsaat in Südamerika. Das Schaf wurde in Fleischrassen und Wollrassen zerlegt, und schließlich auch noch in eine Fellrasse.

Der letzte Abschnitt dieser ringweise sich ausdehnenden und dabei aufspaltenden Weltwirtschaft war die allmähliche Herauslösung und Abwanderung der sogenannten intensiveren Erzeugungszweige der landwirtschaftlichen Veredlungswirtschaft. Um das hochindustrialisierte Deutschland lagerte sich allmählich ein Ring von Obst- und Gartenbauländern; die Blumen- und Treibhauskulturen Hollands, die Edelerzeugnisse belgischen und französischen Obst- und Gemüsebaues, die Früchte

Italiens. Dazu kam die hochentwickelte Milch- und Viehwirtschaft in Dänemark und Holland, später auch in Finnland. Die Fette konnten dennoch in größere Billigkeit ausweichen, die Peitsche der Rentabilität trieb sie noch weiter über das amerikanische Schweineschmalz und das afrikanische Kokosöl bis zu den Walfischen, die schließlich auch noch in dem entlegensten Winkel der Erde, im Südlichen Eismeer, gefangen wurden.

Damit sehen Sie bildhaft, daß wir jetzt

an den Grenzen der Welt angelangt

sind. Ich habe Ihnen die Entwicklung einer Weltwirtschaft geschildert, die sich, von dem kapitalistischen Prinzip der Rentabilität auf der Grundlage des „freien Spiels der Kräfte" getrieben, in immer stärkeren Wachstumsringen immer weiter ausdehnte, bis sie alle nur ausdenkbaren Möglichkeiten erschöpft hatte und die also, wenn sie sich nun noch weiterpeitschen läßt, einfach zerplatzen muß. Diese gewaltige Katastrophe einer zerplatzten Weltwirtschaft haben wir alle in den letzten Jahren tatsächlich miterlebt. Als es keine anderen Ausweichmöglichkeiten in noch rentablere, billigere Erzeugung mehr gab, wurden die Werte einfach vernichtet. Das war der Weisheit letzter Schluß: Anbau-Einschränkung, Vernichtung der Güter und Ausschaltung der Arbeitskraft in Form von Arbeitslosigkeit. Am Ende der industriellen Revolution leuchtete das Fanal von verbrannten Weizenbeständen und ertönte das Signal der marxistischen Weltrevolution.

Deutschland, das alte Land der Mitte, auf dem sich immer wieder die weltgeschichtlichen Kräftelinien kreuzten, mußte auch diese Entwicklung am bittersten durchkosten und gewann auch diesmal daraus die Kraft zu seiner Erneuerung. Die weltwirtschaftliche Katastrophe hat ein rauchendes Trümmerfeld hinterlassen, das der Nationalsozialismus übernehmen mußte, als er zur Macht kam. An sich mußte von Grund auf neu aufgebaut werden —aber dennoch müssen wir uns in einer Übergangszeit immer noch mit dem behelfen, was aus den Trümmern noch verwendbar ist. Bei alledem müssen wir uns gerade jetzt, in der Übergangszeit, über das eine Grundsätzliche ganz klarwerden: Nachdem die kapitalistische Entwicklung mit ihrem Grundsatz der freien Wirtschaft sich überschlagen hat, nachdem das Denken in Zahlen und der Gedanke der Rentabilität an seine natürlichen Grenzen gestoßen ist und sich praktisch ad absurdum geführt hat, kann die neue Entwicklung, die jetzt anhebt und die wir als Nationalsozialisten aufzubauen haben, nur auf einem neuen Wirtschaftsgrundsatz beruhen: auf der

Rückbesinnung auf die natürlichen Grundlagen der Lebensgemeinschaft eines Volkes:

Die Wirtschaft eines Volkes muß also auf dem Boden und der Arbeit der mit ihm verbundenen Menschen beruhen, muß in ihnen gebunden sein. Dafür aber muß auch aus beiden in einer gewaltigen Kraftanstrengung das Letzte herausgeholt werden. Während die kapitalistische Weltwirtschaft in die Weite ging — auch gehen konnte, solange der Raum noch da war —, muß die nationalsozialistische Wirtschaft in die Tiefe der eigenen Kräfte des Bodens und der menschlichen Arbeit gehen. Das ist der Sinn des nationalsozialistischen Leistungsprinzips, das an die Stelle des kapitalistischen Rentabilitätsprinzips tritt. Das ist aber auch der Sinn der gebundenen Wirtschaft im Gegensatz zur freien. Das bedeutet für die Gesamtwirtschaft, und in ihr ganz besonders für die Landwirtschaft, eine immer weitergehende Ausnutzung der eigenen Erzeugungskraft. Der wirtschaftliche Anreiz für den einzelnen, der bisher darin lag, billig zu erzeugen und teuer zu verkaufen, soll künftig also nur darin liegen, möglichst viel zu erzeugen. Die Erzeugungssteigerung wird unsere wirtschaftliche Losung sein.

Um es noch einmal ganz klar herauszustellen:

Die Weltwirtschaft hat sich überschlagen. Die auf dem Prinzip der freien Wirtschaft und ihres Rentabilitätsgrundsatzes aufgebaute Weltarbeitsteilung: — hier Industrieländer, dort Rohstoff- und Absatzländer — funktioniert nicht mehr. Dort Millionenmassen von Arbeitslosen und Mangel an Rohstoffen, hier nicht absetzbare Rohstoffe, Anbaueinschränkung, Vernichtung von Vorräten.

Und so gilt es für uns, das durch jene Entwicklung mit Füßen getretene Lebensgesetz des eigenen Volkes wiederherzustellen, gilt es, das, was an Rohstoff- und Nahrungsmittelerzeugung durch jene Entwicklung aus dem deutschen Raum hinausverlegt wurde, wieder in den deutschen Raum hineinzubeziehen. Denn die Entwicklung hat bewiesen, daß das Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit zur Unfreiheit unseres Volkes geführt hat und daß die Gewährleistung des Lebens und der Zukunft unseres Volkes eine Abkehr von jenem Prinzip verlangt.

Diese Leistungssteigerung der gesamten deutschen Volkswirtschaft liegt also eingeschlossen in einer grundsätzlichen Umschaltung des wirtschaftlichen Denkens. Wollten wir uns auf uns selbst zurückbesinnen, auf unsere eigenen Kräfte wieder stellen, so mußten wir auch die beiden Grundbestandteile der Wirtschaft, den Boden und

den Menschen, wieder vom Kapital loslösen, von der Beherrschung durch das Kapital befreien. Folgerichtig entstand aus dem Zwang dieser Erkenntnis und dieser Tatsachen das Reichserbhofgesetz und das Reichsnährstandsgesetz. Das Reichserbhofgesetz befreite den Boden und den auf ihm lebenden Menschen von der Beherrschung durch das Kapital. Diese Umschaltung ist so grundlegend, daß auf der einen Seite der Widerstand aller Vertreter des alten Systems gegen das Reichserbhofgesetz verständlich wird, daß aber auch auf der anderen Seite heute schon das Reichserbhofgesetz zu einem allgemeinen Sinnbild, in seinem Grundgedanken zu einem Vorbild für die Gesamtwirtschaft und nicht nur für das Bauerntum wird.

Denn der Grundgedanke des Erbhofgesetzes ist der der Stetigkeit und Sicherheit gegenüber der unsteten Beweglichkeit und Beziehungslosigkeit der kapitalistischen Entwicklung, die sich unter dem Prinzip des freien Spiels der Kräfte ergab.

So wie das Erbhofgesetz den Grundgedanken der Sicherheit zu verwirklichen suchte, so verkörpert das Reichsnährstandsgesetz den Grundgedanken der Ordnung. Das Reichserbhofgesetz erfaßte den Boden und den Menschen in seiner Beziehung zum Boden: das Reichsnährstandsgesetz erfaßte den Menschen und seine Arbeit, das Ergebnis und die Früchte seiner Arbeit. Wir haben damit also alles, was man im überkommenen Sinne Produktionsfaktoren nennt, aus der kapitalistischen Verflechtung und den Erschütterungen des Kapitalismus herausgenommen und auf einem neuen Wirtschaftsprinzip aufgebaut, dem der gebundenen Wirtschaft. Die Landwirtschaft konnte diesen Weg am weitesten vorangehen und der übrigen Wirtschaft vielleicht die Richtung weisen, weil sie ja selbst die Grundlagen eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues nach der Katastrophe der Weltwirtschaft verkörpert, Mensch und Boden: während die übrige Wirtschaft zum größten Teil noch zu stark in die Weltwirtschaft eingeflochten ist, um sich aus dem verwirrenden Gestrüpp so schnell herauslösen zu können. Diese Tatsache wird ja auch von industrieller Seite der Landwirtschaft gegenüber durchaus anerkannt; es wird anerkannt, um mit den Worten der anderen zu sprechen, daß „die Gleichartigkeit der Produktion der relativ wenigen Produkte, die Gleichzeitigkeit des Angebots, die Gebundenheit an den Boden mit seiner ausschlaggebenden Bedeutung, aber auch die hohe Abhängigkeit vom Wetter und anderen naturgegebenen Einflüssen eine planvolle, schon vor langer Zeit wohldurchdachte und vorbereitete Arbeit des Reichsnährstandes nicht nur erlauben, sondern weitgehend fordern." (Deutscher Volkswirt.)

Es ist also ganz folgerichtig, wenn wir im weiteren Ausbau auch die Erzeugnisse des Bodens und der menschlichen Arbeit in

ein neues wirtschaftliches Gefüge

hineingestellt haben, das von den Grundgedanken der Sicherheit und der Ordnung bestimmt ist. An die Stelle des zufälligen kapitalistischen Marktgeschehens tritt die bewußte nationalsozialistische Marktordnung, an die Stelle des zufälligen Ausgleichs von Angebot und Nachfrage tritt der bewußte Ausgleich von Bedarf und Deckung, und an die Stelle einer beinahe sklavischen Unterwerfung des Menschen und seiner Tätigkeit unter die angebliche Gesetzmäßigkeit wilder Preisschwankungen an allen möglichen Börsen tritt die bewußte Beherrschung des Marktes und des Marktgeschehens durch eine verantwortungsbewußte Bestimmung und Festlegung des Preises. Das ist der Sinn unserer Marktordnung und unserer Festpreise.

Die Marktordnung mit ihren Festpreisen ist jedoch nicht nur eine Sicherung des Bauerntums und andererseits eine Sicherung des Verbrauchers, sondern dieses gebundene Wirtschaftsprinzip wird nunmehr auch zur Voraussetzung einer volkswirtschaftlich notwendigen Ertragssteigerung der deutschen Landwirtschaft.

Erinnern wir uns nochmals der Entwicklung der deutschen Landwirtschaft im verflossenen Jahrzehnt.

Der Weltkrieg hat eine in ihren Produktionsgrundlagen geschwächte Landwirtschaft hinterlassen. Der Mangel an Arbeitskräften, der Mangel an Pferden, an Dünger, an Futtermitteln hatte der deutschen Landwirtschaft die Voraussetzungen genommen, nach Beendigung des Krieges sofort ihre Erzeugungsgrundlagen wieder so herzustellen, daß die ihr gestellte volkswirtschaftliche Aufgabe — Ernährung des Volkes — erfüllt werden konnte. Auf der anderen Seite verlangte die deutsche Volkswirtschaft — in ihrer Isolierung — zwingend — genau wie heute — eine Ertragssteigerung. Bei dieser Sachlage wurde von den maßgebenden Stellen eine Intensitätssteigerung propagiert und von der deutschen Landwirtschaft befolgt. Kredite wurden ausgegeben und direkt aufgedrängt.

Was war der Erfolg jener Erzeugungsschlacht? Eine überschuldete und zusammenbrechende Landwirtschaft. Und es erhebt sich die Frage: Wie konnte es kommen, daß die Landwirtschaft, die das tat, was volkswirtschaftlich notwendig war, die also den Gemeinnutz voranstellte, ihre Erzeugung in kürzester Frist auf eine nie vorher für möglich gehaltene Höhe steigerte, bei dieser Erfüllung ihrer völkischen Aufgabe selbst zusammenbrach?

Die Antwort ist sehr einfach:

Obwohl sie Dienst an der Gesamtheit tat, waren die Voraussetzungen für die Erfüllung dieses Dienstes nicht gegeben. Das Prinzip der freien Wirtschaft mit ihrem weltwirtschaftlichen Rentabilitätsgrundsatz, die schwankenden Börsenpreise, die Spekulation mit Lebensmitteln, die Einfuhr volkswirtschaftlich überflüssiger Unmengen von Agrarerzeugnissen, von denen wir aus eigener Erzeugung genug hatten, das ganze kapitalistische Rentabilitätsspiel zerstörten die Preisgrundlage der deutschen Agrarerzeugung. Unter dem Einfluß der Weltwirtschaft, die schon im Zusammenbruch stand, fielen die Agrarpreise von Jahr zu Jahr und schwankten dazu noch innerhalb eines Wirtschaftsjahres, ja innerhalb weniger Wochen und Tage so stark, daß die Mehrernten nicht zu einem Segen für diejenigen wurden, die sie durch größeren Aufwand erzeugten, sondern umgekehrt sich in Unsegen — die Verschuldung, die Zwangsversteigerung — verwandelten.

Und wenn wir jetzt — in einer durch die Devisenknappheit ähnlichen Situation — zur Erzeugungsschlacht aufrufen, so können wir das nur, weil durch

das Prinzip der gebundenen Wirtschaft,

durch die Festpreise, die Mehrerzeugung durch Mehraufwand nicht mehr durch handelspolitisch falsche Einfuhren und Börsenspekulation zum Unsegen werden kann. Das gebundene Wirtschaftsprinzip der festen Preise und der neuen, auf der Marktordnung beruhenden Handelspolitik ist somit die Voraussetzung dafür, daß die deutsche Landwirtschaft ihrer Pflicht der Ertragssteigerung genügen kann. Und wenn man in der Vergangenheit darüber streiten konnte, ob intensiv oder extensiv zu wirtschaften sei — heute ist ein Streit darüber überflüssig:

Wir sind auf unseren beschränkten Boden angewiesen. Es ist unsere Aufgabe, soviel aus diesem beschränkten Boden durch Mehrleistung herauszuholen, als nur irgend möglich. Das Festpreissystem aber ist die Voraussetzung, daß der volkswirtschaftliche Segen einer Mehrernte auch zu einem Segen für den einzelnen Bauern wird, daß ein Mehraufwand auch durch einen Mehrertrag abgegolten wird.

Die Marktordnung ist daher die Vorbedingung für eine Erzeugungssteigerung. Die in dem Reichserbhof- und Reichsnährstandsgesetz enthaltenen Grundgedanken von Sicherheit und Ordnung sind die Voraussetzungen für einen Sieg in dieser Erzeugungsschlacht.

Und wenn man auf seiten der Ideologen der sogenannten „freien Wirtschaft" uns vorhält, daß durch die Bindung der Wirtschaft die

Privatinitiative und der natürliche Wettbewerb unterdrückt werden, so darf wohl an dieser Stelle einmal gesagt werden:

Privatinitiative

ist nicht eine Tugend an sich. Es gibt Privatinitiativen, wie z. B. die des Wucherers, die sogar unter den Strafparagraphen fallen. Wir anerkennen nur die Privatinitiative, die dem Wohl des gesamten Volkes dient, sein Leben und seine Zukunft sichert. Und die Ausführungen haben gezeigt, daß die Privatinitiativen bei der Erschließung der Welt durchaus nicht diesem Ziele dienten. Wir haben weiter gesehen, daß die Privatinitiative der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege trotz größten volkswirtschaftlichen Erfolges zum Zusammenbruch der Landwirtschaft führte, nur weil andere Privatinitiativen, z. B. die der Börsenjobber usw., in dem kapitalistischen freien Spiel der Kräfte die stärkeren waren.

Und wir sehen schließlich, daß die von uns durchgeführte gebundene Wirtschaft gerade die Voraussetzung ist, daß die volkswirtschaftlich notwendige Privatinitiative des Bauern in der Erzeugungsschlacht angeregt wird und in Erscheinung tritt.

Und so verpflichtet die Sicherstellung fester Preise den einzelnen vor sich selbst und vor der Gesamtheit zu einer Anspannung seiner Kräfte, zu einer Steigerung seiner Leistungen und seiner Erträge, weil nur eine Ertragssteigerung uns allen in unserem Kampfe um die deutsche Selbstbehauptung die Nahrungsfreiheit sichern kann.

Freilich muß sich der Bauer dabei immer wieder des ihm von der Natur gesteckten Rahmens bewußt bleiben. Diese Rückkehr zu natürlichen Verhältnissen, zu den natürlichen Gegebenheiten war ja die Grundvoraussetzung der neuen Entwicklung nach dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Das bedeutet also, daß wir darauf hinstreben müssen, in dem Bauernhof wieder ein in sich geschlossenes Gebilde mit lebensgesetzlichen Zusammenhängen zu schaffen. Nur so ist ja auch eine wirkliche und dauerhafte Leistungssteigerung möglich, wenn alle Kräfte eines Hofes sich sinnvoll ineinander fügen. Unter der Herrschaft der Preisschwankungen und des Rentabilitätsprinzips entstand jene Aufteilung, die ich Ihnen bereits schilderte und die schließlich zur Zersetzung wurde. Aus dem Bauernhof wurde ein kapitalistischer Betrieb, der bald dies, bald jenes produzierte, je nach Marktlage und Konjunkturen. Die uralten Zusammenhänge, die dadurch auseinandergerissen sind, müssen nunmehr wiederhergestellt werden. Der kapitalistische Betrieb muß also wieder zu einem in sich geschlossenen Hof, einem organischen Gebilde werden, dadurch, daß er die in die weite Weltwirtschaft zer-

streuten Erzeugungszweige wieder zu sich zurückholt. Das bedeutet für den einzelnen Betrieb, daß er danach trachten muß, sich möglichst vielseitig auszugestalten. Je mehr sorgfältig und lebensgesetzlich aufeinander abgestimmte Erzeugungszweige der einzelne Hof umfaßt, um so mehr ruht er zunächst geschlossen in sich selbst, um so lebensfester steht er da, um so mehr kann er in den einzelnen Zweigen durch Erzeugungssteigerung herausholen; und um so mehr bildet er damit die Urzelle einer lebensfesten und in sich geschlossenen Volkswirtschaft.

Auch von der gesamten Volkswirtschaft aus gesehen ist es notwendig, die in die Weltwirtschaft hinausverlegten Erzeugungszweige allmählich wieder hereinzuholen, und das soll eben möglichst dadurch geschehen, daß jeder Bestandteil dieser Volkswirtschaft, also der Hof oder der Betrieb, von sich aus zur Erzeugung bisher vernachlässigter Güter übergeht. Die Geschlossenheit und Lebensfestigkeit der Volkswirtschaft soll möglichst erreicht werden durch die Vielseitigkeit der einzelnen Bestandteile. Nur wenn die einzelne Zelle der Wirtschaft schon ein organisches Wesen ist, kann auch die gesamte Wirtschaft zu einem organischen Gebilde werden. Und dieses Ziel steht fest nach der hinter uns liegenden anorganischen Entwicklung, die lediglich von beziehungslosen rechnerischen Erwägungen bestimmt war. —

In dem Maße, wie wir also das kapitalistische Rentabilitätsprinzip abbauen und durch den

nationalsozialistischen Grundsatz der Leistungssteigerung

ersetzen, holen wir alle Güter, die die Peitsche der Rentabilität über die Grenzen hinaus immer weiter in die Weltwirtschaft getrieben hat, wieder zu uns zurück. Aus dem rein rationalen, anorganischen System der Weltwirtschaft wird im allmählichen Fortgang dieser Entwicklung wieder eine organische Volkswirtschaft, und den früher geschilderten, nach außen in die Weite drängenden Wachstumsringen der Weltwirtschaft entsprechen jetzt die nach innen, in die Tiefe gehenden Wachstumsringe einer neuen Nationalwirtschaft.

Ich komme zum Schluß:

Zwei Wirtschaftsprinzipien herrschen zurzeit in Deutschland: Das aus der industriellen Revolution überkommene Prinzip der sogenannten „freien Wirtschaft" — des freien Spiels der Kräfte — und das durch den Reichsnährstand verwirklichte Prinzip der gebundenen Wirtschaft. Die Geschichte kennt ein Nebeneinander zweier Wirtschaftsgrundsätze nur in Übergangszeiten, wenn bei einer

Ablösung einer Weltanschauung durch eine andere auch eine hierdurch bedingte Ablösung der Wirtschaftsgrundsätze stattfindet. Denn genau wie die Weltanschauung den Totalitätsanspruch stets erheben wird und erheben muß, so strebt auch das durch die Weltanschauung bedingte Wirtschaftsprinzip zur Totalität.

Es erhebt sich nun die entscheidende Frage, welcher dieser beiden Wirtschaftsgrundsätze der richtige ist. Als Maßstab für die Richtigkeit kann nur das durch die Weltanschauung gestellte Ziel dienen. Dieses Ziel ist: Sicherung des Lebens des Volkes und seiner Zukunft.

So gesehen kann aus dem geschichtlichen Ablauf gefolgert werden, daß das Prinzip der freien Wirtschaft diesem Ziel nicht gerecht geworden ist. Hätte es diesem Ziel gedient, so wäre der Nationalsozialismus gar nicht entstanden und hätte bestimmt nicht als Ziel das aufgestellt, was bereits in der Vergangenheit gewährleistet war. Nein, die Notwendigkeit, diese Forderung zu erheben, beweist, daß das Prinzip der freien Wirtschaft weder das Leben des Volkes noch seine Zukunft gesichert hatte.

Das ist auch erklärlich, denn das Prinzip der freien Wirtschaft hatte ein ganz anderes Ziel: Die Erschließung der Welt. Niemals wäre dieser gewaltige Prozeß in knapp hundert Jahren durchgeführt worden, wenn ihm nicht als Instrument die liberale Entfesselung des Menschen von allem, auch den lebensgesetzlichen Bindungen in Blut und Boden zur Verfügung gestanden hätte. Mit der Erfüllung seines geschichtlich gesetzten Zieles, mit der Beendigung der Erschließung der Welt und der industriellen Revolution verlor der Grundsatz der freien Wirtschaft auch seine Voraussetzung und damit seine Daseinsberechtigung. Weil er mit seinem Rentabilitätsgrundsatz über Lebensgesetze der Völker hinwegschritt, meldeten sich in zunehmendem Maße diese Forderungen der Sicherung des Lebens des eigenen Volkes und seiner Zukunft, bis diese Forderung im Nationalsozialismus siegte. Es liegt wohl auf der Hand, daß die erfolgte Überwindung des Liberalismus durch den Nationalsozialismus keine Empfehlung für den Wirtschaftsgrundsatz dieses Liberalismus zur Lösung des nationalsozialistischen Zieles ist: das Volk und seine Zukunft zu sichern.

Man kann nun fragen: Ist denn das Prinzip der gebundenen Wirtschaft dasjenige, das dem nationalsozialistischen Ziele dient? Die Antwort auf diese Frage wollen wir ruhig der Geschichte überlassen. Feststellen aber können wir heute schon folgendes:

Dort, wo dieses Prinzip angewandt ist — im agrarischen Sektor —, ist durch die Herauslösung aus dem Kapitalismus durch das Reichserbhof- und das Reichsnährstandsgesetz die Sicherung des Bauerntums und seiner Zukunft erfolgt. Mag die Grundlage knapp sein — sie ist aber lebensgesetzlich unterbaut und auf das Wohl des

Gesamtvolkes abgestimmt. Und weiter: Auch über den Rahmen des Bauerntums hinaus hat dieses Prinzip Lebensmöglichkeiten und Lebenssicherung für weite Teile der Arbeiterschaft geschaffen: Nicht nur, daß die Landwirtschaft selbst, und zwar auf die Dauer, mehr Arbeitskräfte einstellte und einstellt, sondern erst auf dem Boden dieser gebundenen Wirtschaft konnte ein neuer handelspolitischer Weg beschritten werden zur Sicherung des Exports und damit der darin beschäftigten Arbeiter. Schließlich ist das System der gebundenen Preise — der Festpreise — nicht nur eine Sicherung des Bauerntums, sondern ebenso eine Sicherung des Konsumenten, und zwar in der heutigen nicht gerade einfachen ernährungspolitischen Lage.

Das sind die Leistungen der Agrarpolitik. Aber nicht am Geleisteten allein ist zu erkennen, ob ein Grundsatz richtig ist oder nicht, sondern ebensosehr und vielleicht am entscheidendsten daran, ob man zukünftigen Aufgaben gewachsen ist, ja, ob man sich überhaupt aus Zukunftssinn heraus selbst neue Aufgaben stellt.

Und so stellt sich heute das deutsche Bauerntum seine Aufgabe: mehr zu erzeugen und das Erzeugte sparsamer zu verwerten.

Wir konnten diese Aufgabe uns erst stellen, nachdem durch die Marktordnung die Voraussetzungen für ihre Lösung geschaffen sind.

Und wenn sich auch vor diese Aufgabe Schwierigkeiten türmen sollten, eins vergessen Sie nie:

Am Ende steht doch die Leistung für das Volk!

(Rede auf dem 2. Reichsbauerntag in Goslar am 17. November 1934)

Volksgebundene Wirtschaft im Gegensatz zur jüdischen Wirtschaftsweise

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Begriffen Volk und Wirtschaft ist gar nicht so alt, wie wir vielleicht annehmen möchten. Nur durch die Aufspaltung aller Begriffe und Zersetzung aller Zusammenhänge in einer nunmehr hinter uns liegenden Zeit ist es gelungen, auch diese beiden Begriffe Volk und Wirtschaft zu trennen und sogar zuweilen in einen Gegensatz zueinander zu bringen. Ursprünglich gehört aber beides so eng zusammen, wie nur organische Verbundenheiten zusammenhängen können. Die Wirtschaft ist nämlich ein wesentlicher Bestandteil im Leben eines Volkes; der Begriff der Wirtschaft ist in dem Begriff des Volkes eingeschlossen, genau so wie etwa der Begriff der Arbeit mit dem des Menschen verbunden ist.

Die Art und Weise, wie ein Volk wirtschaftet, also die Wirtschaftsform eines Volkes ist dem Wandel der Zeit und der Verschiedenartigkeit des Raumes unterworfen. Was aber in einem Volk sich nicht ändert, solange das Volk nicht rassisch zersetzt wird, ist die Einstellung des Volkes und eines jeden Mitgliedes dieses Volkes zur Wirtschaft. Denn auch die Wirtschaft ist wie jede andere Lebensäußerung eines Volkes rassisch bedingt. Wie ein Bauernvolk z. B. niemals zu einer nomadisch-parasitären Wirtschaftsform greifen wird, weil diese ihm artfremd ist, so sind auch umgekehrt alle Erziehungsversuche, einem Nomadenvolk bäuerliches Wirtschaften beizubringen, vergeblich. Die Grundeinstellung bleibt unwandelbar, solange das Blut in dem betreffenden Volke rein bleibt.

Diesem entscheidenden rassischen Unterschied in der Einstellung eines Volkes zur Wirtschaft stehen Verschiedenheiten der Wirtschaftsform gegenüber, die durch Raum und Zeit bedingt sind. Der Einfluß des Lebensraumes eines Volkes auf dessen Wirtschaftsform ist so handgreiflich, daß er kaum näher umschrieben zu werden braucht. Ein Raum ohne Bodenschätze z. B. kann nicht einen eigenen Bergbau mit allen seinen Rückwirkungen auf Wirtschaftsorganisationen usw. entwickeln, ein Binnenraum ohne Seegrenze versagt dem Volk, Seefahrer zu werden, auch wenn die Erbanlage dazu im Volk vorhanden ist. Aber diese Verschiedenheiten der Wirtschaftsform sind nicht unabänderlich wie die Grundhaltung eines Volkes zur Wirtschaft, die rassisch bedingt ist. So konnten auch rohstoffarme Länder eine Schwerindustrie entwickeln, indem sie zur Einfuhr schritten oder sich Rohstoffquellen eroberten.

Weit wichtiger, da nachhaltig wirksamer, haben die geschichtlichen Veränderungen innerhalb eines Volkes dessen Wirtschaftsweise beein-

flußt. Nehmen wir nur unsere engere abendländische Gemeinschaft, innerhalb deren zwar auch noch völkische Verschiedenheiten bestehen, die aber doch in ihrer rassischen Zusammensetzung untereinander am ähnlichsten ist. Diese Gemeinschaft war ja früher, etwa im Mittelalter, noch enger als heute, weil die rassische Zusammensetzung, also die ganze innere Verfassung gleichartiger war. Und niemals gab es eine stärker volksgebundene Wirtschaft als damals, freilich auf einer ganz anderen Stufe, als wir es uns heute noch vorstellen können. Im Mittelpunkt des damaligen Denkens und Handelns stand der mittelalterliche, von Thomas von Aquino begründete Gottesbegriff, und der Mensch kam zu seinem Gott durch die einige Kirche. Hiervon war auch

die mittelalterliche Wirtschaftsform

durchdrungen, als deren Leitgedanken man vielleicht die Gerechtigkeit bezeichnen kann, wie es ja im justum pretium und anderen wirtschaftlichen Gedanken Thomas von Aquinos deutlich zum Ausdruck kommt. Auf diese mittelalterliche Epoche folgt nun der große geistige Umbruch des Abendlandes, der in der Renaissance und Reformation begründet ist, und in dem an die Stelle des mittelalterlichen Gottesbegriffes das Ich, der Einzelmensch, in den Mittelpunkt des Denkens und Handelns rückt. Der Mensch ist also nicht mehr der Kirche verantwortlich, sondern seinem Gewissen. Und in der Wirtschaftsform wird nicht mehr die von Gott geordnete Gerechtigkeit bestimmend, sondern lediglich der vom eigenen Gewissen geleitete und diesem verantwortliche Eigennutz. Am großartigsten sind diese Zusammenhänge zwischen Weltanschauung und Wirtschaftsform im Calvinismus zum Ausdruck gekommen; durch ihn ist geradezu jener Menschentyp entwickelt worden, der in der Wahrung des Eigennutzes einen sittlichen Gedanken erblickt, der wirtschaftlichen Wohlstand als einen sichtbaren Segen des Himmels ansieht und der auf dieser Grundlage eine doppelte Buchführung mit dem lieben Gott unterhält. Hiermit wurde die geistige Wurzel zu jener Entwicklung gelegt, die wir als Liberalismus mit allen seinen Folgeerscheinungen kennengelernt haben, und die in Deutschland erst heute durch einen neuen großen geistigen Umbruch abgelöst wird, durch die von Adolf Hitler verkündete nationalsozialistische Weltanschauung. Durch sie rückt nunmehr an Stelle des Ich, des Einzelmenschen, in den Mittelpunkt des Denkens und Handelns das Wir, die völkische, d. h. rassische Gemeinschaft. Und der Mensch, der früher nur der Kirche, dann nur seinem Gewissen verantwortlich war, ist heute zu allererst seinem Volk verantwortlich. In der Wirtschaftsform wird der Eigennutz als Leitgedanke ersetzt durch den Gemeinnutz, und über allem steht der von Adolf Hitler in seiner ersten Regierungserklärung verkündete lapidare Satz: „Die Wirtschaft dient dem Volk."

Obgleich also die die Wirtschaft tragende Idee wechselt, kann dar-

aus nicht etwa der Schluß gezogen werden, daß diese Wirtschaftsformen etwa nicht volksgebunden waren.

Es kommt nämlich darauf an, ob diese Formen Raum für die Auswirkung der Eigenart des Volkes für seine Einstellung zum Begriff „Wirtschaft" boten. Solange die mittelalterliche Wirtschaftsidee dem Volke diente, war sie durchaus volksgebunden. Erst als ihre Formen erstarrten und zu unüberwindlichen Hindernissen für die Entfaltung des deutschen Leistungsgedankens wurden, als sie schöpferische Auswirkungen unterbanden, da erst wurden diese Formen volksfremd. Und so ist auch der Liberalismus nicht etwa an sich als nichtvolksverbunden zu bezeichnen. In seiner Frühzeit war er eben das Mittel, um eine volksentfremdete, erstarrte Wirtschaftsform zu durchbrechen, um Raum für die arteigenen, schöpferischen Kräfte zu geben. Und solange besondere Umstände diese Entfesselung der Einzelpersönlichkeit erlaubten, solange vor allem diese Entfesselung schlummernde, arteigene Kräfte zur Entfaltung brachte, war

der Frühliberalismus geschichtlich notwendig,

vielleicht kann man sogar diesen Frühliberalismus hier und da als volksgebunden ansprechen. Ich denke z. B. an England, das den Liberalismus benutzte, um seinem Volk eine immer größere Grundlage zur Entfaltung zu geben. Allerdings muß es einem späteren tieferen Eingehen in die Probleme überlassen werden, festzustellen, ob nicht schon damals zwar dem Volke Gestaltungsraum gegeben wurde, jedoch das Volk selbst als Volk bei dieser Expansion in seinen Grundlagen erschüttert wurde.

Wie dem auch sei, es kommt nur darauf an, anzudeuten, daß die Wirtschaftsidee und damit ihre Formen sich änderten. Das, was sich in einem Volke nicht änderte und was sich — da rassisch bedingt — nicht ändern wird, ist die Einstellung zum Begriff „Wirtschaft", zum Zweck der Wirtschaft. „Die Wirtschaft dient dem Volke." Solange sie das tut, ist ihre Form volksverbunden. Da die mittelalterliche Wirtschaft in ihrer Erstarrungsform das nicht mehr tat, wurde sie gesprengt und abgelöst durch den Liberalismus. Da dieser sich in steigendem Maße gegen das Lebensgesetz des Volkes wandte, wurde er abgelöst vom Nationalsozialismus. Und weil der Nationalsozialismus den Sinn der Wirtschaft im Dienen dem Volke gegenüber sieht, weil für ihn Volk nicht zufällige Bevölkerung, sondern eine rassische Ganzheit darstellt, deshalb wird seine Wirtschaftsform volksverbunden sein und Jahrhunderte überdauern.

Um uns das aber voll begreiflich zu machen, müssen wir uns mit jener Epoche beschäftigen, die wir heute abzulösen haben, zumal da sie eine der eigenartigsten in der Geschichte überhaupt darstellt. Diese gewaltige Entfaltung des Einzelmenschen in der Renaissance und Reformation war nämlich begründet und geschichtlich notwendig durch die einmalige geschichtliche Aufgabe der Erschließung und Ausrüstung der Welt. Mit dem Zeitalter der Renaissance und Reformation begann auch das Zeitalter der Erfindungen und Entdeckungen. Wie diese gewaltige Aufgabe geleistet wurde und zu welchen großen Veränderungen für die gesamte Welt, zu welch weittragend wirtschaftlichen Folgen sie führte, darüber habe ich vor einem Jahr an dieser Stelle gesprochen. Diesmal kommt es mir darauf an, festzustellen, daß diese Aufgabe von der abendländischen Menschheit gemeinsam erfüllt wurde, und die Gemeinsamkeit dieser Aufgabe stellte doch bei allen völkischen Verschiedenheiten im einzelnen eine neue Art von übervölkischer Gemeinschaft her, wie sie damals etwa im Humanismus zum Ausdruck kam, die später freilich in ihrer rassischen Bedingtheit verkannt, verfälscht und so weit überspitzt wurde, bis sie sich im rasselosen Internationalismus und Pazifismus überschlagen mußte. Zunächst fühlte der abendländische Mensch die große Aufgabe in sich, und sie spornte ihn zu gewaltigen Kraft- und Einzelleistungen an, die aber nur möglich waren durch die Entfesselung des „Ich", durch die Befreiung des Einzelmenschen von allen Banden und Bindungen. Die Wirtschaft, die an die Bewältigung dieser Aufgabe heranging, mußte also frei sein, frei und ungebunden. Und dennoch blieb sie damals und zunächst volksgebunden, als diese Haltung ja durchaus der geistigen und seelischen Verfassung jener abendländischen Gemeinschaft entsprach, die ich soeben kennzeichnete.

Entscheidende Fortschritte in der Entwicklung der Menschheit wurden immer nur durch bedeutende Leistungen einzelner herbeigeführt, und so verbinden sich mit jener Epoche der Erfindungen und Entdeckungen auch unwillkürlich die Namen und Leistungen großer Persönlichkeiten der abendländischen Menschheit, gleichviel ob es Portugiesen, Italiener, Franzosen, Niederländer, Engländer oder Deutsche waren, von Vasco da Gama über Fernando Cortes zu Warren Hastings, von dem Maschinenbauer Leonardo da Vinci über James Watt zu Werner von Siemens.

Trotz dieser Gemeinschaft heben sich aber immer wieder die völkischen Unterschiede hervor, die auch das Wirtschaftsdenken beeinflussen. Nur hat das nun die Folge, daß innerhalb der abendländischen Gemeinschaft, vor allem solange sie durch die Erfüllung ihrer Aufgabe zusammengeschweißt ist, jedes Volk „missionarische Tendenzen" entwickelt, d. h. also versucht, das ihm entsprechende Wirtschaftsdenken

auch auf die anderen Völker dieser Gemeinschaft zu übertragen und damit gewissermaßen zur Allgemeingültigkeit zu erheben. Es entsteht also

die Wirtschaftstheorie,

eine zünftige Wissenschaft, von der jede Schule immer beansprucht, eine für die ganze Menschheit gültige Wirtschaftsform an sich aufzustellen. Diese Schulen entspringen aber immer nationalem, völkischem Empfinden: das merkantilistische System Colberts und das physiokratische von Quesnay sind so französisch, wie das System von Adam Smith und das Manchestertum englisch waren. Jedes System versucht nun, dem anderen sein Denken aufzuzwingen und damit den Eindruck zu erwecken, als ob es nicht etwa völkische Belange wahre, sondern allgemeingültige Wahrheit, objektive Wissenschaft darstellt. Genau so, wie vor hundert Jahren der Freihandel in die Welt missioniert wurde, wird heute der Völkerbund gepredigt. Daß die Engländer jedes Mittel anwenden, um ihre völkischen Belange zu wahren, ist ihnen nicht zu verdenken, solange sie als ein Volk denken und handeln. Daß aber damals die Wissenschaft der ganzen Welt auf die englische Theorie vom Freihandel hereingefallen ist, das ist nicht dazu angetan, uns allzu großen Respekt vor der Wirtschaftswissenschaft zu verschaffen. Denn nun kommt es zu folgendem grotesken Zustand: während England den Freihandelsgedanken schon längst über Bord geworfen hat und seine nationale Regierung gerade jetzt den Wahlkampf geführt hat unter Betonung einer stärkeren Unabhängigkeit der englischen Wirtschaft von den Verflechtungen des Welthandels, schreibt ein sonst hochangesehener deutscher Professor in München ein Lehrbuch über Nationalökonomie, worin die Lehre des Freihandels als klassisch und als beste aller Wirtschaftsformen zum Ausdruck kommt. Das sind durchaus nicht Einzelfälle. Sie greifen über den Kreis der Wissenschaft hinaus und zeitigen Aufsätze, in denen ausgerechnet in dem Augenblick, in dem der Kanzler des Reiches auf dem Bückeberg den Begriff der planvollen Wirtschaft aufstellt, die Bibel vom „Preiskampf im freien Spiel der Kräfte“, vom „absolut sicher wirkenden Gesetz von Angebot und Nachfrage“ usw. gepredigt wird.

Immerhin, so abgestanden und überholt uns heute solche Gedanken anmuten mögen, ist es vor einem Jahrhundert doch den Engländern gelungen, die neue Wirtschaftsform, die den Einzelmenschen und den Eigennutz in den Mittelpunkt stellt, in seiner englischen Abwandlung als Manchestertum, Freihandel und freie Wettbewerbswirtschaft zu

allgemeiner Anerkennung auch bei anderen Völkern zu bringen. Die calvinistische Lebens- und Wirtschaftsauffassung, die ich vorhin kennzeichnete, fand ja ihrer ganzen Natur nach beim Engländer, ganz besonders beim Schotten, leichten Eingang, und dort entwickelte sich dann das Puritanertum, dessen verstockteste Anhänger, die Pilgrimväter, mit der „Mayflower" nach Nordamerika fuhren und dort ein Wirtschaftsdenken begründeten, das heute noch in den Urteilssprüchen des Obersten Gerichtshofes gegen die wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung des Präsidenten Roosevelt seine letzten Triumphe feiert. Eine derartige Entfaltung des amerikanischen Kapitalismus war aber nur möglich, weil es eigentlich noch kein amerikanisches Volk gab, also keine volksgebundene Wirtschaft entstehen konnte. Es waren Freibeuter und Erobererzüge von Menschen aus aller Herren Ländern in ein großes Kolonialland, und erst heute entwickelt sich in dem sozialen Gesetzgebungswerk so etwas wie ein volksgebundenes Wirtschaftsdenken, das natürlich prompt mit dem alten liberalen Wirtschaftsdenken in Konflikt gerät.

Und damit komme ich zu der bemerkenswertesten Erscheinung in der Entfaltung der freien Wirtschaft, besonders in ihrer englischen Form, nämlich zu der Tatsache, daß sie gleichzeitig eine immer stärkere

Entfaltung des Judentums

in der Wirtschaft ermöglichte, sogar begünstigte, eine allmähliche Durchdringung des gesamten Wirtschaftslebens mit dem jüdischen Element herbeiführte, so daß man schließlich versucht sein konnte, die sogenannte liberalistische Wirtschaft mit der jüdischen Wirtschaft gleichzusetzen, sie also gleichsam als jüdische Wirtschaftsform zu bezeichnen.

Das Judentum, das jüdische Wirtschaftsdenken, steht in einem völligen Gegensatz zu dem Begriff der volksgebundenen Wirtschaft überhaupt; beides schließt sich gegenseitig aus. Denn das Judentum kennt keine volksgebundene Wirtschaft, weil es zwar ein Volk, eine Rasse darstellt, aber weil es keinen Raum hat, weil es niemals in einem Boden verwurzelt war und niemals bodenverwurzelt sein kann. Hier steht der Nomade dem Bauern gegenüber, das Prinzip der nomadischen Wirtschaft dem Prinzip einer volksverbundenen, also der Rasse und dem Boden verhafteten Wirtschaft, auch wenn diese einmal freiere Gestalt angenommen hatte. Wenn nämlich die abendländische Wirtschaft freizügig, eigensüchtig gestaltet wurde, so geschah das aus dem Gefühl einer bestimmten Aufgabe heraus und war

daher wesentlich an die Erfüllung dieser Aufgabe geknüpft. Mit der Beendigung dieser Aufgabe hatte auch die freizügige, auf dem Eigennutz beruhende Wirtschaftsform ihre Bestimmung erfüllt, und die Völker gehen überall zu den Wirtschaftsformen über, die ihnen jeweils für ihr Volk zweckmäßig erscheinen. Das im Judentum verkörperte nomadische Wirtschaftsdenken bedeutet dagegen die freizügige, gewinnstrebige Wirtschaftsweise aus Prinzip und um jeden Preis, auch wenn sie den Belangen dieses oder jenes Volkes zuwiderläuft, nur nicht denen des Judentums.

Die freie, ungebundene Wirtschaftsform aus Zweckmäßigkeit fiel also zusammen mit dem freien Wirtschaftsdenken aus Prinzip. Während Adam Smith noch von der „Wohlfahrt der Nationen" sprach, also von der Volksverbundenheit ausging, nannte der Jude David Ricardo sein Hauptwerk schon „Prinzipien der politischen Ökonomie". Damit hielt das Judentum seinen Einzug in das wissenschaftliche Denken und wirtschaftliche Leben der abendländischen Völker; gleichermaßen war es bestrebt, sich die geistige Führung und den materiellen Hauptanteil zu sichern. Es hatte zeitig erkannt, daß ihm und seinem Denken die Zeitentwicklung günstig war, es erfaßte die Gelegenheit und machte aus der freizügigen Wirtschaft aus Zweck und Gelegenheit, wie sie abendländischem Denken entsprang und entsprach, eine freizügige Wirtschaft aus Prinzip, die auch über die völkischen Belange hinausgehen mußte; sie machte daher auch aus der abendländischen Gemeinschaft, die teils eine Zweckgemeinschaft, teils eine rassische Gemeinschaft war, eine universalistische Weltgemeinschaft, die Internationale in ihren verschiedenen Schattierungen; sie machte schließlich aus dem abendländischen Denken entsprungenen Humanismus einen blutleeren, schließlich gegen die Völker selbst gerichteten, alles zersetzenden Pazifismus.

Wie sehr das freie und individualistische Wirtschaftsprinzip schon von Anfang an dem jüdischen Denken entsprach, geht ja aus der engen Beziehung der Calvinisten, Puritaner und schließlich auch der Pietisten zum Alten Testament hervor, so daß man zeitweilig den Eindruck gewinnen konnte, das Alte Testament spielte bei unseren frommen Vorvätern eine größere Rolle als das Neue. Zieht man nun gar noch die anderen jüdischen Gesetzbücher heran, also die Mischna und den Schulchan-Aruch, wie es Sombart mit zahlreichen Stellen belegt hat, so wird noch deutlicher, wie sehr die liberal-kapitalistische Wirtschaftsform dem jüdischen Gesetz, jüdischer Denkungsart entsprach, denn aus all diesen Stellen geht im Gegensatz zu den Denkern des Mittelalters deutlich hervor: Gott will den Freihandel, Gott will die Gewerbefreiheit und Gott will die freie Konkurrenz, die freie Preisbildung!!

Mit der Entfaltung einer individualistischen Wirtschaftsform, die diesen göttlich-jüdischen Wirtschaftsgesetzen weitgehend entsprach, war den Juden mit einem Male die große Gelegenheit gegeben, sich am Geschehen zu beteiligen; und sie haben diese Gelegenheit ausgenützt! Es ist außerordentlich bezeichnend, zu beobachten, wie die Juden in der liberalistischen Wirtschaftsentwicklung immer stärker durchdringen, wie sie allmählich einen Bereich nach dem anderen besetzen, und wie sie eine dem abendländischen Geiste entsprungene Entwicklung auffangen und immer wieder übertrumpfen, überspitzen wollen. Der abendländische Mensch wollte gewiß auch den Freihandel und die Gewerbefreiheit, aber erst vor einem Jahrhundert und mit dem Vorbehalt, sie wieder aufzugeben, wenn sie nicht mehr dem Volke dienten. Der jüdische Gott wollte die Gewerbefreiheit, den Freihandel und —

die Freiheit, den anderen zu betrügen!

Aber schon vor zwei oder drei Jahrtausenden und wird sie nach weiteren zwei Jahrtausenden noch ebenso wollen. So wird also Adam Smith durch David Ricardo übertrumpft, und ähnlich wird auch auf der anderen Seite der Engländer Robert Owen und sogar ein Friedrich Engels, der immerhin deutschblütig war, durch den Juden Karl Marx übertrumpft.

Und was wir an den Denkern jener Epoche beobachten, das zeigt sich auch deutlich an den in der Wirtschaft selbst tätigen Menschen. Die eigentlichen großen Leistungen werden von abendländischen Menschen vollbracht, in allen Ländern, aber meistens wird nach vollbrachter Leistung die weitere Entwicklung in geschickte jüdische Hände gelegt. Den Erfindungen eines Daimler oder Nobel, den Entdeckungsfahrten oder Eroberungszügen eines Pizarro oder Cecil Rhodes, den unternehmerischen Aufbauarbeiten eines Krupp oder Borsig kann keine einzige irgendwie ähnliche jüdische Leistung gegenübergestellt werden, wohl aber an allen Stellen und auf allen Gebieten die geradezu bewunderungswürdige Gabe, diese schöpferischen Leistungen der abendländischen Menschen aufzunehmen, weiterzutragen und für sich auszunutzen. Nehmen wir nur einmal eine Liste der größten jüdischen sogenannten Wirtschaftsführer in Deutschland: da sind an erster Stelle die Namen der großen jüdischen Bankhäuser, die vom Handel mit Geld lebten; dann folgt eine Gestalt vom Range Bethel Henry Strausbergs, der vom Handel mit Eisenbahnaktien lebte, der doch aber gewiß nicht das deutsche Eisenbahnsystem aufgebaut hat; dann kommen die Familien der großen Kohlenhändler, der Eisen- und Metallhändler, dann die bekannten Warenhausfamilien, ein Waffenhändler, ein Schiffsmakler, nirgends eine Gestalt, die eine wirkliche schöpferische Leistung aufweisen kann, aber immer geschäftig in Handel und Vermittlung an derjenigen Stelle, deren große Stunde gerade gekommen war. Zunächst, als es

noch keine eigentliche Industrie gab, bewegten sie sich lediglich im Geld- und Anleihegeschäft, hier allerdings führend; ich brauche nur an die Rothschilds zu erinnern, denen eine so blutige und gewaltige geschichtliche Entscheidung wie die Schlacht von Waterloo nichts anderes bedeutete als die Unterlage zu einem großen Spekulationsgeschäft. Aber mit dem allmählichen Aufbau der Industrie in Europa taucht auch immer gleich der Jude als Mittler und Händler in dem betreffenden Gewerbezweig auf, um dann freilich von dieser Mittlerstellung aus, die oft eine Schlüsselstellung war, zu versuchen, die Industrie selbst an sich zu reißen. Wohlgemerkt, immer den Einfluß auf einen Industriezweig, die Herrschaft über ein Gewerbe; niemals verlangt ihn danach, das Gewerbe selbst auszuüben oder ein Unternehmen wirklich selbst zu führen. Mit der Erschließung des Kohlenbergbaus stiegen die jüdischen Kohlengroßhändler auf, denen es schließlich auf dem Weg über die Aktie gelang, die Herrschaft über ganze Bergwerkskonzerne zu erhalten. Mit dem Aufbau der Schwerindustrie entwickelte sich der Eisen- und Metallhandel, in dem die Juden auch bald eine führende Rolle spielten. Wer weiß, was aus unseren Eisenbahnen geworden wäre, wenn sie Bismarck nicht verstaatlicht hätte. Und als mit der zunehmenden Industrialisierung Europas die Massen sich immer mehr an gewissen Stellen zusammenballten, da wußten die Juden selbst diese an sich bedauerliche Entwicklung auszunützen, indem sie den Warenhausgedanken entwickelten und Warenhauskonzerne aufbauten. Von hier aus, vom Liefermonopol auf große Verbrauchermassen, beherrschten sie zunächst den gesamten Großeinkauf und dehnten im Laufe der weiteren Entwicklung ihren Einfluß bis auf die letzten kleinen Fabriken aus, die ja von der Lieferung an die mächtigen Warenhauskonzerne abhängig waren.

So wußte der Jude eine ihm günstige Wirtschaftsentwicklung immer stärker auszunutzen, bis er schließlich sogar praktisch zu einer weitgehenden

Herrschaft über die Wirtschaft

gelangte, ohne diesen Herrschaftsanspruch durch eine einzige schöpferische Leistung zu begründen. Er begründete die Herrschaft lediglich durch die Beherrschung des Geldmarktes, durch seine Schlüsselstellung als Händler oder Mittler und durch seine Machtstellung als größter Kunde gegenüber den Verbrauchsindustrien.

Zu dieser wirtschaftlichen Entwicklung, zu der vorher schon geschilderten wissenschaftlichen Entwicklung, trat nun noch eine gesellschaftliche Entwicklung hinzu.

Die Entwicklung des Liberalismus zur Doktrin als allein und für immer gültiges Wirtschaftsprinzip ist bereits geschildert. Man glaubte zunächst ernsthaft an die Richtigkeit dieser Doktrin, man glaubte an die wirtschaftliche Harmonie als Folge des Kampfes der einzelnen.

Man glaubte als Miterlebender der gewaltigen wirtschaftlichen Leistungen bei der Erschließung der Welt an das automatische Gesetz des Sieges des Tüchtigen. Und zunächst traten ja auch die nachteiligen Folgen der Entfesselung des Eigennutzes für die einzelnen Völker nicht zu stark in Erscheinung! Zwar entstanden furchtbare Wirtschaftskrisen, die in erster Linie der neuentstandene sogenannte vierte Stand auszutragen hatte. Jedoch war die Industrialisierung noch nicht bis zu dem Stadium der Verstädterung gelangt wie heute. Noch waren Lebensmöglichkeiten nicht nur im Inland durch den Aufschwung von Industrie und Gewerbe, sondern vor allem als Auswanderer draußen in der Welt gegeben. Jedoch zeigten sich schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Folgen der Entfesselung des „Ichs". Der Organismus Volk löste sich in einzelne „Ich" auf, er wurde atomisiert, statt Volk entstand ein zufälliger Haufen angeblich gleicher Einzelmenschen, die nur ihrem Eigennutz untertan waren. Aus Volk wurde Bevölkerung. Die ständische Gliederung brach auseinander, denn das einzelne Ich beanspruchte uneingeschränkte Freiheit. Diejenigen, die bei dieser Auflösung an den gedeckten Tisch zu sitzen kamen, störte das nicht. Aber das Heer derjenigen, denen das Schicksal dies versagte, wurde immer größer. Die Entfaltung der industriellen Wirtschaft forderte ihre Opfer, die individualistische freie Wirtschaft ging rücksichtslos über sie hinweg. Das hinderte aber nicht, daß sich schon frühzeitig verantwortungsbewußte Männer in allen Ländern Gedanken darüber machten, wie man die Lage der Arbeiter verbessern könnte. Es entstand die soziale Frage. Zuerst wurde sie nie anders betrachtet und zu lösen versucht als im Rahmen der eigenen Nation. Ich erwähnte schon Robert Owen und erinnere an die Chartistenbewegung, die so englisch war wie die Saint-Simonisten französisch; ja sogar noch der Jude Lassalle konnte sich in Deutschland die Lösung der Arbeiterfrage nur im nationalen Sinne vorstellen.

Jedoch scheiterten diese Reformversuche, da alle Gliederungen, die die Einzelmenschen organisch mit dem Volksganzen verbanden, zerbrochen waren. Der Mensch war vereinsamt. Alle Bindungen waren gelöst. Auf dieser Grundlage nun entstand unter jüdischer Assistenz der Begriff Klasse. Die Entfesselung des Ichs hatte den einzelnen einsam gemacht; zunächst fühlte diese Einsamkeit der wirtschaftlich Unterlegene, und er fühlte diese Einsamkeit am stärksten im Wirtschaftsleben. Und so sammelte der Jude Marx diese Entrechteten, indem er ihnen den volkszerstörenden, unorganischen Begriff der Klasse

gab. Statt der Umkehr zum Wir, zum Volk, faßte man Millionen

als Klasse gegen das eigene Volk

zusammen. So ist der Liberalismus, die Entfesselung des Eigennutzes, zur Vorfrucht des Marxismus geworden, er mußte es werden in dem Augenblick, wo das entfesselte „Ich" keine neuen Lebensmöglichkeiten in der weiten Welt finden konnte und zum Fluch für immer größere Kreise des Volkes wurde.

Das war die jüdische Lösung der sozialen Frage, typisch für eine Rasse, deren Schmarotzerdasein durch Wiederherstellung des Volksbegriffes nur verlieren konnte. So machte sich der Jude zum Sachwalter der „arbeitenden Klasse", genau so wie er sich durch die Warenhäuser das Recht auf Belieferung dieser Massen sicherte. Und da er allmählich in allen Ländern zum Sachwalter der Arbeiterklasse wurde, so wußte er seine Universalität auch auf die Arbeiter zu übertragen, es entstand die Solidarität der Klassen über alle Bluts- und sonstigen Grenzen hinweg, der Proletarier aller Länder, die Internationale des Marxismus. Sie trat zu der Internationale des jüdischen Geistes überhaupt, zu der Internationale des Geldes und des Handels und vollendete das System jüdischer Weltbeherrschung, das auf dem günstigen Boden der freien, individualistischen Wirtschaftsform entstanden war, so daß man schließlich sogar diese Wirtschaftsform als jüdisch bezeichnen kann, obwohl sie an sich abendländischem Geiste entsprungen war.

Inzwischen war aber die Wirtschaftsentwicklung selbst weitergegangen. Die Dinge hatten überall den Ablauf genommen, der einer ihnen innewohnenden Logik entsprach. Entsinnen wir uns, was damals als Aufgabe bevorstand: Erschließung und Ausrüstung der Welt. Eine Aufgabe, zu der ungestüme Kraft und Freizügigkeit für den einzelnen notwendig war. Die Entwicklung ist aber heute an einem Punkt angelangt, wo die freizügige und ungestüme Entfaltung dieser Kraft nicht mehr angebracht erscheint, wo dies sogar störend auf die weitere Entwicklung wirken muß. Denn es gibt nicht mehr viel zu erschließen und auszurüsten. Und was es technisch auszurüsten gibt, das besorgt am liebsten jeder für sich selbst. Es setzt eine Zeit der Besinnung ein, wie es nach dem grenzenlosen Freiheitsrausch des verflossenen Jahrhunderts nur zu natürlich ist, eine Besinnung wieder auf sich selbst und eine Besinnung auf die vollbrachten Leistungen. Die Welt ist erobert; jetzt gilt es, sie zu ordnen. Dadurch werden die einzelnen Völker wieder auf sich selbst aufmerksam gemacht, sie finden sich wieder selbst und entdecken ihre wahren inneren Nöte, ohne daß damit freilich das bisher Geleistete oder Erreichte aufgegeben wird. Das Britische Weltreich besteht weiter,

auch wenn die National-Regierung eine stärkere wirtschaftliche Unabhängigkeit des Mutterlandes vom Weltmarkt anstrebt.

In einem Lande ist freilich diese neue Entwicklung, die sich überall in der ganzen Welt anbahnt und teils erst tastend vorwärtsschreitet, bereits durchgebrochen, weil es mit einem Manne begnadet wurde, der diese Entwicklung zum Durchbruch führte. In Deutschland entstand

der wirkliche Sozialismus,

das Hineinstellen des einzelnen in die Volksgemeinschaft, und das bedeutet auf dem Gebiet der Wirtschaft nichts anderes als volksgebundene Wirtschaft. Ein Sozialismus, der berufen ist, in allen Ländern und in jedem Volk nach seiner Art die freizügige individualistische Wirtschaftsform abzulösen. Diese wiederum ist zur Ablösung reif geworden, weil sie ihre Aufgabe erfüllt hat, weil sie infolge einer natürlichen inneren Entwicklung ihr Ende gefunden hat. Wie das einzelne Volk diese Ablösung vollzieht, welche Wirtschaftsverfassung es sich gibt, ist Sache jedes einzelnen Volkes. Der Nationalsozialismus beansprucht nicht, die ganze Welt zu missionieren wie etwa andere geistige Konstruktionen. Der Nationalsozialismus würde noch nicht einmal einen Adam Smith in die ganze Welt exportieren wollen, um etwa das, was unserem völkischen Wohle entspricht, als universelle objektive Wissenschaft hinzustellen. Nein, es entspricht ja gerade dem tiefen Sinn einer volksgebundenen Wirtschaft, wenn sie das, was jedem Volke arteigen ist, auch in der Wirtschaftsform zum Ausdruck bringt. Und da die Völker verschieden sind, selbst wenn sie miteinander verwandt sind, so werden auch die Wirtschaftsformen im einzelnen verschieden sein. Ich stelle nur fest, daß aber eine gemeinsame große Linie durch alle Völker geht und in alle künftigen Wirtschaftsgestaltungen zu verfolgen sein wird: Die Völker empfinden national, und die Völker beginnen zu empfinden sozialistisch.

Im vollendeten Widerspruch zu dieser Entwicklung befindet sich nun das Judentum. Es bangt darum, daß die ihm arteigene freizügige Wirtschaft auch in ihrer Entartung und Erstarrung, wie wir sie noch kennengelernt haben, erhalten bleibt, weil hiervon die Machtstellung, ja die Stellung des Judentums überhaupt abhängt. Das Judentum selbst ist ja in seiner ganzen Verfassung, in seinem Denken erstarrt, und es kann nicht mehr umdenken, kann nicht mehr völkische Entwicklung durchmachen, weil es nicht bodenverwurzelt ist. Des Juden Heinrich Heines bitteres Wort von dem stinkenden Leichnam, den die Völker seit Jahrtausenden mit sich herumschleppen, versinnbildlicht diesen Widerspruch zwischen toter Erstarrung des Judentums und lebendiger Weiter-

entwicklung der übrigen Völker. Dasselbe gilt auch von der jetzt nur noch vom Judentum verteidigten freizügigen Wirtschaftsweise. Wenn heute, während die Geschichte ihren ehernen Gang weitergegangen ist, noch die freie Wirtschaft verkündet wird, der Freihandel, die Gewerbefreiheit und die freie Preisbildung, so wirkt das wie ein Anachronismus auf uns. Eine technisch so hoch entwickelte und auf so hohen Touren laufende Volkswirtschaft wie die unsere ist ohne Bindungen und Ordnungen nicht vorstellbar. Solange man sich bewußt ist, für das Volk zu wirtschaften, solange die Wirtschaft also an das Volk gebunden ist, treten dadurch schon von selbst Bindungen ein. Eingriffe, die der einzelne Ichsüchtige vielleicht als einen Einbruch in seine geheiligten Privatbereiche empfinden mag, die aber dennoch notwendig sind, wenn das Volk als Ganzes leben will.

Wer aber die Freizügigkeit der Wirtschaft über die Wohlfahrt des Volkes stellt, für den ist die Wirtschaft nicht an das Volk gebunden, für den stellt die Wirtschaft etwas Absolutes dar, dem sich auch das Volk unterwerfen muß. Diese Wirtschaft ist volksfremd, wie sie tatsächlich in Deutschland vor der nationalsozialistischen Revolution gewesen ist, wie sie heute in reinster Form sich im Bolschewismus offenbart.

Wie der Liberalismus seine geistige Vaterschaft am westlichen Marxismus ablehnt, obgleich er der direkte Vorfahre ist, so lehnen beide Ideologien ihre Vaterschaft am Bolschewismus ab. Und doch ist der Bolschewismus das legale Kind dieser Ideen, die letzte Konsequenz aus der mit dem Liberalismus begonnenen Entfesselung des eigenen Ichs. Zehrt der Marxismus in Westeuropa von den Kräften noch vorhandener, noch nicht restlos vernichteter alter Volkssubstanz, so ist im Bolschewismus das Volk gar nicht mehr vorhanden. Es ist bewußt als feindliches Prinzip, als sogenanntes bürgerliches Vorurteil durch Feuer und Schwert in Atome zertrümmert. Selbst im Namen „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken" ist jede Erinnerung an das Volk getilgt. Da es einen Organismus „Volk" nicht mehr gibt, hat auch die Wirtschaft ihren Sinn, dem Volk zu dienen, verloren, sie wird Selbstzweck und nur Mittel, soweit sie als Werkzeug der Weltrevolution eingesetzt werden kann. Und es ist dabei kein Zufall, daß dieser Staat, seine Wirtschaft nicht von Russen, sondern von einer dünnen jüdischen Oberschicht geführt wird. Hierhin hat sich das von der Entwicklung in der abendländischen Welt bedrohte Judentum zurückgezogen, lediglich um seine Zeit abzuwarten. Denn es benutzt das russische Volk als Operationsbasis für die angestrebte kommunistische Weltrevolution. Es ist

eine der größten geschichtlichen Lügen,

wenn der Bolschewismus vorgibt, eine neue Ent-

wicklung eingeleitet zu haben. Er ist nicht Anfang, sondern Ende einer Entwicklung, logische letzte Konsequenz einer Entwicklung, die mit dem Liberalismus einsetzte, gegen das Volk als Organismus gerichtet war und nach dessen restloser Zertrümmerung sich selbst jede weitere Entwicklung nimmt. Nur so ist es verständlich, daß man sich nicht begnügt, im russischen Raum den Kommunismus durchzuführen, sondern die Weltrevolution predigt. Denn in Rußland ist bald nichts mehr zu verwirtschaften, und so sieht man sich beizeiten nach neuen Weidegründen in der Welt um. Die folgerichtige Weiterentwicklung der liberalistischen Wirtschaft führt notwendig zum Bolschewismus.

Wir Deutschen aber haben unter der Führung Adolf Hitlers die Gewaltherrschaft volksfremder Elemente abgeschüttelt. Daß uns dies so schnell und durchgreifend gelingen konnte, dazu hat zweifellos die Tatsache beigetragen, daß sich in Deutschland auch durch die Stürme der vergangenen Jahrhunderte noch ein verhältnismäßig starkes Bauerntum erhalten hat. Der Bauer hat zwar die freie Wettbewerbswirtschaft ebenso mitmachen müssen wie jeder andere im Bereich der Wirtschaft, aber in ihm hat sich das Gefühl für eine wirkliche volksverbundene Wirtschaft noch stärker erhalten, als sogar ihm selbst bewußt gewesen ist, und zwar aus zwei Gründen: einmal, weil der Bauer fester in Blut und Boden verwurzelt ist, weil er also seine Bindung an Zeit und Raum und damit seine Bindung an alle anderen Volksgenossen ständig fühlt; und dann, weil er als Stand noch die unbewußte Erinnerung an die vorkapitalistische Wirtschaft stärker in sich trägt als etwa andere Stände, die erst mit der Entfaltung der modernen industriellen Wirtschaft entstanden sind. Der Bauer hat daher den Gedanken einer volksverbundenen Wirtschaft mit sicherem Instinkt als erster voll aufgenommen und ihn für seinen Bereich in die Tat umgesetzt. Er ist der unbewußte Träger dieses Gedankens durch die Jahrhunderte gewesen, als die Entwicklung anders verlief, und er wird auch weiterhin der Bürge dafür sein, daß dieser Gedanke der volksverbundenen Wirtschaft hochgehalten, gegen alle Anfeindungen verteidigt und im langsamen Lauf der Jahre unter Adolf Hitler in der gesamten deutschen Wirtschaft durchgesetzt wird.

Und Sie, als die Führer des Bauerntums, seien sich bewußt der ungeheuren Aufgabe, die Ihnen damit gestellt ist.

(Rede auf dem 3. Reichsbauerntag in Goslar am 16. November 1935)

Appell an den Idealismus

Das Bauerntum hat zwei große Aufgaben zu erfüllen: Lebensquell des Volkes zu sein und die Volksernährung zu sichern. Weil im Zuge der liberalistischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland beide Aufgaben nicht mehr gesehen wurden, glaubte man, das Bauerntum vernachlässigen zu können.

War schon in früheren Jahrhunderten aus der Verkennung der Bedeutung des Blutes heraus Tausenden von deutschen Bauern die Lebensgrundlage in ihrer Heimat genommen, mußten sie damals gezwungenermaßen meist als Söldner in fremder Staaten Dienst treten, so wurde mit dem Aufbrechen des Liberalismus der Weg frei für ein hemmungsloses Auswandern Tausender von Bauernfamilien, die teils im Osten und Südosten Europas, zum größten Teil aber in der Neuen Welt sich eine neue Lebensgrundlage suchen mußten. Von heute aus gesehen war es ein dauernder ungeheurer Aderlaß besten deutschen Blutes. Die Meilensteine dieses verhängnisvollen Weges waren die sogenannten Agrarkrisen. Die Erschließung der Welt führte nämlich zu einer ungeheuren Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, und da in jenen jungfräulichen Ländern der Aufwand zur Erzeugung von Nahrungsmitteln ein sehr viel geringerer war als in den alten Kulturländern Europas, konnten die dort in Massen erzeugten Nahrungsmittel und Rohstoffe den europäischen Markt überschwemmen und durch ihren billigen Preis die Arbeit der Bauern dieser Länder entwerten.

Durch die Zunahme der Bevölkerung in Deutschland im Laufe des vergangenen Jahrhunderts wäre organischerweise eine Erhöhung der Erzeugung notwendig gewesen, das heißt, die Intensität hätte dauernd und anhaltend so gesteigert werden müssen, daß die dadurch vergrößerten Roherträge dem steigenden Nahrungsbedarf die Waage halten konnten. Diese organische Entwicklung wurde jedoch durch die ausländische Schleuderkonkurrenz verhindert. Infolge dieser Unterbietung durch das Ausland konnte sich die deutsche Landwirtschaft nicht ausreichend intensivieren.

Aus diesem Gegensatz zwischen notwendiger Intensität und der vom Ausland aufgezwungenen Extensivierungstendenz entstanden die sogenannten Agrarkrisen, von denen die bekannteste in der Vergangenheit die Caprivi-Krise war. Gustav Ruhland hat in seinem Werk „Die internationale Getreidekonkurrenz — ein kapitalistisches Problem" diesen Zusammenhang klar erkannt. Er hat gezeigt, wie das Einbrechen billiger Nahrungsmittel aus dem Ausland die intensive deutsche Landwirtschaft zur Extensität zwang. Dadurch aber fielen Tausende deutscher Landwirtschaftsbetriebe der Krise anheim. Die Bauern dieser zusammengebrochenen Betriebe zogen mit dem weißen Stock in die Neue Welt und verschärften nun ihrerseits die Lage ihrer daheimgebliebenen Volks-

genossen durch immer steigende landwirtschaftliche Mehrerzeugung und Mehrausfuhr. Die Tragik dieser Entwicklung lag also nicht nur in dem Verlust besten deutschen Bluts durch die Auswanderung, sondern auch darin, daß gerade durch die landwirtschaftliche Betätigung dieser Auswanderer die notwendige Intensivierung der heimischen Landwirtschaft verhindert wurde und Deutschland Schritt für Schritt seine Nahrungsfreiheit verlor. Ein dauernd steigender, nicht unbeträchtlicher Teil der deutschen Ernährungsgrundlage wurde ins Ausland verlegt. Beides rächte sich im Weltkrieg: Nicht nur standen die Nachfahren jener deutschen Auswanderer ihrem einstigen Mutterland als Feinde gegenüber, sondern ihre Friedensarbeit im Auslande vor dem Kriege hatte bereits dazu beigetragen, daß Deutschland mit ungesicherter Ernährungsgrundlage in dieses Ringen eintreten mußte. Zwar erhoben sich einzelne Stimmen, so die Stimme Ruhlands, die vor dieser Entwicklung warnten. Zwar versuchten die Regierungen in Deutschland und in den anderen alten Kulturländern Europas, durch Schutzzölle und verschiedene andere landwirtschaftliche Stützungsmaßnahmen der Landwirtschaft zu helfen; es fehlte jedoch sowohl bei den Regierungen wie auch im Bewußtsein des Volkes die grundsätzliche Erkenntnis von der Bedeutung des Bauerntums als Blutsquell und als Nährstand des Volkes. Selbst der große Krieg, der die Gefahr der Nahrungsabhängigkeit vom Ausland jedem einzelnen deutschen Volksgenossen vor Augen führte, brachte keine Wende, die ernährungspolitischen Sorgen des Weltkrieges waren bereits nach einigen Jahren restlos vergessen. Die Entwicklung setzte wieder dort ein, wo sie 1914 abgebrochen war. Man ging grundsätzlich den Weg weiter, der sich bereits als verhängnisvoll erwiesen hatte. Der Verlust des Weltkrieges war ja nur die Konsequenz aus der liberalen Entwicklung des vorigen Jahrhunderts. Er zeigte nur auf, daß Deutschland einen Weg ging, der zum Zusammenbruch seines Volkes und seiner Ernährung führen mußte. Der Ausgang des Krieges hätte zur Besinnung führen müssen. Aber diese Folgerung zogen die Nachkriegsregierungen nicht, da ihnen ja selbst der Sinn für den Begriff „Volk" abging. Sie glaubten weiter an Weltbürgertum und Weltwirtschaft. *Die liberale Idee, durch den Weltkrieg als nicht lebensfähig entlarvt, feierte in der Systemzeit ihre Auferstehung.* Es fehlte der Mut zu erkennen, daß die liberale Entwicklung aus einer Überschätzung des Gegenwartssinns und einem Fehlen jeglichen Zukunftssinnes geboren war.

Der notwendige Umbruch

konnte nur aus einer neuen Erkenntnis erfolgen, aus einer neuen Weltanschauung heraus. Diese Weltanschauung war die nationalsozialistische Idee. Adolf Hitler stellte dem Bauerntum wieder seine zwei ewigen Aufgaben. Nicht weil die Landwirtschaft infolge der Fehler der Ver-

gangenheit in einer Notlage war, nicht um des falschen Prinzips willen, grundsätzlich überall helfen zu müssen, stellte der Führer als Erstes die Aufgabe, das Bauerntum zu retten, sondern aus der klaren Erkenntnis der Bedeutung des Bauerntums für die Sicherung des Bestandes des gesamten Volkes und für die Sicherung seiner Ernährung.

Als der Reichsbauernführer im Juni 1933 vom Führer zum Ernährungsminister berufen wurde, sah man die von ihm eingeleitete Agrarpolitik in weiten Kreisen des deutschen Volkes nur als einen Versuch an, die soziale Lage des Bauerntums zu heben. Denn dasselbe Deutschland, das schon viele Jahrzehnte vor dem Kriege seine Nahrungsfreiheit verloren hatte, das in dem Maße, als es Industrieausfuhrland wurde, immer stärker auf Einfuhr von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen angewiesen war, erschien 1933 als ein Überflußland an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Eine Reihe guter Ernten, insbesondere die Rekordernte des Jahres 1933, täuschte eine Ernährungslage vor, die in jeder Weise gesichert erschien. Der Überfluß an Getreide, Fleisch, Butter und so weiter, der bereits in der Systemzeit und noch in den Jahren 1933 und 1934 Absatzsorgen hervorrief, war aber nur ein scheinbarer, denn noch versorgte die sogenannte Weltwirtschaft Deutschland im Übermaß mit Nahrungsmitteln. Vielfach wurde verkannt, daß diese Versorgung keine organische war, daß diese Versorgung einmal nur durch eine Verschuldung Deutschlands dem Auslande gegenüber in der Vergangenheit ermöglicht worden war, und daß zweitens eine weitere Versorgung aus dem Ausland nur soweit in Frage kam, als jenes auch bereit war, deutsche Industrieerzeugnisse in Zahlung zu nehmen. In dem Augenblick, in dem das Schuldenmachen aufhören mußte, in dem Augenblick, in dem die deutsche Wirtschaft auf die Zukunftsaufgaben des deutschen Volkes ausgerichtet wurde, nicht mehr Selbstzweck war, sondern in den Dienst des Volkes gestellt wurde, mußte die Sorglosigkeit, mit der die Systemregierung die deutsche Ernährungswirtschaft betrachtete, in sich zusammenbrechen. Es mußte offen zutage treten, daß Deutschland trotz der damaligen Überflußsorgen in seiner Nahrungsfreiheit von dem guten Willen anderer Staaten abhängig war. Dieser Augenblick trat im Sommer 1935 ein. Und erst dann sah das deutsche Volk, der deutsche Arbeiter, warum der Führer als eine der beiden vordringlichsten Aufgaben bei der Machtübernahme die Rettung des Bauerntums verkündete. Es wurde damals offenkundig und für jeden sichtbar, daß Deutschland seine Abhängigkeit in der Ernährung vom Weltmarkt niemals verloren hatte. Im Weltkrieg rächte sich die Vernachlässigung des Bauerntums. Wenn die Ernährungsschwierigkeiten des Jahres 1935 überstanden wurden, wenn dem deutschen Volke die Nahrungssorgen des Weltkrieges erspart blieben, so nur deshalb, weil vorausschauend vom ersten Tage der

nationalsozialistischen Agrarpolitik an die Gesundung des deutschen Bauerntums eingeleitet wurde.

Weite Volkskreise sahen noch bis in das Jahr 1934 in der nationalsozialistischen Agrarpolitik nur einen Schutz des Bauern. Wer sich aber schon die Mühe gab, in die Grundsätze der nationalsozialistischen Agrarpolitik einzudringen, konnte erkennen, daß es sich bei den durchgeführten Maßnahmen nicht nur um einen Schutz des deutschen Bauerntums handelte, sondern in erster Linie um den Schutz des gesamten deutschen Volkes. Noch immer versorgte die deutsche Landwirtschaft mit ihren Erzeugnissen erst 80 vH des deutschen Nahrungsbedarfs. Noch immer war daher die deutsche Ernährung zu 20 vH von dem guten Willen des Auslands abhängig. Wie die Ernährungslage 1935 zeigte, brauchte es durchaus nicht zu einem Weltkriege zu kommen, um dieser Abhängigkeit Nachdruck zu verleihen. Wirtschaftliche Maßnahmen, wie die Hemmung der deutschen Industrieausfuhr, führten praktisch zu demselben Ziele: „Dem Höherhängen des Brotkorbes für das deutsche Volk."

Das Mittel, um die neue Entwicklung einzuleiten, war neben dem Erbhofgesetz, das das Bauerntum als Lebensquell des Volkes zu sichern hatte, das Reichsnährstandsgesetz und die darauf aufgebaute Marktordnung. Ich habe im vorigen Jahr bei der Eröffnung der Reichsnährstandsschau in Hamburg bereits die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Marktordnung gekennzeichnet. Nur durch die Marktordnung war es möglich, neben der Rettung des Bauerntums auch die zweite vom Führer gestellte große Aufgabe, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zu lösen; denn nur sie ermöglichte es, daß die notwendigen größeren Einnahmen der Landwirtschaft nicht zu Lasten des Verbrauchers gingen.

Heute erscheint es mir notwendig, einmal die

Grundsätze der Marktordnung

scharf herauszustellen. Die Marktordnung mit ihren stabilen Preisen war nicht nur Schutz des Erzeugers vor Preisverfall, sondern zugleich Schutz des Verbrauchers vor Preissteigerungen. Der Liberalismus kannte nur die Lehre vom freien Spiel von Angebot und Nachfrage. Der Preis war dort nur eine Folge dieses sogenannten Spieles. Der — ich darf wohl sagen — spielerisch entstandene Preis wirkte jedoch wie jeder Preis auf die Erzeugung und auf den Bedarf zurück. Er konnte, wenn er hoch war, die Erzeugung anregen und den Bedarf verringern, er konnte, wenn er niedrig war, die Erzeugung drosseln und die Nachfrage steigern. So mußte der schwankende Preis auch zu einem Schwanken in der Erzeugung und in der Nachfrage führen. Der Nahrungsbedarf ist jedoch ein stetiger; er ist an sich nur geringen Schwankungen unterworfen. Die Erzeugung aber in der Landwirtschaft läßt sich nicht wie etwa in der Industrie in wenigen Monaten umstellen,

mal steigern und mal vermindern, je nachdem, wie es ein zufällig entstandener Preis verlangt. Mit anderen Worten: Die liberale Preisbildung gefährdete grundsätzlich den Zusammenklang von notwendiger Erzeugung und notwendigem Bedarf.

Demgegenüber setzte die Marktordnung Preise fest, die sowohl Rücksicht auf den Bedarf wie auf die notwendige Erzeugung nahmen. Die Preise entstanden nicht mehr unorganisch und unsinnig im sogenannten freien Spiel der Kräfte, sondern wurden bewußt autoritär von oben festgelegt, und zwar so, daß sie die Lebenshaltung des deutschen Volkes nach Möglichkeit nicht belasteten, während sie gleichzeitig durch richtige Abstimmung gegeneinander die Erzeugung in die richtigen Bahnen lenkten. Voraussetzung dafür, daß diese autoritären Preise nicht nur auf dem Papier blieben, war, daß sie wirtschaftlich unterbaut wurden. Und so war die Konsequenz aus der Festsetzung autoritärer Preise die Notwendigkeit, die Versorgungslage zentral zu beherrschen. Denn es galt, bei einem Überangebot einer Ware zentral soviel von der Ware — und zwar zum autoritär festgesetzten Preis — aus dem Markt herauszunehmen, bis Angebot und Bedarf in das volkswirtschaftlich notwendige Gleichgewicht kamen. Und es galt weiter, bei einem Mangel an einer Ware soviel von dieser Ware zu dem autoritär festgesetzten Preis zentral anzubieten, bis auch hier das Gleichgewicht hergestellt war. Denn nur bei ausgeglichener Versorgungslage waren die festgesetzten Preise auch wirtschaftlich gültig. Die weitere, dadurch bedingte unvermeidliche Konsequenz war die Notwendigkeit einer Vorratswirtschaft, d. h. zeitliche Herausnahme der Ware, wenn sie den Bedarf überstieg, und Abgabe der Ware an den Markt, wenn diese dort nicht ausreichend vorhanden war. *Die Voraussetzung der Marktordnung ist somit eine zentrale Vorratswirtschaft.*

Eine solche Vorratswirtschaft ist nicht nur notwendig zum Ausgleich von Erzeugung und Bedarf — und zwar sowohl des jahreszeitlichen als auch des Ausgleichs zwischen mehreren einander folgenden Ernten —, sondern sie ist ebenso notwendig, um die autoritär festgelegten Preise auch tatsächlich zu gewährleisten. Damit ist klar, welche enorme Bedeutung bei der Abhängigkeit der Ernährungslage Deutschlands vom Ausland die Bildung von Vorräten haben mußte. Nur ausreichende Vorräte konnten die Versorgung und den gerechten Preis gewährleisten, und so mußte die Pflege der Vorratsbildung eine entscheidende Voraussetzung der Marktordnung sein.

Was bedeutete nun die Notwendigkeit einer solchen Vorratspflege für ein Volk, das in seiner Ernährungsgrundlage zu einem Fünftel vom Auslande abhängig war und noch ist? Sie bedeutete, daß infolge des Rückgangs der Arbeitslosigkeit, infolge der aktiven Bevölkerungspolitik, infolge des Bestrebens, den Ernährungsstandard zu heben, in steigendem Maße das Ausland für die wachsenden Ernährungsbedürfnisse des

deutschen Volkes herangezogen werden mußte, w e n n n i c h t die deutsche Landwirtschaft in die Lage versetzt und bereit sein würde, mehr zu erzeugen.

Der Rohstoffmangel in Deutschland verbot von vornherein eine wachsende Belastung der Devisenlage oder Mehreinfuhr von Lebensmitteln. So blieb nur der Weg, die Erzeugung der deutschen Landwirtschaft zu steigern. Deshalb wurde vom Reichsbauernführer 1934 auf dem Zweiten Reichsbauerntag zur Erzeugungsschlacht aufgerufen. Es war notwendig, mehr zu erzeugen, um die Versorgung, um die gerechten Preise gegenüber dem Verbraucher zu gewährleisten. Ich darf dabei betonen, daß diese Erzeugungsschlacht angesagt wurde in einem Augenblick, wo — wie eingangs erwähnt — fast auf allen Gebieten der Ernährung ein Überangebot vorhanden war. Nicht nur, daß aus der Rekordernte 1933 große Mengen von Weizen und Roggen in der Hand des Reiches waren, sondern ebenso herrschte ein Überangebot an Schweinen. Daneben ein Überangebot an Rindern, hervorgerufen insbesondere durch die schlechte Rauhfutterernte des trockenen Jahres 1934, daneben Schwierigkeiten im Butterabsatz, Schwierigkeiten im Eierabsatz und so weiter, um nur die wichtigsten Gebiete zu nennen. Zu jenem Zeitpunkt also, als auf den wichtigsten Ernährungsgebieten Überangebotssorgen uns Tag für Tag in Atem hielten, in jenem Augenblick brachte der Reichsbauernführer den Mut auf, aus klarer Erkenntnis der von mir eingangs dargelegten Grundsätze zur Erzeugungsschlacht aufzurufen. Den Überklugen, denen das Tempo der Erzeugungsschlacht nicht genügt, die heute nörgelnd und meckernd glauben, zu den Fragen der Landwirtschaft Stellung nehmen zu müssen, sei gesagt, daß, wenn im Jahre 1935 etwa eine Rekordernte des Jahres 1933 sich wiederholt hätte, gerade diese Überklugen es gewesen wären, die nunmehr aus ihrer grundsätzlichen Haltung heraus gegen den „Wahnsinn" einer landwirtschaftlichen Mehrerzeugung Stellung genommen hätten. Ich glaube kaum, daß diese paar Dutzend grundsätzlicher Meckerer das Glück haben werden, in einer späteren Geschichtsschreibung auch nur in einer Fußnote Erwähnung zu finden.

Der Aufruf zur Erzeugungsschlacht im November 1934 war somit nicht nur eine aus Voraussicht geborene Tat, sondern dieser Aufruf konnte auch nur erfolgen, weil durch die vorangegangene Marktordnung die Voraussetzung für eine Erzeugungsschlacht geschaffen war.

Theoretisch hätte man eine landwirtschaftliche Mehrerzeugung auf drei verschiedenen Wegen erreichen können:

1. auf dem liberalen Wege des Appells an den Eigennutz,
2. auf dem staatlichen Wege des Zwangs und
3. auf dem nationalsozialistischen Wege, den wir gegangen sind.

Die Verfechter der ersten Lösung, die sie schamhaft als die Lösung

„durch Eigennutz zum Gemeinnutz"

bezeichneten, glaubten an die unfehlbare Theorie des Liberalismus, daß Angebot und Nachfrage in freiem Spiel der Kräfte stets zu dem bestmöglichen Ausgleich von Bedarf und Erzeugung führten. Auf die Lage Deutschlands angewandt, hätte das bedeutet, daß man zunächst solange mit der Erzeugungsschlacht hätte warten müssen, bis die Mangelerscheinungen auf diesem oder jenem Ernährungsgebiet zu starken Steigerungen der Preise für diese Erzeugnisse geführt hätten. Erst dann sollte, angereizt durch die hohen Preise, die Erzeugung entsprechend automatisch sich erhöhen. Ich habe grundsätzlich bereits ausgeführt, daß die Überlassung der Preisbildung einem solchen freien Spiel der Kräfte zwangsläufig zu schwersten Erschütterungen und Fehlleitungen der Erzeugung geführt hätten. Denn die Preise hätten sich ja nicht nach den Erfordernissen der Volkswirtschaft gebildet, sondern zufällige längere oder kürzere Mangelerscheinungen hätten ohne Rücksicht auf eine tatsächlich notwendige Mehrerzeugung zu tiefgreifenden Veränderungen in der Erzeugung geführt. Gerade die Stabilität der Preise als Voraussetzung jeder Erzeugungssteigerung wäre nicht eingetreten, vielmehr das frühere Schwanken der Preise noch durch zeitweilige Mangelerscheinungen ins Ungeheure verschärft worden.

Aber auch abgesehen von diesen Rückwirkungen auf die Landwirtschaft selbst verbot sich dieser Weg aus allgemein wirtschaftlichen Gründen. Nicht nur, daß er der nationalsozialistischen Auffassung von der Volksgemeinschaft widersprach, sondern ein Herauftreiben der Preise hätte unweigerlich zu einem Steigen der Löhne geführt und damit die Lösung der zweiten großen vom Führer gestellten Aufgabe — Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — zur Unmöglichkeit gemacht. Es kam ja gerade darauf an, die Lösung der Agrarfrage im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft zu finden, ausgehend von der nationalsozialistischen Grundauffassung, nicht das Trennende zur Grundlage der Politik zu machen, sondern das Gemeinsame. Wenn die Lehre von der Volksgemeinschaft und der Schicksalsgemeinschaft eines Volkes zu Recht besteht, so konnte nicht eine lebenswichtige Aufgabe zuungunsten einer anderen, ebenfalls lebensnotwendigen Aufgabe erfolgen. Es wäre auch einigermaßen grotesk, ausgerechnet die liberalen Methoden zur Heilung einer Krankheit anzuwenden, die ja gerade die Folge der Anwendung dieser Methoden war. Der Liberalismus mit seinem freien Spiel der Kräfte ist es ja gewesen, der die nicht ausreichende Ernährungsversorgung Deutschlands in jahrzehntelanger Entwicklung verschuldet hatte.

Der zweite theoretisch mögliche

Weg eines staatlichen Zwanges

von oben, der hier und da empfohlen wurde, muß ebenfalls restlos abgelehnt werden. Eine Erzeugungsschlacht kann man nicht von Staats

wegen organisieren. Man kann nicht von Berlin aus auf dem Verordnungswege deutsche Bauernhöfe leiten wollen. Wie es unmöglich ist, für jeden einzelnen der 5 Millionen Höfe von einer Zentralstelle aus einen Düngeplan aufzustellen oder vom Staatsapparat aus den Einsatz von Maschinen und Geräten zu befehlen, so ist es ebenso unmöglich, etwa Bebauungspläne, Fruchtfolgen, Saatmengen und Saatzeiten von Berlin aus zu verordnen. Ein solcher Weg hätte zur Voraussetzung, daß man es nicht mit deutschen Menschen, mit deutschen Bauern zu tun hätte, sondern mit einem primitiven Kolonialvolk, das nur in einem Zustand einer größeren oder geringeren Leibeigenschaft bereit ist, Arbeit zu leisten. Es ist ja auch nicht etwa ein Zufall, daß man diese Methoden des obrigkeitlichen Zwangs ausgerechnet in der Sowjetunion anwendet, das heißt in einem Staate, wo der Mensch nichts gilt, die Materie alles. Dort ist tatsächlich der Versuch gemacht worden, zentralistisch durch den Staat die landwirtschaftliche Erzeugung zu organisieren, und es ist bezeichnend, daß dieser Weg selbst bei einem Volk, das unter blutigstem Terror steht, versagte. Trotz fast 20jähriger Sowjetwirtschaft ist es nicht nur nicht gelungen, die frühere landwirtschaftliche Erzeugung in Rußland wiederherzustellen, Rußland wieder zu dem größten Agrarausfuhrland zu machen, sondern es war noch nicht einmal möglich, auch nur die Ernährung des eigenen Volkes zu gewährleisten.

Der organische Weg

Im Gegensatz zu diesem staatlich kollektivistischen Weg der Sowjetunion sind wir bewußt den nationalsozialistischen, das heißt organischen Weg gegangen. Wir wollten nicht nur die Agrarfrage im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft lösen, sondern ebenso einen Weg vermeiden, der letzten Endes zur Untergrabung der schöpferischen Kräfte der einzelnen Persönlichkeit zu einem Staatsrentnertum wie zu einer Sucht nach Staatssubvention geführt hätte. Niemals kann der Staat mit seinem Beamtenapparat Aufgaben übernehmen, zu denen der geballte Wille und das geballte Können von Millionen schöpferischen, unter eigener Verantwortung stehenden und der Gemeinschaft dienenden Menschen notwendig sind. Das ist der Weg, den auch der Führer stets gewiesen hat. Er, der die Macht im Staate hat, wendet sich trotzdem, und nicht nur bei großen politischen Entscheidungen, sondern in jeder seiner Reden an das deutsche Volk, um die Kraft jedes einzelnen für die gemeinsame Sache zu steigern. So ist auch der Reichsbauernführer bei seinem Aufruf zur Erzeugungsschlacht bewußt diesen Weg gegangen. Er wußte, daß ein Hineinregieren in den Hof nicht etwa Kräfte auslöste, sondern Kräfte zum Erliegen bringen mußte.

Deshalb wurde der Selbstverwaltung des deutschen Bauerntums — dem Reichsnährstand — die Aufgabe übertragen, die Erzeugungsschlacht

zu schlagen. Daß der Staat hierbei seinerseits alles tut, um den Erfolg zu gewährleisten, ist selbstverständlich. Aber nicht darauf kommt es an, sondern auf den Einsatz jedes einzelnen Bauern und Landwirtes. Hier wird eine Aufgabe, die allein schon wegen der großen Zahl der Betriebe nur dezentral gelöst werden kann, der dezentralen Organisation des Reichsnährstandes übertragen.

Die sachlichen Voraussetzungen des Erfolges der Erzeugungsschlacht mußten jedoch vorher gewährleistet werden. Sie sind gewährleistet durch die Marktordnung, sie sind gewährleistet durch das Vorhandensein einer Selbstverwaltungsorganisation wie der Reichsnährstand, sie sind schließlich gewährleistet dadurch, daß die Führung in diesem Reichsnährstand bis ins letzte Dorf in der Hand von praktischen Bauern liegt.

So ist die Erzeugungsschlacht ein bewußter Appell an den Idealismus des deutschen Bauern und Landwirts, an die Einsatzbereitschaft und den Leistungswillen; und dieser Appell hat bereits trotz der Kürze der Zeit einen ungeahnten Erfolg gehabt. Nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung ist der Verbrauch an Stickstoff im letztvergangenen Düngejahr gegenüber dem letzten vor der Machtergreifung, also in zwei Jahren, um über 20 vH gestiegen, der Verbrauch an Phosphorsäure um 36 vH, der Verbrauch an Kali um 33 vH. Dabei nimmt der Verbrauch an Düngemitteln ständig zu in einem Ausmaß, wie wir es selbst kaum erwartet haben. Der Fassungsraum von Grünfuttersilos stieg im Jahre 1935 allein um 1,5 Millionen Kubikmeter, d. h. um 65 vH. 1935 wurden für 200 Millionen Reichsmark Landmaschinen im Inland abgesetzt, gegenüber 80 Millionen im Jahre 1932 und 120 Millionen im Jahre 1933. Produktionspolitisch stieg die Anbaufläche für Hanf von 1932 bis 1936 von 200 ha auf etwa 6000 ha, d. h. um das 25fache. Für Flachs von 5000 ha auf etwa 42 000 ha, d. h. um das 8fache. Für Raps und Rübsen von 6000 ha auf 52 000 ha, d. h. um das 9fache. Der bei der heutigen Futterversorgung so wichtige Zwischenfruchtbau stieg von 2,2 Millionen Hektar auf über 2,6 Millionen Hektar, das sind rund 25 vH. Der Anbau von Wintergerste erhöhte sich von 246 000 ha auf 429 000 ha, d. h. um über 75 vH. Die Zahl der Schafe vermehrte sich von 1933 bis 1935 um rund 500 000 Stück. Ich beschränke mich auf diese wenigen Gebiete. Diese Leistungen sind erfolgt unter den denkbar schwierigsten Voraussetzungen, und sie sind nicht etwa abgeschlossen, sondern gerade, weil der Appell an den Idealismus erfolgte, stehen wir erst am Anfang des Leistungswillens und der Leistungsmöglichkeit der deutschen Landwirtschaft.

Wir sind bewußt den Weg des Idealismus gegangen. Als Gefolgsmänner des Führers konnten wir keinen anderen Weg gehen, denn er hat uns immer wieder gelehrt, an den Idealismus im deutschen Volk zu glauben, und sein Glaube an das deutsche Volk ist noch niemals getäuscht worden. Seine Bewegung wurde groß, weil sie sich an den

Idealismus im einzelnen Deutschen wandte. Er gewann seine Anhänger nicht dadurch, daß er ihnen goldene Berge versprach, sondern weil er sie aufrief, zu opfern für die Gemeinschaft der Nation. Es wäre Untreue gegenüber der Grundlage des Nationalsozialismus gewesen, wenn wir in der Erzeugungsschlacht einen anderen Weg als den des Führers gegangen wären. Darüber hinaus sieht aber auch heute schon jeder, der mit offenen Augen durch das Landvolk geht, daß unser neuer Appell an den Idealismus, an den Leistungswillen der deutschen Landwirtschaft richtig war und auf einen fruchtbaren Boden gefallen ist.

Sicher haben wir Bauern und Landwirte nicht alle Produktionsfaktoren in unserer Hand, wie das etwa auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft der Fall ist. Wir sind in unseren vier Ernten, der Getreideernte, der Hackfruchternte, der Rauhfutterernte und der Obst- und Gemüseernte, weitgehend vom Wetter abhängig. Wir können nur die Voraussetzungen für gute Ernten schaffen; und wenn man jetzt durch die deutschen Fluren fährt, wie es die Mitglieder des Deutschen Reichsbauernrates auf einer Schulungsreise in diesen Tagen taten, dann kann man wohl sagen, daß nach menschlichem Ermessen alles getan ist, was den Erfolg der diesjährigen Ernte gewährleistet. Die Freude an diesem Erfolg soll Sie jedoch nicht zum Erlahmen in der weiteren Fortführung der Erzeugungsschlachten bringen. Jahr für Jahr muß der Einsatz gesteigert werden, die letzten Möglichkeiten einer Vermehrung der Produktion ausgeschöpft werden. Wir wollen uns nicht mit dem, was getan ist, zufrieden geben. Keiner hat das Recht, auch dann, wenn er glaubt, bereits das Letzte aus seiner Wirtschaft herausgeholt zu haben, sich abseits zu stellen in dieser für das deutsche Volk entscheidenden Lebensfrage.

So ist die Erzeugungsschlacht ein neuer Beweis dafür, daß die Grundgesetze des Lebens, die uns der Führer wieder sehen gelernt hat, auch im Bereiche der Wirtschaft ihre Geltung haben. Es ist nicht wahr, daß die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft nun einmal vorhanden sei und nicht beseitigt werden könne. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet sind große Erfolge nur durch Zurückstellung des Eigennutzes hinter den Gemeinnutz zu erreichen. Da das deutsche Landvolk nach diesem Gesetz zur Erzeugungsschlacht angetreten ist, wird der endgültige Erfolg nicht ausbleiben. Man wird dann eines Tages feststellen, daß die Erzeugungsschlacht nicht nur die Unabhängigkeit Deutschlands in der Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes erkämpft hat, sondern daß die Erzeugungsschlacht auch *eine sozialistische* Tat war.

(Rede bei der Eröffnung der Reichsnährstandsausstellung in Frankfurt a. M. am 17. Mai 1936)

Teil II

Die Mobilmachung der Kräfte

Bauerntum und Vierjahresplan

In seiner großen Proklamation auf dem Reichsparteitag der Ehre in Nürnberg hat der Führer den Vierjahresplan verkündet. Mit der Durchführung des Vierjahresplanes ist Ministerpräsident Generaloberst Göring beauftragt worden. Ministerpräsident Göring hat zu diesem Zweck einen Generalrat gebildet und die Aufgabe auf eine Reihe Geschäftsgruppen verteilt. Unter den Geschäftsgruppen befindet sich auch eine Geschäftsgruppe Ernährung. Aus dieser Arbeitsaufteilung folgt, daß auch das Bauerntum für den Vierjahresplan einen wesentlichen Beitrag leisten muß. Worin besteht dieser Beitrag?

Um die Aufgaben des Bauerntums bzw. der gesamten Landwirtschaft im Vierjahresplan klar zu erkennen, muß auf die Ursachen, die den Vierjahresplan notwendig machten, eingegangen werden.

Die Autarkisierung der anderen Länder

Man hat den Nationalsozialismus schon in den Kampfjahren immer verdächtigt, autarkische Bestrebungen zu haben. Die herrschende freiwirtschaftliche und freihändlerische Idee in der Welt und in Deutschland bedingte es, daß man jede Regung Deutschlands in Richtung einer Verbreiterung seiner eigenen Agrar- und Rohstoffbasis als etwas Rückschrittliches betrachtete. So ist auch namentlich das Ausland nach Nürnberg der Meinung gewesen, daß das nationalsozialistische Deutschland wiederum autarkische Tendenzen verfolge und damit die Ansätze zur Gesundung der Weltwirtschaft und Überwindung der Weltkrise störe. Wiederum wird hier Deutschland böser Wille unterstellt. Demgegenüber muß mit aller Klarheit herausgestellt werden, daß die Proklamation des Vierjahresplanes nicht einer autarkischen Ideologie entspringt, sondern umgekehrt die Folge der Autarkisierung der anderen Länder ist.

Im 18. Jahrhundert ging die wirtschaftliche Arbeitsteilung nicht über die Grenzen der einzelnen Staaten hinaus. Es war unmöglich, entferntere Räume arbeitsteilig zu verbinden, da das Verbindungsmittel — der moderne billige Verkehr — fehlte. Die Wirtschaft spielte sich somit in mehr oder weniger geschlossenen Volkswirtschaften ab; ja, selbst innerhalb dieser Volkswirtschaften war eine Arbeitsteilung aus der Unmöglichkeit der Überwindung der Entfernungen nur mangelhaft ausgebildet. Die Verkehrsmöglichkeit bedingte den Radius, bis zu dem eine Arbeitsteilung stattfinden konnte. Wohl fand ein Austausch von Waren im zwischenstaatlichen Verkehr statt. Jedoch war dieser Austausch nur gering; er beschränkte sich auf eng benachbarte Räume, und nur für einige besonders wertvolle Produkte, so Gewürze, Weih-

rauch, Samt und Seide, für die sich ein weiter und teurer Transport bezahlt machte, war eine Art Weltmarkt vorhanden. Jedes Volk, ja sogar jede Provinz eines Volkes mußte weitgehend selbstgenügsam, d. h. autark wirtschaften. Da die Überwindung größerer Entfernungen unmöglich war, andererseits aber die Ernten schwankten, waren die Folge dieser geschlossenen Volkswirtschaften sehr oft wiederkehrende Hungersnöte, die das Kennzeichen des Auseinanderklaffens von Nahrungsmittelbedarf des Volkes und Nahrungsdeckungsmöglichkeiten aus seinem Raum darstellten. Solange die Bevölkerung nur gering und damit die Möglichkeit einer Erweiterung der Anbauflächen gegeben war, konnte das Gleichgewicht zwischen Nahrungsbedarf und Nahrungserzeugung immer wiederhergestellt werden. Mit zunehmender Bevölkerungsdichte jedoch wurde das Problem der Nahrungssicherung immer schwieriger. Es ist erklärlich, daß bei dieser Organisation der Wirtschaft, bei der Unmöglichkeit, Ernährungsschwankungen von außen her zu lösen, die Pflege der Vorratsbildung einen entscheidenden Bestandteil dieser Wirtschaften und eine besondere Sorge der Regierungen ausmachte.

Vorbild der preußischen Könige

So gab jeder einzelne Betrieb nur die Erzeugnisse an den Markt, die unter Berücksichtigung zukünftiger Fehlernten einen tatsächlichen Überschuß darstellten. Noch bis zum Kriege gab es weit abgelegene Landschaften, so im ehemaligen Rußland, wo die Bauern eine volle Ernte unausgedroschen von Jahr zu Jahr überlagerten. Diese in der geschlossenen Hauswirtschaft natürlich entstandene Vorratspflege genügte jedoch nicht. Die wachsende Bevölkerung und die Gefahr von Ernährungsschwierigkeiten legten den Regierungen die Aufgabe auf, sich um das Problem der Nahrungsfreiheit zu kümmern. Vorbildlich sind hier die großen preußischen Könige vorangegangen. Nicht nur Steigerung der Ergiebigkeit des Bodens durch ständiges Intensivieren, namentlich auf den Staatsdomänen, Förderung neuer Kulturen (Seidenraupenzucht, zwangsläufige Einführung der Kartoffel, die einen weit größeren Ertrag vom Morgen brachte als irgendeine Getreideart), nicht nur diese heute als „Erzeugungsschlacht" zu bezeichnenden Maßnahmen wurden von den großen Königen durchgeführt, sondern besondere Pflege wurde der „Vorratswirtschaft", d. h. dem zeitlichen und landschaftlichen Ausgleich der Ernten beigemessen.

Es sei in diesem Zusammenhang nur an die Kornhäuser Friedrichs des Großen erinnert. Dieser ließ in Zeiten guter Ernten Getreide durch den Staat aufkaufen, um damit ein Absinken der Preise zu verhindern; denn bei der damaligen Verkehrsentwicklung war es ganz unmöglich, etwa überschüssige Getreidemengen in ein ent-

ferntes Gebiet, das vielleicht infolge einer Fehlernte einen Bedarf hatte, zu verfrachten.

Der eineinhalb Jahrhunderte später in Blüte stehende Kapitalismus hat ähnliche Probleme auf andere Weise gelöst, indem er dem Preisverfall dadurch begegnete, daß er die überschüssigen Erntemengen vertilgte (Verbrennen von Getreide in Kanada und Amerika, Ausschütten des Kaffees ins Meer usw.). Die preußischen Könige gingen den organischen Weg, indem sie die überschüssigen Mengen zu einem tragbaren Preis einlagerten und diese Vorräte wiederum zu einem gerechten Preis in Zeiten einer Mißernte ausgaben. So wurden die Bauern vor dem Verfall der Preise in guten Erntejahren geschützt, die Konsumenten vor einer Preissteigerung in schlechten Erntejahren bewahrt. Hier liegt bereits das Wirtschaftsprinzip zugrunde, das wir heute „Marktordnung" nennen: der Ausgleich von Überschuß und Fehlbedarf zum gerechten Preis.

Mit dem Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts trat in diese Wirtschaftsstruktur ein neues Element ein, die Entdeckung der Dampfkraft. Die Eisenbahn, das Dampfschiff ermöglichten plötzlich, den Rahmen der geschlossenen Volkswirtschaft zu sprengen. Der Radius der Arbeitsteilung wurde immer mehr vergrößert, bis es schließlich selbst für Massengüter keine unrentablen Entfernungen mehr gab. Die Erschließung der Welt begann. Die Folge dieser Entwicklung war, daß nunmehr eine Intensivierung der Landwirtschaft und die Rohstoffbeschaffung im eigenen Lande vernachlässigt und zum Schlusse unmöglich gemacht wurden. Da nach dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrages bei steigender Intensivierung der Ertrag mit dem Aufwand nicht Schritt hält, auf der anderen Seite aber plötzlich gewaltige Primitivländer mit ungeheuren jungfräulichen Ländereien zur Erzeugung von Nahrungsgütern und Rohstoffen zur Verfügung standen, war es — liberal gesehen — rentabler, nicht mehr den letzten Zentner aus dem eigenen Boden herauszuholen, sondern die sehr viel billigeren Produkte der Primitivländer im Tausch gegen hochwertige Fertigerzeugnisse zu beziehen. Damit wurde die Intensivierungstendenz der heimischen Wirtschaft sowohl im agrarischen Sektor wie im Sektor der Rohstoffe unterbrochen.

Gleichzeitig wurde auch die zweite Säule, auf der die geschlossene Volkswirtschaft ruhte, die Vorratsbildung, überflüssig. Die Vorräte der erschlossenen neuen Ländereien waren genügend groß, um die Funktion der bisherigen Kornspeicher zu übernehmen. Diese Vorräte waren aber auch mehr oder weniger stabil, denn sie wurden produziert in der ganzen Welt, unter den verschiedensten Boden- und Klimaverhältnissen; selbst große Mißernten in einem Erdteil konnten und wurden weitgehend durch bessere Ernten in anderen Erdteilen aufgewogen. Die

Zunahme der Bevölkerung in den alten Kulturländern Europas war also nicht mehr auf eine ausreichende Intensivierung der Innenwirtschaft und eine ausreichende Vorratspflege angewiesen. Beide Funktionen übernahm die Weltwirtschaft.

Die Entwicklung der Industrie gab der Bevölkerungszunahme Arbeitsgelegenheit; die über den eigenen Bedarf hinaus erzeugten Fertigwaren nahm der Weltmarkt ab, und im Austausch zu diesen Fertigwaren sicherte der Weltmarkt die Ernährung und Rohstoffbeschaffung der alten Kulturländer. Ein neues Gleichgewicht war entstanden, eine Arbeitsteilung, die ihren Schwerpunkt nicht mehr in dem heimischen Raum suchte und fand, sondern in der Welt.

Diese neue Entwicklung, die in die Geschichte als die liberale Entwicklung eingegangen ist, hat jedoch nicht nur das Wirtschaftsprinzip und die Wirtschaftsform geändert, sondern mußte auch die Haltung des Menschen gegenüber der Wirtschaft wandeln. Die Erschließung der Welt durch den nordisch-germanischen Menschen im Laufe etwa eines Jahrhunderts war, wirtschaftlich gesehen, eine ungeheure schöpferische Leistung. Voraussetzung dafür, daß diese Leistung in so kurzer Zeit durchgeführt werden konnte, war die Entfesselung der Persönlichkeit von allen Bindungen des Blutes und des Bodens. Nur dadurch, daß man eine Ideologie schaffte, eine Weltanschauung, die den Ausleseprozeß solcher wirtschaftlicher Pioniere bis zum Äußersten steigerte, war es möglich, die Industrialisierung der Welt in diesem Tempo und in diesem Ausmaße durchzuführen. Der einzelne Mensch mußte frei und ungehemmt von allen völkisch-nationalen, staatspolitischen, bevölkerungspolitischen und anderen Rücksichten sich auswirken. Die liberale Ideologie, vorbereitet durch sehr viel tiefere geistige und religiöse Strömungen, verlangte die Ausbildung der Persönlichkeit, wobei man aber im Hinblick auf die zu bewältigenden Aufgaben der Erschließung der Welt den Persönlichkeitswert nicht in der Verbindung mit seiner völkischen Gemeinschaft suchte, sondern nur in der sogenannten wirtschaftlichen Tüchtigkeit.

Zerstörung der völkischen Gemeinschaft

Die Folge dieser Entfesselung der Persönlichkeit, die Folge gleichzeitig der Industrialisierung war die Entstehung des Vierten Standes, dessen Lage namentlich zu Beginn der Industrialisierung eine furchtbare war. Denn der Prozeß der Industrialisierung hatte das bodenständige Gewerbe, das noch in Zunftwesen gebundene Handwerkertum, erschüttert und ihm die Lebensmöglichkeiten genommen. Die überkommene feste alte Wirtschaftsordnung, das Einfügen des einzelnen Wirtschaftenden in die Gemeinschaft, seine sittliche Haltung

gegenüber der Wirtschaft, sein Verantwortungsbewußtsein ihr gegenüber wurde zerstört und zersprengt.

Der Mensch wurde vereinzelt, die völkische Gemeinschaft in einzelne Atome aufgelöst. Diese schweren Folgen, die der gewaltigen wirtschaftlichen Leistung der Erschließung der Welt gegenüberstanden, konnten natürlich nicht etwa unbemerkt an der Öffentlichkeit vorübergehen. Es mußte gegenüber der früheren mittelalterlichen sittlichen Haltung des Wirtschaftenden, gegenüber der Gemeinschaft eine neue Ideologie entstehen, die diese Folgen der Zerstörung der Gemeinschaft zu versittlichen verstand. Das geschah durch den Liberalismus, durch seine Lehre von dem Eigennutz als alleinige Triebkraft allen Lebens.

War in der mittelalterlichen Wirtschaftsordnung in ihrer Verfallszeit allmählich die Form wichtiger geworden als der Mensch, waren also die gebundenen Wirtschaftsformen so starr geworden, daß die Persönlichkeit, die schöpferische Initiative unterbunden wurde, so schlug nun das Pendel nach der anderen Seite aus. Der Liberalismus wollte nur noch die Entfesselung der Persönlichkeit und zerstörte damit auch die sittliche Ordnung des eigenen Volkes, die allein Nährboden der Persönlichkeit sein konnte. Man unterstellte, daß jeder Fortschritt, jede Erhöhung des Wohlstandes, jede Aufwärtsentwicklung der Menschheit und des eigenen Volkes nur dadurch gewährleistet sei, daß sich jeder gemäß seinem Eigennutz rege. Man unterstellte, daß der Kampf dieser Millionen einzelner Eigennutze gegeneinander im letzten zu einer Aufwärtsentwicklung, zu einer Harmonie und zu einem Gesamtwohlstand, zum Gemeinnutz führen müsse. Der Eigennutz ohne Rücksicht auf den Gemeinnutz wurde zu einem sittlichen Imperativ: nur dadurch, daß man ihm fröne, könne man seinem Mitmenschen helfen.

In dem Maße aber, als diese weltanschauliche Lehre von dem Primat des Eigennutzes zu einer Zerstörung der Volksgemeinschaft und damit zu einer Zerstörung und Ausbeutung der Lebensexistenz von Millionen von Volksgenossen führte, sprach man von der entstehenden sozialen Frage, sah darin ein wirtschaftliches Phänomen, das in die liberale Weltanschauung nicht hineinpaßte und überließ die Lösung dieses Problems dem Nachtwächter Staat, vielleicht in der dunklen Ahnung, daß dieser Staat ja der Wahrer der Volksgemeinschaft sein sollte. Alle Versuche, dieses sogenannte soziale Problem im Rahmen des Liberalismus zu lösen, gleich ob auf charitativem Wege oder auf dem Wege des sogenannten Staatssozialismus oder schließlich auf dem politischen Wege des Klassenkampfes, schlugen fehl, weil eben die Lösung nur im Rahmen einer wieder zu erstehenden Volksgemeinschaft gesucht werden konnte, also aus einer neuen Weltanschauung heraus. Die Haltung des einzelnen Menschen jedoch gegenüber der Wirtschaft,

die Proklamation der Sittlichkeit des Eigennutzes stand jeder solchen neuen Idee einer Volksgemeinschaft entgegen.

Zerstörung der völkischen Wirtschaft

So hat der Liberalismus drei Grundlagen einer völkischen Wirtschaft zerstört. In bezug auf die Gewährleistung der Lebensexistenz des Volkes hat er eine Intensivierung der Wirtschaft im eigenen Raum hintangehalten und unterbunden und damit dem Volke seine Nahrungsfreiheit und Rohstofffreiheit genommen. Zum zweiten ist unterbunden worden die Sicherung der Nahrungs- und Rohstoffreiheit durch die Preisgabe der Vorratsbildung im einzelnen Betriebe und in der gesamten Volkswirtschaft. Jede Erschütterung der Weltarbeitsteilung mußte damit zwangsläufig zu einer Erschütterung der Existenzgrundlage unseres Volkes führen. Zum dritten schließlich ist die Haltung des Menschen zur Wirtschaft und wirtschaftlichen Tätigkeit verändert worden, indem zum sittlichen Maßstab der Tüchtigkeit allein der Eigennutz wurde.

In Verfolg der liberalen Entwicklung hatte Deutschland Schritt für Schritt zunächst die Erzeugung der extensiven Landwirtschaft und gewerblicher Rohstoffe, später auch selbst die Erzeugung von Lebensmitteln in steigendem Maße in die Weltwirtschaft hinaus verlegt. Gleichzeitig wurde Deutschland in steigendem Maße Industrieexportland. Voraussetzung des Funktionierens dieser Weltarbeitsteilung war ein ungebundener Warenaustausch von Fertigwaren gegen die benötigten Lebensmittel und Rohstoffe. Jedoch nicht nur durch die Ausfuhr von Fertigwaren bezahlte Deutschland seine Einfuhr an Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Die Erschließung der Welt bedingte ein starkes Herausfließen von Kapital aus den Industrieländern in die Kolonialländer. So entstanden einerseits Gläubiger-, andererseits Schuldnerländer. Der Handelsverkehr der Industriestaaten war durchweg passiv. Ihre Ausfuhr reichte somit nicht zur Bezahlung der Einfuhr. Die von ihnen in der Welt angelegten Kapitalien jedoch gestalteten ihren Zahlungsverkehr aktiv. Der Austausch von Fertigwaren gegen Nahrungsmitel und Rohstoffe wurde also erst durch den aktiven Zahlungsverkehr der Industriestaaten ermöglicht.

Rückschauend kann man heute jedoch feststellen, daß das Gleichgewicht, auf dem die Weltarbeitsteilung beruhte, nur ein zeitweiliges war, denn die Industrieausfuhrländer untergruben durch den Export von Werkzeugmaschinen und schließlich ganzer Werkseinrichtungen selbst die Grundlage, auf der das Gleichgewicht beruhen sollte. Das Gleichgewicht der Weltarbeitsteilung mußte einmal daran

scheitern, daß die Abnahmeländer von Industrieerzeugnissen sich selbst mit Hilfe von Europa industrialisierten. Der Weltkrieg und seine Folgen hatten diese Entwicklung allerdings sehr stark beschleunigt, indem die Kriegführenden die gesamte Welt für ihre Rüstungsaufträge heranzogen und so die Tendenz der Industrieautarkie der Kolonialländer verstärkten.

Besonders stark betroffen wurde selbstverständlich Deutschland, das nicht nur durch die allgemeine Autarkiesierung der Welt genau wie die anderen einen schweren Standpunkt beim Export seiner Fertigerzeugnisse hatte, sondern dem darüber hinaus die Rohstoffquellen seiner Kolonialgebiete genommen wurden, dessen Lebensraum durch Versailles verkleinert und das durch die Reparationen vom Gläubigerstaat zum Schuldnerstaat wurde.

Zwar täuschte man sich noch eineinhalb Jahrzehnt über diese Situation hinweg, indem man im Ausland Schulden machte, zwar schien es möglich, selbst für einen Industrie-Schuldnerstaat eine aktive Handelsbilanz zu erreichen. Diese scheinbaren Erfolge waren jedoch durch schwerste Schädigungen der deutschen Volkswirtschaft erkauft. Es waren nur vorübergehende Möglichkeiten, bedingt durch den Verfall der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Trotzdem hielten die Systemregierungen an dem Glauben einer intakten Weltarbeitsteilung fest. Da diese Regierungen nicht von einer neuen weltanschaulichen Idee ausgingen, sahen sie nur die liberalkapitalistische Lösung. Sie forcierten Deutschlands Ausfuhr, um damit die Bezüge an Lebensmitteln und Rohstoffen und die Leistung von Schuldzinsen bezahlen zu können. Um jedoch aus einem industriellen Staat, der zum Schuldner geworden war, diese Leistungen herauszuholen, war es notwendig, ihm auch die Voraussetzungen für ein Schuldnerkolonialland aufzuzwingen. Er mußte zur Extensität der Kolonialländer zurückgeführt werden. Der Lebensstandard mußte herabgedrückt werden. So brachte diese kapitalistische Lösung als Folge den Ruin der Landwirtschaft, Millionen von Arbeitslosen, Entvölkerung und Untergang der Kultur. Die Geschichte kennt solche Anpassungen eines hochentwickelten Kulturlandes an ein Kolonialland, so den Verfall des alten Rom, des spanischen Weltreiches und anderer.

Wieder geschlossene Volkswirtschaft

Der Nationalsozialismus ging von einer anderen Weltanschauung aus. Im Mittelpunkt stand das Volk, die völkische Gemeinschaft. Bewußt hatte der Führer deshalb nach der Machtergreifung die beiden großen völkischen Aufgaben zum Ziel gesetzt: Rettung des Bauerntums und Rettung des Arbeiters

vor der Arbeitslosigkeit. In dem Maße, in dem diese organische Betrachtung der Volkswirtschaft Boden gewann, in dem Maße, als bereits nach vier Jahren beide Probleme als gelöst betrachtet werden konnten, mußte die Unmöglichkeit des Funktionierens einer unter ganz anderen Bedingungen gedachten Weltwirtschaft offenkundig werden.

Es mußten zwangsläufig die Mängel in der Ernährung und Rohstoffversorgung auftreten, die wir heute erleben. Deshalb hat der Führer den neuen Vierjahresplan befohlen. Wenn das Volk in seiner Existenz gesichert werden soll, so müssen die Versäumnisse der letzten hundert Jahre nachgeholt werden. Wir müssen dort anknüpfen, wo das organische Wachstum einer geschlossenen Volkswirtschaft durch die liberale Entwicklung unterbrochen wurde. Dabei ist das Tempo des Ausbaues eigener Rohstoff- und Nahrungsquellen durch den Zusammenbruch der Weltwirtschaft diktiert. Deshalb wird der Aufbauplan auf höchstens vier Jahre zusammengedrängt.

Deutschland tritt damit wiederum unter die Gesetze einer mehr oder weniger geschlossenen Volkswirtschaft. Damit werden wieder wirksam die Grundlagen, die vor Beginn des Liberalismus für die deutsche Volkswirtschaft maßgebend waren. Diese Grundlagen habe ich bereits eingangs gekennzeichnet. Es sind das:

1. Mehrerzeugung aus dem heimischen Raum,
2. Vorratswirtschaft und
3. eine neue Haltung des wirtschaftenden Menschen gegenüber der Wirtschaft.

Mit diesen drei Aufgabenkomplexen ist der Rahmen des Vierjahresplanes abgesteckt.

Für das deutsche Bauerntum und die Landwirtschaft ist diese zwangsläufige Entwicklung von der nationalsozialistischen Agrarpolitik bereits vor der Machtergreifung vorausgesehen worden. Alle ihre Maßnahmen zielten, nachdem der Reichsbauernführer Darré das Ernährungsministerium übernahm, darauf hin, die Grundlagen für die Bewältigung dieser drei Aufgaben zu schaffen. Dabei ging die Agrarpolitik den organischen Weg, indem sie neue Wirtschaftsnormen aufstellte, die Voraussetzung einer organischen Entwicklung waren. Heute wird eine heimische Mehrerzeugung durch die Unmöglichkeit der Beschaffung ausreichender Rohstoffe und Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt begünstigt, denn die Unmöglichkeit, alle diese Waren auf dem Weltmarkt zu beziehen, die wir heute brauchen, ist der höchste Schutz für eine nationale Mehrerzeugung.

Klare Voraussicht

Nach der Machtergreifung war die Lage eine völlig andere. Die Devisenknappheit war noch nicht vorhanden. Das Ausland war nicht nur bereit, die notwendigen Lebensmittel nach Deutschland einzuführen,

sondern kämpfte bei jedem Handelsvertrag um eine möglichst hohe Einfuhr. Die Konkurrenz dieser Einfuhr hätte gar nicht erlaubt, daß die deutsche Landwirtschaft zu einer höheren Intensität übergegangen wäre. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, welche Sorgen die Reichsregierung im Jahre 1933 hatte, um die an sich unter den Selbstkosten liegenden Agrarpreise aus der Krisenzeit unter dem Einfluß der großen Einfuhren und der Rekordernte 1933 nicht noch mehr absacken zu lassen, was zu einer weiteren Extensität, also Mindererzeugung und Minderleistung der deutschen Landwirtschaft geführt hätte. Durch die Herauslösung des Bauernhofes aus der kapitalistischen Verflechtung durch das Erbhofgesetz und durch die Herauslösung der Agrarpreise aus dem liberalen Spiel von Angebot und Nachfrage durch die Marktordnung sind bereits im Jahre 1933 neue volkswirtschaftliche Grundlagen für eine in Zukunft notwendige Mehrerzeugung geschaffen worden. Und so konnte bereits im Jahre 1934, als die Reichsregierung auf fast allen Agrargebieten noch mit Überflußsorgen zu kämpfen hatte, durch den Reichsbauernführer Darré zur Erzeugungsschlacht aufgerufen werden. In klarer Voraussicht der kommenden Devisensorgen infolge des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft ist damals an dieser Stelle gefordert worden:

„Mehr zu erzeugen und das Erzeugte sparsamer zu verwenden."

Schärfer konnte man das Problem, das erst jetzt in seiner vollen Tragweite erkannt wird, nicht umreißen; denn dieser Satz kennzeichnete nicht nur die Notwendigkeit der Mehrerzeugung, sondern gleichzeitig auch eine volkswirtschaftliche Rationalisierung des Erzeugten, das, was wir heute mit der Aktion „Kampf dem Verderb" bereits über den Rahmen der Landwirtschaft hinaus durchführen. Der Vierjahresplan hat also in der Landwirtschaft eigentlich schon im Jahre 1934 mit der Erzeugungsschlacht begonnen. Die Bilanz der Erzeugungsschlacht ist Ihnen bekannt. Der Führer hat in Nürnberg die Leistungen des Bauerntums voll anerkannt.

Aber so groß die Leistungen in den vergangenen zwei Jahren auch waren, die Rohstoff- und Ernährungslage Deutschlands erfordert zwingend eine noch viel stärkere Leistung. Denn die Ernährung ist im Jahre 1935 erst zu etwa 80 vH aus eigener Erzeugung gedeckt. Dazu kommt, daß bei wachsender Bevölkerungszahl — so hat die deutsche Bevölkerung seit 1933 einschließlich dem Zugang der Saarbevölkerung um etwa 2 Millionen zugenommen — allein im Jahre 1935 durch den Neuaufbau Deutschlands 467 000 ha der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wurden; im Jahre 1936 etwa 80 000 ha. Daneben sind rund 100 000 ha der Produktion von Rohstoffen zugeführt worden. Wollte man sämtliche eingeführten landwirtschaftlichen Rohstoffe im

Inlande erzeugen, so wären nach einer Berechnung des Konjunkturinstituts etwa 16 Millionen Hektar zusätzlich notwendig. Die gesamte deutsche Nutzungsfläche beträgt demgegenüber heute nur 29 Millionen Hektar.

Daraus sind die Schwierigkeiten, auch nur einen wesentlichen Teil der Einfuhr zu ersparen, klar ersichtlich.

Trotzdem muß im Rahmen des Vierjahresplanes das Problem so weit gelöst werden, wie dies selbst bei zeitweiliger Überspannung der Kräfte möglich ist.

Welche Aufgaben stellt nun der Vierjahresplan an das Bauerntum, an die gesamte Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft? Wir können die erforderlichen Maßnahmen wiederum unter die drei Gesichtspunkte stellen: 1. Mehrerzeugung, 2. Vorratswirtschaft und 3. Erziehung zur neuen Haltung.

Die Erzeugungsschlacht muß auf allen Gebieten weitergetrieben werden. Wie Generaloberst Göring ausgeführt hat, „kommt es weniger darauf an, daß wir das Vorhandene verteilen, sondern es kommt entscheidend darauf an, daß wir mehr erzeugen".

Mehrerzeugung durch Erweiterung der Nutzflächen

Die erste Aufgabengruppe innerhalb der Mehrerzeugung sind die Maßnahmen, die geeignet sind, trotz der geringen landwirtschaftlichen Nutzungsfläche diese Fläche zu erweitern. Im Rahmen des Vierjahresplanes sind in dieser Richtung folgende Maßnahmen vorgesehen:

Meliorationen

1. Eine stärkere Aktivierung der Melioration, und zwar nicht allein dem Umfange nach, sondern insbesondere im Hinblick auf einen baldigen Nutzeffekt. Deutschland hat zwar 2 Millionen Hektar Ödland, jedoch sind die Flächen, die bereits genutzt werden, deren Nutzungsgrad aber infolge Nichtmeliorierung gering ist, sehr viel größere. So müssen der Ackerdränung zugeführt werden allein 4 Millionen Hektar, der Grünlandentwässerung 3½ Millionen Hektar, daneben wird auch der Bewässerung größere Bedeutung zukommen. Diese Aufgaben sind die vordringlichsten, da hier der Nutzeffekt sehr viel schneller und nachhaltiger eintreten wird als bei Neulandkultivierungen. Insbesondere wird es darauf ankommen, die rückständigen Folgeeinrichtungen in Deutschland beschleunigt auszuführen. Die Fläche dieser rückständigen Folgeeinrichtungen dürfte etwa 400 000 bis 500 000 Hektar betragen.

Es sei schon hier besonders und ausdrücklich darauf hingewiesen,

daß diese wie auch die anderen Aufgaben des Vierjahresplanes nicht etwa nur von oben herab durchgeführt werden sollen. Es kommt dem Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsidenten Göring, entscheidend darauf an, alle Kräfte des Volkes und somit die Kräfte auch jedes einzelnen Bauern zu wecken, damit er von sich aus an die Verbesserung seines Grund und Bodens herangeht. Es geht nicht an, daß man nur auf Staatshilfe wartet. Die Staatshilfe wird sich im wesentlichen in einer Erleichterung der Finanzierung auswirken. Dabei möchte ich besonders darauf hinweisen, daß diejenigen Bauern, die von sich aus schon jetzt mit der Durchführung dieses oder jenes Vorhabens aus eigener Kraft beginnen, nicht etwa benachteiligt werden sollen, vielmehr an denselben Erleichterungen teilhaben werden wie diejenigen, die die Bekanntgabe etwaiger Zuschüsse, Darlehen usw. abwarten. Wir denken nicht daran, etwa das Abwarten zu prämiieren. Im Gegenteil soll das selbstverantwortliche Anpacken von Aufgaben besonders gewertet werden.

Flurbereinigung

2. Die zweite Maßnahme, die eine gewisse Mehrgewinnung von Land zur Folge hat, ist die Flurbereinigung. Noch 3,7 Millionen Hektar Nutzfläche sind nicht zusammengelegt, wodurch nicht nur Boden durch die vielen Grenzraine verlorengeht, sondern der zweckmäßige und rentable Arbeitseinsatz, insbesondere durch Maschinen, leidet. Es ist klar, daß bei der jetzigen Überlastung der Kulturämter diese Aufgabe nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann. Andererseits ist aber durch das Umlegungsgesetz die Bahn frei gemacht für ein weniger kompliziertes und darum schnelleres Verfahren. Es wird darauf ankommen, die Praxis der Zusammenlegung so weit zu vereinfachen, wie es irgend möglich ist, wobei in Kauf zu nehmen ist, daß dabei vielleicht nicht immer ein hundertprozentiger Ausgleich der verschiedenen Interessen stattfindet. Das Bauerntum in den Flurbereinigungsgebieten muß das nötige Verständnis hierfür aufbringen und den Behörden die Arbeit weitgehend erleichtern.

Mehr Ackerland

3. Eine dritte entscheidende Aufgabe ist die Umwandlung eines Teiles von Wiesen in Ackerland. Es ist ein Unding, daß die Grünlandfläche Deutschlands, Wiesen und Weiden, die beinahe 30 vH der ackerbaulich genutzten Fläche betragen, nur mit 10 vH am Gesamtertrag der Landwirtschaft beteiligt sind. Die Entwicklung der Landwirtschaft ist im letzten Jahrhundert in erster Linie dem Ackerbau zugute gekommen, wo die Erträge in dieser Zeit fast

um das Doppelte gesteigert wurden. Die Erträge auf Grünland sind jedoch höchstens um ein Drittel größer geworden. Es steht fest, daß namentlich durch den Zwischenfruchtbau erheblich mehr Futtermengen auf dem Acker gewonnen werden können als bei einseitiger Nutzung als Grünland. Da nun einmal Deutschland nur über einen beschränkten landwirtschaftlichen Nutzungsraum verfügt, wird es daher darauf ankommen, die ergiebigere Kulturart auf Kosten der weniger ergiebigen auszudehnen. Ich möchte hier an ein englisches Sprichwort erinnern, das in einer ähnlichen Wirtschaftslage, als der Ertrag der Grünlandflächen den Notwendigkeiten einer intensiven Landwirtschaft nicht entsprach, geprägt wurde: „Grünland umbrechen — macht den Mann. Grünland machen — bricht den Mann." Praktisch liegt in einem teilweisen Umbruch der Wiesen die einzige Möglichkeit einer wesentlichen Flächenausdehnung intensiverer Kulturen. Im Rahmen des Vierjahresplanes wird dieser Aufgabe besondere Bedeutung zugemessen. Es ist Pflicht jedes einzelnen Bauern und Landwirtes, durch intensivere Bewirtschaftung eines Teiles seiner jetzigen Wiesen denselben Heuertrag wie von der bisherigen größeren Fläche zu erzielen und den dadurch freigewordenen Teil seiner Wiesen in Acker zu verwandeln. Selbstverständlich gilt dies nicht für die Gebiete, die infolge ihrer Höhenlage oder großer Niederschläge einen wirtschaftlichen Ackerbau nicht treiben können.

Am Rande sei bemerkt — hier handelt es sich nicht um eine bäuerliche Aufgabe —, daß im Rahmen des Vierjahresplanes noch zwei weitere Aufgaben der Lösung zugeführt werden sollen: die Verwertung der städtischen Abwässer zu Berieselungszwecken und die landwirtschaftliche Nutzbarmachung von Gelände, das bisher z. B. als brachliegender Bauplatz oder Industriegelände der landwirtschaftlichen Erzeugung verlorenging.

Steigerung der Intensität in der Erzeugung

Die zweite Aufgabengruppe innerhalb der Erzeugungsschlacht umfaßt alle Maßnahmen, die auf eine Steigerung der Intensität abzielen. Wir stehen durchaus noch am Anfang einer möglichen Erzeugungssteigerung, und die bisher erzielten Leistungen sollen zu weiteren, noch größeren Leistungen anspornen.

Stärkere Düngung

1. Als erstes ist die künstliche Düngung noch stärker zu forcieren und noch zweckmäßiger durchzuführen, indem man zur Volldüngung übergeht, unter besonderer Berücksichtigung des Kalk-

bedarfs des Bodens. Namentlich der deutsche Osten und Süden müssen den Vorsprung des Westens in dieser Beziehung einholen. Es sei in diesem Zusammenhang besonders darauf hingewiesen, daß durch das Früchtepfandrecht jeder einzelne Bauer und Landwirt in der Lage ist, die benötigten Düngermengen in ausreichendem Maße zu beziehen. Es ist vorgesehen, um Rückschläge bei schlechten Ernten zu vermeiden, wiederum die Reichsgarantie beim Düngerbezug einzuführen. Das Problem einer volkswirtschaftlichen Ausrichtung der Düngerpreise gerade in bezug auf den notwendigen verstärkten Absatz im Osten und Süden wird eine entscheidende Aufgabe des Vierjahresplanes sein.

Mehr Futter

2. Die zweite wichtige Aufgabe in dieser Gruppe ist stärkste Ausdehnung des Zwischenfruchtbaues und Bau von Gärfutterbehältern zur Verwertung der anfallenden Grünfuttermassen. Durch den Zwischenfruchtbau sind ohne Belastung der Fläche zusätzlich enorme Mengen von Futtermitteln zu gewinnen, die nicht nur helfen, die Eiweißlücke im deutschen Futterbau zu schließen, sondern gleichzeitig auch noch Ackerflächen freigeben, die bisher Runkeln, Steckrüben und Klee getragen haben. Neben dem Umbruch der Wiesen ist hier die größte Reserve vorhanden, um unsere Futterabhängigkeit zu verringern. Die Beihilfen zum Silobau werden weiter vom Reiche geleistet. Der Bau von Silos ist in bezug auf die Baumaterialien als vordringlich erklärt. Wenn auch der Siloraum seit 1933/34 verdoppelt wurde, so ist in Anbetracht der Futterlage Deutschlands in Zukunft der Bau in einem weitaus stärkeren Tempo durchzuführen.

Süßlupinen

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Frage der Süßlupine, die insbesondere für die mageren Böden des Ostens als Silagepflanze von entscheidender Bedeutung ist. Die Frage der Verwendung von Süßlupinen ist zurzeit in erster Linie eine Preisfrage. Mit dem Finanzministerium sind bereits Verhandlungen aufgenommen, die dahin zielen, baldigst neben einer verbilligten Elitesaat genügend Nachbausaat zu einem erträglichen Preise herzustellen. Damit ist die Silagefrage für den Osten im wesentlichen gelöst, und es wird an den Bauern und Landwirten auf leichten Böden liegen, nunmehr in stärkstem Ausmaße zu der Grünfuttersilage von Süßlupinen überzugehen und damit eine gesunde Grundlage für ihren Viehstapel zu schaffen.

Mehr und besseres Heu

3. Die dritte Aufgabe in dieser Gruppe ist eine bessere Pflege und Ausnutzung des Grünlandes. Neben einer zweckentsprechenden Unterteilung der Weiden ist es dringend notwendig, die Bewirtschaftung der Weiden auf dieselbe Höhe zu bringen wie die Bewirtschaftung des Ackers. Dasselbe gilt für die Wiesen. Auch hier wird es darauf ankommen, einen Teil der Wiesen durch zweckmäßiges Einkoppeln auch als Weide nutzbar zu machen. Die Parole muß heißen: „Mehr und vor allen Dingen besseres Heu auf geringerer Fläche."

Obst- und Gemüsebau

4. Viertens ist einem verstärkten und zweckentsprechenden Obst- und Gemüsebau, entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung, mehr Beachtung als bisher zu schenken. Dabei muß zum Problem Feldgemüsebau einmal grundsätzlich folgendes gesagt werden:

Es ist ganz klar, daß man bei der nun einmal gegebenen knappen Versorgungslage Deutschlands nicht aus privatwirtschaftlichen Spekulationsgelüsten heraus durch falsche Ausdehnung des Feldgemüsebaues oder des geschlossenen Obstbaues Flächen anderen Kulturen entzieht, die für die Versorgung Deutschlands lebenswichtiger sind. Es wird in Zukunft unnachsichtlich gegen Leute eingeschritten werden, die glauben, ihre Anbaufläche je nach den Preisen einmal vergrößern, einmal verringern zu können.

Ferner ist aus sozialen Gründen der kleine und Kleinstbetrieb in den dazu geeigneten Gebieten auf diese intensivsten Gärtnereikulturen angewiesen. Sie bilden das Rückgrat ihrer Existenz. Es ist unsittlich, wenn große Betriebe nicht die Kulturarten bauen, die sie entsprechend ihrer Größe bauen sollen, sondern durch spekulativen Anbau von Gemüse einerseits die Grundlage den Kleinst- und Spezialbetrieben entziehen, zum anderen ihre sonstige Anbaufläche durch solchen spekulativen Anbau verringern. Schließlich sind dort, wo auch in größeren Betrieben Feldgemüsebau auf stabiler Grundlage schon seit langen Jahren betrieben wird, diejenigen Gemüsearten anzubauen, die sich am besten konservieren lassen, sich am besten für die Winterlagerung eignen. Nur so können volkswirtschaftliche Verluste vermieden werden. Nur so läßt sich der Gedanke der Marktordnung auch auf das Gebiet des Gemüsebaues ausdehnen. Wenn in diesem Jahre eine Reihe von Betrieben aus spekulativen Gründen den Herbstkohlanbau erweitert hat, so ist das eine Schädigung der Volkswirtschaft. Wir erstreben eine Mehrerzeugung an Gemüse, jedoch auf stabiler Anbaufläche und unter

Berücksichtigung dessen, daß der Gemüsebau in erster Linie die Grundlage der Lebensexistenz der kleinen Betriebe ist.

Die Erträge des deutschen Obstbaues können noch ungemein erweitert werden durch Ausmerzung der alten Bäume. Dabei wird den Gemeinden und allen anderen Körperschaften, die öffentliche Wege besitzen, eine ganz besondere Aufgabe zufallen. Es wird im Rahmen des Vierjahresplanes in Erwägung gezogen, die Zuschüsse für Neuanpflanzung von Bäumen zu erweitern.

Fettproblem

5. Das schwierigste Problem in der deutschen Ernährung ist das Fettproblem. Denn hier decken wir unseren Eigenbedarf erst zu 55 vH. Dieser geringe Prozentsatz ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der Anbau von Ölfrüchten in Deutschland fast völlig erloschen war und erst seit der Erzeugungsschlacht wieder etwas angewachsen ist. Es wäre leicht, den Raps- und Rübsenanbau stark zu propagieren, wenn wir einen Überschuß an Getreide oder Hackfrüchten hätten. Dies ist nicht der Fall. Und darin liegt bei den jetzigen Einfuhrverhältnissen die Grenze einer zu starken Erweiterung des Rapsbaues. Trotzdem ist es volkswirtschaftlich richtig, den Rapsbau dort, wo geeignete Böden sind und wo er einen sicheren Ertrag verspricht, weiter auszudehnen. Der Anbau kann durchaus im Rahmen des Vierjahresplanes verdreifacht werden, wenn damit auch eine geringere Fläche für andere Kulturen in Kauf genommen werden muß. Denn der Bezug von Ölsaaten ist für Deutschland deshalb am schwierigsten, da er Bardevisen erfordert, während bei Getreide und anderen Früchten unter der Voraussetzung besserer Welternten die Bezugsmöglichkeit im Verrechnungswege gegeben wäre.

Allgemeine Ertragssteigerung

Daß neben den eben besonders erwähnten Maßnahmen jede Ertragssteigerung anzustreben ist, liegt auf der Hand. Insbesondere müßten Ackerfrüchte mit unsicherem oder geringem Ertrag durch andere ersetzt werden, die einen größeren und sicheren Ertrag versprechen. Mit anderen Worten: Es wird darauf ankommen, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind, die Kartoffelanbaufläche zu erweitern, z. B. auf Kosten von Wickgemenge, Ackerbohnen. Ebenso wichtig ist eine Erweiterung des Zuckerrübenanbaues auf Kosten des Runkelbaues, um damit nicht nur ein hochwertigeres Futter zu gewinnen, sondern gleichzeitig ein Erzeugnis, das als Futtermittel überlagert werden kann und im Futterwert der Gerste nicht nachsteht. Ein sehr wichtiges Problem ist auch bei Sommer-Stallfütterung das Einschränken der Kleefutterschläge,

die ja nur einige Wochen gutes Milchfutter liefern. Als Ersatz ist der Zwischenfruchtbau mit nachfolgender Silage und die Anlage von Übergangsfutterreserven in Form von Zuckerschnitzeln, Trockenschnitzeln usw. anzustreben.

Sparsamere Verwendung des Erzeugten

Die dritte Gruppe umfaßt alle die Maßnahmen, die durch sparsamere Verwendung des Erzeugten eine Leistungssteigerung bewirken. Es ist an sich kein Problem, bei genügenden Futtermitteln mehr Fleisch, mehr Milch, mehr Eier usw. zu erzeugen. Die Billigkeit des Futtergetreides und der Ölkuchen auf dem Weltmarkt hat bereits vor dem Kriege zu einer erheblichen Futterabhängigkeit Deutschlands vom Auslande geführt; eine Abhängigkeit, der im Weltkriege ein großer Teil unseres Viehstapels zum Opfer fiel.

Gute Futterverwerter

1. Die durch die Erzeugungsschlacht und jetzt durch den Vierjahresplan zu lösende erste Aufgabe in dieser Gruppe beruht daher darin, mit weniger Futter dieselbe oder gar eine höhere Leistung zu erzielen. Daher ist es wichtigste Aufgabe der Tierzucht, den guten Futterverwerter herauszuzüchten und diese Zuchttiere schnellstens auf der Grundlage des neuen Tierzuchtgesetzes der allgemeinen Tierhaltung nutzbar zu machen. Es wird Aufgabe der Hochzucht sein, die Zucht in dieser volkswirtschaftlich notwendigen Richtung stärkstens voranzutreiben. Auf der anderen Seite ist es klar, daß diese Leistung der Hochzucht nur dann volkswirtschaftlich von Wert ist, wenn die herausgezüchteten Tiere in weitestem Maße der gesamten Landestierzucht zur Verfügung gestellt werden. Wir haben ja in Deutschland durchaus Zehntausende von hochleistungsfähigen Tieren. Auf der anderen Seite jedoch ist der Durchschnittsertrag des größten Teiles unseres Viehbestandes zu gering. Damit diese Befruchtung der Landestierzucht durch die Hochzucht stattfinden kann, müssen die Preise für Gebrauchszuchttiere mit den Einnahmen der breiten Massen des Bauerntums in Einklang gebracht werden. Es ist dabei selbstverständlich, daß die Hochzüchter den Lohn ihrer Arbeit finden müssen. Jedoch darf darauf verwiesen werden, daß durch die Notwendigkeit, die Leistung zu steigern, ihnen weit größere Absatzmöglichkeiten gegeben sind. Das, was die deutsche Landwirtschaft zu einer Leistungssteigerung braucht, ist weniger eine geringe Menge höchstleistungsfähiger Tiere, sondern eine große Menge von Zuchttieren mit verhältnismäßig hoher Leistung. Es ist dabei unwesentlich gegenüber dem zu erstrebenden Ziel, ob das einzelne Zuchttier nicht volle 100 vH des zu erstrebenden Idealtyps erreicht.

Wichtig ist vielmehr, daß die jahrzehntelange züchterische Arbeit der Hochzuchtgebiete der Gebrauchszucht in weitestgehendem Ausmaße zur Verfügung gestellt wird.

Rationelle Fütterung

2. Die zweite Maßnahme ist, durch Schulung und Beratung eine *rationelle* Fütterung zu erreichen. Alle Maßnahmen einer zweckmäßigen Verwertung des Futters, namentlich der nur gering vorhandenen Kraftfuttermittel, müssen noch weiter ausgebaut werden.

Aufgaben der Kleintierzucht

3. Von ebenso großer Wichtigkeit sind drittens die Aufgaben auf dem Gebiete der *Kleintierzucht*. Auch hier liegt das Problem nicht darin, durch Vergrößerung der Kopfzahl Mehrleistungen zu erreichen, sondern die *Leistung je Tier* zu steigern. Der bisher beschrittene Weg der *Ankaufsbeihilfen* für Junggeflügel und Hennen aus anerkannten Zuchten hat sich durchaus bewährt und wird in Zukunft noch weiter *auszubauen* sein. Dabei wird dem Ausbau zweckmäßiger Ställe und einer stärkeren Beratung besondere Bedeutung zugemessen werden. Es ist ganz besonders dankenswert, daß der Reichsverband der Kleintierzüchter selbst vorschlägt, die für jedes Absatztier zu zahlende Reichsbeihilfe in dem Maße zu ermäßigen, als der Gesamtabsatz von Junggeflügel steigt. Nicht unerhebliche Mengen von Futter können von Natur aus nur durch die Kleintierhaltung verwertet werden. Leider hat z. B. der Ziegenbestand sogar abgenommen. *Es wird im Rahmen des Vierjahresplans vorgesehen, daß die Haltung von Ziegen, Kaninchen usw. in stärkstem Maße ausgebaut wird, um das nur für diese Tiere vorhandene absolute Futter noch zu verwerten.* In diesem Zusammenhang muß insbesondere den Landarbeitern, Siedlern und Kleingärtnern die Haltung von Ziegen und Kaninchen erleichtert werden. Auf der anderen Seite muß aber auch verlangt werden, daß sie diese Mehrarbeit leisten, die nicht nur ihnen Ertrag bringt, sondern der gesamten Volkswirtschaft zugute kommt.

Restlose Verwendung der Futtermittel

4. Neben einer rationellen Fütterung ist besonderer Wert auf eine *restlose Verwendung* aller anfallenden Futtermittel zu legen. Hier spielt das Problem der *Kartoffeleinsäuerung* eine entscheidende Rolle. Nicht nur, daß durch die Einsäuerung von Kartoffeln die Verluste des Einmietens vermieden werden, sondern es wird auch die Möglichkeit geschaffen, die Schweinemast im Sommer durchzuhalten. Der Bau von *Kartoffeleinsäuerungsgruben* und die damit im Zusammenhang stehende Vermehrung von Kartoffeldämpfkolonnen wird ein wichtiger Punkt des Vierjahresplanes sein.

Kartoffelbrennerei

5. Eine nicht sparsame Verwendung eines Futtermittels liegt in der Kartoffelbrennerei vor. 2,3 Millionen Tonnen Kartoffeln werden noch jährlich trotz des Futtermangels größtenteils in Treibstoff verwandelt. Dieses Problem wird innerhalb des Vierjahresplans gelöst werden insofern, als jedes Jahr einer gewissen Anzahl von Betrieben das Brennrecht genommen wird, und zwar angefangen mit den Betrieben, die eine Brennerei auf verhältnismäßig besseren Böden betreiben. Zu verantworten ist der Brennereibetrieb nur dort, wo bei seinem Wegfall die Böden nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden können. Aber auch hier dürfte in Zukunft der Anbau der Süßlupine ein Äquivalent bieten. Mit diesem Wegfall des Brennrechts wird durchaus nicht etwa erstrebt, einen Rückgang der Kartoffelanbaufläche herbeizuführen, vielmehr sollen die anfallenden Kartoffeln der Schweinemast zugeführt werden bzw. ließen sich, soweit ein volkswirtschaftliches Bedürfnis hierfür vorliegt, an Stelle der Brennereien Flockenfabriken und Stärkefabriken errichten.

Besseres Saatgut

6. Nicht nur auf dem Gebiete der Tierhaltung und Tierfütterung muß das Gewonnene sparsam verwertet werden, sondern ebenso im Ackerbau. Hier muß analog der Aufgabe, die die Tierzucht hat, die Saatzucht in weit stärkerem Maße der allgemeinen Landwirtschaft nutzbar gemacht werden. Auch hier stehen dieser erweiterten Nutzbarmachung die zum Teil hohen Saatgutpreise entgegen. Gerade die Saatzucht aber kann im Mengenabsatz durchaus eine ausreichende Existenzgrundlage finden. Nur durch möglichst billige Saatgutpreise wird es in stärkerem Maße gelingen, schlechteres Saatgut durch besseres zu verdrängen. Daneben wird eine besondere Förderung dem Problem Saatpflege durch Reinigungsmaschinen zuteil werden. Ebenso wichtig ist eine größere Anwendung von Drillmaschinen zur Saatgutersparnis.

Bau von Molkereien

7. Eine weitere Aufgabe des Vierjahresplanes innerhalb dieser Gruppe ist ein planmäßiger Bau von Molkereien in den molkereimäßig noch nicht erschlossenen Gebieten, deren Struktur jedoch eine Aufschließung erlaubt. Ziel dabei ist eine Vergrößerung der Butterausbeute und eine Verbesserung ihrer Qualität. Gleichzeitig dient eine solche molkereimäßige Erschließung einer besseren und leichteren Erfassung der Ware. Neben den angeführten größeren Aufgaben ist noch eine Reihe anderer kleinerer Aufgaben zu stellen, die hier nicht besonders erwähnt werden können.

Kampf dem Verderb und Verbrauchslenkung

Allen diesen Maßnahmen einer sparsameren Verwendung des Erzeugten in der Landwirtschaft steht der eingeleitete „Kampf dem Verderb" in der Stadtwirtschaft gegenüber. Da diese Maßnahmen nicht Aufgabe des Bauerntums sind, können sie hier nur kurz Erwähnung finden. Im Rahmen des Vierjahresplanes ist die NSV. beauftragt worden, die Sammlung der Küchenabfälle und ihre Verwendung zu Mastzwecken durchzuführen. Es soll hiermit nicht nur eine Verwendung dieser bisher nicht genutzten Abfälle stattfinden, sondern gleichzeitig wird dadurch eine Erziehungsarbeit der städtischen Hausfrau in der Richtung durchgeführt, daß sie sparsamer wirtschaftet und damit durch Senkung des Bedarfs ihrerseits die Erzeugungslücke schließt. Erzieherisch wirkt hier auch, daß damit der Konsument an dem Erzeugerprozeß teilnimmt.

Mindestens ebenso wichtig wie die Aktion „Kampf dem Verderb" wird das Problem der Verbrauchslenkung sein. Auch hier wird es darauf ankommen, durch zweckmäßige Aufklärung und Erziehung einer unzweckmäßigen Steigerung des Verbrauchs Einhalt zu gebieten. Es handelt sich hier um die Aufgabe, die der Führer in seiner Proklamation in Nürnberg folgendermaßen gekennzeichnet hat: „Die Konsumkraft in jene Richtung zu lenken, die wir aus den Möglichkeiten unserer eigenen nationalen Produktion befriedigen können." So wird heute z. B. ein so hochwertiges Eiweißnahrungsmittel wie die entrahmte Milch nur zu einem ganz geringen Bruchteil für die menschliche Nahrung genutzt. Hier kommt es darauf an, durch Nutzbarmachung dieser Mengen die Nachfrage nach anderen nicht genügend vorhandenen Nahrungsmitteln zu verringern.

Besonders wichtig ist die Steigerung des Fischkonsums. Neben einer vorgesehenen wesentlichen Steigerung des Hochseefischfangs und der Gründung ausreichender Fischspezialgeschäfte kommt es auch hier darauf an, durch Erziehung und Aufklärung den Fisch als gleichwertiges Erzeugnis neben das Fleisch zu stellen. Es handelt sich dabei nicht etwa nur darum, in der fleischknappen Zeit viel Fisch zu essen, sondern der Fischkonsum muß ständig einen größeren Raum in unserer Ernährung einnehmen. Die Erziehungsarbeit werden wir noch dadurch unterstützen, daß wir auch in der Zeit eines großen Fleischanfalls die Versorgung mit Fleisch einschränken, um mit den so ersparten eingelagerten Mengen die saisonbedingte Lücke im Sommer und Herbst besser zu schließen.

Wie schon vorher erwähnt, ist die Fettversorgung Deutschlands das schwerste Problem, da etwa ein Drittel des gesamten Fettbedarfs leider nur gegen Bardevisen aus dem Weltmarkt zu beziehen

ist. Bei dieser Sachlage ist es nicht zu verantworten, daß der Fettverbrauch pro Kopf der Bevölkerung heute noch um 24 vH höher liegt als 1913. Dieser hohe Fettverbrauch ist nicht etwa über ganz Deutschland gleichmäßig verbreitet. Es gibt ganze Gebiete mit einem wesentlich geringeren Durchschnittsverbrauch. Bezeichnenderweise geht Hand in Hand mit einem geringeren Fettverbrauch ein weitaus größerer Zuckerverbrauch, vor allem in Form von Marmelade, so z. B. in Bayern, und umgekehrt wird in Norddeutschland bei einem überhöhten Fettverbrauch sehr viel weniger Zucker konsumiert. Hier zeigt sich bereits die eine Möglichkeit der Entlastung der Fettbilanz. Denn Fett ist im Gegensatz zu Eiweiß ohne Schaden zu einem Teil durch Kohlehydrate vertretbar. Neben dem ausreichend in Deutschland erzeugbaren Zucker steht als weitere Kohlehydratquelle die billige Kartoffel zur Verfügung. Wenn ich hier ausführlicher auf das Problem der Verbrauchslenkung eingegangen bin, so deshalb, weil hier auch für den bäuerlichen Haushalt eine Aufgabe liegt. Der Konsum von Fetten kann auf dem Lande ohne jeden Schaden eingeschränkt werden. Es ist die Pflicht einer jeden Bauersfrau, während des Vierjahresplanes alle Wege zur Fettersparnis zu gehen, um auf diese Weise neben der Mehrproduktion von Butter und Schmalz das Problem der Fettversorgung auch dadurch lösen zu helfen, daß ersparte Fette zur Verfügung gestellt werden. Ebenso muß der Fleischverbrauch auf dem Lande durch Mehrverbrauch von Fischen verringert werden.

Arbeitseinsatz

Es liegt auf der Hand, daß die durch den Vierjahresplan dem Bauerntum gestellten neuen Aufgaben größtenteils einen erweiterten Einsatz von Arbeitskräften erfordern. Nun haben bereits die bisher durchgeführte Erzeugungsschlacht und die Maßnahmen zur Sicherung unserer Wehrkraft zu einem Mißverhältnis zwischen den vorhandenen Arbeitskräften in der Landwirtschaft und dem notwendigen Bedarf geführt. Es ist daher neben der an die Landwirtschaft zu stellenden Forderung, langfristige Arbeitsverträge abzuschließen, zur Gewährleistung des Erfolges des Vierjahresplanes eine weitere Gruppe von Maßnahmen notwendig, um dieses Mißverhältnis, soweit es überhaupt in unserer Kraft steht, zu beheben.

Die Ursachen des Mangels an Arbeitskräften in der Landwirtschaft sind bekannt. Die Arbeiternot kann auch im Laufe des Vierjahresplanes nicht grundsätzlich gelöst werden, da ja durch den Rohstoffmangel Deutschlands alle etwa freien Kräfte dort eingesetzt werden müssen. Es wird sich also um Übergangs-Hilfsmaßnahmen handeln,

denen allerdings für die Zukunft zum Teil **grundsätzliche** Bedeutung beizumessen ist.

Arbeitsdienst

1. Ein nennenswerter **Arbeitseinsatz** steht heute **nur im Arbeitsdienst** bereit. Dem verstärkten Einsatz des Arbeitsdienstes in der Ernte kommt entgegen die grundsätzliche Auffassung des Gründers des Arbeitsdienstes, Reichsarbeitsführers **Hierl**, **daß Aufgabe des Arbeitsdienstes ausschließlich die Arbeit am deutschen Boden ist. Zur Arbeit am Boden gehört selbstverständlich die Sicherung der Einbringung der Ernte.** Es wird in Zukunft darauf ankommen, unter Wahrung der großen Erziehungsarbeit des Arbeitsdienstes seinen Einsatz für die Sicherung der deutschen Erzeugung zu verstärken.

Weiblicher Arbeitsdienst

2. Dieser Ernteeinsatz genügt jedoch nicht, da leider gerade im Westen und Südwesten, aber auch bereits in anderen Gebieten eine zeitweilige Erntehilfe **nicht ausreicht**, vielmehr Maßnahmen zu ergreifen sind, um den ständigen Bedarf an Arbeitskräften gerade in den bäuerlichen Betrieben zu befriedigen. Nach dem Vorschlage des Reichsarbeitsführers ist daher der sich in der Praxis glänzend bewährte **weibliche Arbeitsdienst** stärkstens auszubauen, um damit der schon jetzt überlasteten **Bauersfrau** die Bewältigung der neuen Aufgaben zu **erleichtern**. Sachliche Schwierigkeiten der Unterbringung und der Führerinnenausbildung müssen und werden behoben werden. Es ist nur gerecht, wenn dabei diejenigen, denen durch diese Maßnahmen Hilfe gegeben wird, auch zu den Kosten, die diese Neueinrichtung erfordert, beitragen müssen.

Landarbeiterwohnungen

3. Als weitere Maßnahme im Rahmen des Vierjahresplanes ist ein **verstärkter Bau von Landarbeiterwohnungen** vorgesehen. Hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß der Baumarkt durch die Bauten des Vierjahresplanes sehr eingeengt sein wird. Diese Maßnahmen werden eine **starke Entlastung** bringen. Jedoch muß schon hier betont werden, daß allein mit Staatshilfe das Problem des Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft nicht gelöst werden kann. Der immer stärker werdende Ausfall des Weltmarktes zwingt Deutschland zu einem Ausbau seiner inneren Kräfte. Hier liegt die Ursache der bereits jetzt vorhandenen Not an Arbeitskräften. Es ist falsch, zu hoffen, daß etwa nach Beendigung des Vierjahresplanes Arbeitskräfte wieder frei werden, die dann Ansatz in der Landwirtschaft finden könnten. Bei dieser Sachlage muß die Landwirtschaft die von der Volkswirtschaft diktierte Rationalisierung durchführen.

4. Es sind deshalb — viertens — alle Maßnahmen der Arbeitskraftersparnis zu ergreifen, jedoch niemals auf Kosten der Intensität, welch letztere ja dauernd gesteigert werden muß. Welche Möglichkeiten stehen hier der Landwirtschaft zur Verfügung? Die deutsche Landwirtschaft ist in den vergangenen Jahrzehnten wegen der ausländischen Konkurrenz nicht in der Lage gewesen, den Segen der Technik sich nutzbar zu machen. Hierzu ist einiges Grundsätzliches zu sagen:

Wir haben in der Kampfzeit gegen die Rationalisierungsbestrebungen in der Landwirtschaft Stellung genommen nicht etwa, weil wir den Wert eines rationelleren Arbeitseinsatzes und die daraus resultierenden Mehrleistungen unterschätzten, sondern weil diese Rationalisierung lediglich eigennützig-privatwirtschaftlich gedacht war und schon deshalb sich gegen das Volksganze wenden mußte. Denn es war ja gar keine Möglichkeit der Unterbringung der freiwerdenden Arbeitskräfte gegeben, und man machte sich darüber überhaupt keine Sorgen. Heute steht das ganze deutsche Volk unter dem Zeichen einer erforderlichen Mehrleistung. Damit ist die Notwendigkeit und Berechtigung einer volkswirtschaftlichen Rationalisierung gegeben.

Da die damals aus privatwirtschaftlichem Eigennutz betriebene Rationalisierung nur zu einer Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, also zu einer Belastung der Volkswirtschaft führte, mußte jene Rationalisierung zwangsläufig scheitern. Sie führte nicht zu einer Verbesserung der Betriebsorganisation, sondern im wesentlichen zu einem Anwachsen der Schulden in der Landwirtschaft. Diesem Anwachsen der Schuldenlast leisteten Vorschub die hohen Agrarpreise in der Systemzeit, denn sie verleiteten zu Krediten, die volkswirtschaftlich niemals berechtigt waren.

Heute dagegen ist die Rationalisierung volkswirtschaftlich richtig, und sie wird durch die Stetigkeit der Preise auch ermöglicht. Damit ist eine Grundvoraussetzung für eine stärkere Anwendung der technischen Hilfsmittel im landwirtschaftlichen Betrieb gegeben. Es wird daher die Aufgabe sein, die notwendigen Maschinen nicht nur wie bisher in Großbetrieben, sondern bis herunter zu den Kleinbetrieben einzuführen. Die Frage einer Zwischenfinanzierung für die Betriebe, die aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, die notwendigen Maschinen zu kaufen, wird eine besondere Aufgabe des Vierjahresplanes sein. Der Mehrabsatz und die sichere Finanzierung werden der Landmaschinenindustrie wiederum die Möglichkeit geben, von sich aus eine billigere und zweckmäßigere Preiskalkulation aufzustellen.

Motorische und elektrische Kraft

Insbesondere wird es darauf ankommen, die motorische und die elektrische Kraft für die deutsche Landwirtschaft stärker nutzbar zu machen als bisher. Es wird daher im Rahmen des Vierjahresplanes besonders auf die Erzeugung von Kleinschleppern Wert gelegt werden müssen. Es liegt auf der Hand, daß die Abnahme von elektrischer Kraft in der Landwirtschaft um ein Vielfaches gesteigert werden kann. Gerade hierin liegen die Entlastungsmöglichkeiten der Bauernbetriebe und namentlich der Bauersfrau. Es seien hier nur erwähnt: Wasserpumpe, Kartoffeldämpfer, Futterschneider, Jauchepumpe, Warmwasserspeicher, Waschmaschine usw. Besonders wichtig ist dabei eine zweckmäßige Weiterentwicklung der elektrischen Melkmaschine. Leider steht der Anwendung aller dieser Maschinen bisher der hohe Strompreis entgegen. Es ist deshalb vorgesehen, im Rahmen des Vierjahresplanes die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen.

Ich möchte hierbei besonders betonen, daß es nicht Aufgabe des Vierjahresplanes ist, etwa wie in früherer Zeit einem Kampf eines Berufsstandes gegen andere auf dem Preisgebiet das Wort zu reden. Alle diese sehr ernsten Preisprobleme können nur im Rahmen einer volksverbundenen Auffassung von der Wirtschaft gelöst werden, d. h. wenn man selbst auf dem Boden seiner volkswirtschaftlichen Pflichten beharrt und damit durch die eigene Haltung die anderen zur Anerkennung der alleinigen Gültigkeit dieser Pflichten zwingt. Die Schwierigkeiten des Arbeitseinsatzes werden von dem Beauftragten des Vierjahresplanes, Ministerpräsidenten Göring, nicht verkannt. Jedoch darf nicht vergessen werden, daß die Aufgaben, die der Führer in diesen vier Jahren der deutschen Wirtschaft gestellt hat, auf allen Gebieten eine ungeheure Mehrleistung von dem gesamten deutschen Volke fordern werden. Daß im Laufe des Vierjahresplanes Schwierigkeiten und Spannungen entstehen werden, ist sicher. Jedoch sind Schwierigkeiten dazu da, um überwunden zu werden. Das deutsche Bauerntum und die deutsche Landwirtschaft müssen die ihnen erwachsenden Mehrleistungen auf sich nehmen als Beitrag zur Lösung der vom Führer gestellten Aufgabe und als Dank für das vom Führer für das Volk und das Bauerntum Geschaffene.

Die Vorratswirtschaft

Genau so wichtig wie die Vermehrung der Erzeugung ist der zweite große Gesichtspunkt: der Ausbau der Vorratswirtschaft. Denn, wie ich schon eingangs feststellte, zwingt die Rückkehr von der Weltwirtschaft zur Volkswirtschaft zu einem starken Ausbau der Vor-

ratswirtschaft. Das, was das Bauerntum in der Vorratswirtschaft durchzuführen hat, ist bereits gesagt worden. Ich erinnere nur an Kartoffeleinsäuerung, Grünfuttersilo, Überlagerung wirtschaftseigener Futtermittel usw. Die Maßnahmen, die auf dem Gebiete der Vorratswirtschaft für die Sicherung der Volksernährung im Rahmen des Vierjahresplanes zu treffen sind, wird der Staat selbst in seine Hand nehmen. Im wesentlichen ist zu fördern der Ausbau von Getreidespeichern und Kühlhausräumen für Fleisch, Butter, Eier, Gemüse usw. Daneben müssen im breitesten Rahmen alle Fragen der Konservierung und Vorratspflege einer Lösung zugeführt werden. Hierfür werden der Forschungsdienst und die vorhandenen staatlichen Institute eingesetzt.

Nationalsozialistische Haltung

Ich habe den Rahmen der durch den Vierjahresplan zu lösenden sachlichen Aufgaben umrissen. Teilweise handelt es sich um Maßnahmen, die das Bauerntum allein durchzuführen hat in weiterer Ausdehnung der Erzeugungsschlacht, teilweise handelt es sich um reine Aufgaben des Staates, teilweise werden dem Bauerntum gestellte neue Aufgaben durch diese oder jene Hilfeleistung des Staates erleichtert. Alle gekennzeichneten Aufgaben müssen gelöst werden. Es muß jedoch dem Beauftragten des Vierjahresplanes, Ministerpräsidenten Göring, überlassen bleiben, diese oder jene Maßnahme als Stoßaufgabe besonders in den Vordergrund zu stellen, einzelne Aufgaben forciert voranzutreiben, andere Aufgaben etwas zurückzustellen, zu ergänzen oder abzuändern. Denn der Vierjahresplan auf dem Ernährungsgebiete stellt ja nur einen Teil des gesamten Vierjahresplanes dar und muß zweckentsprechend in den Rahmen des Gesamtplanes eingefügt werden. Wir müssen uns jedoch klar darüber sein, daß zu der Bewältigung dieser sachlichen Aufgaben nicht allein die Verdrängung des liberalen durch das nationalsozialistische Wirtschaftsprinzip notwendig war, sondern es muß auch eine Änderung der Haltung des gesamten Volkes gegenüber der Wirtschaft stattfinden.

Idealismus statt Materialismus

Es gibt heute in Deutschland noch Leute, die sich zu Ratgebern aufwerfen und die das Problem der Erzeugungssteigerung allein mit einer Erhöhung der Preise lösen wollen. Diese Ratgeber vergessen, daß sie hier durch den Nationalsozialismus längst überwundene Thesen aufstellen, da die Ankurbelung des Eigennutzes durch Preiserhöhung zwar die Erzeugungssteigerung anregt, jedoch sie gleichzeitig drosselt, indem die Aufnahme des Mehrerzeugten durch überhöhte

Preise für weite Schichten des Volkes unmöglich gemacht wird. Der Vierjahresplan wird für das deutsche Volk gemacht und nicht nur für einen Teil: die Produzenten. Es ist gerade das Ziel des Vierjahresplanes, die Bedarfsdeckung des gesamten deutschen Volkes zu gewährleisten.

Der Appell an den Materialismus ist das Kennzeichen der überwundenen liberalen Epoche. Und gerade der Liberalismus ist daran zugrunde gegangen, daß er nur an den Materialismus und den Eigennutz glaubte. Und er ist überwunden worden durch eine Bewegung, die bewußt auf dem Idealismus aufbaute, auf der Einsatzbereitschaft der Menschen auch ohne materielle Rückversicherungen. Die nationalsozialistische Bewegung hat sich stärker erwiesen als der Liberalismus und denkt nicht daran, von dem Prinzip, das sie zum Siege geführt hat, abzugehen. Es kommt darauf an, die Parolen, die in der Kampfzeit für uns maßgebend waren, im ganzen Volk immer tiefer zu verankern. Die Mehrleistung, die das Bauerntum und die gesamte deutsche Landwirtschaft im Rahmen des Vierjahresplanes zu vollbringen haben, kann deshalb nur aus einer nationalsozialistischen Haltung heraus vollbracht werden. Unser Ideal ist nicht der Landwirt mit dem Rechenstift, der jede Sonderkonjunktur aus einer zufälligen Preisrelation heraus ausnutzen will. Wir erstreben den Bauern, der alle seine Anstrengungen auf eine Erhöhung der Erzeugungskraft seines Hofes richtet, auch wenn er damit seinen Eigennutz hinter das Wohl der Gemeinschaft stellt. Denn nur wenn die Gemeinschaft lebt, wird er seine Existenz und den Lohn seiner Arbeit finden. Daß die neuen Aufgaben für den einzelnen oft schwer sein werden, verkennen wir nicht. Aber ist etwa die Aufgabe der Rettung Deutschlands, die der Führer sich gestellt hat, leicht?

Zwei Wirtschaftsprinzipien

Man hört manchmal aus den Kreisen der Landwirtschaft heraus die Frage, warum denn die Landwirtschaft allein Opfer bringen muß, wobei man unter Opfern die Behinderung der Ausnutzung von Verknappungen durch die Festpreise versteht. Ich habe vor zwei Jahren von dieser Stelle aus bereits festgestellt, daß es zwei Wirtschaftsprinzipien in Deutschland gab, das nationalsozialistische im Agrarsektor und das liberale in der übrigen Wirtschaft. Ich habe damals ausgeführt, daß auch für Wirtschaftsprinzipien das Totalitätsstreben Geltung hat und daß ein Nebeneinander zweier Wirtschaftsprinzipien nur in Übergangszeiten vorhanden sein kann. Unser Wirtschaftsprinzip ist das nationalsozialistische, weil es das Leben des Volkes gewährleistet und seine Sicherung in der Zukunft erstrebt. Wem es unbegreiflich erscheint, daß an das Bauerntum besondere Anforderungen gestellt wurden, den möchte ich fragen: Wie hätte anders

das nationalsozialistische Prinzip siegen können als dadurch, daß ein Teil der Wirtschaft, und hier die Agrarwirtschaft, dieses Wirtschaftsprinzip verwirklichte und dieses Wirtschaftsprinzip vorlebte? Das Weiterbestehen des liberalen Wirtschaftsprinzips war ja nur ein Übergangsstadium, das in dem Moment abgelöst werden mußte, in dem aus der Volksauffassung des Nationalsozialismus heraus die Spannungen auf wirtschaftlichem Gebiet eintraten, die zur Beauftragung Görings für den Vierjahresplan führten. Welche Bedeutung die Beauftragung Görings in dieser Richtung hat, beweist ein Aufsatz in der „Frankfurter Zeitung" vom 30. Oktober 1936, überschrieben „Görings Appell". Es heißt da:

„Trotzdem bedeutet der Beginn des Vierjahresplanes auch für Deutschland eine Stunde ernster Besinnung; die erfolgreiche Durchführung eines solchen Programms stellt dem privatwirtschaftlichen System und allen, die als Erzeuger, Händler oder Verbraucher darin tätig sind, eine sehr schwere Aufgabe. Sie werden lernen müssen, für eine absehbare Zeit in einem ganz anderen Sinne volkswirtschaftlich zu denken, als dies unter normalen Verhältnissen üblich oder notwendig ist. Ob und wieviel Waren man kaufen soll, wie man seine Preise berechnet, wie man die Ware verteilt und wie man sie nützt und verbraucht, das alles sind Fragen, bei denen das ganze Volk, vor allem aber die Unternehmerschaft eigene Wünsche und Bedürfnisse zurückstellen und die Auswirkungen auf die gesamte Marktlage peinlich genau im Auge behalten muß."

Aus neuem Geist eine neue Wirtschaft

Nur aus einem neuen Geiste und aus einer neuen Haltung heraus kann man auch eine neue Wirtschaft aufbauen. Eine solche Haltung des ganzen Volkes gibt auch die Gewähr, daß der zweite Vierjahresplan genau so erfüllt wird wie der erste.

Und nicht nur für die im Vierjahresplan zu lösenden Aufgaben ist diese neue Haltung notwendig. Die Rohstoff- und Ernährungsgrundlage Deutschlands wird in dieser Übergangszeit zweifellos zu manchen Spannungen und zu manchen Verknappungen führen. Solche Spannungen können nur überwunden werden, wenn wir alle den Weg zu der neuen Haltung finden. Man sagt, daß der Weltkrieg verlorenging, weil die Ernährung des deutschen Volkes von einem Kriegsjahr zum anderen immer mangelhafter wurde. Hierdurch seien der Geist und die Widerstandskraft des Volkes gebrochen worden. Es ist richtig, daß im Weltkrieg die Unterernährung des Volkes ein unerträgliches Maß erreicht hatte. Aber ebenso richtig ist es, daß gerade

jene, die zuerst erlahmten und die zuerst revoltierten, nicht die waren, die die größten Opfer an Gut und Blut trugen, sondern umgekehrt diejenigen, deren Existenz gesicherter war. Es ist materialistisch und damit liberal-marxistisch gedacht, einfach zu unterstellen, daß Not und Opfer den Geist brechen mußten. Weil der Geist vielmehr im Weltkrieg erschüttert war und das Volk sich nicht in eine neue Haltung gegenüber der Volksgemeinschaft hineinlebte, deshalb erst erschienen die Not und die Entbehrungen unerträglich und führten zum Zusammenbruch. Der Nationalsozialismus hat trotz Not und Entbehrungen gesiegt, weil der Geist die Materie überwand und nicht die Materie den Geist formte.

Und so will mir scheinen, daß nicht der absolute Mangel auf dem Ernährungsgebiet die Ursache des damaligen Zusammenbruches war, sondern die mangelnde sittliche Haltung weiter Kreise des deutschen Volkes gegenüber der Volksgemeinschaft. Erst dadurch wurden solche Unterschiede in der Ernährung zwischen einzelnen Volksgruppen und einzelnen Volksgenossen möglich, daß die Gemeinschaft zusammenbrechen mußte. Kein noch so gut ausgeklügeltes und organisiertes Verteilungssystem ist in der Lage, auch nur annähernd so gerecht jedem das Seine zukommen zu lassen wie eine der Gemeinschaft Rechnung tragende Haltung jedes einzelnen Volksgenossen, schon deshalb nicht, weil eine von oben befohlene Norm nicht sittliche Kräfte auslöst, sondern sie bindet, das Pflichtbewußtsein und den Opfergeist ausschaltet und das organische Gefüge des Volkes lockert.

Wenn bei der jetzigen Devisennot der Führer die Forderung aufstellte, daß den sozial Minderbemittelten der Bezug der billigen Fette gesichert werden soll, so nicht deshalb, weil er darin etwa eine organische Lösung einer Verknappungserscheinung sieht, sondern weil die notwendige Haltung des Volkes gegenüber solchen Erscheinungen noch nicht vorhanden ist. Sie zu erzeugen, ist vielleicht die größte Aufgabe des Vierjahresplanes. Und so sind Verknappungen in der Ernährung Prüfsteine für die Haltung des gesamten Volkes und insbesondere für die Haltung des Bauerntums. Diese Verknappungen sind leicht zu überwinden, wenn sie nicht ausgenutzt werden, um eigennützige Preisvorteile zu erzielen. Möge das Bauerntum sich dieser großen sittlichen Aufgabe bewußt sein. Dann wird nicht nur der Vierjahresplan gelingen, sondern auch alle Schwierigkeiten, die in seinem Verlauf entstehen, überwunden werden. Wie die Erzeugungsschlacht vom Jahre 1934 der jetzt gestellten Aufgabe im Vierjahresplan vorausgegriffen hat und das Bauerntum dadurch ein Vorkämpfer der nationalsozialistischen Wirtschaftsgestaltung wurde, so muß auch die Erziehung zu der neuen Haltung, wenn sie im gesamten Volke siegen soll, zuerst beim Bauerntum be-

ginnen. Und so möchte ich schließen mit denselben Worten wie vor zwei Jahren an dieser Stelle: „Und wenn sich auch vor diese Aufgaben Schwierigkeiten türmen sollten, eins vergessen Sie nie:

Am Ende steht doch die Leistung für das Volk!"

(Rede auf dem 4. Reichsbauerntag in Goslar am 28. November 1936)

Die Aufgaben der Fischwirtschaft

50 Jahre sind eine Zeitspanne, die einem das Recht gibt, einen Blick in die Vergangenheit zurückzuwerfen, ohne daß man Gefahr läuft, darüber die Aufgaben der Zukunft zu vergessen. — Als vor 50 Jahren jener kühne Pionier der deutschen Hochseefischerei, Friedrich Busse, den ersten deutschen Fischdampfer in die Nordsee schickte, ahnte wohl niemand, zu welchem bedeutungsvollen Zweig der deutschen Volks- und Ernährungswirtschaft sich unsere Seefischerei in wenigen Jahren entwickeln sollte. Jener kleine „Smeukewer", der sich anfangs neben dem Fischfang als Schlepper- und Bergungsdampfer sein Geld verdienen mußte, wurde vom zünftigen Segelfischer verhöhnt und verachtet. Doch bald setzte sich der Gedanke des Reeders Busse durch. Schon fünf Jahre später finden wir 20 Dampfer, und zehn Jahre später 100 Schiffe verteilt auf die großen Fischereihäfen an der Weser- und Elbemündung. In ruhiger und stetiger Entwicklung erhöhte sich bis zum Beginn des Krieges die Flotte auf 250 Dampfer. Während des Krieges hat die Fischdampferflotte und ihre Besatzung ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland vorbildlich erfüllt. Viele Schiffe gingen verloren, zahlreiche Neubauten entstanden. Heute blicken wir auf eine stolze Flotte von 350 Schiffen, eine Flotte, die sich der Zahl nach vielleicht noch nicht mit den Fischereiflotten einiger anderer Länder messen kann, aber in ihrer Güte und Ausrüstung sich jeder Fischdampferflotte der Welt würdig an die Seite stellt. Die neueren Dampfer sind mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit so gut wie moderne Passagierdampfer ausgerüstet. Diese Flotte trägt eine Besatzung von wetterharten Seeleuten, die jederzeit in treuer Pflichterfüllung ihre Zuverlässigkeit bewiesen haben. Als Nachwuchs für unsere Kriegs- und Handelsmarine ist die Hochseefischerei eine vorzügliche Schule.

Mit dem Ausbau der Dampferflotte hielt der Ausbau unserer Fischereihäfen gleichen Schritt. Vor 40 Jahren wurde der Fischereihafen Wesermünde gegründet, der heute in Deutschland der größte ist und unter den europäischen Fischereihäfen mit an erster Stelle steht. Auch unsere Häfen können sich wie unsere Dampfer hinsichtlich ihrer technischen Einrichtung, ihrer Ordnung und ihrer Sauberkeit jedem ausländischen Fischereihafen würdig an die Seite stellen. Im Jahre 1890 betrug der Gesamtumsatz unserer Fischereihäfen 40 000 Doppelzentner im Werte von eineinhalb Millionen Mark, im Jahre 1900 schon 600 000 Doppelzentner im Werte vom 16 Millionen Mark, im letzten Jahre vor dem Kriege eine Million Doppelzentner mit 26 Millionen Mark. Heute haben wir den gewaltigen Umsatz von 4 Millionen

Doppelzentnern im Werte von etwa 70 Millionen RM im Jahre erreicht.

Die steigenden Anlandungsmengen bedingen das Aufsuchen immer entfernterer und ertragreicherer Fischgründe. Anfangs fischten unsere Dampfer in der deutschen Bucht der Nordsee, doch bald dehnte sich das Fanggebiet auf die gesamte große Nordsee aus. Bald suchten unsere Dampfer die isländischen Fanggründe, später die weiter entlegenen Bänke in der Barentssee und bei der Bäreninsel auf.

So ist es gelungen, Schritt für Schritt den Anteil der deutschen Seefischerei an der Deckung des gesamten deutschen Fischbedarfs zu erhöhen. Während im Jahre 1913 nur 38 vH des Gesamtverbrauchs aus deutschen Fängen stammten, konnten im vorigen Jahre bereits 69 vH des Bedarfs von unserer Seefischerei geliefert werden. Diese Leistung ist um so höher zu bewerten, als in der gleichen Zeit eine erhebliche Steigerung des Verbrauchs, nämlich von 7½ auf 10 Kilogramm je Kopf und Jahr stattfand. Die deutschen Fänge sind seit der Vorkriegszeit von 187 000 Tonnen auf 456 000 Tonnen, also auf das Zweieinhalbfache, gestiegen.

Ich weiß, daß hierbei Jahre hindurch die größten Schwierigkeiten zu überwinden waren. Preisverfall und Unsicherheit des Absatzes stellten sich dieser Entwicklung leider allzuoft in den Weg.

Seit Übernahme der Macht durch den Nationalsozialismus hat sich aber auch hier eine grundlegende Änderung vollzogen. Die deutsche Hochseefischerei ist heute nicht mehr eine privatwirtschaftliche Angelegenheit von Unternehmern, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, eine möglichst hohe Rentabilität ihrer Betriebe zu erzielen. Sie ist vielmehr in die Front derer eingereiht worden, die die Ernährung unseres Volkes möglichst unabhängig vom Ausland zu sichern haben. Damit ist die volkswirtschaftliche Aufgabe der deutschen Seefischerei entscheidend geworden und vor die privatwirtschaftliche getreten. In Erkenntnis des hohen Nährwerts der Fische und der Möglichkeiten, Mangellagen auf anderen Gebieten durch erhöhten Fischverzehr auszugleichen, hat die Reichsregierung seit 1933 bewußt den Ausbau der Seefischerei gefördert und die Bemühungen, den Fischverbrauch zu heben, unterstützt.

Deutschland ist heute nicht mehr der Abladeplatz für die anderweitig nicht unterzubringenden Fleischüberschüsse der Welt. Im Gegenteil, wir müssen alle uns gegebenen Möglichkeiten ausnutzen, um durch Steigerung der Eigenerzeugung eine volle Deckung unseres Fleischbedarfs zu erreichen. Da dieses aus natürlichen Gründen unseres beschränkten Grund und Bodens nicht restlos möglich ist, muß

der Fischverzehr gleichwertig neben den Fleischverbrauch treten. Fisch ist genau so eine Eiweißnahrung wie Fleisch. Sie werden mir deshalb zustimmen, daß diese neue Lage der Fischerei große Möglichkeiten eröffnet, aber auch große Aufgaben stellt. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt uns, daß einer weiteren Steigerung des Fischverzehrs in Deutschland noch lange keine Grenze gesetzt ist. Ich bin überzeugt, daß auch Sie diese neue volkswirtschaftliche Aufgabe in ihrer vollen Tragweite erkannt haben und sich mit ganzer Kraft für ihre Lösung einsetzen werden, so wie Sie in der Vergangenheit die glänzende Entwicklung der deutschen Hochseefischerei vorangetragen haben, auf die wir heute stolz zurückblicken können.

Seit 1934 steht die deutsche Landwirtschaft in der Erzeugungsschlacht. Durch große Anstrengungen ist es gelungen, den deutschen Nahrungsmittelbedarf heute schon zu mehr als 80 vH aus eigener Erzeugung zu decken. Ich weiß mich mit Ihnen darin einig, daß auch die deutsche Hochseefischerei alles daransetzen wird, nicht nur den heute noch notwendigen Devisenbedarf für die Fischeinfuhr durch steigende Anlandungen auf ein Mindestmaß herabzudrücken, sondern unter Anspannung aller Kräfte ihren Teil an der Erzeugungsschlacht beizutragen. Daß eine solche Erzeugungsschlacht auf den verschiedensten Gebieten zunächst neue technische und organisatorische Schwierigkeiten hervorrufen wird, ist sicher. Jedoch treten Schwierigkeiten bei jeder neuen Aufgabe auf. Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden, und gerade die Hochseefischerei hat in der Vergangenheit genügend bewiesen, daß sie mit Schwierigkeiten fertig zu werden versteht. Die deutsche Seefischerei wird in kürzester Frist ebenfalls in der Lage sein müssen, mehr als 80 vH des deutschen Fischbedarfs durch ihre Anlandungen zu decken. Ich zweifle nicht, daß Sie diese Aufgabe bewältigen werden. Denn Ihnen steht es wie den Fischern jeder Nation frei, aus dem Meer in beliebiger Menge Seefische zu holen. Der Seefischerei sind eben nicht die Grenzen gezogen, die die Enge und Kargheit des deutschen Bodens der Erzeugungsschlacht der Landwirtschaft setzen. Über eines bitte ich Sie sich jedoch klar zu sein. Wir müssen durch einen Ausbau der Marktordnung auch bei den Fischpreisen zu einer ähnlichen Stetigkeit kommen, wie wir sie bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen bereits erreicht haben. Nur dadurch ist eine dauerhafte Ausweitung des Fischverzehrs und damit eine breite und sichere Grundlage für die Seefischerei zu erreichen.

Ich verkenne nicht, daß Sie in der liberalistischen Zeit vielfach der Spielball willkürlicher Spekulationen waren und unter der ausschließlichen Herrschaft des Gesetzes von Angebot und Nachfrage oft

nicht den **gerechten Lohn** für Ihre harte Arbeit gefunden haben. Heute ist für eine Steigerung Ihrer Fänge ein breiter Raum vorhanden. Ihre **Fänge** können im Hinblick auf den Gesamtverbrauch Deutschlands an Fisch und Fleisch **garnicht groß genug** werden. Erreicht muß jedoch werden eine **Stetigkeit im Absatz** und damit auch eine **Stetigkeit der Preise**. Nur ein möglichst stetiger gerechter Preis wird Ihnen den Lohn Ihrer harten Arbeit sichern und gleichzeitig der Lage der Verbraucher Rechnung tragen. Eine solche Preispolitik ist allein geeignet, den von uns allen gewünschten Erfolg herbeizuführen. Ebenso wie die landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht und die stetigen Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse untrennbar miteinander verbunden sind, ebenso sind auch stetige Preise für Fische und Steigerung des Anteils der Fische an der Ernährung eine untrennbare Einheit. Eine Hochseefischerei, die nach diesen Grundsätzen handelt, wird von dem Vertrauen und der Kraft des ganzen Volkes und seiner Regierung getragen werden. Es wird ihre Pflicht sein, im Rahmen des neuen Vierjahresplanes eine ganz besondere und entscheidende volkswirtschaftliche Aufgabe zu übernehmen. Damit, daß die Regierung diese Aufgabe stellt, anerkennt sie die Leistungen der Vergangenheit, denn nur denen stellt man Aufgaben, von denen man weiß, daß sie auch Mut, Kraft, Können und Beharrlichkeit haben, um sie zu erfüllen. Ich weiß, das es Ihr entschlossener Wille ist, in diesem Sinne noch stärker als in der Vergangenheit für die Nation zu arbeiten. Aus diesem Wissen heraus glaube ich das Recht zu haben, der deutschen Hochseefischerei namens der Reichsregierung für die Zukunft eine stets glückliche Fahrt unter der stolzen Flagge des neuen Deutschlands zu wünschen.

(Rede, gehalten am 25. Oktober 1936 beim 50jährigen Jubiläum der Hochseefischerei in Wesermünde)

Kampf dem Verderb

Als der Führer im Jahre 1933 zur Macht kam, war die deutsche Volkswirtschaft ein Trümmerhaufen. Das Volk litt unter einer Arbeitslosigkeit, wie sie Deutschland noch nicht gesehen hat. Wir wußten schon damals, daß wir uns bei dem Wiederaufbau Deutschlands nur auf die eigene Kraft verlassen konnten. Wir gingen von der Erfahrung aus, daß, wer sich auf andere verläßt, verlassen ist. Wir handelten vielmehr nach dem Grundsatz: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott. Im Vertrauen auf die eigene Kraft sind wir ans Werk gegangen und haben Erfolg gehabt. Niemand in der ganzen Welt kann heute mehr bestreiten, daß es uns gelungen ist, die beiden großen Aufgaben zu bewältigen, die gemäß dem Befehl des Führers zunächst in Angriff genommen wurden: Die Rettung des deutschen Arbeiters aus dem Elend der Arbeitslosigkeit und die Rettung des deutschen Bauerntums vor der Vernichtung sind heute Wirklichkeit geworden. Alle Zweifler, die im Jahre 1933 sagten, daß wir aus eigener Kraft diese großen Ziele nie erreichen würden, müssen heute zugeben, daß trotz ihrer Zweifel durch die Anspannung aller Kräfte der erste Vierjahresplan des Führers erfüllt worden ist.

Die zunehmende Auflösung der Weltwirtschaft in den letzten Jahren hat außerdem gezeigt, wie richtig es war, bei dem Wiederaufbau nicht auf Hilfe von außen zu warten, sondern aus eigener Kraft mit der Arbeit zu beginnen. Wären wir denen gefolgt, die meinten, daß nur ein Wiederaufblühen der Weltwirtschaft uns helfen kann, so würden wir heute noch vergeblich warten und wären wahrscheinlich inzwischen ein Opfer des Bolschewismus geworden. Dort, wo in den letzten Jahrzehnten ursprünglich reine Agrarländer ihre eigenen Industrien aufgebaut haben, sind die Absatzmöglichkeiten für deutsche Industrieerzeugnisse verlorengegangen. Jeder Versuch, unsere Ausfuhr über die ihr jetzt gezogenen engen Grenzen hinaus auszuweiten, stößt überall in der Welt auf die größten Schwierigkeiten. Wir sind demnach heute genau so wie 1933, wahrscheinlich sogar noch mehr,

auf unsere eigene Kraft angewiesen,

wenn wir uns als Volk behaupten wollen. Deshalb hat der Führer in Nürnberg den Vierjahresplan verkündet, um trotz alledem die ruhige und stete Aufwärtsentwicklung unserer Volkswirtschaft weiter zu ermöglichen. Damit ist uns der Befehl gegeben, die eigenen Kräfte auf allen Gebieten noch stärker zu entwickeln und zu der für die Volkswirtschaft erforderlichen Höchstleistung zu bringen. Das Bauerntum, das seit 1934 zur Sicherung der Volksernährung erfolgreich die Erzeugungsschlacht schlägt, ist am Erntedanktag vom Führer selbst erneut zu diesem Kampf aufgerufen und aufgefordert worden, das Höchste zu leisten.

Trotz aller Anstrengungen der deutschen Landwirtschaft können bei dem heutigen Stand der Erzeugung nach den neuesten Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung nicht mehr als 81 vH unseres Bedarfs aus der eigenen Scholle gedeckt werden. Wie gewaltig aber diese Leistung ist, wird klar, wenn wir uns demgegenüber vor Augen halten, daß im Jahre 1927 nur 65 vH unseres Bedarfs im eigenen Land erzeugt wurden, daß seit der Machtübernahme mehr als sechs Millionen arbeitslose Volksgenossen wieder Arbeit bekommen und dadurch ihre Kaufkraft vergrößert haben und daß außerdem die jährlich steigende Bevölkerungszahl allein für die gleichbleibende Deckung des Bedarfs des einzelnen eine beträchtliche Erzeugungssteigerung notwendig gemacht hat. Die Beschaffung der uns jetzt noch fehlenden Lebensmittel durch Einfuhr aus dem Ausland ist aber bei den begrenzten Ausfuhrmöglichkeiten eine schwierige Aufgabe. Das deutsche Volk hat die Schwierigkeit dieser Aufgabe in gelegentlichen Verknappungen dieses oder jenes Nahrungsmittels leider am eigenen Leibe spüren müssen.

Es ist eben nicht leicht, aus eigener Kraft heraus

die volkswirtschaftliche Gleichung:

Nahrungsbedarf gleich Nahrungserzeugung plus Einfuhr von der Erzeugungs- und Einfuhrseite her immer im Gleichgewicht zu halten. Wir haben uns bisher bemüht, diese Gleichung durch Steigerung der Erzeugung bei Verminderung der Einfuhr herzustellen, und wollen auch für die Zukunft im Interesse der Arbeitsschlacht an einer möglichst kleinen Lebensmitteleinfuhr und deshalb an einer weiteren Steigerung der Erzeugung durch die Erzeugungsschlacht festhalten.

Die zweite Möglichkeit, den Ausgleich zwischen Nahrungsbedarf auf der einen Seite der Gleichung und Nahrungserzeugung plus Einfuhr auf der anderen herzustellen, ist die Anpassung des Bedarfs an die aus Erzeugung und Einfuhr zur Verfügung stehenden Nahrungsmengen. Untersuchen wir von dieser Erkenntnis ausgehend die Zusammensetzung des Nahrungsbedarfs und prüfen, auf welchem Wege er eingeschränkt werden kann, so stoßen wir zuerst auf einen großen unbekannten Verbraucher, auf den Verderb. Die Gleichung muß also genauer heißen: Erzeugung plus Einfuhr gleich menschlicher Nahrungsbedarf plus Verderb. Die uns zur Verfügung stehenden Nahrungsgüter werden nicht nur von 68 Millionen Deutscher verzehrt, sondern auch von dem großen Heer der Feinde unserer Nahrung: Frost, Hitze, Bakterien, Insekten, Ratten, Mäuse und wie sie alle heißen mögen. Diese vielen Feinde fressen jährlich Nahrungsgüter im Werte von rund eineinhalb Milliarden Reichsmark, was fast genau dem Wert unserer Nahrungsmitteleinfuhr im Jahre 1935 entspricht. Wir machen also Jahr für Jahr einen ungeheuer gefräßigen, aber

völlig unnützen Verbraucher mit satt, der etwa ein Achtel des gesamten Wertes der heutigen landwirtschaftlichen Erzeugung für sich in Anspruch nimmt, ohne daß wir ihm diesen Anspruch ernsthaft streitig zu machen versucht haben. Nehmen wir den Kampf gegen diesen Mitesser, den Verderb, aber mit aller Energie auf, so können wir die Gleichung zwischen dem Bedarf an Nahrungsgütern und der aus eigener Erzeugung und Einfuhr zur Verfügung stehenden Menge von der Bedarfsseite her sehr wesentlich beeinflussen. Wir müssen nur das Millionenheer der Feinde unserer Nahrungsgüter, die Ursache des großen Verderbs, auf schmale Kost setzen und aushungern.

Ich gebe mich zwar nicht der Hoffnung hin, durch einen noch so großzügig angelegten Kampf den Verderb in unserer Ernährungswirtschaft restlos zu beseitigen. Wenn aber in jeder Küche, in jedem Keller, in jedem Gewerbebetrieb und jeder Gaststätte, auf jedem Speicher, jedem Kühlhaus und nicht zuletzt auf jedem Bauernhof der Kampf gegen den Verderb energisch aufgenommen wird und es damit nur gelingt, den Verderb um vielleicht ein Drittel zu senken, so ist damit schon ein Erfolg erzielt, der sich auf unsere Außenhandelsbilanz bereits recht günstig auswirken muß.

Ich begrüße es deshalb dankbar, daß sich die Stadt Köln durch die Veranstaltung dieser Ausstellung führend in die vorderste Front der Mitkämpfer gegen den Verderb gestellt hat. Sie ruft nicht nur zum Kampf gegen den Verderb an Nahrungsgütern auf, der mir als dem Staatssekretär des zuständigen Reichsministeriums besonders naheliegt und dessen Bedeutung ich deshalb hier eingehend zu erörtern mir erlaubt habe, sondern die Ausstellung sagt gleichzeitig dem Verderb und der Verschleuderung von industriellen Werkstoffen den Kampf an, durch den im Verfolg des Vierjahresplans auch auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft zu einer besseren Ausnutzung des Vorhandenen und zu einer Verringerung der Einfuhr beigetragen werden soll. Diese Erweiterung der Ausstellung auf das industrielle Gebiet muß im Hinblick auf die großen Aufgaben des neuen Vierjahresplans besonders dankbar begrüßt werden.

Ich bin der Überzeugung, daß die Ausstellung in nicht zu unterschätzendem Maße helfen wird, im Volk und in der Wirtschaft diejenigen Kräfte zu stärken und zu entwickeln, die bei der nächsten Wegstrecke, die wir zurücklegen müssen, nicht entbehrt werden können. Aus diesem Grunde sehe ich in der Kölner Ausstellung „Kampf um eineinhalb Milliarden" eine besonders wertvolle Veranstaltung. Sie ist nicht wie so manche Messe früher reiner Selbstzweck, sondern sie dient einer großen Aufgabe, indem sie aufrufen und anspornen will zum Dienst am gesamten Volk. Die Härte unserer Zeit zeigt vielleicht klarer denn je, daß es nicht

nur darauf ankommt, sich zum Führer zu bekennen und die Bewegung zu bejahen, sondern daß es noch mehr darauf ankommt,

auch im täglichen Leben nationalsozialistisch zu handeln.

Das ganze Volk muß sich mehr und mehr auch in den Kleinigkeiten des Tages zu einer nationalsozialistischen Haltung durchringen, wie sie uns vom Führer als Ideal vorgelebt wird. Man kann da keinen Unterschied machen zwischen der Beteiligung an der Winterhilfe, der Einhaltung der vorgeschriebenen Preise, der Kameradschaft gegenüber den anderen Volksgenossen und nicht zuletzt auch dem Kampf gegen den Verderb. Dem wirklichen Nationalsozialisten fällt es aus seiner Haltung heraus leicht, auch den schwersten Aufgaben, die an ihn gestellt werden, gerecht zu werden. Der Reichsbauernführer, Reichsminister Darré, hat den Deutschen Reichsbauernrat auf den Führer mit dem Spruch vereidigt: „Handle als Deutscher stets so, daß dich dein Volk zum Vorbild erwählen kann." Möge die Ausstellung, die ich hier zu eröffnen die Ehre habe, in diesem Sinne unser Volk erziehen helfen.

(Ansprache bei der Eröffnung der Ausstellung „Kampf um 1½ Milliarden" in Köln am 23. Okt. 1936)

Ein Weg zur Verbesserung der Ernährungslage

Mangelerscheinungen auf dem Lebensmittelgebiet sind das Zeichen, daß der Nahrungsmittelbedarf des deutschen Volkes mit den Deckungsmöglichkeiten dieses Bedarfs, also der deutschen Erzeugung und der Einfuhr von Nahrungsmitteln, nicht im Einklang steht. Treten auf irgendeinem Gebiet der Lebensmittelversorgung solche Zeiten der Knappheit auf, so sind Hausfrauen und Verteiler gar zu leicht geneigt, die Schuld an diesen Mangelerscheinungen der deutschen Landwirtschaft zuzuschreiben, d. h. sie sehen in der erschütterten Gleichung: „Bedarf gleich Erzeugung plus Einfuhr" den Fehler in einer zu geringen Erzeugung. Nun sind die Schwierigkeiten eines solchen Ausgleichs vom Nationalsozialismus bereits vor der Machtergreifung klar gesehen worden. Diese Schwierigkeiten mußten um so mehr steigen, je mehr in der Gleichung: Bedarf gleich Erzeugung plus Einfuhr der Bedarf durch das Inarbeitbringen der Millionen Arbeitslosen und durch den Zuwachs der Bevölkerung stieg, die Einfuhr aber aus der bekannten Devisenlage auf wachsende Schwierigkeiten stieß.

In klarer Erkenntnis einer solchen Entwicklung wurde die nationalsozialistische Agrarpolitik auf die Notwendigkeit einer Vergrößerung der Erzeugung von Nahrungsmitteln abgestellt. Der Aufruf zur Erzeugungsschlacht durch den Reichsbauernführer im Jahre 1934, d. h. in einem Zeitpunkt, in dem noch auf allen Gebieten der Ernährung ein zum Teil drückender Überfluß durch frühere Einfuhren herrschte, war die Konsequenz aus dieser Erkenntnis.

Die inzwischen geleistete Arbeit der Landwirtschaft hat der Führer in seiner Nürnberger Proklamation mit den Worten: „Was der deutsche Bauer gerade in diesem letzten Jahr geleistet hat, ist etwas Einziges und Einmaliges" dem ganzen Volk gegenüber hervorgehoben. Der Führer hat aber gleichzeitig die Unmöglichkeit gezeigt, die Gleichung: Bedarf gleich Erzeugung plus Einfuhr allein durch Mehrerzeugung, zumal bei steigendem Bedarf, im Gleichgewicht zu halten.

Da nun aber der vom Führer angekündigte Vierjahresplan, der durch innerdeutsche Erzeugung einer Reihe von bisher eingeführten Rohstoffen eine dauernd steigende Devisenersparnis bringen wird, die für eine erweiterte Lebensmitteleinfuhr in erster Linie verwandt werden soll, erst Schritt um Schritt diese Entlastung bringen wird, entsteht die Frage: Mit welchen zusätzlichen Maßnahmen kann bei weiterem energischen Vorantreiben der Erzeugungsschlacht die Gleichung: Bedarf gleich Erzeugung plus Einfuhr weiterhin gesichert werden?

Die Erzeugung ist durch die Erzeugungsschlacht im Steigen begriffen. Es fragt sich also nun: Ist denn der Bedarf in seiner jetzigen steigenden Höhe volkswirtschaftlich berechtigt? Und hier ergibt sich zunächst, daß bei einem Verkaufserlös der gesamten deutschen Landwirtschaft von 8½ Milliarden Reichsmark etwa 1½ Milliarden Reichsmark an Lebensmitteln Jahr für Jahr dem Verderb anheimfallen. Es handelt sich also darum, den Bedarf auf Kosten dieses Verderbs zu ermäßigen und auf diesem Wege das Gleichgewicht der Bedarfsdeckungsgleichung auch von dieser Seite her zu sichern.

Es wurde festgestellt, daß von den für unser Dasein so kostbaren Nahrungsgütern große Mengen infolge der Sorglosigkeit oder Unachtsamkeit völlig nutz- und zwecklos verlorengehen. Die Verluste an Lebensmitteln, die alljährlich entstehen, werden auf nicht weniger als 1½ Milliarden Reichsmark geschätzt. Das entspricht etwa dem dreifachen Wert aller Erzeugnisse, die die ostpreußische Landwirtschaft an den Markt liefert.

Sofort taucht nun die Frage auf: Wo und wie entstehen diese Verluste? Um diese Frage beantworten zu können, ist es nötig, den Weg der Nahrungsgüter vom Erzeuger zum Verbraucher zu verfolgen.

Dieser Weg war früher durch die mehr oder weniger große Zahl der Zwischenhändler oft recht lang. Je länger der Weg ist, um so mehr Lebensmittel können verderben oder verlorengehen. Die Marktordnung in der Lebensmittelwirtschaft hat diesen Weg der Lebensmittel zum Verbraucher auf das notwendige Maß vermindert. Trotzdem sind die Verluste auch heute noch recht groß, betragen sie doch noch immer bis zum Verbraucher rund 750 Millionen Reichsmark. Am stärksten werden hiervon natürlich die leichtverderblichen Lebensmittel betroffen. Von Obst und Gemüse gehen z. B. nach der Ernte mehr als 20 vH verloren, von Kartoffeln 10 vH, von Eiern 4 vH, von Getreide 3,5 vH, von Schlachtvieh 2 vH usw.

Was diese Zahlen bedeuten, mögen einige Beispiele erläutern: Unser wichtigster Kartoffellieferant ist die Provinz Pommern, sie erzeugt etwa jährlich 4,2 Millionen Tonnen.

Die Verluste bei den Kartoffeln betragen in Deutschland insgesamt etwa 4,1 Millionen Tonnen, d. h. also: fast die gesamte pommersche Kartoffelernte geht Jahr für Jahr für unsere Ernährung verloren. Die Getreidemengen, die auf ähnliche Weise umkommen, entsprechen nahezu der gesamten Getreideerzeugung Schleswig-Holsteins, die Verluste an Obst sogar der Erzeugung Bayerns und der Provinz Sachsen zusammen. In krasser Form ausgedrückt, heißt das nichts anderes, als daß die Landbevölkerung ganzer Provinzen nur für die Verluste arbeitet, die durch Verderb und Schwund bei der Aufbewahrung auf dem Bauernhof, während des Transportes, beim Verarbeiter und Händler entstehen.

Damit aber nicht genug, Werte von nochmals 750 Millionen Reichsmark gehen später bei dem Verbraucher selbst verloren, also in den Küchen unserer Hausfrauen und des Gewerbes. Gewiß, 750 Millionen Reichsmark in 17 Millionen Haushaltungen bedeuten scheinbar für die einzelne Familie nicht viel. Bedenkt man aber, daß die gesamte Nahrungs- und Futtermitteleinfuhr 1935 noch nicht 1,3 Milliarden betrug, so kann man sich eine Vorstellung machen, welchen Einfluß derartige Verluste auf die Volkswirtschaft haben. Die verdorbenen oder nicht restlos ausgenutzten Mengen sind in den einzelnen Küchen natürlich recht verschieden; eine interessante Tatsache sei aber noch hervorgehoben, nämlich die, daß in den privaten Küchen 5 bis 8 vH aller Lebensmittel, in den gewerblichen Küchen dagegen nur 0,5 bis 1 vH verderben oder schlecht ausgenutzt werden. Zweifellos besteht also die Möglichkeit, einen großen Teil dieser Verluste zu vermeiden und die dadurch erhaltenen Lebensmittel der Volkswirtschaft nutzbar zu machen.

Um dies zu erreichen, haben wir jetzt die Aktion „Kampf dem Verderb" eingeleitet, die jeden einzelnen über die großen Verluste aufklärt und Wege weisen soll, wie sie in Zukunft herabzusetzen sind. Sie ist nicht auf ein oder zwei Wochen beschränkt, sondern muß, wenn sie von dauerndem Erfolg gekrönt sein soll, mit eiserner Zähigkeit Jahre hindurch verfolgt werden, bis jeder es selbst als ein Verbrechen am Volke empfindet, Nahrungsgüter verkommen zu lassen. Die Verbesserung unserer Ernährungslage hängt also nicht nur vom Bauer allein ab, sondern das gesamte Volk muß und kann sich hieran beteiligen, gleichgültig ob Bauer oder Verteiler, ob Müller oder Bäcker, ob Hausfrau oder Koch, alle müssen bemüht sein, die für unser Volk so kostbaren Nahrungsgüter restlos auszunutzen und zu verwerten. Erst wenn es uns gelungen ist, den vermeidbaren Verlust zu beseitigen, können wir behaupten, alles für unsere Ernährung getan zu haben, was in unseren Kräften steht.

„Darum Kampf dem Verderb!"

Verbrauchslenkung

Im Rahmen des Vierjahresplanes wird die Erzeugungsschlacht noch intensiver als bisher und unter Einsatz weit größerer Mittel durchgeführt werden. Es darf dabei jedoch nicht vergessen werden, daß die Erzeugungsschlacht immer nur die Voraussetzungen für eine Ertragssteigerung schaffen kann. Wie die Ernten ausfallen, liegt nicht in der Hand der Menschen: Trotz 50prozentigen Mehreinsatzes von künstlichem Dünger für die Ernte 1936 gegenüber 1933 blieb die Getreideernte 1936 weit unter der Rekordernte des Jahres 1933.

Der Weg, die Ernährung des deutschen Volkes über eine Steigerung der Erzeugung zu sichern, wird also weitergegangen, und zwar verstärkt weitergegangen. Das ist aber nur die eine Seite des Problems. Ich habe anläßlich der Eröffnung des Feldzuges „Kampf dem Verderb" bereits hervorgehoben, daß man die Ernährungsgleichung Erzeugung = Bedarf plus Verderb nicht allein von der einen Seite her ausgleichen kann. Es kommt nicht nur darauf an, mehr zu erzeugen, sondern genau so wichtig wie eine Mehrerzeugung ist die Verringerung der noch ungeheuren Menge jährlich verderbender Nahrungsmittel. So ist damals neben die Aufgabe der Mehrerzeugung bereits die zweite Aufgabe „Kampf dem Verderb" getreten. Durch beide Maßnahmen, Erzeugungssteigerung und „Kampf dem Verderb", soll die Ernährung ins Gleichgewicht gebracht werden.

Während die Einfuhr nicht nennenswert gesteigert werden kann, ja sogar im Laufe des Vierjahresplanes infolge des Rohstoffbedarfs eher verringert werden muß, und während andererseits der Verbrauch nicht gedrosselt werden soll, vielmehr infolge steigender Bevölkerung und steigenden Einkommens eher die Tendenz zum Steigen hat, sind, wie erwähnt, zwei Wege bereits beschritten worden: die Erhöhung der Erzeugung und die Verringerung des Verderbs. Beide Maßnahmen werden dazu führen, daß das deutsche Volk satt zu essen bekommt, wenn nicht eine besonders schlechte Ernte die Rechnung fehlschlagen läßt.

Es entsteht nun die Frage, warum außerdem noch eine Verbrauchslenkung notwendig ist. Die Antwort lautet:

1. weil eine ausgeglichene Ernährung insgesamt gesehen noch nicht bedeutet, daß die Gleichung für jedes einzelne Nahrungsmittel aufgeht. Gewisse Nahrungsgüter werden nie in ausreichender Menge im deutschen Raum erzeugt werden können, z. B. Fette; dagegen ist es durchaus möglich, zu einer Mehrerzeugung bei anderen zu kommen, z. B. Kohlehydrate;
2. weil eine Reihe von Erzeugnissen nur zu gewissen Zeiten erzeugungsmäßig anfallen und dann meist im Überschuß, z. B. Gemüse, Obst;

3. weil die dauernden Schwankungen der Ernten zwangsläufig dazu führen müssen, den Bedarf jeweilig den vorhandenen Nahrungsgütern anzupassen.

Allgemeine Aufgaben der Verbrauchslenkung

Eine verantwortungsbewußte Verbrauchslenkung muß von zwei Voraussetzungen ausgehen: von der Erzeugungsmöglichkeit innerhalb des eigenen Lebensraumes und von dem Nährstoffbedarf der deutschen Bevölkerung. Erzeugungsmöglichkeit und Nahrungsmittelbedarf müssen aufeinander eingestellt werden. Dazu dienen auf der Seite der Nahrungsmittelproduktion die Erzeugungsschlacht, auf der Seite des Nahrungsmittelbedarfes die Verbrauchslenkung.

Die Erzeugungsschlacht erstrebt, aus dem deutschen Boden die größtmöglichen Mengen wertvoller Nahrungsmittel herauszuholen und sie dem deutschen Volke seinen traditionellen Nahrungsgewohnheiten entsprechend zur Verfügung zu stellen. Die Verbrauchslenkung muß den deutschen Verbraucher davon überzeugen, daß im Rahmen einer vernünftigen, naturgegebenen Ernährung die Erzeugnisse verzehrt werden sollen, die der deutsche Boden liefert. Dazu wird in vielen Fällen eine Umstellung nötig sein.

Zwar hat das deutsche Volk im großen und ganzen nach dem Grundsatz gelebt, sich bodenständig zu ernähren. Deshalb spielen auch heute noch der Roggen, die Kartoffel, das Gemüse und die bekannten tierischen Erzeugnisse die Hauptrolle in unserer Ernährung. Wenn sich durch sogenannte „verfeinerte" Lebenshaltung manche Kreise von dieser Grundlage entfernt haben, so wird es nötig sein, sie wieder mehr auf diese Grunderzeugnisse hinzulenken, die der deutsche Boden hervorbringt.

Bei der Vielgestaltigkeit und den mannigfachen Aufgaben der deutschen Lebensmittelerzeugung ist es nicht immer möglich, nur das zu erzeugen, was im Augenblick den Wünschen der Verbraucher entspricht. Es fallen, um ein Beispiel zu erwähnen, Nebenerzeugnisse an, die nicht ohne Not übersehen werden dürfen, insbesondere dann nicht, wenn sie so wertvoll sind wie beispielsweise die entrahmte Milch. Aufgabe der Verbrauchslenkung wird es sein, das Augenmerk der Verbraucher auf solche Erzeugnisse zu lenken, die bisher noch nicht genügend im Gesichtskreis der Verbraucherschaft stehen.

Schließlich aber muß das deutsche Volk wieder lernen, seine Ernährung dem jahreszeitlichen Ablauf der Erzeugung und der Ernte anzupassen. Es geht nicht an, daß es in Erinnerung an die verflossene internationale Pumpwirtschaft schon im Februar Frühkartoffeln und im März die schönsten ausländischen Frühgemüse verlangt. Es muß wieder lernen, die deutschen Erzeugnisse dann zu verzehren, wenn sie von deutschen Bauern auf den Markt gebracht werden können.

Von großer Bedeutung ist ferner, daß der Verbraucher bereit ist, die infolge von Ernteschwankungen auftretenden Überschüsse deutscher Nahrungsmittel, die nicht haltbar gemacht werden können, aufzunehmen, um sie dadurch vor dem Verderben zu bewahren. An die verständnisvolle Mitwirkung der deutschen Verbraucher bei der Unterbringung der Kohlernte im Herbst 1936 sei hier erinnert.

Schließlich aber handelt es sich bei der Verbrauchslenkung nicht nur um den Hinweis auf bestimmte vorhandene Nahrungsgüter, sondern auch um die Aufklärung über vorübergehende Mangellagen oder auf die Dauer notwendig werdende Einschränkungen. So muß der Bedarf des deutschen Volkes auf die Erzeugnisse des deutschen Bodens eingestellt werden. Dadurch wird auch die noch immer notwendige Nahrungsmitteleinfuhr aus dem Auslande auf ein Mindestmaß beschränkt, so daß ein möglichst großer Teil der uns zur Verfügung stehenden Devisen dem industriellen Sektor des Vierjahresplanes zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Richtung der Verbrauchslenkung

Das Institut für Konjunkturforschung hat die deutschen Nahrungsgüter in drei Gruppen eingeteilt, je nachdem bei ihnen ein erweiterter Verbrauch möglich, der bisherige Verbrauch erwünscht oder eine Einschränkung nötig ist. Dieser Generalspeisezettel des deutschen Volkes, oder wie man ihn nennen mag, bildet die Grundlage auch für die Verbrauchslenkung.

Wenn bei der ersten Gruppe von Erzeugnissen die Rede ist, bei denen ein verstärkter Verbrauch erstrebt werden muß, so darf daraus doch nicht der Schluß gezogen werden, daß dies „Überfluß"-Erzeugnisse sind, die in beliebig großer Menge in den Verbrauch hineingepumpt werden sollen. Überfluß haben wir in Deutschland nicht. Es handelt sich bei diesen Erzeugnissen lediglich um Nahrungsgüter, denen der Verbraucher sein Augenmerk in verstärktem Maße zuwenden muß, um Mangelerscheinungen bei anderen Erzeugnissen nicht fühlbar werden zu lassen. Vier Erzeugnisgruppen stehen hier im Vordergrund:

a) Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse,

b) entrahmte Milch, Quark, eiweißreicher Käse,

c) Fische,

d) zuckerhaltige Aufstrichmittel.

Auf diese Erzeugnisse kann der Verbrauch durch eine intensive, täglich wiederkehrende, laufende Aufklärung und Schulung im kleinen hingelenkt werden, weil wir sie in den nächsten Jahren voraussichtlich in so großen Mengen zur Verfügung haben, daß es erwünscht ist, wenn ein möglichst großer Teil des deutschen Nahrungsbedarfes sich auf sie

erstreckt. Ihre Erzeugung und Erzeugungsvermehrung liegt in unserer Hand. Deshalb stehen sie bei der Verbrauchslenkung an erster Stelle.

Es gibt aber noch andere Überschußerzeugnisse, die dem Verbrauch nur zeitweilig in größeren Mengen zugeführt werden müssen. Hierhin gehören Wintergemüse, wie Kohl, Sauerkraut u. a. m. Es wird hier oft nur durch eine Stoßwerbung möglich sein, Einfluß auf den Verbrauch im Sinne des Absatzes solcher Erzeugnisse zu nehmen.

Die zweite Gruppe umfaßt die Erzeugnisse, bei denen ein unveränderter Verbrauch erwünscht ist. Hier handelt es sich vor allem um jene Nahrungsgüter, bei denen die deutsche Erzeugung zu 100 vH aus deutschem Boden gedeckt werden kann, bei denen eine Erzeugungsvermehrung deshalb nicht notwendig erscheint. Mit einem Hinweis hierauf kann sich im allgemeinen die Verbrauchslenkung begnügen. Nur über das Brot soll in diesem Zusammenhang noch ein Wort gesagt werden, weil es das Symbol unserer bodenständigen Ernährung darstellt. Daß gerade dieses wertvolle Nahrungsgut insbesondere in der Stadt noch immer nicht die Behandlung erfährt, die es verdient, ist durch neuere Feststellungen wieder bestätigt worden. Es ist eine sittliche Forderung besonderer Art, das Brot nicht nur zu achten und zu ehren, sondern auch zu hüten und zu wahren. Dies ist auch eine Pflicht im Kampf gegen den Verderb. Ein gütiges Geschick hat dem deutschen Volke soviel Brot beschert, wie es zu seiner Ernährung braucht. Die Dankespflicht des deutschen Volkes ist es, dies Gottesgeschenk zu ehren und zu hüten.

In der dritten Gruppe hat das Institut für Konjunkturforschung diejenigen Nahrungsgüter zusammengefaßt, bei denen ein verminderter Verbrauch dauernd oder zeitweilig im Sinne unserer Volkswirtschaft liegt. Aufgabe der Verbrauchslenkung bei diesen Gütern ist es, das deutsche Volk von der Notwendigkeit der Einschränkung zu überzeugen, auf eintretende Verknappungen rechtzeitig und aufklärend hinzuweisen und schließlich dem Verbraucher Wege zu weisen, wie er seine Wirtschaft einrichten kann, ohne daß diese Verknappungen fühlbar werden. Diese Aufgabe der Verbrauchslenkung setzt besonderen Takt voraus. Sie erfordert Wahrheit und Offenheit, denn nur dann wird es gelingen, das Vertrauen des Verbrauchers zu erwerben, ohne das Verbrauchslenkung nicht möglich ist.

Es handelt sich hierbei insbesondere um die schwierige Frage der Fettwirtschaft. Wir müssen zu einer 25prozentigen Einschränkung unseres Fettverbrauches gelangen. Stellt die deutsche Hausfrau sich freiwillig auf diese Forderung ein — und die Erfahrungen zeigen, daß wir auf dem besten Wege sind —, so dürfte es zu Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Fettwirtschaft nicht kommen. Es gibt mannigfache Möglichkeiten, Fett durch andere Nahrungsmittel zu ersetzen. Aufgabe der Verbrauchslenkung wird es sein, hier dem Verbraucher die Wege

zu weisen. Es kann dies geschehen durch den Hinweis auf die mannigfachen Überschußerzeugnisse der ersten Gruppe, die wir besprochen haben, wie die zuckerhaltigen Aufstrichmittel, Quark und eiweißreiche Käse; es kann dies ferner geschehen durch Unterweisung in fettsparendem Kochen und Backen und unter Verwendung der entrahmten Milch. Wichtig ist auch der Ersatz des „ewigen Butterbrotes" durch die warme Abendmahlzeit, die wir in vielen Teilen des deutschen Vaterlandes noch vorfinden, während sie in anderen Teilen außer Gebrauch gekommen ist. Auch die warme Morgenmahlzeit mit nahrhaften Suppen und das Schulmilchfrühstück gehören hierher.

Verbrauchslenkung eine Gemeinschaftsarbeit

Wie die Aktion „Kampf dem Verderb" sich nicht auf einen Berufsstand beschränkt, so bezieht sich auch die Verbrauchslenkung auf das ganze Volk. Verbrauchslenkung ist eine Gemeinschaftsarbeit aller Volksgenossen, der sich keiner entziehen darf. Sie wird dadurch zum wahren „Sozialismus der Tat". Die Mitwirkung daran ist um so ehrenvoller, je weniger sie in Erscheinung tritt.

An wen wendet sich die Verbrauchslenkung nun in erster Linie?

In der vordersten Front steht die deutsche Hausfrau, sie, durch deren Hand die Nahrungsmittel gehen, bevor sie als Mahlzeit auf den Tisch gelangen. Ihre Arbeit erhält dadurch eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung, die sich in ihrer politischen Auswirkung würdig an die Arbeit des Mannes im politischen Kampf reiht. Die Hausfrau hat den Anregungen der Verbrauchslenkung im letzten halben Jahre willig ihr Ohr geliehen. Die intensive Schulung des Deutschen Frauenwerkes und der anderen Organisationen sind nicht vergeblich gewesen. Die Hausfrau wird auch weiter der entscheidende Faktor in der Verbrauchslenkung sein.

Nicht minder wichtig ist der Lebensmittelkaufmann. Er, der Vertrauensmann, an den sich die Hausfrau so oft wendet, wenn sie eines Rates beim Einkauf bedarf. Er hat es in der Hand, durch kritische und abfällige Bemerkungen das große Werk der Verbrauchslenkung zu stören. Er kann aber auch der treueste Mitstreiter in diesem volkswirtschaftlichen Kampfe werden, wenn er den Anregungen, die ihm sein Berufsstand übermittelt, Folge leistet, wenn er vor Verknappungen und bei Verknappungen den Kunden sachgemäß beruhigend und beratend aufklärt und sein Interesse den Nahrungsmitteln zulenkt, die in größeren Mengen zur Verfügung stehen. Er hat dabei den Vorteil, daß eine solche Verbrauchslenkung auch ihm selbst zugute kommt, denn er kann dadurch den Umsatz bei einer Reihe von Gütern heben, wenn dieser bei anderen zurückgeht.

Ein besonders wichtiger Teil der Nahrungsmittelverteilerschaft bildet der ambulante Handel auf den Wochenmärkten.

Hier gilt es, insbesondere auf jene Hausfrauen einzuwirken, die durch die Schulung von Hausfrauenorganisationen noch nicht erfaßt sind oder deren schwere Arbeit ihnen hierzu und zum hinreichenden Studium von Zeitungen und Zeitschriften keine Zeit läßt. Der Kaufmann auf dem Wochenmarkt hat daher die besondere Aufgabe, durch fachmännische Beratung, durch Zurverfügungstellung von Rezeptdiensten und anderen Hilfsmitteln der Hausfrau die Wege zu zeigen.

Nicht unterschätzt werden darf die Gaststätte. Es handelt sich wohl darum, sich ganz auf die Forderungen der Volkswirtschaft einzustellen, soweit das im Rahmen ihrer Aufgaben möglich ist, um durch großen Massenverbrauch tatkräftig mitzuhelfen. Darüber hinaus aber gilt es, durch das Beispiel den Hausfrauen zu zeigen, wie es möglich ist, den Forderungen der Verbrauchslenkung zu folgen und dadurch ein schmackhaftes und nahrhaftes Mahl zu bereiten. Die Gaststätten können die hervorragenden Propagandisten der Verbrauchslenkung werden.

*

Wenn wir heute auf ein halbes Jahr Verbrauchslenkung zurückblicken, so können wir mit Freuden erkennen, daß das deutsche Volk diese neue volkswirtschaftliche Pflicht treulich auf sich genommen hat. Als Ministerpräsident Generaloberst Göring in der Herbstversammlung im Berliner Sportpalast zuerst auf diese neuen Aufgaben hinwies, fanden sie einen lebhaften Widerhall. Die im Laufe des Winters geleistete Schulungsarbeit durch Presse und Rundfunk, durch Partei und Organisationen, wie Deutsches Frauenwerk, Arbeitsfront, Verteilerschaft, Reichsnährstand, hat treue Unterstützung in der deutschen Bevölkerung gefunden. Auch das hat mit dazu beigetragen, daß der vergangene Winter ohne Reibungen auf dem Lebensmittelgebiet vorübergegangen ist. Diese Tatsache zeigt aber zugleich, daß die deutsche Ernährungswirtschaft nicht nur auf der Arbeit des Bauern, sondern auf zwei Pfeilern ruht, nämlich auf der Erzeugungsschlacht des deutschen Landvolkes und dem Verständnis und der Disziplin der Verbraucherschaft.

(Aufsatz in „Der Vierjahresplan", Folge 4, Jahrgang 1937)

Einsatz der Wissenschaft

Wenn ich heute zum ersten Male vor Ihnen spreche, so bedarf wohl gerade die Tatsache, daß hier ein Vertreter der Politik zur Wissenschaft spricht, einer kurzen Erklärung und Begründung.

Mein Minister hat mich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichswissenschaftsminister als Reichsbeauftragten für den landwirtschaftlichen Forschungsdienst bestellt. Es ist mir damit die Aufgabe überwiesen, die politischen Grundlinien für den Einsatz und die Richtung Ihrer wissenschaftlichen Arbeit festzulegen und für die Übereinstimmung Ihres Arbeitsprogramms mit diesen agrarpolitischen Grundlinien Sorge zu tragen. Ich habe diese Aufgabe gern übernommen, in vollem Bewußtsein der Verantwortlichkeit. Nicht aus irgendwelchem politischen Geltungsbedürfnis heraus oder aus irgendeinem Ressortimperialismus, denn neue Aufgaben bedeuten — wenn man sie ernst nimmt — neue Arbeit. Ich habe die Aufgabe übernommen einfach deswegen, weil ich das Amt des Beauftragten für unbedingt erforderlich halte und mir daraus Nutzen sowohl für die Politik wie auch für die Wissenschaft verspreche. Seien Sie versichert, daß ich meine Aufgabe nicht darin sehe, bei Ihnen der Beckmesser zu sein, sondern daß ich vielmehr mitten aus dem politischen Erleben heraus Ihnen und Ihrer Arbeit immer wieder Anregung, Richtung und Ziel geben möchte.

Wir stehen heute in der größten Bauernrevolution der deutschen Geschichte. Noch niemals vorher in den 2000 Jahren deutschen geschichtlichen Werdens sind mit der gleichen Entschlossenheit und Entschiedenheit der Bauer und, mit ihm wesensverwandt, der Arbeiter Träger und Kämpfer für ein neues, aus germanischer Wesensart heraus geborenes politisches Wollen gewesen. Aus dem Bauern- und Arbeitertum unseres Volkes erwachsen heute die stärksten gestaltenden und aufbauenden Kräfte. Was sich hier in Goslar in diesen Tagen vor unseren Augen abspielt, ist die gewaltige Heerschau unserer deutschen Bauern, die für den künftigen Kampf die neue politische Parole empfangen. Die Aufgaben, die heute und künftig dem deutschen Bauerntum in diesem einzigartigen Vorgang völkischer Wiedergeburt zufallen, sind so groß und zugleich so schön, daß sie jeden, der sich mit dem Bauerntum irgendwie innerlich verbunden fühlt, in ihren Bann ziehen und ihn mitreißen zu tätiger Mitarbeit.

Es hat mich daher mit besonderer Freude erfüllt, daß auch die deutsche Landbauwissenschaft an dem Reichsbauerntag teilnimmt und damit ihre

innere Verbundenheit mit dem deutschen Bauerntum

bekundet. Es ist mir dies zugleich ein Hinweis darauf, daß sich diese Wissenschaft die großen völkischen Ziele und Aufgaben unseres Bauern-

tums zu eigen macht. Denn in dem Maße, wie das Bauerntum seinen politischen Platz im deutschen Volke einnimmt, in demselben Maße muß auch seine Wissenschaft von dem gleichen politischen Gehalt erfüllt sein. Die Zeiten, in denen die Wissenschaft ein Staat im Staate oder gar als Gelehrtenrepublik zwischenstaatlichen Charakter trug, sind endgültig vorbei.

Wir sind heute endlich ein Volk, innerlich verbunden und zusammengeschweißt durch die Gemeinsamkeit des Blutes und Schicksals. All unser Streben und Handeln dient dem Wohle dieses Volkes und der Idee seiner Gemeinschaft. Politik ist daher nicht mehr der Kampf der Gruppen, Parteien und Interessenverbände, sondern allein das Streben, dem Volke eine höhere Lebensmöglichkeit zu verschaffen und eine ihm artgemäße Lebensform zu finden und zu sichern. Alle Lebensäußerungen, ganz gleich, ob sie kulturelles oder wirtschaftliches Geschehen betreffen, müssen daher in dem gleichen völkischen Untergrunde wurzeln und sind letzten Endes politischer Natur. Es gibt außerhalb des deutschen Volkes und des deutschen Raumes weder eine wahrhaft deutsche Politik noch eine deutsche Wissenschaft. Der Politiker wie der Gelehrte, wir alle tragen bei jeder Entscheidung die gleiche Verantwortung vor unserem Volke.

Das deutsche Volk und sein Lebensraum ist die erste und letzte Voraussetzung unseres Tuns, und daher ist allein das Gedeihen der Nation Selbstzweck. Ebensowenig wie es eine Politik ohne Voraussetzungen gibt, ebensowenig kann und darf es eine voraussetzungslose Wissenschaft geben, die sich selbst genügt und unbekümmert um alles Zeitgeschehen in verneinender Teilnahmslosigkeit dahinlebt. Die Wissenschaft ist eben ein Teil des kulturellen Schaffens des Volkes, und so erhält auch sie ihre Sinnerfüllung durch die großen politischen Zielsetzungen; sie muß gewissermaßen als Teil — die Ganzheit im Auge behaltend — die Politik als übergeordnete Größe bejahen und so dienendes Glied des Ganzen sein.

Dieses Erfülltsein der Wissenschaft mit politischem Gehalt bedeutet daher keineswegs eine Gefahr für die sogenannte „Objektivität der Wissenschaft". Eine solche Objektivität, wie sie uns der Liberalismus lehrte, gibt es überhaupt nicht; es sei denn, die Menschen, welche Wissenschaft treiben, wären rasse- und beziehungslose Wesen. Nur wer die völlige Rassenvermischung für einen Fortschritt und ein Paneuropo als höchsten erstrebenswerten Glückszustand für die Menschheit unseres Kontinents hält, mag ruhig seinen Traum von einer rasse- und seelenlosen Objektivität der Wissenschaft weiterträumen. Ich möchte meinen, daß der Glaube an diese Objektivität der Wissenschaft überhaupt erst entstehen konnte, weil man vergaß, daß diese Wissenschaft, von nordischer Rasse getragen, ihr Schöpfungsgut war und nur soweit den Anschein des Internationalen, richtiger: Übernationalen hatte, als sie über

die Grenzen und über die geschichtlichen Zeiten hinwegging, jedoch immer Menschen einer bestimmten Erbmasse, eines bestimmten Blutes voraussetzte.

Über die Freiheit der Wissenschaft

Wenn ich daher heute in Ausübung meines Amtes als politischer Beauftragter zu Ihnen spreche, so bedeutet das auch keineswegs eine Beschränkung und Gefahr für die Freiheit Ihrer Wissenschaft. Hier hat uns auch das vergangene Jahrhundert das Gefühl und die Empfindung für echte Freiheit völlig verfälscht. Nie ist die Wissenschaft innerlich so unfrei gewesen, wie in diesem Jahrhundert der sogenannten „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit". Oder spricht es etwa für die Freiheit unserer Wissenschaft, wenn sich ihr Wirkungsbereich einseitig verschob nach einer Richtung hin, die auf der Linie materialistisch-kapitalistischer Entwicklung lag, und wenn dagegen Aufgaben völkischen Inhalts vernachlässigt wurden? Ich denke hier nicht allein an die Vernachlässigung der großen Geisteswissenschaften, sondern auch speziell an das uns hier angehende Gebiet der Landwirtschaftswissenschaften: an die Vernachlässigung aller der zu lösenden Probleme, die die Welterschließung und das kapitalistische Zeitalter als für Deutschland nicht akut oder aktuell beiseite schob.

Freiheit als selbstverantwortliches freies Schöpfertum wird immer nur aus innerer Ordnung geboren und gedeiht nur auf dem fruchtbaren Boden völkischer Gemeinschaft. Diese naturnotwendige Bindung im Völkischen ist die wahre Freiheit. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so wandelt sich Freiheit schnell in Willkür und selbstischen Sinn. Indem ich meine Aufgabe darin sehe, Ihnen immer wieder das Ineinanderbezogensein von Politik und Wissenschaft vor Augen zu stellen und dafür besorgt zu sein, daß Ihr wichtiges Wissenschaftsgebiet in den lebendigen Rahmen völkischen Gemeinschaftsstrebens hineingestellt wird, glaube ich gerade kraft meines Amtes als politischer Beauftragter der beste Garant für die Freiheit Ihrer Arbeit zu sein!

Es ist auch nicht so, daß irgendwelche politischen Tendenzen von außen her in Ihre Arbeit getragen werden sollen, die daher naturgemäß immer nur an der Oberfläche bleiben können. Nein, das politische Ethos muß in der Wissenschaft selbst geboren werden und in der politischen Grundhaltung der Träger der Wissenschaft ruhen.

Wir werden uns daher auch nicht mißverstehen, wenn ich von großen drängenden Aufgaben spreche, die der Wissenschaft heute angesichts der politischen Lage zufallen. Es bedeutet das nicht, daß die Wissenschaft nun etwa zum Knecht von Tagesaufgaben werden und in einem kurzsichtigen Zweckrationalismus nur solche Aufgaben in Angriff nehmen soll, deren praktischer Nutzen unmittelbar erkennbar ist. Nein, ich weiß aus meiner eigenen früheren wissenschaftlichen Tätigkeit her-

aus nur zu gut, daß die Wissenschaft immer einen Reservefundus braucht, aus dem sie schöpfen kann und muß, und daß ebenso notwendig wie die Nutzbarmachung vorhandenen Wissens die ständige Zufuhr durch Anschlagen immer wieder neuer Quellen ist.

Diese Erfahrungstatsachen gelten im besonderen Maße für unsere Landbauwissenschaft; denn sie schöpfen schließlich aus den verschiedensten Quellen der Grundwissenschaften. Und doch muß sie auf der anderen Seite stets gewappnet sein, drängende Tagesaufgaben in Angriff zu nehmen und zu lösen. Unsere Wissenschaft muß daher in gleichem Maße das Fortschreiten der wissenschaftlichen Erkenntnis in den benachbarten Disziplinen verfolgen und auch selbst daran beteiligt sein, wie sie anderseits ständig bemüht sein muß, mit den täglichen Sorgen und Mühen des Bauern innerlich verbunden zu bleiben.

Grundlage und Voraussetzung für dieses Verbundensein von Praxis und Wissenschaft, von Bauern und Gelehrten ist die Gemeinsamkeit der politischen Tat und hier im speziellen des agrarpolitischen Wollens. Eine fruchtbare, von gegenseitigem Vertrauen getragene Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft ist daher nur denkbar, wenn die Wissenschaft die Grundlinien der von der Staatsführung eingeschlagenen argrarpolitischen Wege vorbehaltlos bejaht. Mit der Agrarpolitik von Staat und Partei kann nicht eine wissenschaftliche Agrarpolitik nebenherlaufen, deren weltanschauliches Fundament auf einem ganz anderen Grunde steht oder deren Pflege in den Händen von Männern liegt, die ideen- oder gar blutsmäßig nicht die Voraussetzungen für eine Mitarbeit an bäuerlichen Problemen erfüllen. Partei und Staat haben in den letzten Jahren die hier bestehenden Querrichtungen beseitigt und werden auch künftig das Wiederaufkommen eines solchen Zwiespaltes nicht dulden!

Die nationalsozialistische Agrarpolitik sieht im Bauerntum den Nährstand des Volkes und die Kraftreserve der Nation. Alle ihre Aufgaben und Probleme kreisen daher — nicht etwa um des Bauern, sondern um des deutschen Volkes willen — um das eine Ziel: Erhaltung, Mehrung und Förderung eines im völkischen Gesamtorganismus leistungsfähigen Bauerntums. Der Weg zu diesem Ziel wird daher nicht bestimmt durch reine wirtschaftliche Erwägungen, sondern ist uns vorgeschrieben durch den unerschütterlichen Glauben an die Kräfte des Blutes und des Bodens. Aus diesem Glauben heraus schufen wir das Erbhofgesetz und den Reichsnährstand als die Grundpfeiler völkischer Agrarpolitik. Derselbe Glaube an die in Blut und Boden ruhenden Kräfte unseres Volkes erfüllte uns auch, als wir vor Jahresfrist zur Erzeugungsschlacht aufriefen und heute in das zweite Jahr dieses Kampfes eintreten.

Es bedarf daher keiner weiteren Worte: Wenn die Wissenschaft in Reih und Glied mit dem deutschen Bauern marschiert, muß sie eben-

8*

falls Blut und Boden zur Glaubensgrundlage ihrer Arbeiten erheben. Sie muß damit ihren bisherigen privatwirtschaftlichen Charakter, der ihr bisher als Kind des Liberalismus anhaftete, abstoßen und zu einer politischen, d. h. auf das Leben des Volkes bezogenen Gestaltungslehre des deutschen Landbaus werden. Mehr als früher wird die Wissenschaft sich daher mit der Besonderheit der bäuerlichen Landwirtschaft befassen müssen. Wir wollen wieder ein Bauernland werden, und daher muß auch die Wissenschaft diese Entwicklung fördern durch die ihr verfügbaren Mittel der Erkenntnis, Wertung und Erziehung. Es sind hier eine Menge heute noch bestehender Unklarheiten aus früherer Zeit zu beseitigen und nunmehr aus der heutigen Sicht heraus die Bausteine für eine lebensgesetzliche Agrarpolitik zusammenzutragen.

Gerade wenn wir an die notwendige Steigerung unserer Gesamtleistungen aus der Scholle denken, so liegen doch in der Masse unserer deutschen Bauernhöfe noch die stärksten Reserven. Hier die in den deutschen Landschaften und Höfen so verschiedenen Grundlagen und -bedingungen für eine Ertragssteigerung zu erforschen, muß eine der wichtigsten Aufgaben Ihrer Arbeit sein. Die Grenzen und Möglichkeiten unserer Erzeugung und insbesondere einer Erzeugungssteigerung kennen wir gerade in diesen bäuerlichen Betrieben noch viel zuwenig. Das Ziel ist die künftige hocharbeitsintensive bäuerliche Familien- und Erbhofwirtschaft. Diese allein stellt ein in sich geschlossenes Gebilde mit lebensgesetzlichen Zusammenhängen dar und ist durch das sinnvolle Ineinanderstreben aller Kräfte des Hofes zu wirklich dauerhaften Leistungen befähigt. Erhöhung der Intensität, insbesondere der Arbeitsintensität, ist der einzige Weg, auf dem uns gegebenen engen Raum gewissermaßen *das* aus der Tiefe zu holen, was uns in der Weite fehlt. Es geht dabei aber nicht um die Erzeugung höchsten Kapitalgewinns oder um die Förderung und Sicherung irgendwelchen privaten Gewinnstrebens, sondern allein um die beste Entfaltung und Mehrung derjenigen Werte, die in den Urkräften deutschen Fleißes und deutschen Bodens ruhen.

Die Lebensgesetzlichkeiten zwischen Blut und Boden bilden also den Ausgangspunkt

für die künftigen Bemühungen. Diese geistige Grundhaltung, unter der heute zur Erzeugungsschlacht aufgerufen wird, ist also grundlegend anders als zur Zeit der Systemregierung. Die früheren Erzeugungsschlachten waren kapitalistische Investierungen, die mit der Verschuldung und Versklavung der deutschen Landwirtschaft endeten. Die nationalsozialistische Erzeugungsschlacht ist die sozialistische Mobilisierung und der Einsatz aller Kräfte für die pflanzliche und tierische Erzeugung. Möge die Wissenschaft diese totale Umwälzung im Wesen und in den Wirkungen voll und ganz erfassen und sich zu eigen machen!

Was nun die Leistungssteigerung im einzelnen und die erstrebte Schließung der noch offenen Lücken unserer Ernährungswirtschaft angeht, so eröffnet sich hier für die Wissenschaft ein weites Betätigungsfeld. Ich habe mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß in Ihren bisherigen Forschungsarbeiten die Fett- und Faserfrage bereits weitgehende Berücksichtigung erfuhr. Die Bemühungen um die Förderung dieser so wichtigen Probleme müssen auch künftighin in gleichem Umfange fortdauern. Es ist besonders erfreulich, daß auch durch Ihre wissenschaftlichen Arbeiten, meine Herren, sich neue, offenbar auch gangbare Wege eröffnen, durch geeignete Ersatzbeschaffung eine Entlastung unserer Eiweiß- und Fettwirtschaft herbeizuführen. So notwendig die Fortführung dieser Arbeiten ist, so unbeugsam aber muß daneben der Wille bleiben, durch höchste Nutzleistung aller uns verfügbaren bodenständigen und natürlichen Erzeugungsquellen die bestehenden Lücken auszufüllen. Gerade auf den brennenden Gebieten, wie zum Beispiel der bodenständigen Futtererzeugung und zweckmäßigsten Futterverwertung sowie der bestmöglichen Öl- und Fettproduktion, auf pflanzlichem und tierischem Wege, sind wir noch keineswegs zu den höchsten Nutzleistungen gelangt. Überhaupt sollte die Wissenschaft bald und bleibend die Frage beantworten: Was ist eigentlich Leistung im deutschen Ackerbau? und, damit endlich zusammenhängend, die für die Neugestaltung Ihrer Wissenschaft so grundsätzliche Entscheidung über Roh- oder Reinertrag, Arbeits- oder Kapitalertrag treffen.

Für die wissenschaftliche Agrarpolitik und für die Wirtschaftswissenschaft im allgemeinen stehen auf dem Gebiet unserer Ernährungswirtschaft und Marktversorgung eine Menge neuer wichtiger Fragen zur Erörterung. Die Schaffung eines gerechten Preises für unsere wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte, die richtige Abgrenzung der Festpreiszonen, überhaupt das rechte Abstimmen der Preise zueinander und die vielen anderen Probleme der Marktordnung gehören zu den schwierigsten Entscheidungen unserer heutigen Ernährungspolitik. Trotz der vielen Marktforschungsinstitute von ehedem haben wir hier mit den Erkenntnissen der bisherigen Marktforschung wenig anfangen können. Schaffen Sie uns für unsere künftigen Entscheidungen wirklich brauchbare Unterlagen!

Neben diesen marktpolitisch wichtigen Aufgaben ergeben sich aber aus unserer heutigen Ernährungswirtschaft noch besondere Aufgaben markttechnischer Natur. Eine weise vorausschauende Vorratswirtschaft stellt ganz andere Anforderungen an uns als die bisherige sogenannte „freie Marktwirtschaft", die lediglich nach dem Grundsatz „von der Hand in den Mund" lebte. Ich erinnere hier nur an die Notwendigkeit zweckmäßiger Kühlhauslagerung, an die verschiedenen Fragen der Magazinierung oder die Probleme, die verbunden sind mit der Herstellung und Behandlung einwandfreier Nahrungsmittel. Ich halte

gerade auf diesem Gebiet die Zusammenarbeit mit Forschungsstellen und Ämtern notwendig, die ihre Hauptaufgabe nicht in der Behandlung von Kranken, sondern in der Versorgung und Pflege von Gesunden sehen. Die ganze Lebens- und Ernährungsweise unseres deutschen Volkes ist mit der Entwicklung der kapitalistischen Marktforschung immer unnatürlicher geworden und trägt heute den Stempel mangelnder Bodenständigkeit. Zu der Hinwendung zur Bodenständigkeit gehört ja nicht nur, daß die Erzeugung sich den natürlichen Gegebenheiten anpaßt, sondern daß auch der Bedarf und die Ernährungssitten des Volkes sich den Möglichkeiten und dem Rhythmus der heimischen Erzeugung anpassen. Für ein Volk, das Jahrhunderte hindurch mit seinem Lebensraum verwachsen ist, ist eine Lebens- und Ernährungsweise, wie sie durch diesen Raum bestimmt wird, die gesündeste und beste. Die Schwierigkeiten, wie sie sich heute in unserer Ernährungswirtschaft hier und da ergeben, sind nicht zuletzt auf die Ernährungsunsitten einer in ihren Ansprüchen vom Boden losgelösten Verbraucherschaft zu suchen. Hier tut Aufklärung und Zusammenarbeit zwischen Ackerbau und Ernährungswissenschaft not.

Gemeinschaftsarbeit der Wissenschaft

Ich glaube, Ihnen hiermit einen kurzen Querschnitt durch den wichtigsten Aufgabenbereich des Forschungsdienstes, so wie ich ihn aus dem politischen Tageskampf heraus sehe, gegeben zu haben. Wer Wesen und Schwierigkeiten landwirtschaftlicher Forschung kennt, weiß, daß die Fülle vorliegender Aufgaben nicht von heute auf morgen gelöst werden kann. Um so notwendiger aber ist, daß sie nach einem wohldurchdachten und straff gefügten Plan mit vereinten Kräften in Angriff genommen werden. Der Weg, wie er hier im Forschungsdienst durch Gemeinschaftsarbeit eingeschlagen ist, erscheint mir aussichtsreicher als die früher oft noch so fleißigen Bemühungen zusammenhanglos nebeneinander arbeitender einzelner Institute, deren Konkurrenz gegeneinander statt notwendiger arbeitsteiliger neidloser Zusammenarbeit. Diese neue Methode ist aus nationalsozialistischer Haltung heraus geboren, und daher wird sie auch über alle Schwierigkeiten hinweg sich durchsetzen. Bei der hohen nationalpolitischen Bedeutung aller dieser Arbeiten richte ich hiermit an alle Förderungsorgane der Wissenschaft und Einrichtungen, welche öffentliche Gelder als Treuhänder der deutschen Forschung verwalten, den dringenden Appell, diese Arbeiten im Rahmen der ihnen verfügbaren Mittel weitgehend zu fördern und damit die Lösung der Aufgaben ermöglichen zu helfen.

So erwarte ich von Ihrer Arbeit im kommenden Jahre beste Fortschritte und eine wertvolle Hilfe für unsere politische Arbeit. Wir treten also auch in der Landwirtschaftswissenschaft in das zweite Jahr

der Erzeugungsschlacht ein; und ebensowenig, wie wir uns mit den bisherigen Erfolgen der praktischen Agrarpolitik zufriedengeben dürfen, ebensowenig können wir uns auch mit den bisherigen wissenschaftlichen Fortschritten begnügen. Möge auch für Ihre Arbeit der Geist dieser Tage ein weiterer Ansporn sein, auf daß das deutsche Volk lebe!

Die Voraussetzung auch für diese Ihre Arbeit hat uns Adolf Hitler geschaffen. So wollen wir unseren Dank an ihn durch rastloses Dienen, durch rastlosen Einsatz abstatten.

(Rede anläßlich der 1. Sitzung des Forschungsrats der Landbauwissenschaften gelegtl. des 3. Reichsbauerntags in Goslar im November 1935)

Ernährungspolitik und Werbung

Der Nationalsozialismus hat auf allen Lebensgebieten unseres Volkes einen tiefgreifenden Wandel hervorgerufen. In ganz besonderem Maße gilt dies auch für die Werbung, und hierbei wiederum nicht zuletzt für die Werbung in der Ernährungswirtschaft. In der liberalen Zeit diente die Werbung fast ausschließlich den Interessen einzelner oder dem organisierten Eigennutz von Interessentengruppen. Auch die politische Propaganda der Systemzeit kann hiervon nicht ausgenommen werden, denn sie wurde von politischen Parteien getragen, die ebenfalls als dem Eigennutz ihrer Mitglieder dienende Zusammenschlüsse bezeichnet werden müssen. Heute hat sich die gesamte Werbung den Interessen der Volksgemeinschaft unterzuordnen. Die Werbung wird sogar in besonders großem Umfange eingesetzt, um die Volksgemeinschaft zu stärken und Aufgaben durchzuführen, die der Kampf um die Erhaltung und Stärkung unseres Volkes erfordert. Zu privatwirtschaftlichen Zwecken kann die Werbung heute nur noch insoweit zugelassen werden, als die Belange des Volkes dadurch nicht beeinträchtigt werden. Es ist das Verdienst des Werberats der Deutschen Wirtschaft, in der allgemeinen Werbung diesen grundsätzlichen Wandel durchgesetzt zu haben, und es bleibt weiterhin seine besondere Aufgabe, darüber zu wachen, daß diese Erfolge des Nationalsozialismus auf dem Gebiete der Werbung nicht eines Tages wieder verlorengehen und durch Interessentenwünsche überwuchert werden.

Ich glaube sagen zu können, daß dieser Wandel in der Werbung von der verantwortlichen Führung des Reichsnährstandes und des Ernährungsministeriums nicht nur aufrichtig begrüßt, sondern auch praktisch nach Kräften unterstützt worden ist. Vielleicht ist es uns sogar gelungen, bei der volkswirtschaftlichen Ausrichtung der Werbung hier und da etwas Vorbildliches zu leisten.

Zersplitterung in der Systemzeit

In der Ernährungswirtschaft gab es früher eigentlich nur die privatwirtschaftlich ausgerichtete Einzelwerbung des Lebensmittelkaufmannes oder der be- und verarbeitenden Betriebe für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Landwirtschaft selbst trieb nur in Ausnahmefällen Werbung. Erst mit zunehmender Verschärfung der Krise in der Systemzeit begann sich die Landwirtschaft etwas stärker mit den Fragen der Werbung zu befassen. Einzelne besonders wendige Landwirte versuchten, durch Aufgabe von Anzeigen in Tageszeitungen oder andere Werbemittel Absatz für ihre Erzeugnisse zu gewinnen, um dadurch der allgemeinen Absatznot zu entgehen. Eine solche Werbung brachte zwar

hier und da dem einzelnen Erfolg, aber war in keiner Weise angetan, das Problem der Absatzkrise zu lösen.

Als Abwehr gegen die Überschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Erzeugnissen versuchten andererseits landwirtschaftliche Organisationen, eine Gemeinschaftswerbung für dieses oder jenes landwirtschaftliche Erzeugnis ins Leben zu rufen, um dadurch die Stellung des deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisses am deutschen Markt zu behaupten. Diese Versuche zur Durchführung einer Gemeinschaftswerbung wurden von den verschiedenen Organisationen meist aber ohne Fühlung mit der benachbarten Organisation durchgeführt. Eine damals geforderte einheitliche Abwehrfront gegen die den deutschen Absatz unterbietenden Auslandserzeugnisse kam so nicht zustande. Mit staatlicher Unterstützung wurde zwar ein Reichsmilchausschuß, ein Reichsweinausschuß, ein Reichsseefischausschuß usw. geschaffen. Aber alle versuchten, aus der Zersplitterung nur das herauszuholen, was für den Absatz gerade ihres Erzeugnisses herauszuholen war. So kam es vor, daß an der gleichen Anschlagsäule gleichzeitig Werbeplakate für Bier, Wein und Milch klebten und damit jede Werbewirkung für das einzelne Erzeugnis aufgehoben wurde. Alle diese Versuche zur Gemeinschaftswerbung scheiterten also schließlich daran, daß es nicht gelang, die

Forderungen der Volkswirtschaft zur maßgebenden Richtlinie der Werbung

zu machen und dementsprechend die Werbung auf allen Teilgebieten der Ernährungswirtschaft zusammenzufassen. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß in der Systemzeit eine derart volkswirtschaftlich ausgerichtete und zusammengefaßte Werbung keinen Dauererfolg hätte erringen können, denn jeder Absatzwerbung stand die damals von Jahr zu Jahr zunehmende Verringerung der Kaufkraft infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit und die Schleuderkonkurrenz des Auslandes entgegen.

Heute ist die Werbung in der Ernährungswirtschaft ausschließlich bestimmt durch die Forderungen der Ernährungspolitik, die sich aus der Ernährungslage des deutschen Volkes ergeben. Wir haben, wie schon im Jahre 1934 auf dem Reichsbauerntag in Goslar gesagt wurde, die Aufgabe:

1. die landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern und
2. das Erzeugte sparsamer zu verwenden.

Nach diesen Aufgaben muß sich in der Ernährungswirtschaft nicht nur die Gemeinschaftswerbung, sondern auch die privatwirtschaftliche

Einzelwerbung richten. Dementsprechend ist der Reichsnährstand auf dem Gebiet der Werbung ans Werk gegangen.

Die Werbung für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung

wurde unter der Sammelparole „Erzeugungsschlacht" durchgeführt. In dem ersten Jahr der Erzeugungsschlacht im Winter 1934/35 kam es fast ausschließlich darauf an, in dem deutschen Landvolk die Idee der Erzeugungsschlacht zu propagieren und den Willen zur Leistungssteigerung auszulösen. In den folgenden Jahren mußte die Erzeugungsschlacht-Propaganda dann verfeinert werden; sie bekam die Aufgabe, ganz bestimmte Produktionszweige zu fördern. Daneben ist es jedoch bis heute Aufgabe der Erzeugungsschlacht-Propaganda geblieben und wird es auch in Zukunft sein, immer wieder die Idee der Erzeugungsschlacht herauszustellen und an den Idealismus des Landvolkes zu appellieren. Der wachsende Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande macht es sogar erforderlich, gerade diese Seite der Werbung für die Erzeugungsschlacht in Zukunft besonders zu betonen. Wir stehen auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes gerade in der Landwirtschaft vor ernsten und schweren Aufgaben. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat festgestellt, daß wir in den nächsten Jahren infolge des Geburtenrückgangs der letzten 30 Jahre vor der Machtübernahme nicht damit rechnen können, daß der sich heute in allen Teilen unserer Wirtschaft bemerkbar machende Mangel an Arbeitskräften durch den Nachwuchs von jugendlichen Arbeitskräften ausgeglichen werden wird. Die deutsche Wirtschaft muß sich im Gegenteil darauf einstellen, daß die nächsten 10 Jahre infolge des Geburtenrückgangs einen Ausfall an jugendlichen Arbeitskräften von mindestens 1½ Millionen Menschen bringen werden. Knappheit an Arbeitskräften wird deshalb das Kennzeichen der vor uns liegenden Jahre sein. Die dadurch für die Landwirtschaft bei der Erzeugungsschlacht auftretenden Schwierigkeiten können nur gemeistert werden, wenn das deutsche Landvolk trotz aller Widerwärtigkeiten immer wieder mit einem verbissenen Idealismus an die harten Aufgaben herangeht, die die Erzeugungsschlacht stellt. Es ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Werbung für die Erzeugungsschlacht, einen solchen zähen, durch nichts zu erschütternden Idealismus in unserem Landvolk immer wieder zu erwecken und zu stärken. Das deutsche Landvolk muß von der Überzeugung erfüllt sein, daß es eine heilige Aufgabe im Interesse der Existenz unseres Volkes zu bewältigen hat. Es wird so auch Aufgabe der Werbung in der Erzeugungsschlacht sein, ein ideelles Bollwerk gegen die Landflucht zu errichten, die in erster Linie in einer kurzsichtigen Ichsucht ihre Ursache hat. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn der

Werberat der Deutschen Wirtschaft dieser ernährungswirtschaftlich ungeheuer wichtigen Aufgabe seine volle Unterstützung zuteil werden ließe, so wie es der Werberat dankenswerterweise schon bei früheren Aufgaben unseres Arbeitsgebietes wiederholt getan hat. Ich bitte, sich immer vor Augen zu halten, daß es sich beim Landarbeitermangel nicht um Interessen der Landwirtschaft handelt, sondern daß es um die Frage geht, ob es gelingt, unsere Volksernährung zu sichern oder nicht.

In diesem Zusammenhang muß ich noch ein zweites Gebiet der Werbung berühren, das für die Erzeugungsschlacht besonders wichtig ist und durch den Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande außerordentlich an Bedeutung gewonnen hat. Ich meine das landwirtschaftliche Ausstellungswesen, das neben vielen anderen Aufgaben der Mehrerzeugung als Mittel zur Förderung der Technik in der Landwirtschaft dient. Es ist bekannt, daß der Reichsnährstand dem landwirtschaftlichen Ausstellungswesen, dem grundsätzlichen Wandel der Werbung entsprechend, eine neue Form und neuen Inhalt gegeben hat. Wir haben wohl als einer der ersten Wirtschaftszweige in großem Umfang die Lehrschau bei wirtschaftlichen Ausstellungen eingeführt. Die Reichsnährstandsausstellung, die Grüne Woche und die großen Landesausstellungen im Bereich verschiedener Landesbauernschaften sind dafür beredte Zeugen. Alle diese Ausstellungen sind zu einem wichtigen Faktor unserer Erzeugungsschlacht geworden. Diese Ausstellungen sind nicht mehr wie früher lediglich Messen, auf denen eine Unzahl von Firmen in verwirrender Fülle ihre Erzeugnisse der Landwirtschaft zum Verkauf anbietet. Wir haben vielmehr aus diesen Ausstellungen bewußt ein Schulungsinstrument gemacht. Insgesamt haben wir im letzten Jahr auf den vom Reichsnährstand veranstalteten Ausstellungen rund 5 Millionen Besucher gezählt. Dabei spielen die kleineren Ausstellungen (Kreistierschauen), die meist in den Kreisstädten der Landkreise veranstaltet werden, eine besondere Rolle, die vielfach unterschätzt wird. Durch die Kreisschauen bringen wir die Forderungen der Erzeugungsschlacht an solche Teile des Landvolkes heran, die niemals als Besucher der großen Ausstellungen in Frage kommen, weil es ihnen einfach unmöglich ist, ihren Betrieb für länger als einen halben oder einen Tag zu verlassen. Besonderen Wert lege ich nun darauf, daß überall auf diesen Ausstellungen neben anderen Lehrschauen auch Lehrschauen für Landmaschinen und arbeitsparende Geräte zu finden sind. Ich sehe hierin ein wichtiges Mittel, um die Technisierung der Landwirtschaft voranzutreiben, die zur Erleichterung des Landarbeitermangels unentbehrlich ist. Ich sehe in der verstärkten Einführung der Technik in die Landwirtschaft und in der vermehrten Nutzbarmachung der vorhandenen Energiequellen, insbesondere der Elektrizität, eine der wenigen Möglichkeiten, um bei der Erzeugungsschlacht fehlende Arbeitskräfte zu ersetzen und die Härte der Landarbeit zu erleichtern.

Es ist selbstverständlich, daß die Förderung der Technik in der Landwirtschaft nicht nur durch das Ausstellungswesen erfolgen kann, sondern daß auch die anderen Mittel der Werbung hier wertvolle Hilfe leisten können. Ich habe das Beispiel der Maschinenlehrschau nur angeführt, weil wir hier schon über Erfahrungen verfügen, die das Ausstellungswesen als ein besonders wertvolles Werkzeug zur Förderung der Technik in der Landwirtschaft kennzeichnen. Ich habe den Wunsch, daß der Werberat im Interesse der Volksernährung auch auf diesem Gebiet die Anstrengungen des Reichsnährstandes voll unterstützt.

Wenn ich bisher von der Werbung für die Erzeugungsschlacht sprach und dabei insbesondere die Aufgaben der Gemeinschaftswerbung herausstellte, so bedeutet dies keineswegs, daß ich die

Einzelwerbung der Firmen,

insbesondere der Produktionsmittel liefernden Firmen, irgendwie missen möchte. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, daß die Einzelwerbung der Firmen bei der Erzeugungsschlacht sehr wertvolle Hilfe leistet und keineswegs entbehrt werden kann. Es wäre falsch, wenn eine Firma aus der Überzeugung heraus, daß die Gemeinschaftswerbung für die Erzeugungsschlacht sowieso eine verstärkte Nachfrage nach landwirtschaftlichen Betriebsmitteln zur Folge hat, nunmehr ihre Ausgaben für Werbung einschränkt. Ich muß allerdings die Forderung aufstellen, daß sich diese Werbung der Verkäufer landwirtschaftlicher Betriebsmittel im Rahmen der allgemeinen Richtlinien der Erzeugungsschlacht hält. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Einordnung in die Grundsätze und Richtlinien der Gemeinschaftswerbung für die Erzeugungsschlacht letztlich auch dem Eigeninteresse jeder einzelnen Firma am besten dient. Ich freue mich, feststellen zu können, daß diese Forderung im allgemeinen bei den Herstellern oder Verkäufern landwirtschaftlicher Betriebsmittel Verständnis findet.

Aufgabe der Ernährungspolitik ist es aber nicht nur, wie ich einleitend schon sagte, für eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu sorgen, es muß vielmehr auch auf eine sparsamere Verwendung des Erzeugten hingearbeitet werden. Auch diese zweite Forderung der Ernährungspolitik bringt eine Fülle von Aufgaben, die die Werbung mit zu lösen hat. Wir haben dieses Gebiet zum erstenmal im vorigen Jahr angepackt, als wir zum Kampf gegen den Verderb von Nahrungsmitteln aufriefen. Ich kann wohl sagen, daß dieses Wort „Kampf dem Verderb" heute Allgemeingut des deutschen Volkes geworden ist. Es ist der Werbung aber noch nicht voll gelungen, bei jedem deutschen Volksgenossen auch den Willen zur Mitarbeit am Kampf gegen den Verderb auszulösen. Nach den Gesetzen der

Werbung war dies auch nicht anders zu erwarten. Wir müssen jedoch daraus den Schluß ziehen, daß

die Werbung für den Kampf gegen den Verderb

keineswegs nachlassen darf, sondern im Gegenteil mit verstärktem Einsatz fortgeführt werden muß. Insbesondere liegt uns in diesem Jahre der Kampf gegen den Verderb von Brot am Herzen. Der Reichsbauernführer selbst hat am Erntedanktag in seiner Rede am Bückeberg das deutsche Volk aufgerufen, mehr Achtung vor dem Brot zu haben. Tatsächlich ist Brot kostbarstes Volksgut. Ungünstige Witterung und zum Teil auch schon Mangel an Arbeitskräften führte in diesem Erntejahr zu einer Verringerung der Anbaufläche für Brotgetreide. Wir sind in diesem Jahr deshalb besonders gezwungen, mit unseren Brotgetreidevorräten hauszuhalten, wenn wir nicht unsere Devisenbilanz unnötig durch die Einfuhr von Brotgetreide belasten wollen. Wir haben aus diesem Grunde der Landwirtschaft die Verfütterung von Brotgetreide verboten. Dies berechtigt aber auch zu der Forderung an den Städter, jede, auch die kleinste Vergeudung von Brot zu vermeiden. Eine ausgezeichnete Kartoffelernte ermöglichte es uns außerdem, durch stärkeren Verzehr von Kartoffeln den Brotverbrauch einzuschränken. Es ist eine ernährungspolitisch wichtige Aufgabe der Werbung, hier einzugreifen, um das deutsche Volk zu einer Vermeidung des Verderbs von Brot und zu einem stärkeren Verzehr von Kartoffeln zu erziehen.

Werbung und Verbrauch

Damit habe ich schon das letzte wichtige Gebiet der Werbung angeschnitten, auf dem die Ernährungspolitik bedeutsame Aufgaben stellt. Ich meine die Verbrauchslenkung. Von der ernährungspolitischen Führung ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die deutsche Hausfrau in erster Linie zu den Lebensmitteln greifen soll, die jahreszeitlich zur Verfügung stehen und reichlich angeboten werden. Die Werbung hat aus dieser allgemeinen Richtlinie die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen und im einzelnen die deutsche Verbraucherschaft auf die in Frage kommenden Erzeugnisse hingewiesen. Wir haben, als wir im vorigen Winter mit der Verbrauchslenkung begannen, keinerlei Erfahrungen gehabt. Wir wußten nicht, in welchem Maße die Bevölkerung bei dem Einsatz dieses oder jenes Werbemittels reagieren würde. Wir konnten also nicht im voraus berechnen, wie stark die Nachfrage nach einem empfohlenen Erzeugnis sein würde und welche Verbrauchsverlagerung unter Umständen eintreten würde. Heute kann gesagt werden, daß sich die bei der Verbrauchslenkung eingeschlagenen Wege durchaus bewährt haben.

Bei der Verbrauchslenkung mußte die Werbung in zweierlei Richtung eingesetzt werden. Bei einigen Lebensmitteln kam es darauf an, auf eine Verminderung des Verbrauchs hinzuwirken, als Ausgleich hierfür muß wiederum bei anderen Lebensmitteln darauf hingewiesen werden, daß eine Erhöhung des Verbrauchs möglich ist. Entscheidend muß demnach beim Einsatz der Werbung zur Verbrauchslenkung immer die Versorgungslage bei den verschiedenen Nahrungsmitteln sein. Dementsprechend wird seit dem vorigen Winter die Bevölkerung unter Verwendung der verschiedensten Werbemittel immer wieder auf die Notwendigkeit einer Verminderung des Fettverbrauchs hingewiesen. Dieser Werbearbeit dürfte es in erheblichem Umfange mit zu danken sein, daß das deutsche Volk die Regelung des Fettbezugs, die wir Anfang dieses Jahres einführen mußten, mit Verständnis aufgenommen hat. Schon aus diesem Beispiel dürfte hervorgehen, daß die Versorgungslage unter Umständen auch gebieterisch eine Einschränkung der privatwirtschaftlichen Werbung erfordert. Es ist volkswirtschaftlich nicht tragbar, daß aus privatwirtschaftlichen Gründen für eine Ware geworben wird, deren Verbrauch auf keinen Fall gesteigert werden darf.

Ich habe es deshalb lebhaft begrüßt, als im vorigen Winter die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel im Einvernehmen mit dem Werberat der Deutschen Wirtschaft die Werbung des Einzelhandels für Fett bis auf weiteres einstellte. Es ist heute auch nicht möglich, für einen verstärkten Verzehr von Brot zu werben. Volkswirtschaftlich richtig ist hier lediglich, durch Werbemaßnahmen eine Verlagerung des Brotverbrauchs von dem Weizenbrot und dem verbreiteten Roggen- und Weizenmischbrot zu dem gesünderen Vollkornbrot herbeizuführen. Diese „negative" Verbrauchslenkung, wie ich die geschilderte Werbetätigkeit zur Verminderung des Verbrauchs bestimmter Lebensmittel einmal nennen möchte, stand jedoch niemals im Vordergrund unserer Verbrauchslenkung. Ich habe es vielmehr immer für wichtiger gehalten, das deutsche Volk durch entsprechende Aufklärung und Werbung auf diejenigen Nahrungsmittel hinzuweisen, bei denen als Ausgleich für die knapperen Lebensmittel eine Verstärkung des Verbrauchs möglich oder sogar erwünscht ist. Im Rahmen dieser positiven Verbrauchslenkung haben wir z. B. der Parole, Fett zu sparen, die Werbung für einen verstärkten Verzehr von Marmelade, insbesondere verbilligter Marmelade, entgegengesetzt. Auf diese Weise gelang es, im Jahre 1936/37 mit 2,4 Millionen Zentner dreimal soviel Marmelade abzusetzen wie im Jahre 1933. Auch auf den anderen Gebieten der positiven Verbrauchslenkung können wir recht erfreuliche Erfolge verzeichnen. Der Fischverzehr wurde von 5 kg je Kopf und Jahr im Jahre 1913 auf 12 kg im Jahre 1936 gesteigert. Der Verbrauch von Quark ist jetzt um etwa 60 vH höher als vor Beginn der Quark-

Werbung. Diese Tatsache ist besonders zu begrüßen, weil sie zweifellos, insbesondere bei der ärmeren Bevölkerung, zu einer Verbesserung der Versorgung mit Eiweiß geführt hat. Auch die Ihnen allen sicher noch in Erinnerung befindliche Kohlwerbung des vergangenen Winters hatte einen vollen Erfolg. Sie hat entscheidend dazu beigetragen, die Verwertung einer Kohlernte zu ermöglichen, die um 50 vH über einer normalen Ernte lag. Als Beispiel für den Erfolg der Kohlwerbung möchte ich Ihnen nur mitteilen, daß vor Beginn der Kohlwerbung von den Bezirksabgabestellen Schleswig-Holsteins täglich nur 10 000 Zentner Kohl abgesetzt werden konnten. Nach Einsatz der Werbung stieg dieser tägliche Absatz auf 45 000 Zentner. Aus diesen wenigen Beispielen der negativen und positiven Verbrauchslenkung, mit der wir im vergangenen Winter begannen, bitte ich zu entnehmen, daß die Werbung heute bereits zu einem unentbehrlichen Instrument der Ernährungspolitik bei der Steuerung des Verbrauchs nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geworden ist.

Die Werbung ist heute aus der Ernährungswirtschaft nicht mehr wegzudenken. Wir brauchen sowohl die Gemeinschaftswerbung wie die privatwirtschaftliche Einzelwerbung, um bei der Erzeugungsschlacht und bei der Verbrauchslenkung die Erfolge zu erringen, die zur Sicherung der Volksernährung erforderlich sind.

Zum Schluß möchte ich noch eins betonen. Ich halte es nicht nur für erforderlich, daß sich die Werbung in der Ernährungswirtschaft nach den volkswirtschaftlichen Aufgaben ausrichtet, es ist nach meiner Ansicht auch notwendig, daß die so ausgerichtete Werbung, und zwar vor allem die Gemeinschaftswerbung, immer wieder an den Idealismus des deutschen Volkes appelliert und höchstens an zweiter oder dritter Stelle darauf hinweist, daß das, was die Volksgemeinschaft von dem einzelnen fordert, letztlich auch diesem selbst nutzt. Halten wir uns immer vor Augen, daß die nationalsozialistische Bewegung nur deshalb in Deutschland siegen konnte, weil sie als eine Kampfgemeinschaft von Idealisten allen anderen Parteien und Gruppen überlegen war, die letzten Endes nur egoistische Ziele verfolgten. Auch die Aufgaben der Ernährungspolitik, die uns die Zukunft stellt, können nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn Landvolk und Verbraucher als eine Armee von Idealisten ans Werk gehen und an der Arbeit bleiben.

(Vortrag, gehalten auf der Reichstagung „Deutsche Werbung“ im Oktober 1937)

Teil III

Erfolge und neue Aufgaben

Die agrarpolitische Lage

Der Reichsbauernführer, Reichsminister Darré, hat am Sonntag, dem 12. Dezember 1937, dem deutschen Landvolk durch den Rundfunk die Richtlinien für den neuen Abschnitt der Erzeugungsschlacht im kommenden Jahr gegeben. Er hat dabei gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Voraussetzungen, unter denen die Erzeugungsschlacht im nächsten Jahr fortgesetzt werden muß, nicht leichter, sondern schwerer geworden sind. Er hat allerdings mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß diese Schwierigkeiten soweit als irgend möglich durch einen noch stärkeren Willen zur Leistung, als er schon bisher im Landvolk vorhanden war, überwunden werden müssen. Angesichts dieser Ausführungen des Reichsbauernführers erscheint es notwendig, die agrarpolitische Lage einmal etwas eingehender zu betrachten. Um ein möglichst vollständiges Bild zu gewinnen, müssen vor allem drei Gebiete untersucht werden:

Die Leistung, die Aufgabe, die Kräfte.

Die Leistung

Der Reichsbauernführer hat in seiner Rundfunkrede bereits drei Beispiele angeführt, die die Leistung der deutschen Landwirtschaft im Rahmen der Erzeugungsschlacht vor allem während des letzten Jahres eindrucksvoll kennzeichnen. Er hat darauf hingewiesen, daß die deutsche Getreideernte in diesem Jahr ebenso groß war wie im vergangenen Jahr[1]), obwohl infolge von Auswinterungsschäden fast 500 000 ha oder 7 vH der Brotgetreideanbaufläche im Frühjahr dieses Jahres umgepflügt und neu bestellt werden mußten. Der Reichsbauernführer konnte weiter mitteilen, daß die diesjährige Hackfruchternte die größte war, die wir in Deutschland bisher überhaupt erzielt haben. Die Kartoffelernte dieses Jahres übertraf mit 55,3 Mill. Tonnen um etwa 30 vH, die Zuckerrübenernte mit 15,7 Mill. Tonnen um 55,6 vH den Durchschnitt der letzten sechs Jahre. Besonders kennzeichnend für die Erfolge der Erzeugungsschlacht ist weiter die Tatsache, daß es trotz stark abnehmender Zufuhren von ausländischen Kraftfuttermitteln gelungen ist, die Milcherzeugung nicht nur auf dem früheren Stand zu halten, sondern sie darüber hinaus seit Beginn der Erzeugungsschlacht bis heute um rund 1 Milliarde Liter auf 25,4 Milliarden Liter jährlich zu steigern.

Der große Leistungswille der Landwirtschaft geht besonders aus der Entwicklung ihrer Betriebsausgaben in den letzten Jahren hervor.

---

[1]) Das endgültige Ernteergebnis 1937 liegt mit 22,2 Mill. Tonnen um 330 000 Tonnen über der Ernte 1936, einschließlich der Körnermaisernte sogar um rund 390 000 Tonnen höher.

Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts hat die deutsche Landwirtschaft seit Beginn der Erzeugungsschlacht fast 1,4 Milliarden Reichsmark mehr für Betriebsmittel ausgegeben, als es der Fall gewesen wäre, wenn sich der Aufwand an Betriebsmitteln in den letzten Jahren auf der Höhe des Jahres 1932 gehalten hätte. Von diesem großen Mehraufwand entfallen allein 800 Millionen auf das Wirtschaftsjahr 1936/37.

Ein klares Urteil über die Leistungen der deutschen Landwirtschaft für die Volksernährung kann man gewinnen, wenn man die Ernte sämtlicher dem deutschen Boden abgerungener Früchte zusammenfaßt und sie durch Umrechnung auf Stärkewerte bzw. Eiweiß auf einen Nenner bringt. Zwar bleibt auch ein derartiger Versuch, die Leistungsentwicklung der Landwirtschaft auszudrücken, unvollständig, weil diejenigen Leistungen nicht erfaßt werden, die durch bessere und rationellere Verwertung insbesondere der Futterernten, im Viehstall entstanden sind; wie aber das genannte Beispiel aus der Milchwirtschaft zeigt, sind gerade diese Leistungen sehr erheblich.

Wird die Ernte sämtlicher Bodenfrüchte durch Umrechnung auf Stärkewerte und Eiweiß insgesamt ausgedrückt, so ergibt sich nachfolgendes Bild:

Ernten insgesamt:

Jahr	in Mill. t Stärkewert	in 1000 t Eiweiß
1909/13*)	50,7	5310
1925	50,4	5553
1926	47,3	5286
1927	50,6	5648
1928	51,7	5614
1929	51,0	5552
1930	54,7	6024
1931	53,7	5969
1932	57,1	6340
1933	55,6	6067
1934	50,1	5289
1935	54,0	5918
1936	59,2	6542
1937	60,8	6486

*) Neues Reichsgebiet.

Man muß sich folgendes vor Augen halten:

1. In den Jahren 1930 bis 1933 haben wir dank günstiger Witterung eine Reihe überdurchschnittlicher Ernten gehabt.
2. Die Ernte des Jahres 1934 wurde durch eine große Dürre stark beeinträchtigt.

Entscheidend ist, daß die Landwirtschaft erstmalig im Herbst 1934 zur Erzeugungsschlacht aufgerufen wurde, daß demnach erst die Ernte des Jahres 1935 von dem Aufruf zur Steigerung der Erzeugung beeinflußt sein konnte. Tatsächlich sind von diesem Zeitpunkt die Ernteerträge ständig gestiegen. Dies gilt ohne Einschränkung für die Ernteerträge unter Umrechnung auf Stärkewert. Bei der Gesamternte an Eiweiß, die im letzten Jahre nicht mehr gesteigert wurde, ist allerdings zu berücksichtigen, daß wir im vergangenen Jahr (1936) infolge einer Rekordheuernte besonders viel Eiweiß geerntet haben. Aus dem Vergleich der Ziffern geht aber eindeutig hervor, daß wir in den letzten Jahren erheblich höhere Erträge als in der Vorkriegszeit gehabt haben. Das Statistische Reichsamt hat berechnet, daß die Ernte 1937 dem Stärkewert nach die größte ist, die jemals bisher im Deutschen Reich erzielt worden ist.

Zur Ergänzung dieser Berechnungen ist es weiterhin erforderlich, sich einen Überblick über die Entwicklung des Umfangs der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den letzten Jahren zu machen. Dabei ergibt sich folgendes:

Landwirtschaftliche Nutzfläche insgesamt*):

(jetziges Reichsgebiet)

1913 . . .	29 729 286 ha	1935 . . .	28 752 277 ha
1932 . . .	29 369 743 ha	1936 . . .	28 746 842 ha
1933 . . .	29 365 232 ha	1937 . . .	28 724 000 ha
1934 . . .	29 347 815 ha		

*) Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1937, S. 87.

Nach diesen Zahlen der jährlich durchgeführten amtlichen Bodenbenutzungserhebungen ergibt sich also, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist. Die landwirtschaftliche Nutzfläche war im Jahre 1937 um rund 650 000 ha geringer als im Jahre 1932, nachdem schon in der Zeit von 1913 bis 1932 eine Verminderung um rund 360 000 ha eingetreten war. Der Verminderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche seit 1932 steht eine erhebliche Zunahme der Flächen gegenüber, die von Haus- und Hofräumen, Forsten, Wegeland, Sportplätzen, öffentlichen Parkanlagen usw. in Anspruch genommen werden. Festzuhalten bleibt demnach, daß die Gesamternten in Deutschland dem Stärkewert und Eiweißgehalt nach seit Beginn der Erzeugungsschlacht ganz erheblich gestiegen sind, obwohl die landwirtschaftliche Nutzfläche erhebliche Einbußen zu verzeichnen hatte.

Durch die Verminderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche seit 1932 wurde der Erfolg der Erzeugungsschlacht zwangsläufig erheblich beeinträchtigt. Es ist jedoch gelungen, durch die Steigerung der Flächenerträge nicht nur die eingetretene Verminderung der landwirt-

schaftlichen Nutzfläche auszugleichen, sondern darüber hinaus die Erträge sehr erheblich zu steigern. Belegt wird dies neben den bereits genannten Zahlen auch durch eine neue Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion je Flächeneinheit. Den Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1914 = 100 gesetzt, ergeben sich folgende Meßziffern:

1880 bis 1884 . . .	58	1930 bis 1934 . . .	110
1910 bis 1914 . . .	100	1933 bis 1937 . . .	114
1925 bis 1929 . . .	96		

Diese Zahlen beweisen, in welch außerordentlichem Umfange die deutsche Landwirtschaft in den letzten Jahren den Parolen der Erzeugungsschlacht gefolgt ist. Der starke Leistungswille des Landvolks hat trotz wiederholter Ungunst der Witterung zu großen Erfolgen geführt. Die deutsche Landwirtschaft hat ihre Pflicht im Kampf um die deutsche Nahrungsfreiheit getan.

Die Aufgabe

Die deutsche Landwirtschaft hat im Rahmen der Erzeugungsschlacht große Anstrengungen gemacht, um Deutschland in der Ernährung vom Ausland unabhängiger zu machen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Der Grad der Abhängigkeit unserer Volksernährung vom Ausland wird jedoch nicht nur durch die Entwicklung der Erzeugung bestimmt, sondern ebenso auch durch die Entwicklung des Verbrauchs. Dieser ist seit 1933 nicht stabil geblieben, sondern im Gegenteil sehr erheblich gestiegen. Hierfür waren zwei Gründe maßgebend.

1. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit ermöglichte nahezu einem Drittel des deutschen Volkes, nämlich 7 Millionen Arbeitslosen mit ihren Angehörigen, in erheblich höherem Umfange Lebensmittel zu kaufen als in der Zeit der Krise, wo dieser Teil des Volkes von der Arbeitslosenunterstützung leben mußte.
2. Die Gesamtvolkszahl des Deutschen Reiches blieb nicht stabil, sie erhöhte sich vielmehr von 66 Mill. im Jahre 1933 um 1,6 Mill. auf 67,6 Mill. Anfang 1937. Das deutsche Volk ist demnach jährlich um rund 400 000 Menschen gewachsen. Infolgedessen dürften jetzt Ende 1937 nahezu 2 Mill. mehr Menschen innerhalb des Reichsgebiets zu ernähren sein als im Jahre 1933.

Angesichts dieses steigenden Verbrauchs an Nahrungsmitteln konnte naturgemäß die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht in vollem Umfang auf eine Verminderung der Abhängigkeit unserer Ernährung vom Ausland hinwirken. Trotzdem wurden auch in dieser Richtung erhebliche Fortschritte erzielt.

Von dem Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln in Deutschland stammten nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung aus dem Inland:

1927	65 vH	1932	75 vH
1928	71 „	1933	81 „
1929	73 „	1934	80 „
1930	77 „	1935	84 „
1931	78 „	1936	81 „

Da die Ernte des Jahres 1937 größer war als die des Jahres 1936, dürfte vielleicht damit zu rechnen sein, daß der Grad der Selbstversorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln im Jahre 1937 etwa wieder den Prozentsatz des Jahres 1935 erreichen wird. Fest steht jedoch trotz allem, daß wir noch 15 bis 20 vH unseres Nahrungsmittelbedarfs aus dem Ausland einführen müssen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß wir auf wichtigen Gebieten unserer Versorgung schon völlig oder fast völlig unabhängig von der Einfuhr sind. Dies gilt z. B. für Kartoffeln, Zucker, Milch, Roggenbrot und in sehr weitgehendem Maße auch für Fleisch und Weizenmehl. Außerordentlich stark ist dagegen unsere Abhängigkeit vom Ausland auch heute noch z. B. beim Fett. Es ist zwar gelungen, den Grad unserer Selbstversorgung von rund 40 auf rund 50 bis 55 vH zu steigern; rund 45 vH unseres Bedarf an Fett müssen wir aber auch heute noch einführen. Auch bei den Futtermitteln sind wir leider trotz aller großen Fortschritte bei der Eigenerzeugung noch nicht so weit, daß der Grad der Selbstversorgung als ausreichend bezeichnet werden könnte. Dies ist insbesondere deshalb nicht der Fall, weil ja die Steigerung der Fetterzeugung in Deutschland zu einem sehr wesentlichen Teil abhängig ist von der Steigerung der Futtererzeugung. Diese ist denn auch, wie die vom Reichsbauernführer ausgegebenen Parolen klar erkennen lassen, eine der vordringlichsten Aufgaben der Erzeugungsschlacht.

Es darf hierbei nicht übersehen werden, daß die beiden Gründe, die die volle Auswirkung der Erzeugungsschlacht auf handelspolitischem Gebiet hintanhielten, Bevölkerungszunahme und anderweitige Landinanspruchnahme, auch für die Zukunft weiter bestehen bleiben. So ist der Bau der Autobahnen z. B. erst zu einem Teil durchgeführt.

Insgesamt ist festzustellen, daß trotz der großen Erfolge unsere Ernährung auch heute noch nicht in ausreichendem Umfange als aus eigener Scholle gesichert gelten kann. Für die Zukunft wird das Problem sogar von Jahr zu Jahr schwieriger. Die Aufgabe der Ernährungsschlacht ist also nach wie vor außerordentlich groß.

Die Kräfte

Nach nationalsozialistischer Auffassung ist es nicht möglich, einen papierenen Plan aufzustellen, nach dem die Nahrungsfreiheit Deutschlands sich in soundsoviel Jahren zu verwirklichen hat. Die verschiedenen 5-Jahres-Pläne, die die Sowjet-Union auf landwirtschaftlichem Gebiet aufgestellt hat, und deren Fehlschlag haben selbst den blutleeren Dogmatikern Rußlands gezeigt, daß sich die Natur nicht in Pläne einfangen läßt. Es ist also nicht möglich, das Erreichbare im voraus genau zu bestimmen. Möglich war aber, die Kräfte nach richtigen Erzeugungszielen voll einzusetzen und damit die Voraussetzungen gesteigerter Ernten zu schaffen. Für die Zukunft ist es notwendig, sich ein Bild von den Kräften zu machen, die für die Fortführung der Erzeugungsschlacht zur Verfügung stehen. Es ist nicht Aufgabe dieses Aufsatzes, dies irgendwie vollständig zu tun. Es sollen hier lediglich einige Hinweise gegeben werden, die für die Beurteilung der zur Verfügung stehenden Kraftreserven wichtig erscheinen.

Grundsätzlich muß man sich vor allem klarmachen, daß in der Landwirtschaft das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag gilt, das der Industrie unbekannt ist. In der Industrie gilt im Gegenteil das Gesetz, wonach mit steigender Erzeugung die Unkosten sinken. In der Landwirtschaft ist es umgekehrt. Jede weitere Ertragssteigerung erfordert einen größeren Aufwand an Betriebsmitteln als die vorherige. Diese Tatsache hat auch zur Folge, daß einmal der Augenblick kommt, in dem bei gleichbleibenden Preisverhältnissen jede zusätzliche Ertragssteigerung höhere Kosten verursacht, als der aus der Ertragssteigerung erzielte Mehrerlös ausmacht. Eine Änderung der Relation zwischen Gestehungskosten und Erlösen kann diesen Augenblick natürlich hinausschieben oder auch zeitiger in Erscheinung treten lassen, als nach dem Stande der Technik eigentlich zu erwarten wäre.

Diese Gesetzmäßigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung muß bei der Beurteilung der folgenden Tatsachen beachtet werden. Im Wirtschaftsjahr 1936/37 stiegen die Betriebsausgaben der deutschen Landwirtschaft nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts um 335 Millionen Reichsmark, während die Verkaufserlöse der Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1936/37 nur um 163 Millionen Reichsmark höher lagen als im Jahre 1935/36. Die Betriebsausgaben der Landwirtschaft, d. h. im wesentlichen der Aufwand zur Steigerung der Erzeugung, ist also im Wirtschaftsjahr 1936/37 rund doppelt so stark gestiegen wie die Verkaufserlöse infolge Erhöhung der Ernten. Diese Entwicklung ist eine Folge des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag im Zusammenwirken mit einer Verschlechterung der Relation zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und den landwirtschaftlichen Produktionskosten. Die Preisschere ist im letzten Jahr nicht mehr

wie in den ersten vier Jahren der nationalsozialistischen Agrarpolitik von Jahr zu Jahr geringer geworden. Sie hat sich vielmehr wieder erheblich erweitert. Dies zeigt die folgende Aufstellung:

	Index der Agrarstoffe	Index für industrielle Fertigwaren*)	Preisschere
Durchschnitt 1932 . . .	91,3	117,9	26,6
" 1933 . . .	86,8	112,8	26,0
" 1934 . . .	95,9	115,8	19,9
" 1935 . . .	102,2	119,4	17,2
" 1936 . . .	104,9	121,2	16,3
" 1937 . . .	104,6	124,6	20,0
Januar 1938 . . .	105,0	125,9	20,9

Es ist nicht möglich, an diesen Tatsachen gedankenlos vorüberzugehen, zumal die Erhebungen über die Entwicklung der Verschuldung der Landwirtschaft eine Bestätigung des erwähnten Sachverhalts geben. Es ist zunächst festzustellen, daß sich die Schulden der Landwirtschaft bis zum Jahre 1935/36 von Jahr zu Jahr vermindert haben, die Abnahme aber in letzter Zeit immer geringer wurde und schließlich ein Stillstand eingetreten ist. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts ergibt sich folgendes Bild:

Veränderung des Schuldenstandes der Landwirtschaft gegenüber dem Vorjahr

1932/33 . . . — 200 Mill. RM
1933/34 . . . — 200 Mill. RM
1934/35 . . . — 300 Mill. RM
1935/36 . . . — 100 Mill. RM
1936/37 . . . ± 0 Mill. RM

Zieht man zur näheren Kennzeichnung dieser Zahlen noch die Untersuchungen über die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1935/36 heran, die von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt herausgegeben worden sind, so zeigt sich, daß zwar im Reichsdurchschnitt aller landwirtschaftlichen Betriebe im Jahre 1935/36 noch eine Abnahme der Verschuldung zu verzeichnen war, daß jedoch in Mitteldeutschland und in Nordwestdeutschland bei den Erbhöfen im Vergleich zum Vorjahr bereits eine leichte Zunahme der Verschuldung um 0,6 bzw. 0,2 vH im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen war. Genaue Zahlen über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verschuldung im Jahre 1936/37 liegen noch nicht vor. Das Statistische Reichsamt rechnet, wie die obige Aufstellung zeigt, vorläufig damit, daß 1936/37 im Reichsdurchschnitt weder eine Zu- noch eine Abnahme der landwirtschaftlichen Verschuldung eintreten wird. Nach Teilerhebungen scheint es jedoch notwendig, endgültige Berechnungen abzuwarten. Bisherige repräsentative Erhebungen haben nämlich ergeben, daß im

Vergleich zum Vorjahr in Schleswig-Holstein, Weser-Ems, Westfalen, Pommern und Württemberg mit einer Zunahme der landwirtschaftlichen Verschuldung um 1 vH im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 1935/36 gerechnet werden muß. Bei der Betrachtung dieser Ermittlungen fällt auf, daß es sich in erster Linie um solche Gebiete handelt, in denen die Landwirtschaft auf das engste mit dem Schicksal der Viehwirtschaft verbunden oder wo eine überwiegend bäuerliche Struktur der Landwirtschaft vorhanden ist. Bauernbetriebe sind aber wiederum in ganz anderem Maße auf die Einnahmen aus der Viehwirtschaft angewiesen als größere Betriebe und Großbetriebe, die im Verhältnis zu ihrer Fläche einen wesentlich geringeren Viehbestand aufzuweisen haben als der bäuerliche Betrieb. Eine Bestätigung findet diese Ansicht auch darin, daß die Verschuldungszunahme im Wirtschaftsjahr 1935/36 in Mittel- und Nordwestdeutschland bei den Bauernbetrieben und nicht bei den Großbetrieben eingetreten ist. Die Ursache dieser Tatsache ist darin zu suchen, daß die Preise für Schlachtvieh indexmäßig bei rund 90 vH des Vorkriegsstandes liegen, während die Preise der Ackerbauerzeugnisse im Durchschnitt einen Stand von rund 115 des Vorkriegsstandes aufzuweisen haben.

Diese „innerlandwirtschaftliche Preisschere" zwischen Ackererzeugnissen und den Erzeugnissen der Veredelungswirtschaft ist einerseits durch die Entwicklung bedingt, andererseits aus ernährungspolitischen Gründen zunächst auch gerechtfertigt gewesen und bewußt beibehalten worden. Bei der Machtergreifung fanden wir diese „innere Preisschere" bereits vor. Das war bedingt einmal dadurch, daß die Agrarkrise zunächst nur die Ackererzeugnisse getroffen hatte und in der Systemzeit nur diese Gebiete — insbesondere die Getreidepreise — geschützt wurden, die Preise der Veredelungswirtschaft dagegen erst 1930/31 ins Gleiten gerieten und 1932/33 ihren tiefsten Punkt erreicht hatten. Zum zweiten war auch der Schutz der Veredelungserzeugnisse aus handelspolitischen Gründen weit schwieriger durchzuführen. Wieweit die Interessen der größeren Betriebe bei den Maßnahmen der Systemregierung sich einen größeren Nachdruck haben verschaffen können, mag dabei ununtersucht bleiben. Jedenfalls traf das Einsetzen der Marktordnung bereits eine Diskrepanz der Preise zwischen Ackererzeugnissen und Veredelungserzeugnissen an, und es war im Hinblick auf die soziale Seite damals nicht angängig, die Veredelungspreise auf die gleiche Ebene heraufzusetzen.

Darüber hinaus zwangen aber die bereits 1934 einsetzenden Ernährungsschwierigkeiten dazu, der „Urproduktion" einen gewissen Preisauftrieb gegenüber der Veredelungsproduktion zu belassen, da es in erster Linie darauf ankam, mehr Früchte aus der begrenzten Ackerscholle zu ziehen, zumal um jene Zeit noch ein gewisser Überfluß an diesen Veredelungserzeugnissen herrschte. So mußte bewußt dieser

Weg einer stärkeren Förderung des Ackerbaues gegangen werden, ein Weg, der auch noch im ersten Jahr des zweiten Vierjahresplans seinen Niederschlag in der Verbesserung der Erzeugerpreise für Roggen und Fabrikkartoffeln gefunden hat. Agrarpolitisch bedeutete diese „innere Preisschere" aber ein Kurzhalten der Einnahmen der Viehbetriebe gegenüber denen, deren Schwergewicht im Ackerbau lag. Mit anderen Worten: Da die Einnahmen des größeren Betriebes namentlich im Osten im wesentlichen aus Bodenerzeugnissen stammen, also aus Roggen, Kartoffeln, aber auch den übrigen Getreidearten und Zuckerrüben, da andererseits die Viehwirtschaft das Rückgrat gerade der bäuerlichen Betriebe und der Betriebe des Westens ist, sind einerseits die bäuerlichen Betriebe Gesamtdeutschlands, andererseits die Betriebe des Westens und Südens preislich sehr viel stärker angespannt als die anderen.

Aus alledem bleibt festzuhalten, daß sich im Zuge der Erzeugungsschlacht Grenzen bemerkbar machen, die auf den Einfluß des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag und die Verschlechterung im Verhältnis der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu den Produktionskosten zurückzuführen sind. Wir nähern uns in der Erzeugungsschlacht dem Augenblick — oder haben ihn schon erreicht —, in dem eine weitere Steigerung der Erzeugung, die volkswirtschaftlich unbedingt gebraucht wird, die Wirtschaftskraft der landwirtschaftlichen Betriebe nicht mehr stärkt, sondern schwächt.

Nicht zu trennen ist von dem aufgezeichneten Problem die Landarbeiterfrage. Der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande ist bekannt. Die maßgebenden Stellen sind sich auch über die Bedeutung des Landarbeitermangels für die Volksernährung klar. Die Feststellung des Reichsbauernführers am Schluß seiner Rundfunkansprache „Ohne Landarbeit hungert das Volk" ist eine ernste Wahrheit.

Man muß erkennen, daß in der Landwirtschaft neben dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag ein zweites Gesetz gilt, nämlich das Gesetz vom Minimum. Dies besagt, daß die Höhe des Ertrages immer von demjenigen Produktionsfaktor bestimmt wird, der im Minimum vorhanden ist. Gegenwärtig ist zweifellos von allen Produktionsfaktoren in der Landwirtschaft die Arbeit im Minimum. Man erinnere sich nur an die vom Reichsbauernführer zur Erzeugungsschlacht ausgegebenen Leitsätze. Sie bedingen fast alle zunächst ein Mehr an Arbeit für die Landwirtschaft. Dieses Mehr an Arbeit muß im Interesse der Volksernährung bewältigt werden. Der Reichsbauernführer hat deshalb an den Willen zur Leistung appelliert. Daneben ist es aber auch notwendig, die wirtschaftlichen Voraussetzungen im Auge zu behalten, die auf die Dauer für die Bewältigung dieser geforderten und notwendigen Mehrarbeit nicht entbehrt werden können.

Der Landarbeitermangel führt so zu einer Rückwirkung auf die Wirtschaftlichkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe, die nicht übersehen werden darf. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts sind *die Ausgaben der Landwirtschaft für Barlöhne und Bargehälter* in den letzten Jahren seit der Machtübernahme ständig gestiegen. Sie betrugen:

1932/33 . . . 1332 Mill. RM		
1933/34 . . . 1329 Mill. RM		
1934/35 . . . 1419 Mill. RM	+ 90 Mill. RM	gegenüber Vorjahr
1935/36 . . . 1492 Mill. RM	+ 73 Mill. RM	gegenüber Vorjahr
1936/37 . . . 1572 Mill. RM	+ 80 Mill. RM	gegenüber Vorjahr

Insgesamt sind demnach die von der Landwirtschaft gezahlten Barlöhne und Bargehälter seit 1933/34 um rund 250 Mill. RM oder 18 vH gestiegen. Die Landwirtschaft hat also den Versuch gemacht, der Abwanderung von Arbeitskräften vom Lande in die Stadt u. a. durch Erhöhung der Löhne entgegenzutreten. Die gestiegenen Aufwendungen für Löhne können nicht mit einer Vermehrung der von der Landwirtschaft Beschäftigten erklärt werden. Deren Zahl hat höchstens in den Anfängen der Arbeitsschlacht etwas zugenommen. In den letzten Jahren ist die *Steigerung der Lohnausgaben* der Landwirtschaft ausschließlich eine *Folge von Lohnerhöhungen*. Im übrigen dürften die Löhne tatsächlich noch in stärkerem Maße gestiegen sein, als aus den vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Zahlen hervorgeht, und zwar wiederum am stärksten in der Veredelungswirtschaft, d. h. in den bäuerlichen Betrieben, in denen sich das Abwandern der weiblichen und ledigen männlichen Hilfskräfte am stärksten auswirkte. Diese Entwicklung der Löhne für Landarbeiter als Auswirkung des herrschenden Mangels stellt naturgemäß eine Belastung der Landwirtschaft dar, so sehr auch die Verbesserung der Lebenshaltung der Landarbeiter an sich erwünscht ist. Dem guten Willen der Landwirtschaft zur Verbesserung der sozialen Lage der Landarbeiter sind jedoch dadurch Grenzen gezogen, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gebunden sind. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß die Bindungen der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse bereits in einem Zeitpunkt erfolgt sind, der noch unter den Auswirkungen der Krise vor der Machtübernahme stand. So kam es, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf einem Niveau stabilisiert wurden, das zwar eine Rettung der Landwirtschaft aus der Krise bedeutete, aber die deutsche Landwirtschaft nicht in dem Maße an dem allgemeinen Aufschwung der Volkswirtschaft teilnehmen ließ, den die deutsche Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit nahm. Dies zeigt die folgende Aufstellung:

Volkseinkommen		Verkaufserlöse der Landwirtschaft	
1932 . . .	45,2 Milliard. RM		
1933 . . .	46,6 Milliard. RM	1932/33 . . .	6,4 Milliard. RM
1934 . . .	52,7 Milliard. RM	1933/34 . . .	7,4 Milliard. RM
1935 . . .	57,9 Milliard. RM	1934/35 . . .	8,3 Milliard. RM
1936 . . .	62,6 Milliard. RM	1935/36 . . .	8,7 Milliard. RM
1937 .	65 bis 70 Milliard. RM	1936/37 . . .	8,86 Milliard. RM
Gesamtsteigerung rd. 50 vH		Gesamtsteigerung rd. 38 vH	

Das Volkseinkommen ist demnach in seiner Gesamtheit in Deutschland in den letzten Jahren erheblich stärker gestiegen als die Verkaufserlöse der Landwirtschaft. Auch diese Tatsache wirft ein für die gesamte Struktur und Entwicklung unserer Volkswirtschaft wichtiges Problem auf. Im übrigen stellt die Tabelle eine weitere Erläuterung zu den weiter oben gemachten Angaben über die Entwicklung der Verschuldung und das Mißverhältnis in der Zunahme der Betriebsausgaben und der Steigerung der Verkaufserlöse der Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1936/37 dar.

Versucht man, die Ursache dieser Entwicklung zu erkennen, so kommt man zu dem Schluß, daß sie in der Ungebundenheit der gewerblichen Wirtschaft gegenüber der volkswirtschaftlichen Gebundenheit im Agrarsektor ihre Wurzel hat. Wie aber bereits in Goslar einmal von mir ausgeführt wurde, ist ein Nebeneinander zweier verschiedener Wirtschaftssysteme nur in Übergangszeiten möglich. Der Übergang der gewerblichen Wirtschaft zum gebundenen Wirtschaftsprinzip, ein Übergang, der ja auch durch verschiedene andere Momente immer akuter wird, dürfte daher immer dringlicher werden. Die nationalsozialistische Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", die im Agrarsektor eine reale Wirtschaftsordnung gefunden hat und durch die Gemeinschaftsleistung der Erzeugungsschlacht ihre Feuerprobe bestanden hat, muß auch in den übrigen Wirtschaftszweigen ihre organisatorische Grundlage in einer volkswirtschaftlich ausgerichteten Marktordnung finden.

Die Ausführungen sollten einmal zeigen, daß die Erzeugungsschlacht bisher zu großen Erfolgen geführt hat. Diese Erfolge sind nicht und wären nicht im freien Spiel der Kräfte zu erzielen gewesen, sondern nur auf der Grundlage einer neuen nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung. Sie beweisen, daß der liberale Glaube an den Eigennutz als alleinige Triebkraft wirtschaftlichen Handelns und einer wirtschaftlichen Mehrerzeugung ein Irrtum ist; denn obgleich die Mehrerzeugung im Agrarsektor zu einem Sinken der Reinerträge führen mußte und geführt hat, ist diese Mehrerzeugung aus sittlicher Pflicht heraus durchgeführt worden. Es mag dahingestellt bleiben, ob ein liberales Heraufschrauben der Preise der Agrarprodukte eine ebensolche Mehrerzeugung herbeigeführt hätte — wir bestreiten dieses —. Sicher aber

hätte auch dann dieser Beitrag der Landwirtschaft zur Volkswirtschaft niemals den Wert haben können, den er im anderen Falle gehabt hat; denn er hätte nicht gestattet, die großen Aufgaben auf den anderen Gebieten der Politik durchzuführen, die durchgeführt werden mußten.

Zum zweiten sollten die Ausführungen aber auch die Schwere der durchgeführten Aufgaben zeigen. Sie sollten andeuten, daß die zuständigen Stellen sich durchaus im klaren waren über das Maß an Einsatzbereitschaft, das sie dem Bauerntum zumuteten und dem sich die gesamte Landwirtschaft und in erster Linie das am meisten von den Lasten betroffene Bauerntum gewachsen gezeigt hat.

Schließlich sollten die Grenzen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgezeigt werden, Grenzen, die vor allem entstanden sind durch das Nebeneinander zweier verschiedener Wirtschaftsprinzipien einerseits im Agrarsektor, andererseits in der übrigen Wirtschaft.

(Aufsatz, veröffentlicht in der Zeitschrift „Die deutsche Volkswirtschaft" 7. Jahrgang, Heft 1)

Die Erzeugungsschlacht — eine Futterfrage

Als der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, am 23. März 1937 die weitreichenden Maßnahmen zur Beschleunigung der Erzeugungsschlacht verkündete und in diesem Rahmen durch Erhöhung der Preise für Fabrikkartoffeln u. a. auch die Voraussetzungen für einen erweiterten Kartoffelanbau schuf, wurde dieser Schritt vielfach als eine Notmaßnahme angesehen, die lediglich ergriffen wurde, um einen Ausgleich für die umfangreichen Auswinterungsschäden bei Weizen und Roggen zu schaffen. Diese Auswinterungsschäden waren tatsächlich sehr erheblich, denn 5,81 vH der gesamten Roggenfläche und 9,6 vH der gesamten Weizenfläche, insgesamt rund 500 000 ha, mußten umgepflügt und neu bestellt werden. In einem derartigen Umfang waren Auswinterungsschäden seit Jahren nicht festzustellen. Trotzdem handelte es sich bei dem Vorgehen zur Steigerung der Kartoffelerzeugung, wozu unter anderem auch die rückwirkende Inkraftsetzung der Verbilligung für Stickstoff-Düngemittel ab 1. Januar 1937 gehört, nicht um eine zeitbedingte Verlegenheitsmaßnahme, sondern um einen grundsätzlichen Schritt. Dies war auch schon daran zu erkennen, daß der Reichsnährstand durch die Hauptvereinigung der deutschen Zuckerwirtschaft einige Monate vorher planmäßig eine Erweiterung der Zuckerrübenanbaufläche eingeleitet hatte. Ziel aller genannten Maßnahmen war die Steigerung der Erzeugung von Futtermitteln. Man ging von der Erkenntnis aus, daß die Versorgung des deutschen Volkes mit Brotgetreide auch in schlechten Jahren fast vollkommen aus eigener Erzeugung gesichert werden kann, wenn Futtermittel für die Erhaltung und Leistungssteigerung des Viehbestandes in so reichem Maße zur Verfügung stehen, daß die Verfütterung von Brotgetreide entbehrlich wird. Bisher war dies in Deutschland nicht der Fall. Im Durchschnitt der Jahre 1931 bis 1936 wurden in Deutschland jährlich 2,7 Millionen Tonnen Brotgetreide verfüttert. Insgesamt setzte sich der Brotgetreidebedarf in diesen Jahren folgendermaßen zusammen:

Brotgetreide-Bedarf 1931/32 bis 1935/36[2])

Saat	1,1 Mill. To.
Schwund	0,3 „ „
Menschlicher Verbrauch . . .	9,0 „ „
Zusammen . . .	10,4 Mill. To.
Futter	2,7 „ „
Gesamtbedarf einschl. Futter .	13,1 Mill. To.

[2]) Das Zahlenmaterial der in dem Aufsatz enthaltenen Tabellen ist zum großen Teil dem in Kürze erscheinenden Sonderheft 138 der Berichte über Landwirtschaft entnommen von Dr. Hans v. d. Decken „Stand der Selbstversorgung Deutschlands mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen".

Stellt man dieser Struktur des Brotgetreidebedarfs die Brotgetreideernten in den letzten Jahren gegenüber, so wird bestätigt, daß die Brotgetreide-Ernte in Deutschland zur Deckung des menschlichen Bedarfs ausreicht, wenn die Brotgetreide-Verfütterung entbehrlich wird. An Brotgetreide wurden in Deutschland geerntet:

	Mill. To.
1927	10,2
1928	12,5
1929	11,7
1930	11,6
1931	11,1
1932	13,6
1933	14,5
1934	12,3
1935	12,3
1936	11,9
1937	11,3

Der in der Tabelle zum Ausdruck kommende Rückgang der Brotgetreideernten in den Jahren nach der Rekordernte 1933 ist fast ausschließlich eine Folge des Rückgangs der Anbaufläche für Brotgetreide. Dieser ist zum Teil auf die Erhöhung der Anbauflächen für andere ertragreichere oder dringender benötigte Früchte (Rohstoffversorgung), zum Teil auch auf Inanspruchnahme von Flächen für nichtlandwirtschaftliche Zwecke zurückzuführen: Denn die Hektarerträge lagen im Durchschnitt der Jahre 1933 bis 1936 bei Winterweizen mit 22,2 dz je Hektar gegenüber 20,9 dz in den Jahren 1929 bis 1932 und bei Winterroggen mit 17,3 dz gegenüber 17,0 dz je Hektar in der gleichen Zeit durchweg höher als in dem entsprechenden Zeitraum vor der Machtübernahme.

Mit der Feststellung, daß der Brotgetreidebedarf in seiner Gesamtheit in Deutschland — von ganz ungünstigen Jahren abgesehen — aus eigener Ernte gedeckt werden kann, wenn Futtermittel ausreichend anderweitig zur Verfügung stehen, ist selbstverständlich das Problem der Weizenversorgung noch nicht restlos geklärt, zumal der Weizenverbrauch dazu neigt, sich auf Kosten des Roggenverbrauchs auszudehnen. Es wird eine wichtige Aufgabe der Verbrauchslenkung sein, diese Entwicklung vom Roggenbrotverzehr zum Weizenverzehr nicht nur aufzuhalten, sondern möglichst sogar ins Gegenteil zu verwandeln. Nur etwa 30 vH des deutschen Bodens können nach einer Feststellung der Reichsstelle für Raumordnung als gut bezeichnet werden. Infolgedessen ist es nicht möglich, die Weizenerzeugung in Deutschland beliebig zu erhöhen. Steigender Weizenverbrauch macht die Sicherung des Brotgetreidebedarfs Deutschlands aus eigener Scholle unmöglich.

Brotversorgung und Futterversorgung.

Im Rahmen dieses Aufsatzes kam es aber nur darauf an, die Zusammenhänge zwischen der Futterversorgung und der Brotgetreideversorgung aufzuzeigen. Das im Sommer dieses Jahres erlassene Verbot, Brotgetreide zu verfüttern, ist nur eine Folge dieser Zusammenhänge. Da das Verbot, Brotgetreide zu verfüttern, volkswirtschaftlich nur zu vertreten war, wenn der Landwirtschaft für das zur Verfütterung ausfallende Brotgetreide ein Ersatz geschaffen wurde, hat das Reich gleichzeitig mit dem Erlaß dieses Verbots die Lieferung von Auslandsmais an die Landwirtschaft in die Wege geleitet, soweit die Einfuhrmöglichkeiten es erlaubten. Unterstützt wurde dieser Versuch, die Futterlücke durch Maislieferungen zu schließen, in entscheidender Weise durch die mit Hilfe der Anfang des Jahres getroffenen Maßnahmen ermöglichte Steigerung der Hackfruchterzeugung. Die diesjährige Hackfruchternte ist die größte, die Deutschland bisher überhaupt zu verzeichnen hat. Die Kartoffelernte übertrifft mit 55,3 Millionen Tonnen die Durchschnittsernte der Jahre 1930/35 um rund 30 vH, die Zuckerrübenernte mit 15,7 Millionen Tonnen den Durchschnitt der letzten sechs Jahre um 55,6 vH. Da außerdem aus der Futtergetreideernte in diesem Jahr 580 000 Tonnen mehr zur Verfügung standen als im vorigen Jahr, ist insgesamt eine Versorgungslage mit Futtermitteln entstanden, die es der Landwirtschaft auch betriebswirtschaftlich ohne einschneidende Maßnahmen ermöglicht, das Verfütterungsverbot für Brotgetreide durchzuführen. Der Umfang der Brotgetreideablieferungen in diesem Jahr bestätigt dies. Die Landwirtschaft hat bis zum 31. Oktober 1937 insgesamt rund 37 vH mehr an Roggen und rund 26,5 vH mehr an Weizen abgeliefert als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Das Jahr 1937 zeigt also vielleicht noch deutlicher als der allgemeine Überblick über die Struktur des Brotgetreidebedarfs und die Brotgetreideernten in den letzten Jahren, *daß die Voraussetzung einer Sicherung der Brotgetreideversorgung die Sicherung einer ausreichenden Futterversorgung ist, die wiederum notwendig ist, um die Fleisch-, Fett- und Eierversorgung zu gewährleisten.*

Es wäre nun falsch, die Futtermittelversorgung Deutschlands dann als völlig gesichert zu betrachten, wenn es gelungen ist, die derzeitige Futtermitteleinfuhr durch im Inland erzeugte Futtermittel zu ersetzen. Die Aufgabe der Futtermittelwirtschaft ist vielmehr größer. *Die absolute Nahrungsfreiheit ist erst dann erreicht, wenn es nicht nur gelungen ist, die derzeitige Futtermitteleinfuhr durch inländische Erzeugung zu ersetzen, sondern wenn darüber hinaus auch genug Futtermittel vorhanden sind, um diejenigen tie-*

rischen Erzeugnisse herstellen zu können, die bisher noch aus dem Ausland eingeführt werden mußten. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Grad der Ernährungssicherung im Hinblick auf die wachsende Bevölkerungszahl und den steigenden Lebensstandard nicht zu erreichen ist. Dies ist auch nicht das Ziel der Erzeugungsschlacht, da wir uns keineswegs gegen die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland wenden, soweit das Ausland auch bereit ist, diese Einfuhr sich durch entsprechende Lieferungen deutscher Fertigwaren bezahlen zu lassen, was leider noch nicht überall der Fall ist. Es muß aber Klarheit darüber herrschen, wie weit wir noch vom Ausland abhängig sind. Um diese zu gewinnen, soll im folgenden ein Überblick über die noch verbliebene Abhängigkeit unserer Versorgung von der Einfuhr auf den wichtigsten Gebieten gegeben werden.

Der schwächste Punkt unserer Nahrungsmittelversorgung

vom Standpunkt der Nahrungsfreiheit ist zweifellos unsere Fettversorgung. Dies zeigt die folgende Aufstellung:

Gesamtversorgung mit Fetten
(Verbrauch für Nahrungs- und industrielle Zwecke)

	Gesamtverbrauch in 1000 t Reinfett	Inlandanteil (ohne Berücksichtigung der eingeführten Futtermittel) v. H.	Echter Inlandanteil (Nach Abzug der mit eingeführten Futtermitteln erzeugten Fettmengen) v H.
1909/13	1808	59	40
1932	2232	47	36
1933	2108	52	42
1934	2158	53	44
1935	2032	57	50
1936	2234	55	49

In diesem Zusammenhang interessiert weniger die Tatsache, daß der Fettverbrauch heute erheblich höher ist als in der Vorkriegszeit. Wichtig ist vielmehr, daß heute, nach Abzug der mit eingeführten Futtermitteln erzeugten Fettmengen, nur 49 vH des Gesamtverbrauchs an Nahrungs- und Industriefetten in Deutschland selbst erzeugt werden. Werden die eingeführten Futtermittel nicht berücksichtigt, so erhöht sich der Umfang der Eigenerzeugung auf 55 vH des Gesamtfettverbrauchs. Diese Inlandserzeugung kann jedoch nicht als echte Inlandserzeugung angesehen werden. Eine wirkliche Unabhängigkeit in der Fettversorgung wäre erst dann erreicht, wenn es gelingen würde:

1. Die Fettmengen, die bisher in Deutschland mit eingeführten Futtermitteln erzeugt wurden, aus inländischen Futtermitteln herzustellen, und

2. die Futtermittelerzeugung so stark zu steigern, daß auch die bisher aus dem Ausland eingeführten Fettmengen mit Hilfe inländischer Futtermittel im Inland erzeugt werden können.

Selbstverständlich ist dieser Weg, die Unabhängigkeit unserer Fettversorgung vom Auslande zu steigern, nicht der einzige. Die deutsche Landwirtschaft wird wesentlich unterstützt durch den wieder aufgenommenen Walfang und die synthetische Herstellung von Fetten, welche bisher für technische Zwecke verwandte Fette für die Ernährung frei machen kann. Es besteht ferner die Möglichkeit, Fett nicht nur über den Tiermagen zu produzieren, sondern auch den Ölpflanzenanbau zu fördern. Dieser letzte Weg stößt jedoch solange auf Schwierigkeiten, wie es nicht gelungen ist, Ölpflanzen zu züchten, deren Erträge so hoch sind, daß es volkswirtschaftlich richtiger ist, sie statt Futterpflanzen anzubauen. Vorläufig sind im Rahmen der landwirtschaftlichen Erzeugung das Schwein und die Milchkuh diejenigen Fettquellen, die den größten Beitrag zur inländischen Fettversorgung liefern und in Zukunft einen noch größeren Anteil werden liefern können. Im übrigen ist aus der obigen Aufstellung zu entnehmen, daß

1. der Anteil der echten Inlandserzeugung am Gesamtfettverbrauch seit 1932 um rund ein Drittel gestiegen ist,
2. jetzt nur noch etwa 6 vH des Gesamtfettverbrauchs in Deutschland aus eingeführten Futtermitteln hergestellt werden, während es vor dem Krieg 19 vH und 1932 11 vH waren,
3. trotz stark rückgängiger Futtermitteleinfuhren die echte Inlandserzeugung an Fett erheblich gesteigert wurde.

Die Bedeutung der Futtererzeugung für die Erzeugungsschlacht wird durch die folgende Aufstellung noch näher gekennzeichnet:

Die Auslandsabhängigkeit bei der Versorgung mit Milch und Molkereierzeugnissen, Schweinefleisch und Schweinefett
(Inländische Erzeugung in vH des Gesamtverbrauchs)

	Milch- und Molkereierzeugnisse		Schweinefleisch		Schweinefett	
	scheinbar[3])	tatsächlich[4])	scheinbar[3])	tatsächlich[4])	scheinbar[3])	tatsächlich[4])
1909/13 .	91	59	98	61	77	48
1932	89	60	99	84	73	61
1933	91	65	99	94	80	76
1934	91	70	99	89	88	80
1935	90	76	98	91	90	84
1936	90	75	96	93	90	87

[3]) Scheinbar, d. h. ohne Abzug des auf eingeführte Futtermittel entfallenden Anteils.

[4]) Tatsächlich, d. h. nach Abzug des auf eingeführte Futtermittel entfallenden Anteils.

Die Aufstellung zeigt, daß in den letzten Jahren die echte Inlandserzeugung sehr erheblich gestiegen ist, während die scheinbare Inlandserzeugung, d. h. die Produktion der genannten Erzeugnisse aus ausländischen Futtermitteln im Inland von Jahr zu Jahr immer mehr zurückging.

Die Erzeugung an Milch und Molkereierzeugnissen im Inland deckte zwar in der Vorkriegszeit in etwa dem gleichen Maße wie heute den Bedarf. Die Struktur der Inlandserzeugung an Milch und Molkereierzeugnissen ist jedoch inzwischen wesentlich günstiger geworden. Vor dem Krieg und auch 1932 wurden zwar rund 90 vH des Verbrauchs im Inland erzeugt, davon aber nur zwei Drittel aus im Inland erzeugten Futtermitteln. Dank der Steigerung der inländischen Futtermittelerzeugung im Zuge der Erzeugungsschlacht wurden 1936 aber nicht mehr nur 60 vH wie im Jahre 1932 aus inländischen Futtermitteln erzeugt, sondern 75 vH. 15 vH des Gesamtbedarfs an Milch und Molkereierzeugnissen werden darüber hinaus noch aus eingeführten Futtermitteln im Inland erzeugt. Notwendig wäre also zur Erreichung der absoluten Unabhängigkeit bei Milch und Molkereierzeugnissen eine Steigerung der inländischen Futtererzeugung um eine Menge, die ausreicht, um

1. die bisher noch eingeführten 10 vH des Gesamtverbrauchs an Milch und Molkereierzeugnissen und
2. darüber hinaus die bisher aus Auslandsfuttermitteln im Inland hergestellten 15 vH an Milch und Molkereierzeugnissen herstellen zu können.

Ganz ähnlich ist die Lage bei Schweinefleisch und Schweinefett. Der Bedarf an Schweinefleisch wird zwar seit Jahren fast vollkommen von dem deutschen Schweinebestand gedeckt. Der Prozentsatz, der durch die Einfuhr von Schweinen befriedigt wird, ist verhältnismäßig gering. Wir haben jedoch immer noch, auch bei der Schweinefleischversorgung, einen Grad der Abhängigkeit vom Ausland zu verzeichnen, der uns ernährungswirtschaftlich zu schaffen macht. Unter Berücksichtigung der eingeführten Futtermittel stammten 1932 noch 16 vH, 1936 allerdings nur noch 7 vH des verbrauchten Schweinefleisches aus dem Ausland. Insgesamt zeigen die Zahlen, daß die Schweinefleischversorgung entscheidend abhängig ist von der Futterversorgung. Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß vor dem Krieg nur etwa zwei Drittel des deutschen Schweinebestandes mit inländischen Futtermitteln gefüttert wurden. Auf die Schweinefettversorgung braucht im einzelnen nicht eingegangen zu werden. Die Entwicklung läuft hier im allgemeinen parallel der bereits erläuterten Gesamtentwicklung der Fettversorgung und der Entwicklung der Schweinefleischversorgung.

Alle Verknappungen an Nahrungsmitteln Folgen vorangegangener Futterknappheiten.

Aus alledem dürfte hervorgehen, daß die zur Zeit noch bestehende Abhängigkeit Deutschlands in der Versorgung mit Nahrungsmitteln zum entscheidenden Teil eine Futterfrage ist. Es ist gezeigt worden, daß Voraussetzung einer gesicherten Brotversorgung eine ausreichende Versorgung mit Futtermitteln ist. Es wurde weiter dargelegt, daß die noch bestehende Abhängigkeit vom Ausland bei Fett, Molkereierzeugnissen und Fleisch, kurz bei allen tierischen Erzeugnissen nur auf dem Wege der Steigerung der Futtererzeugung vermindert werden kann. Zur Unterstreichung dieses Untersuchungsergebnisses sei schließlich nur noch daran erinnert, daß alle Verknappungen an Lebensmitteln, die wir in den letzten Jahren in Deutschland gelegentlich zu verzeichnen hatten, eine Folge vorangegangener Futtermittelknappheiten waren. Man denke nur an die Verknappungen bei Fleisch, insbesondere Schweinefleisch, aber auch Rindfleisch, die infolge der Dürre im Jahre 1934 auftraten, ferner an die Verknappungen bei Butter und Eiern und schließlich die im Jahre 1938 zu erwartende Verknappung an Schweinefleisch auf Grund der unzureichenden Futtermittelversorgung im Wirtschaftsjahr 1936/37.

Angesichts dieser Tatsachen wird verständlich, warum seit Beginn der Erzeugungsschlacht auf die Steigerung der Futtererzeugung so großer Wert gelegt wird und warum in diesem Jahr von den sieben Leitsätzen, die der Reichsbauernführer als Richtlinie für die Erzeugungsschlacht im Jahre 1938 ausgegeben hat, neben zwei den Arbeitermangel berührenden und einer allgemeinen Parole vier auf eine Verstärkung unserer Unabhängigkeit in der Futtermittelversorgung abzielen. Es sind dies folgende Leitsätze:

1. Steigert die Erträge im Hackfruchtbau!
2. Erntet durch Zwischenfruchtbau in zwei Jahren dreimal!
3. Im Grünland liegen die größten Reserven!
4. Haltet leistungsfähiges Vieh und füttert es richtig!

1. Für die Aufstellung des Leitsatzes „Steigert die Erträge im Hackfruchtbau!" waren dieselben Gründe maßgebend, die auch im vergangenen Jahr Anlaß für die Bestrebungen gewesen waren, den Hackfruchtbau zu erweitern. Die Hackfrüchte erbringen an Nährwerten je Flächeneinheit im Vergleich zum Getreide den zwei- bis vierfachen Ertrag. 1 ha Zuckerrüben oder 1,9 ha Kartoffeln liefern im großen Durchschnitt die gleichen Nährwertmengen wie 3,2 ha Gerste

oder 3,8 ha Roggen. Während im vorigen Jahr zur Steigerung der Hackfruchternte eine Mehrerzeugung von der Flächeneinheit und eine Erweiterung der Anbauflächen gefordert wurde, wird in diesem Jahr bei den Kartoffeln eine nochmalige Ausdehnung der Anbaufläche nicht propagiert. Es kommt mehr darauf an, das in diesem Jahr Erreichte zu sichern. Bei der Zuckerrübe ist allerdings eine abermalige Erweiterung der Anbaufläche notwendig, und zwar vor allem in den Gebieten, die wohl über geeignete Vorbedingungen verfügen, aber bisher nur in geringem Umfang Zuckerrüben angebaut haben.

Für den Appell, die Hackfruchterträge weiter zu steigern, war auch die Tatsache maßgebend, daß erfahrungsgemäß die Hackfrüchte die Düngung am besten lohnen. Die Richtigkeit dieser Erfahrung beweist auch die folgende Aufstellung[5]) über die Entwicklung der Hektarerträge (in Doppelzentner je Hektar):

	Getreide	Kartoffeln	Zucker (Rohwert)
1925—29	17,8	136	45,8
1930—34	18,9	160	51,0
1933—37	19,3	164	51,4
1937	19,2	192	53,5

Der Düngeraufwand der Landwirtschaft ist in den letzten Jahrzehnten, vor allem aber in den letzten Jahren, stark gestiegen. Die Steigerung der Hektarerträge bei Getreide ist trotzdem nicht allzu groß. Die Ernten an Kartoffeln und die Zuckererträge sind dagegen in den gleichen Zeitspannen sehr erheblich gestiegen. Nach den in den Hackfruchterträgen bestehenden Unterschieden zwischen den Spitzenbetrieben und den unterdurchschnittlichen Betrieben kann auch noch für die Zukunft eine weitere Steigerung der Erträge im Hackfruchtbau erwartet werden. Es wäre allerdings zunächst einmal schon viel erreicht, wenn es gelingen würde, die Rekordhackfruchternten der letzten beiden Jahre zu einem jährlich wiederkehrenden Dauererfolg zu machen. Daß die Hackfruchternte für die Futtermittelversorgung entscheidend ins Gewicht fällt, braucht hier nicht näher erläutert zu werden.

Die Kartoffelernte stellt jedenfalls die Grundlage unserer Versorgung mit Schweinefleisch dar.

Von ihrem Umfang hängt es somit auch entscheidend ab, in welchem Maße es gelingt, den Anfall von Schweinefett zu erhöhen und dadurch unsere Abhängigkeit in der Fettversorgung zu vermindern. Bei der Beurteilung der Zuckerrübe als Futtermittel darf man nicht nur an die

[5]) Nach Berechnungen des Institutes für Konjunkturforschung.

Bedeutung der abfallenden Rübenblätter und Schnitzel für den Kuhstall und damit für die Steigerung der Erzeugung an Milch und Molkereierzeugnissen denken, man muß vielmehr beachten, daß die Zuckerrübe sowohl roh als auch gedämpft sowie in Form von Schnitzeln, ein allgemein hochwertiges wirtschaftseigenes Futtermittel darstellt. Die Zuckerrübe sollte daher in allen Betrieben, die über geeignete Böden und Klimalagen verfügen, unter Zurückdrängung der Runkelrübe weit mehr als bisher zur wirtschaftseigenen Futtergewinnung angebaut werden.

2. Der zweite vom Reichsbauernführer aufgestellte Leitsatz, der sich mit der Futterwirtschaft befaßt: „Erntet durch Zwischenfruchtbau in zwei Jahren dreimal!" geht von der Tatsache aus, daß eine Vermehrung der Futterflächen wegen des knappen Raumes der landwirtschaftlichen Nutzfläche im allgemeinen nicht möglich ist und deshalb neben einer Steigerung der Erträge auf den vorhandenen Futterflächen auch die großen und bisher zu wenig genutzten Möglichkeiten ausgenutzt werden müssen, die der Zwischenfruchtbau für die Steigerung der Futtererzeugung bietet. Eine starke Ausdehnung des Anbaues von Zwischenfrüchten kann den deutschen Nahrungsraum wesentlich erweitern. Zwischen Ernte und Bestellung der Hauptfrüchte liegen die Ackerflächen monatelang meist unausgenutzt da, obwohl noch günstige Bedingungen für das Pflanzenwachstum vorhanden sind. Gleichzeitig versickern sogar kostbare Nährstoffe unausgenutzt in den Untergrund. Der Zwischenfruchtbau schafft hier Wandel. Er ermöglicht es, in einem Jahr zwei Ernten oder wenigstens in zwei Jahren drei Ernten zu erzielen. Der Zwischenfruchtbau liefert nicht nur Grünfutter für die Sommer- und Herbstfütterung, sondern vor allem auch die Futtermengen, die im Gärfutterbehälter konserviert als hochwertiges Eiweißfutter im Winter die heute nicht mehr im gleichen Umfang wie früher verfügbaren ausländischen Kraftfuttermittel ersetzen können. Schließlich bringt der Zwischenfruchtbau das erste Grünfutter im Frühjahr. Er ermöglicht so eine fühlbare Abkürzung der teueren Winterfütterung. Die geforderte starke Ausdehnung des Zwischenfrucht-Futterbaues kann in der Geschichte der deutschen Bodennutzung vielleicht einmal eine ähnliche Bedeutung gewinnen wie die Einführung des Kartoffelbaues in Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg. Damals wurde erstmalig die Brache der alten Dreifelderwirtschaft in die Bearbeitung einbezogen. Heute haben wir aber in Deutschland nicht wie im achtzehnten Jahrhundert 20 Millionen Menschen zu ernähren, deren Nahrungsbedarf das Abgehen von der Brache erforderte, sondern ein Volk von fast 68 Millionen. Darum darf jetzt auch die zeitweise „Brache" zwischen Ernte und Bestellung der Hauptfrucht nicht mehr ungenutzt bleiben.

3. Der dritte Leitsatz des Reichsbauernführers zur Futterwirtschaft „Im Grünland liegen die größten Reserven!" weist auf die Tatsache hin, daß die Erträge des Ackerlandes in den letzten 50 Jahren um etwa 80 bis 100 und mehr Prozent gestiegen sind, während die Erträge der Wiesen und Weiden sich in der gleichen Zeit um höchstens 20 bis 30 vH erhöhten. Das Grünland ist ohne Frage in den letzten 50 Jahren das Stiefkind der deutschen Landwirtschaft gewesen. Diese Entwicklung wurde vor allem durch die liberale Verkehrswirtschaft, die Industrialisierung und die zunehmende Verflechtung mit dem Welthandel bedingt. Ausländisches Kraftfutter kam aus den entferntesten Gegenden der Welt so billig nach Deutschland herein, daß der einzelne landwirtschaftliche Betrieb gar nicht in der Lage war, die eigene Futterwirtschaft auszubauen. Hinzu kam, daß das liberale Zeitalter ein starkes Abziehen der ersparten Geldmittel in die Stadt bedingte, da diese hier eine „höhere Rente" abwarfen, als etwa in der nur „gering verzinslichen Melioration". Jahrzehntelang „meliorierte" man ausländischen jungfräulichen Boden mit europäischem Geld und europäischer Arbeitskraft und vernachlässigte die Melioration des eigenen Raums. In welchem Maße dies bei den verschiedenen Nahrungsmitteln zur Abhängigkeit vom Ausland führte, wurde bereits gezeigt. Diese Vernachlässigung des Grünlandes ist also die Ursache für die verhältnismäßig großen hier noch verfügbaren Produktionsreserven. Nach dem heutigen Stande der Möglichkeiten können die Grünlanderträge nach und nach allgemein um 30 bis 100 vH gesteigert werden. Man hat berechnet[6]), daß von der vorhandenen Eiweißlücke, d. h. also von dem eingeführten Kraftfutter, bei steigenden Leistungen unserer Tiere 60 bis 70 vH allein durch die Verbesserung des Grünlandes ersetzt werden können. Würden z. B. 2 Millionen Hektar Wiese in Zukunft als neuzeitliche Koppelmähweiden genutzt, so würde damit allein eine Steigerung der Eiweißerträge um 240 000 Tonnen erreicht werden. Wenn es gelingt, durch verbesserte Heuwerbung den Eiweißgehalt bei der Hälfte des Heues um nur 1 vH zu erhöhen, so bedeutet dies eine Mehrerzeugung von 150 000 Tonnen Eiweiß. Nach weiteren Berechnungen kann ferner durch Umbruch und nachfolgende Neuansaat der Eiweißertrag des Grünlandes um etwa 300 000 Tonnen gesteigert werden. Die Reserven, die im Grünland liegen, sind also wirklich groß, wenn man demgegenüber feststellt, daß die vorhandene Eiweißlücke etwa 1 Million Tonnen ausmacht.

4. Die vierte Parole des Reichsbauernführers zur Futterwirtschaft „Haltet leistungsfähiges Vieh und füttert es richtig!" geht schließlich von der Tatsache aus, daß neben der Stei-

---

[6]) Dr. Siebold in „Mitteilungen für die Landwirtschaft", Heft 20 vom 15. 5. 1937.

gerung der Leistungen in der Erzeugungsschlacht von der deutschen Landwirtschaft auch die sparsamste Verwendung des Erzeugten gefordert wird. Dieser Grundsatz muß vor allem auch im Viehstall beachtet werden. Wir brauchen leistungsfähige Tiere, die in der Lage sind, wirtschaftseigenes Futter in hohe Milch- oder Fettleistungen umzusetzen. Es ist kein Kunststück, Schweine mit großen Mengen von Getreide und Fischmehl zu mästen oder hohe Milchleistungen mit übersteigerten Ölkuchengaben zu erzielen. Das wurde vor dem Kriege gemacht mit dem Erfolg, daß unsere tierische Erzeugung in verhängnisvolle Abhängigkeit vom Ausland geriet. Der Meister in der Fütterung zeigt sich erst, wenn es gilt, mit mehr Wirtschaftsfutter und wenig Kraftfutter höchste Leistungen zu erzielen. Daß die deutsche Landwirtschaft in dieser Richtung auf dem besten Wege ist, zeigt die Tatsache, daß die Milcherzeugung in den letzten Jahren um mehr als 1 Milliarde Kilogramm auf rund 25 Milliarden Kilogramm jährlich gestiegen ist, obwohl die Verfütterung von ausländischen Ölkuchen in der gleichen Zeit von mehr als 2 Millionen Tonnen auf rund 1 Million Tonnen jährlich zurückgehen mußte.

Als Ergebnis der Betrachtungen ist festzustellen:

Die Kernfrage der Erzeugungsschlacht ist die Steigerung der Futtererzeugung

Diese Erkenntnis ist nicht etwa erst jetzt festgestellt worden; sie ist auch kein Zufall. Vielmehr war zwangsläufig, daß in der Erzeugungsschlacht diejenigen Produktionssparten am stärksten aktiviert werden mußten, in denen die Abhängigkeit vom Auslande am größten war. Die liberale Entwicklung zur agrarischen Weltarbeitsteilung und damit Weltwirtschaft mußte aber gemäß dem Thünenschen Gesetz zunächst die Produktion der „extensivsten Erzeugnisse“ aus dem deutschen Raum in die Welt hinaus verlegen. Das aber waren in erster Linie die Futtermittel. Die Futtermittel deshalb, weil sie infolge ihrer größeren Billigkeit den geringeren Erlös brachten und deshalb von den Landwirtschaften der Industriestaaten Europas als erste preisgegeben werden konnten: Es war z. B. vor dem Kriege für die deutsche Volkswirtschaft „rentabler“, billige russische Gerste einzuführen und den „Mastlohn“ im eigenen Lande zu verdienen, als etwa die entsprechende Menge russischer Schweine zu importieren, wie es Rußland wünschte.

Weil die liberale Politik die Notwendigkeit einer Gesamtintensivierung der deutschen Landwirtschaft nicht durchsetzen konnte, beschränkte sie sich auf den Schutz der höherwertigen Erzeugnisse, wie Brotgetreide und Veredelungserzeugnisse, mit dem Ergebnis, daß die deutsche Landwirtschaft zwar auf diesen Gebieten relativ unabhängig blieb, aber diese Unabhängigkeit auf „tönernen Füßen“ durch dauernd steigende Preisgabe ihrer Futtergrundlage erkaufte.

Die auf dieser Weltarbeitsteilung aufgebaute „Ernährungssicherheit" des deutschen Volkes war keine Sicherheit, wie der Weltkrieg zeigte. Dieses Gleichgewicht konnte nur funktionieren, solange die Weltwirtschaft den Zustand der Teilung in Industrieausfuhr- und Agrarausfuhrstaaten beibehielt. Der Zusammenbruch dieses „Gleichgewichts" zwingt Deutschland, im eigenen Raum das selbst zu erzeugen, was der eigene Raum ihm bieten kann. Und dabei machen sich wie auf dem gewerblichen so auch insbesondere auf dem landwirtschaftlichen Gebiete die Unterlassungen und

Sünden der liberalen Politik der Vergangenheit

sehr erschwerend bemerkbar. Denn man kann nicht in wenigen Jahren das an Melioration im weitesten Sinne dieses Wortes nachholen, was ein Jahrhundert vernachlässigt hat: Meliorationen werden erst langsam in Jahren und Jahrzehnten wirksam; sie brauchen Zeit, um die „alte Kraft" des Bodens zu schaffen oder zu vermehren. Hinzu kommt eine andere Folge der Vernachlässigung der deutschen Landwirtschaft: Die Verschuldung, namentlich die Verschuldung des Ostens. Jahr für Jahr auf viele Jahrzehnte hinaus wird hier in Form von Schuldenzinsen der Produktivität des deutschen Bodens ein „Tribut" auferlegt. Agrarpolitisch gesehen zögert das Verschuldungsproblem eine Gesundung der Landwirtschaft auf der Grundlage des Erbhofs und der Marktordnung nur hinaus, macht diese aber nicht unmöglich; ernährungspolitisch jedoch bindet die Verschuldung ungeheure Kräfte und hält sie vom Einsatz für die Nahrungsfreiheit fern, erschwert also die Durchführung der Erzeugungsschlacht. Schließlich ist eine der ernstesten Sorgen der Mangel an Arbeitskräften, ein Mangel, der sich deshalb so schwer auswirkt, weil eben neben der normalen Bewirtschaftung der Betriebe die zusätzlichen Aufgaben durchgeführt werden müssen, die die liberale Entwicklung hintangehalten hat: Melioration, Silobau, Erneuerung und Neubau von Arbeiterwohnungen, Ställen, Scheunen usw. Das Problem der Arbeitskräfte ist deshalb besonders ernst zu beurteilen, da jede Intensivierung an sich schon einen Mehreinsatz von Arbeitskräften bedeutet, das Nichtvorhandensein dieser Mehreinsatzmöglichkeit in der Systemzeit und vor dem Kriege aber bereits zu einer Entvölkerung des platten Landes geführt hat und dieser Prozeß nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, zumal der gewerbliche Sektor infolge der Notwendigkeit, die heimische Rohstoffbasis zu erweitern, mehr denn je Arbeitskräfte ansaugt.

Selbstverständlich sind die Wandlungen, die die Landwirtschaft in der Erzeugungsschlacht durchmacht, und die Erschwerungen, die ihr dabei im Wege stehen, vielfältiger, als sie hier in den drei Fragenkomplexen skizziert werden konnten. Es kam aber darauf an, diese Fragen einmal kurz anzuschneiden, um damit auch die Grenzen jeder

Erzeugungsschlacht zu kennzeichnen. Es ist nicht allein der gute Wille des Bauerntums ausschlaggebend, ein guter Wille, der sich durchaus — wie die Ergebnisse zeigen — bewährt hat. Wenn trotzdem seitens der Führung im Agrarsektor immer wieder auf die Notwendigkeit dieser oder jener Maßnahme hingewiesen wird, wenn trotzdem immer wieder der Appell an den Idealismus und an die Einsatzbereitschaft ergeht, so werden nicht etwa die Grenzen der Erzeugungsmöglichkeiten oder die großen Sorgen der Landwirtschaft verkannt, sondern dieser Appell geschieht bewußt: Das große Werk des Führers kann nur gelingen, wenn jeder einzelne Deutsche sich gläubig und mit aller Kraft dafür einsetzt. Schwierigkeiten, die oft unüberwindlich scheinen, werden sich immer jedem Werk, jeder Tat entgegenstellen. Es liegt am Menschen, an seiner seelischen Kraft und Haltung, daß er nicht verzagt, sondern auch das Unmöglich-Scheinende möglich macht. Nur durch die allseitige Befolgung dieses Appells an die neue, nationalsozialistische Haltung des Bauern war es möglich, die Ernährungsschlacht bisher durchzuhalten, ja sogar — trotz schwieriger Verhältnisse — die Positionen zu verbessern. Und so wird auch in der Zukunft die Arbeit nur dann gesegnet bleiben, wenn nicht Kleingläubigkeit, sondern der Glaube und die Einsatzbereitschaft siegen.

So geht die deutsche Landwirtschaft zwar unter immer schwierigeren Voraussetzungen, aber mit demselben Einsatzwillen in die neue Erzeugungsschlacht: Sicherung und Erweiterung der Futtererzeugung!

(Aufsatz, veröffentlicht in „Der Vierjahresplan", Heft 1, Jahrgang 1938.)

Nationalsozialistische Volkswirtschaft

Das nationalsozialistische Deutschland hat das Recht, an dem Tage, an dem vor nunmehr fünf Jahren der Führer und seine Bewegung die Macht übernahmen, voller Stolz auf die gewaltigen Leistungen zurückzublicken, die aus dem Deutschland des Zusammenbruchs und der Ohnmacht ein Deutschland der Kraft und der Ehre machten. Es gibt wohl kein Gebiet des deutschen Lebens, auf dem der Nationalsozialismus nicht wie ein Frühlingssturm dazwischenfuhr, Morsches und Faules hinwegfegte, durch Neues und Besseres ersetzte und Keime zu neuem Leben weckte. Noch ist aber der Aufbau nicht vollendet. Insbesondere in der Wirtschaft stehen wir, wenn wir uns als Nationalsozialisten ehrlich prüfen, trotz der überragenden Erfolge, die die Not überwanden und dem Volk wieder Arbeit und Brot gaben, auf vielen Gebieten erst am Anfang. Es ist uns gelungen, eine große Wirtschaftskrise und Notzeit zu meistern; wir haben aber noch nicht das Ziel erreicht, das der Nationalsozialist der deutschen Wirtschaft stellt.

Die Aufgabe: Grundsätzlicher Wandel der Wirtschaft

Wir sind volkswirtschaftlich noch nicht in dem Maße für die Zukunft gesichert und vom Ausland unabhängig, wie wir es zur Untermauerung der vom Führer erkämpften politischen Freiheit brauchen und im Zuge der Umgestaltung der Weltwirtschaft aus Selbsterhaltungstrieb auch werden müssen. Der Marsch zur Erreichung dieses nationalsozialistischen Zieles ist angetreten und hat auch bereits in der Nahrungs- und Rohstoffversorgung zu beachtenswerten Erfolgen geführt, deren Ausmaß für die Landwirtschaft ich in zwei größeren Aufsätzen („Deutsche Volkswirtschaft", Heft 1 1938 und „Der Vierjahresplan", Januar 1938) bereits gezeigt habe. Notwendig ist es jedoch, sich immer wieder daran zu erinnern, daß wir nicht nur die wirtschaftliche Aufgabe gehabt haben, eine Notzeit zu überwinden, sondern daß es sich um einen grundsätzlichen Wandel unserer Wirtschaft handelt, den es bewußt nach nationalsozialistischen Grundsätzen zu gestalten gilt.

Drei Forderungen als Grundlage

Schon auf dem Reichsbauerntag 1934, als wir zur Erzeugungsschlacht aufriefen, habe ich diesen grundsätzlichen Umbruch, den die Wirtschaft der Welt und damit auch wir durchzumachen haben, eingehend beleuchtet. Ich habe damals festgestellt, daß der Mangel an Rohstoffen und die unzureichende Selbstversorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln eine Folge des Prinzips der freien Wirtschaft und der auf ihrem Rentabilitätsgrundsatz aufgebauten, nunmehr aber

zusammengebrochenen Weltarbeitsteilung ist und daß es jetzt darauf ankommt, alle Produktionszweige, die die Peitsche der Rentabilität über die Grenzen hinaus immer weiter in die Weltwirtschaft getrieben hat (zum Beispiel Wolle, Flachs, Hanf, Erzbergbau) oder bei uns gar nicht erst zur Entwicklung kommen ließ, wieder zu uns zurückzuholen, nachdem sich die frühere Weltwirtschaft überschlagen hat. Auf dem Reichsbauerntag 1936, wo ich von Generaloberst Göring und Reichsminister Darré beauftragt war, die Aufgaben der Landwirtschaft im Rahmen des Vierjahresplans herauszustellen, habe ich im einzelnen ausgeführt, wie der Liberalismus Schritt für Schritt die völkische Gemeinschaft und die völkische Wirtschaft zerstört hat, insbesondere dadurch, daß vom Liberalismus zum sittlichen Maßstab der Tüchtigkeit allein der Eigennutz gemacht wurde und daß Deutschland nunmehr wiederum unter die Gesetze einer mehr oder weniger geschlossenen Volkswirtschaft treten müsse. Ich forderte, daß für die zukünftige deutsche Volkswirtschaft folgende Grundlagen maßgebend sein müßten: 1. Mehrerzeugung aus dem heimischen Raum, 2. Vorratswirtschaft und 3. eine neue Haltung des wirtschaftlichen Menschen gegenüber der Wirtschaft.

Mehr erzeugen — Vorratswirtschaft

Über die erste Grundforderung besteht heute in keinem Zweig unserer Wirtschaft mehr ein Zweifel. Das Ziel ist für den Gesamtbereich unserer Wirtschaft durch den Vierjahresplan klar abgesteckt und allgemein anerkannt. Deutschlands Gesamtwirtschaft ist sich in allen ihren Gliedern bewußt, daß es entsprechend der auf dem Reichsbauerntag 1934 für die Landwirtschaft ausgegebenen Parole im großen allgemein darauf ankommt: „Mehr zu erzeugen und das Erzeugte sparsamer zu verwenden."

Auch über die zweite Aufgabe, eine planmäßige Vorratswirtschaft zu treiben, gibt es heute keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Von allen Wirtschaftsgruppen wird anerkannt, daß die Vorratswirtschaft ein wirksames Mittel ist, um Saisonschwankungen auszugleichen. Allgemein sieht man ein, daß die Vorratswirtschaft einerseits geeignet ist, der Produktion eine gleichmäßige Beschäftigung zu sichern, und andererseits die Möglichkeit gibt, eine stetige Versorgung der Verbraucher zu gewährleisten.

Was die dritte Forderung, die ich seinerzeit aufstellte, anlangt, daß eine neue Haltung des wirtschaftenden Menschen gegenüber der Wirtschaft notwendig sei, ist wohl festzustellen, daß hier die Geister noch nicht einig sind. Man hat sich zwar schon weitgehend gewöhnt, davon zu sprechen, daß es auch in der Wirtschaft notwendig sei, als Nationalsozialist zu handeln. Noch ist aber nicht der Typ des wirtschaftenden

Nationalsozialisten geboren und von allen anerkannt wie etwa der Typ des politischen Soldaten oder der Typ des preußischen Offiziers.

Die Formung des wirtschaftenden Nationalsozialisten

Aus dem Werden des preußischen Offiziers und des politischen Soldaten des Führers wissen wir, daß ein solcher Menschentyp nur durch die Arbeit an der Aufgabe erzogen werden kann. Nur die immerwährende Forderung der Parteiorganisation an ihre Mitglieder in bezug auf Disziplin, Einordnung und Einsatzbereitschaft für die Idee gab diesem Menschenblock, der hinter dem Führer stand, die Stoßkraft, die in der Lage war, alle Hindernisse bis zum endgültigen Sieg zu überwinden. Daraus ergibt sich, daß auch die neue Haltung der Menschen, ohne die eine wahrhaft nationalsozialistische Wirtschaft nicht entstehen wird, nur dann sich durchsetzen wird, wenn wir für den Gesamtbereich unserer Wirtschaft eine Ordnung finden, die geeignet ist, die Menschen in ihrem tiefsten Wesen so zu formen, wie es die Aufgabe erfordert. Das Beispiel der Entstehung des preußischen Offiziers und der politischen Soldaten zeigt, daß zur Formung eines solchen Menschentyps die Bindung an ein neues Prinzip unentbehrlich ist, die die Menschen eindeutig und klar auf die zu lösende Aufgabe ausrichtet.

Das Beispiel der Ernährung

Die deutsche Wirtschaft ist heute erst teilweise nach der Aufgabe organisiert. Nur in der Ernährungswirtschaft, wo die Führung als dem einzigen Sektor unserer Wirtschaft seit 1933 in der Hand alter Nationalsozialisten liegt, ist es gelungen, eine Ordnung zu finden, die geeignet ist, die Menschen zu einem nationalsozialistischen, d. h. wirklich volkswirtschaftlichen Handeln auch in der Wirtschaft zu erziehen. Die Marktordnung des Reichsnährstandes schließt in den verschiedenen Hauptvereinigungen jeweils alle Wirtschaftskreise zusammen, die für die Erfüllung der ihnen von der Volkswirtschaft gestellten Aufgabe zusammenarbeiten müssen. Wir haben z. B. in der Hauptvereinigung der deutschen Getreidewirtschaft den Getreideerzeuger, den Getreidehändler, den Müller, den Mehlhändler, den Bäcker usw. zusammengeschlossen und diesem Zusammenschluß die Aufgabe gestellt, das deutsche Volk zu gleichbleibenden Preisen mit Brot zu versorgen. Diese Aufgabe beherrschte von dem Augenblick der Errichtung dieser Organisation an die in der Getreide- und Brotwirtschaft Tätigen. Alle Glieder erkannten, weil sie ihre gemeinsame Aufgabe vor Augen hatten, daß sie ihre Interessen dieser gemeinsamen vom Volk gestellten Aufgabe unterordnen müßten. Diese Organisationsform zwang zur praktischen Verwirklichung der nationalsozialistischen Grundsätze: „Die

Wirtschaft hat dem Volk zu dienen" und „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Aus dieser täglichen Unterordnung der wirtschaftenden Menschen unter die vom Volk gestellte Aufgabe wird die neue Haltung, die nationalsozialistische Haltung des Menschen in der Wirtschaft entstehen.

Eine Ordnung für die Wirtschaft

Der Nationalsozialismus hat die Aufgabe, die Folgen der liberalen Entwicklung zu beseitigen, die im Zuge der freien Wirtschaft zum Nachteil des Volkes entstanden sind. Als Volk stellen wir heute der deutschen Wirtschaft andere Aufgaben als in der Vorkriegszeit. Diese neuen Aufgaben kann man aber nicht unter demselben Wirtschaftsprinzip und mit den gleichen Methoden erfüllen wollen, die zu dem von uns heute als unerwünscht betrachteten Zustand unserer Wirtschaft geführt haben. Man kann nicht die Folgen der liberalen Entwicklung mit liberalen Wirtschaftsmethoden überwinden. Man muß vielmehr, um die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft bewältigen zu können, auch neue Methoden finden, die in der Lage sind, diese Aufgaben zu bewältigen. Da es unmöglich ist, daß jedes Glied der deutschen Wirtschaft von sich aus erkennt, was es im einzelnen zu tun hat, um der neuen Aufgabe unserer Volkswirtschaft zu entsprechen, führt demnach auch diese Überlegung zu dem Schluß, daß eine Ordnung gefunden werden muß, die jedes Glied der Wirtschaft an die Aufgabe bindet, an deren Erfüllung es mitzuarbeiten hat. Eine solche auf die Aufgabe ausgerichtete Ordnung ist aber bisher im Bereich der Wirtschaft nur auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft gefunden worden. Wir haben die Hauptvereinigung der deutschen Getreidewirtschaft, um das deutsche Volk mit Brot zu versorgen, wir haben die Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft, um das deutsche Volk mit Fleisch zu versorgen, wir haben die Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft, um das deutsche Volk mit Obst und Gemüse zu versorgen, wir haben die Hauptvereinigung der deutschen Kartoffelwirtschaft, um das deutsche Volk mit Kartoffeln zu versorgen.

Der eigentliche Rechenschaftsbericht

Heute, nach fünf Jahren Aufbauarbeit, kann der deutsche Bauer und Landwirt voll Stolz Rechenschaft ablegen über die großen Leistungen, die er zum Werk des Führers beitragen konnte, Leistungen, für die die vielen Zahlen und Daten von Ertragssteigerungen, Meliorationen, Erhöhung der Betriebsausgaben usw., die am heutigen Tage dem deutschen Volk erneut vor Augen geführt werden, einen eindringlichen Beweis erbringen. Nicht weil andernorts dieser Beweis zahlenmäßig erbracht wird und in früheren Aufsätzen bereits erbracht wurde, ist hier eingehend auf die grundsätzliche Frage der nationalsozialistischen

Haltung den wirtschaftlichen Problemen gegenüber eingegangen worden, sondern weil es darauf ankam, einmal aufzuzeigen, aus welchen Grundsätzen heraus diese Leistungen entstanden sind und nur entstehen konnten, und welches Prinzip den Erfolgen zugrunde liegt, die die deutsche Landwirtschaft aufzuweisen hat. Ein derartiger Hinweis auf den Wandel der Grundsätze und des Prinzips ist im Grunde genommen der eigentliche Rechenschaftsbericht, der abgelegt werden muß, weil darin die Grundlage für das bisher Erreichte liegt.

(Aufsatz, erschienen im Berliner Tageblatt vom 30. Januar 1938.)

